

# Das Parlament

Berlin, Montag 17. September 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 38-39 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Überraschende Kehrtwende

**Manfred Weber** Der Chef der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europaparlament hat es sich nicht leicht gemacht. Immer wieder stellte sich Manfred Weber (CSU) wie seine Fraktionskollegen vor Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und seine Fidesz-Abgeordneten in der Fraktion. Aber als es zur Abstimmung über ein EU-Strafverfahren gegen Budapest kam, leitete Weber eine wichtige Weichenstellung ein, als er den Fraktionszwang aufhob. Damit trug er entscheidend zur Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament für ein Strafverfahren gegen Ungarn bei. Pikant: Nur Weber votierte von den CSU-Abgeordneten dafür, die übrigen vier dagegen. „Die Grundrechte der EU müssen respektiert werden“, sagte Weber. Seit er bekannt gemacht hatte, als EVP-Spitzenkandidat bei den Europawahl 2019 auch Aspirant auf den Kommissionsvorsitz zu sein, wuchs der Druck auf ihn, kritischer zu Orbán zu sein. (siehe Seite 10) *kru*

**ZAHL DER WOCHE**

12

Mitglieder der 218 Abgeordneten der Fraktion der Europäischen Volkspartei EVP gehören der ungarischen Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán an. Sie sind damit die fünfstärkste nationale Gruppe in der EVP-Fraktion. Die meisten stellen CDU und CSU mit 34 Abgeordneten.

**ZITAT DER WOCHE**

»Wer nicht hören will, muss fühlen.«

**Jean-Claude Juncker**, EU-Kommissionspräsident, zu dem von europäischen Parlament beschlossenen Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen das EU-Mitgliedsland Ungarn

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA**  
**Interview** Haushaltsausschusschef Peter Boehringer (AfD) im Gespräch **Seite 2**
- Verkehr** Die Investitionen werden auf hohem Niveau fortgeführt **Seite 5**
- Arbeit und Soziales** Die Ausgaben steigen um fünf Milliarden Euro **Seite 7**

- AKTUELLES**  
**Untersuchungsausschuss** Sicherheitsexperten zum Fall Amri befragt **Seite 11**
- KEHRSEITE**  
**Bundestag** Parlament präsentiert sich beim Tag der Ein- und Ausblicke **Seite 12**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Chemnitz mitten in Berlin

**GENERALDEBATTE** Im Streit um die Migration wird der Ton im Bundestag schärfer

Die mit Wucht geführte innenpolitische Debatte über Migration, Gewalt, Antisemitismus und Faschismus hat auch die Generaldebatte über den Bundeshaushalt 2019 (19/3400) bestimmt. Besonders Liberale und Grüne appellierten dabei am Donnerstag an die anderen Fraktionen, gemeinsam gegen die Feinde der Demokratie vorzugehen. Oppositionsführer Alexander Gauland (AfD) warf den anderen Fraktionen vor, „die Opposition zu kriminalisieren, in dem sie eine Art Volksfront gegen die AfD aufbauen“. Besonders hitzig wurde die Debatte, als der ehemalige SPD-Chef Martin Schulz in einer Kurzintervention der AfD vorwarf, die Reduzierung komplexer Sachverhalte auf ein Thema sei ein „Stilmittel des Faschismus“. Die AfD gehöre auf den „Misthaufen der Geschichte“. Später setzte der SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs die scharfen Angriffe auf die Opposition fort und erklärte an die Adresse an der AfD: „Schauen Sie in den Spiegel, dann sehen Sie, wer diese Republik in den 20ern und 30ern ins Elend geführt hat.“ Drauf verließen die AfD-Abgeordneten aus Protest den Saal, kehrten aber nach dem Ende der Rede von Kahrs wieder zurück.

**Mahnung zur Sachlichkeit** Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hatte zu Beginn der Haushaltswoche zu einer sachlichen Debatte aufgerufen. In Teilen der Gesellschaft wachse die Verunsicherung, die Gesellschaft spalte sich. Manche Bürger fänden sich, ihre Empfindungen und Wahrnehmungen in den Debatten nicht wieder. Wer sich aber vor zu vielen und zu schnellen Veränderungen und auch vor zu viel Zuwanderung in kurzer Zeit fürchte, müsse genauso ernst genommen werden wie jene, die für Offenheit und globale Solidarität eintreten würden. (Wortlaut siehe Debattendokumentation) Die Generalaussprache über den Etat des Bundeskanzleramts war von Gauland eröffnet worden. Er zählte verschiedene Gewalttaten von Migranten in jüngster Zeit auf und erklärte: „Wie ideologisch verbohrt, wie verfangen im politischen Taktieren muss man sein, wenn die erste Reaktion auf die Ermordung eines Landmannes die Sorge ist, der Tod könne dem politischen Gegner nutzen.“ Er kritisierte, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Demonstration in Chemnitz, wo mutmaßlich Migranten zuvor einen jungen Mann getötet hatten, als „Zusammenrottung“ kritisiert habe. Der Begriff „Zusammenrottung“ stamme aus dem DDR-Straf-



Chemnitz ist zum Terrain vieler Demonstrationen geworden: Hier protestierte ein Bündnis gegen rechts.

© picture-alliance/dpa

gesetzbuch. „Wenn Bürger von ihrem Grundrecht Gebrauch machen und die Regierungschefin das im Duktus eines totalitären Staates brandmarkt, sollten die Alarmglocken bei uns allen in diesem Hause läuten“, so Gauland. Hitler-Grüße und „Ausländer raus“-Schreie habe es von einer Minderheit gegeben, sagte Gauland. So widerlich solche Hitler-Grüße seien, „das wirklich schlimme Ereignis in Chemnitz war die Bluttat zweier Asylbewerber“. Hetzjagden habe es in Chemnitz nicht gegeben, sagte Gauland unter Berufung auf Äußerungen von Landesregierung bis Polizeibehörden. Merkel sagte in ihrer Rede: „Begriffliche Auseinandersetzungen, ob es jetzt Hetze oder Hetzjagd ist, helfen uns wirklich nicht weiter.“ Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lebe und arbeite für ein gutes und tolerantes Miteinander. Die Kanzlerin zeigte aber auch Verständnis, dass viele Menschen durch Straftaten aufgewühlt seien, bei denen die mutmaßlichen Täter

»Das wirklich schlimme Ereignis war die Bluttat von zwei Asylbewerbern.«  
Alexander Gauland (AfD)

Asylsuchende waren. Demonstrationen seien ein verfassungsmäßig verbürgtes Recht. „Es gibt aber keine Entschuldigung und Begründung für Hetze, zum Teil Anwendung von Gewalt, Naziparolen, Anfeindungen von Menschen, die anders aussehen, die ein jüdisches Restaurant besitzen, für Angriffe auf Polizisten.“ Versagen im Umgang mit der AfD warf FDP-Chef Christian Lindner den anderen Parteien vor. Notwendig sei ein Zusammenschluss der Demokraten jenseits der parteipolitischen Parolen, um sich der „Herausforderung des Populismus“ zu stellen. Zur Äußerung von Innenminister Horst Seehofer (CSU), die Migration sei die Mutter aller politischen Probleme, sagte der FDP-Chef, nicht die Migration, sondern das schlechte Management der Migration sei das Problem. Wie Lindner griff auch Dietmar Bartsch, der Vorsitzende der Linksfraktion, Seehofer an. Seehofer diskriminiere 20 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund.

Nicht die Migration, sondern die Kriege seien das Problem. Für SPD-Chefin Andrea Nahles hat die AfD in Chemnitz ihre „Maske fallengelassen“, indem sie Seite an Seite mit Neonazis marschiert sei. „Wer Sie unterstützt, der öffnet Nazis in unserem Land wieder Tür und Tor. Das kann kein Demokrat, keine Demokratin in unserem Land wollen.“ Auch CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder erklärte mit Blick auf die AfD: „Die Maske der Bürgerlichkeit ist gefallen. Sie sind keine bürgerlichen Patrioten.“ Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt forderte, Demokratinnen und Demokraten müssten zusammenstehen gegen Antidemokraten, Antisemiten, gegen die Rechtsradikalen und „gegen den parlamentarischen Arm dieser Hetzer, gegen die AfD“. Göring-Eckardt warf Seehofer vor, an Hans Georg Maaßen, den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, trotz dessen Jähren festzuhalten. Grüne, Linke und später auch die SPD forderten die Entlassung von Maaßen. Durchsetzen konnte sich die SPD in der Koalition bisher nicht. Eine Entscheidung über Maaßen wurde vertagt. Die Fortsetzung der hitzigen Debatte ist garantiert. *Hans-Jürgen Leersch*

**EDITORIAL**

## Demokraten frösteln

VON JÖRG BIALLAS

Bei allen Differenzen über den Etat 2019 in der vergangenen Woche im Bundestag: Deutschland geht es gut. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, Steuereinnahmen sprudeln, der Bundeshaushalt ist solide aufgestellt. Und doch weht eine Unzufriedenheit durch das Land. Was sich in Chemnitz und in Köthen als erschreckend Bahn brach, war weit mehr als die nachvollziehbare Empörung und Trauer über den gewaltsamen Tod von Mitmenschen. Normalbürger, die sich von Ausländern bedroht fühlen, marschierten im Schulterchluss mit Neonazis, die diesen Staat stürzen wollen. Solche Szenen lassen Demokraten frösteln. Erst recht, wenn sich Parlamentarier in die ausländerfeindlichen Protestzüge einreihen. Ein Ost-Problem? Nein, gewiss nicht nur. Aber eines, das in den neueren Bundesländern deutlicher zu Tage tritt. Das hat zu tun mit einer wachsenden Individualisierung unserer Gesellschaft. Mit dem Gefühl, immer wieder neue Herausforderungen allein, ohne Hilfe meistern zu müssen. Erst bescherte die Nachwendzeit statt der erhofften Segnungen des Westens vielen Familien Arbeitslosigkeit und Existenznot. Dann galt es, die Folgen von Globalisierung und Digitalisierung zu meistern. Flüchtlinge, die auf einmal in zuvor nicht vorstellbarer Anzahl in der ostdeutschen Provinz auftauchten und auch noch integriert werden sollten, bestärkten schließlich den ohnehin schon gewonnenen Eindruck: Denen da oben sind unsere Sorgen und Nöte hier unten egal. Dieser Haltung liegt ein falsches Verständnis von Demokratie zugrunde. Deshalb muss alles unternommen werden, den noch nicht radikalisierten Teil der Demonstranten mit Argumenten zu erreichen. Dazu gehört allerdings auch, darauf zu bestehen, dass es nicht hinnehmbar ist, mit Neonazis gemeinsame Sache zu machen, Schläge gegen Ausländer oder Andersdenkende zu tolerieren oder das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen. Die Verfechter eines demokratischen Miteinanders, auch das haben übrigens die Ereignisse in Chemnitz und Köthen gezeigt, sind durchaus in der Lage, ihre Werte zu betonen. Gegenkundgebungen, aber auch Gottesdienste stärken die Gemeinschaft der Anständigen nach innen und nach außen gegen braunen Terror. Die Botschaft ist klar: Dieser liberale Rechtsstaat ist nicht verhandelbar; mit niemandem und zu keinem Preis.

## Sozialausgaben steigen, Investitionen stagnieren

**FINANZPLANUNG** 2022 soll der Etat des Bundes bei 375,5 Milliarden Euro liegen. Schuldenstaatsquote sinkt

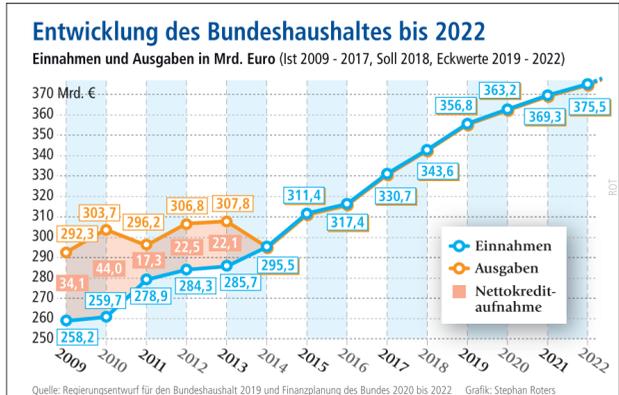
In den kommenden Jahren sollen Ausgaben und Einnahmen des Bundes von 343,6 Milliarden Euro (Soll 2018) beziehungsweise 356,8 Milliarden Euro (Entwurf 2019) auf 375,5 Milliarden Euro im Jahr 2022 steigen. Die Steuereinnahmen sollen im selben Zeitraum von 321,3 auf 359,7 Milliarden Euro wachsen. Dies geht aus dem Finanzplan des Bundes 2018 bis 2022 (19/3401) hervor. Eine Neuverschuldung („Schwarze Null“) ist bis einschließlich 2022 weiterhin nicht vorgesehen. Für 2018 und 2019 sind im Haushaltsentwurf (19/3400) zwar im Saldo mehr Ausgaben als Einnahmen ausgewiesen. Diese sollen allerdings durch Münzeinnahmen (2018 und 2019 jeweils 292 Millionen Euro) und Entnahmen aus der Flüchtlings-Rücklage (2018: 1,6 Milliarden Euro, 2019: 5,04 Milliarden Euro) gedeckt werden. Auch 2016 und 2017 waren in den Regierungsentwürfen jeweils Entnahmen vorgesehen. Tatsächlich flossen Überschüsse in die Rücklage, nach dem vorläufigem Haushaltsabschluss 2017 belief sie sich auf rund 24 Milliarden Euro. In den kommenden Jahren wird der Anteil der Sozialausgaben am Gesamtetat weiter

steigen. Sie werden laut Finanzplan von 173 Milliarden Euro im Jahr 2018 (50,4 Prozent des Etats) auf 193,7 Milliarden Euro im Jahr 2022 steigen (51,6 Prozent). Treiber sind insbesondere die Zuschüsse an die Rentenversicherung (siehe Seite 7).

Die Investitionen werden laut Finanzplan in den kommenden Jahren dagegen stagnieren und im Vergleich zu diesem Jahr sinken. Nach 39,8 Milliarden Euro als Soll in 2018 sind von 2019 bis 2022 jeweils 37,9 Milliarden Euro als Investitionen aus-

gewiesen. In dem Finanzplan führt die Bundesregierung aus, dass das Soll für Investitionen 2019 tatsächlich rund 0,5 Milliarden Euro höher ausfalle als 2018, rechnet dazu allerdings die Zuweisung in Höhe von 2,4 Milliarden Euro an das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ aus der Investitionssumme für 2018 raus. Die Investitionen liegen, wie auch die Bundesregierung in den Ausführungen zum Finanzplan betont, über den Ansätzen der bisherigen Finanzplanung bis 2021 (18/13001).

**Maastricht** Die gute Haushaltsentwicklung auf allen staatlichen Ebenen führt laut Bundesregierung dazu, dass die Schuldenstaatsquote von 60 Prozent des BIP bereits 2019 unterschritten werden dürfte. Dieses Jahr wird demnach mit einer Quote von rund 61 Prozent gerechnet. Für 2022 werden 52 Prozent prognostiziert. *scr*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MEHR DEMOKRATIEFÖRDERUNG?

Gut angelegt

PRO



Melanie Reinsch, DuMont-Hauptstadredaktion

Die Bilder, die in diesen Tagen um die Welt gehen, sind kaum erträglich. Sie zeigen Hetze, offenen Ausländerhass, Rechtsradikalismus, Rassismus und Gewalt. Es sind Bilder, die Angst und ohnmächtig machen. Auf Demos werden Parolen skandiert, die das Blut in den Adern gefrieren lassen. Haltungen zeigen, aufstehen und laut und viele werden – das ist wichtig in diesen Zeiten, um rechtem Hass etwas entgegen zu setzen. Doch das allein reicht nicht. Viel früher muss angesetzt, müssen Menschen erreicht werden, damit sie gar nicht erst abdriften und unerreichbar werden. Das muss in der Jugend geschehen und dafür muss Geld in die Hand genommen werden. Prävention klingt vor dem Hintergrund der Ausschreitungen in Chemnitz nach grauer Theorie. Doch ist sie genau das Gegenteil. Vor allem in abgelegenen Regionen Deutschlands braucht es Projekte, die Kinder und Jugendlichen Alternativen und Orientierung bieten, damit sie selbstbewusst genug sind, sich nicht in rechtsradikalen Strukturen und anderen demokratiefeindlichen Gruppierungen zu verlieren. Es kann gar nicht genug investiert werden. Dass die Finanzierung des Programms „Demokratie leben!“ auch bis 2019 gesichert ist, ist daher begrüßenswert. Demokratie muss dort gefördert werden, wo sie in Gefahr ist. Oft sind es kleine Projekte vor Ort, die auf Geld angewiesen sind und erst durch Engagement Ehrenamtlicher möglich werden. Auch wissen sie am besten, welche Projekte sinnvoll sind. Politische Bildungsarbeit ist kein Frontalunterricht, sondern funktioniert über Erleben – vom kostenlosen Sportverein bis zum gemeinsamen Mittagessen. So lassen sich Ressentiments im Keim ersticken.

Zu abstrakt

CONTRA



Hagen Strauß, Saarbrücker Zeitung

Mehr Demokratieförderung – wer würde das nicht unterschreiben in Zeiten, in denen die Ränder immer stärker werden und vor allem das rechte Lager mobil macht? Doch die Forderung ist zu abstrakt. Sie suggeriert, allein mit Thesen, Theorien und Erinnerungskultur das Denken der Menschen verändern oder ihre Leidenschaft neu entfachen zu können. So einfach ist die Welt der Demokratie leider nicht. Demokratie lebt immer noch vom Handeln. Und zwar zum großen Teil vom konkreten Handeln der Politik. Sie muss Probleme beseitigen, um das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen zu stärken. Steigende Mieten, schlechte Pflege, wachsende Unsicherheiten im Land – zu lange ist das ignoriert worden, was Menschen tatsächlich unter den Nägeln brennt. Weil zu wenig hingehört wurde, entstand Verdross. In Kombination mit Entscheidungen, die extrem strittig gewesen sind, scheint sich in einem Teil der Bevölkerung nun eine anti-demokratische Stimmung breit gemacht zu haben. Der kann man nicht per Gesetz zur Demokratieförderung begegnen. So erreicht man die Köpfe nicht. Sondern nur durch Dialog und Taten. 120 Millionen Euro gibt das Bundesfamilienministerium bereits dieses Jahr für die Förderung von Demokratie, Vielfalt und Extremismus-Prävention aus. Gut und richtig. Aber Geld allein schafft keine Überzeugungen. Auch nicht noch mehr Geld. Und Politik kann auch nicht alles richten. Dass Demokratie davon lebt, mitzumachen und sich einzubringen, muss jeder erkennen. Und dass sie die freihetlichste Ordnung ist, die es gibt, gehört auf jeden Lehrplan. Wer sie fördern und festigen will, muss früh anfangen. Und zwar in den Schulen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Boehringer, die Bundesregierung bezeichnet ihren Etatentwurf 2019 als zukunftsorientiert, gerecht und verantwortungsvoll. Teilen Sie das?

Dieser Etatentwurf ist ein unvollständiger Haushalt. Die Risiken, die die Zukunft bereithält, sind dort nicht eingepreist. Dabei gäbe es dafür durchaus technische Möglichkeiten. Beispielsweise sind die Renten nicht unmittelbar eine Sache des Bundeshaushaltes, aber wir halten einen Rentenzuschuss von 100 Milliarden Euro vor. Das wird aus dem laufenden Haushalt bedient. Und zum ersten Mal kommt die Regierung jetzt auf die Idee, eine Rücklage zu bilden: ganze zwei Milliarden Euro! In dieser Größenordnung haben wir in 50 Jahren noch nicht annähernd genug Geld beisammen, um wirklich effektiv aufgestellt zu sein.

Was wäre denn aus Ihrer Sicht nötig?

Wenn wir ehrlich sind, hat doch keine der im Bundestag vertretenen Parteien ein wirklich überzeugendes Rentenkonzept. Das gilt auch für die AfD. Niemand kann aber erwarten, dass wir nach einem Jahr im Bundestag weiter sind als alle anderen Parteien, die das Problem seit Jahrzehnten vor sich herschieben. Übrigens spricht außer uns niemand über die Rentenprobleme, die sich aus der Zuwanderung ergeben. Da kommt noch ein zusätzlicher, erheblicher Finanzbedarf auf uns zu.

Jetzt haben Sie aber noch nicht gesagt, wofür Sie stehen.

Bei der Rente gibt es keinen Stein des Weisen. Und auch die AfD kann das Problem nicht über Nacht lösen. Gewiss müssen wir die Renten verlässlich zahlen. Jedenfalls gilt das für deutsche Rentner. Wir können nicht langfristig Leute ins Land holen und sie dann finanzieren, ohne dass die in unsere Sozialversicherungssysteme eingezahlt haben. Das gilt übrigens auch für die Krankenversicherung. Da haben wir schon heute ein riesiges Finanzproblem.

Glauben Sie wirklich, dass das aus-schlaggebend für die rentenpolitische Leistungsfähigkeit des Staates ist?

Heute noch nicht. Aber schon sehr bald.

Sie haben gesagt, wir befänden uns auf einer „hyper-keynesianischen Party“, die zu Ende gehe. Können Sie das erklären angesichts guter Konjunkturdaten?

Finanzminister Scholz redet von Keynesianismus, setzt das dann aber nicht um. Keynesianismus bedeutet, in schlechten, kreditfinanzierten Zeiten Geld reinzubuttern und diese Politik dann in besseren Zeiten zurückzufahren. Das tut Scholz aber nicht. Die Rettung des Euro kostet nach wie vor etwa eine Milliarde Euro pro Tag. Also wird ständig auf Kredit Geld aus dem Nichts gedruckt oder dem Steuerzahler weggenommen. Das ist alles nicht nachhaltig. Und deswegen sage ich: Das ist eine Party, die mit Schrecken enden wird.

Welche Rolle spielt dabei der Euro?

Er hätte nie eingeführt werden dürfen.

Nun ist er aber da, der Euro.

Das ändert aber nichts am mangelnden Verantwortungsbewusstsein bei der Einführung vor 20 Jahren. Der Euro wird seitdem zwangsgenährt. Das war nichts anderes als Planwirtschaft, die bis heute anhält und jeden Tag Unsummen Geld verschlingt. Deshalb reicht mir der Hinweis darauf, nun sei der Euro halt da, schon lange nicht mehr. Es wird höchste Zeit, das zu ändern. Wir erleben einen ökonomischen Wahnsinn, der zudem rechtswidrig ist.

Wie genau sollte korrigiert werden? Und was ist rechtswidrig?

Wir müssen die permanente Euro-Rettung abschaffen. Mittlerweile gibt es dazu fast 20 Töpfe und die sind ganz klar rechtswid-

»Rettung des Euro infantil«

PETER BOEHRINGER Der AfD-Politiker über den Etat 2019, die deutsche Währungspolitik und seine Rolle als Vorsitzender des Haushaltsausschusses



© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

rig, auch wenn das Bundesverfassungsgericht das nicht feststellen mag. Dieses Problem hat der Bundesfinanzminister beim Einbringen des Haushaltes mit keinem Wort angesprochen. Das ist völlig grotesk.

Sie sagten, die Euro-Rettung müsse sich im Haushalt abbilden. Wann kommt dazu eine AfD-Initiative im Parlament?

Das ist nicht über die Haushaltsordnung zu regeln. Wir können also nur anmahnen. Und das haben wir auch schon getan. Unser allererster Antrag im Bundestag zielt im November 2017 darauf, die Euro-Rettung einzustellen oder wenig-

tens entsprechende Rücklagen zu bilden.

Was heißt denn, „Rücklagen zu bilden“? Bedeutet das, vorsorglich ein paar Milliarden einzuzahlen?

Ja, genau. Dann würde den Leuten endlich mal klar werden, wie teuer die ganze Sache ist. Und dann würde sich medialer Druck aufbauen, diesen Wahnsinn zu beenden. Stattdessen machen wir eine Vogel-Strauß-Politik: Was ich nicht sehe, ist nicht da. Das ist infantil.

Regierungsentwurf und Finanzplan sehen vor, die Investitionen bei 37,9 Mil-

liarden Euro festzuschreiben. Richtig so? Ich rechne damit, dass wir am Ende höhere Investitionen haben werden, auch wenn die Investitionen um zwei Milliarden Euro sinken sollen. Das ist besonders absurd, weil darunter etwa ein Projekt wie der Ausbau des Breitbandkabelnetzes leidet. Ausgerechnet der Breitbandausbau! Ich kenne keine Partei, die dagegen ist. Das zeigt die ganze Unlogik dieses Etatentwurfs.

Herr Boehringer, Ihre Wahl zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses war ja seinerzeit nicht ganz so strittig ... Ach ja? Warum wohl?

Darauf zielt unsere Frage nicht. Die Frage ist: Fühlen Sie sich inzwischen als Haushaltspolitiker ernst genommen und von den anderen Fraktionen akzeptiert?

Ja, im Ausschuss arbeiten wir zügig, effektiv und weitgehend ohne Polemik zusammen. Natürlich gibt es auch Streit und gelegentlich scharfe Worte zwischen Regierung und Opposition. Das gehört aber dazu. Am Anfang war es etwas schwierig, weil eine abstruse Medienberichterstattung mein 15-jähriges publizistisches Werk letztlich auf ein Wort reduziert hat, das zudem nie veröffentlicht worden ist.

Sie meinen die Beschimpfung der Bundeskanzlerin mit einem Begriff aus dem Rotlicht-Milieu, die Ihnen zugeschrieben worden ist?

Ja, die E-Mail, in der das stattgefunden haben soll, gibt es nicht. Und ich habe so etwas auch nie öffentlich gesagt. Auch hat sich nie einer der angeblich vielen E-Mail-Empfänger dieses nicht existenten Newsletters geoutet. Das wird inzwischen auch von niemandem bestritten. Und doch läuft diese schlimme Rufmord-Kampagne gegen mich unterschwellig weiter.

Warum wehren Sie sich dann nicht juristisch dagegen?

Ich kann keine Newsletter dementieren, den es nie gab. Wie soll man das beweisen? Zudem sehe ich nicht ein, mit welchem Recht hier eine Beweislastumkehr zu privatem, verfassungsrechtlich geschütztem und superleicht fälschbarem E-Mail-Verkehr veranstaltet wird. Die Medien müssen ihre Behauptungen beweisen. Das wird ein Warten auf Godot. Einstweilen arbeite ich mit der AfD an den wirklich relevanten und aktuellen Problemen dieser Republik. Stillfragen und möglicherweise misslungene Metaphern wären hierbei das aller-kleinste Problem der deutschen Bürger.

Sie haben als Publizist scharf gegen Parlamentarier geschossen. So schrieben Sie von „Parlaments-Demokraten in der real existierender Volksvertretung namens Deutscher Bundestag“, die ihr Mandat pervertierten und ihre rechtlichen und ökonomischen Kompetenzen bis hin zur Existenzbedrohung unseres Gemeinwesens überschreiten würden. Jetzt wo Sie selbst Abgeordneter sind: Sehen Sie das noch immer so?

Ja, dazu stehe ich. Die Finanzpolitik in diesem Land legt die Axt an die Wurzeln des Wohlstandes und damit letzten Endes an die Wurzeln unserer Stabilität. Der Etat 2019 ist dafür ein Beleg.

Das Gespräch führten Jörg Biallas und Sören Christian Reimer. ||

Peter Boehringer (AfD) ist Vorsitzender des Haushaltsausschusses.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Rückkehrer: Otto Fricke

Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, ist in seinem Element: „Das ist ein Weiter-so-Etat. Nachdem der Haushalt für 2018 schnell über die Bühne gebracht wurde, sind auch im Etat 2019 Klipper nicht zu erkennen.“ Der 52-jährige Anwalt aus Krefeld, der im Herbst 2017 nach vierjähriger parlamentarischer FDP-Absenz wieder in den Bundestag zurückkehrte, attestiert dem Entwurf von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) zwar „auf den ersten Blick gute Zahlen“. Aber: „Die Ausgaben steigen wie die Einnahmen. Das ist kein Sparen“, kritisiert Fricke. Die Bundesregierung profitiere mit ihrer „Schwarzen Null“ von der Nullzins-Politik und der guten Konjunktur. Immerhin wird die Staatsschuldenquote spätestens 2019 nach vielen Jahren wieder unter die 60-Prozent-Marke sinken, womit Deutschland wieder eins der Maastricht-Kriterien erfüllt. Darf der Finanzminister darauf stolz sein? „Nein“, sagt Haushalter Fricke. „Olaf Scholz und die Große Koalition haben dafür nicht viel getan. Als einziges kann man dem Minister anrechnen, dass die Ausgaben nicht noch stärker als die Einnahmen gestiegen sind.“ Besonders verärgert ist der Liberale, wenn es um das Thema Entlastung angesichts von Rekordsteuereinnahmen geht. Scholz verspreche dem Bürger Entlastungen von 25 Milliarden Euro ab 2021, wenn für den Großteil der Solidaritätszuschlag abgeschafft wird. „Bis zu diesem Zeitraum gibt es aber staatliche Mehreinnahmen von mehr als 200 Milliarden Euro. 25 Milliarden sind da keine Entlastung für die Mitte der Gesellschaft und Familien mit Kindern“, empört sich Fricke. Dabei seien der eingerechnete Grund- und Kinderfreibetrag keine freiwilligen Staatsleistungen, sondern von Karlsruhe vorgeschrieben.

Beim Streitthema Soli-Abschaffung, wo die FDP die Streichung für alle und eher als 2021 fordert, erinnert Fricke an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier.“ Jetzt kämen angesichts überquellender Steuereinnahmen ähnliche Forderungen von Unionspolitikern, vor allem von der CSU angesichts der Bayernwahl, aber „es passiert nichts“. Fricke erinnert daran, dass die CSU bei den „Jamaika“-Koalitionsverhandlungen die FDP beim Thema Soli-Abschaffung alleingelassen habe. Nicht weniger empört sich der Abgeordnete über die Vorstellungen des Finanzmin-



»Das sind auf den ersten Blick gute Zahlen. Aber die Ausgaben steigen wie die Einnahmen. Das ist kein Sparen.«

nisters, das Rentenniveau nicht nur bis Mitte der 2020er Jahre, sondern gleich bis 2040 stabil bei 48 Prozent zu halten. „Das bedeutet 30 Milliarden zusätzliche staatliche Zuschüsse für die Rente etwa ab 2027/28. Bezahlen müssen solche teuren Vorschläge einmal die Kinder meiner Generation.“ Wie sehr der Haushalt schon heute in der Schiefelage sei, verdeutlicht Fricke am Beispiel der Bildungsausgaben. Sie steigen 2019 nur mäßig um drei Prozent und stagnieren damit weiter bei fünf Pro-

zent des Bundeshaushalts. „Die Mehrausgaben 2018 bis 2022 gehen zu 85 Prozent in Arbeit und Soziales sowie Verteidigung. Dann kann für wichtige Zukunftsbereiche wie die Bildung und Digitalisierung nicht mehr viel übrigbleiben.“ Otto Fricke sieht sich als „leidenschaftlicher Parlamentarier“ und ist deshalb froh, dass er mit seiner Partei nach dem vierjährigen Aus die Rückkehr in den Bundestag geschafft hat. 2014 stieg er als Partner in eine Berliner Unternehmensberatung ein. Als Liquidator wickelte er damals die Fraktion nach der Wahlpleite ab. Das waren harte Zeiten. Wie sicher war er, dass die FDP 2017 zurückkehrt? „Ich war überhaupt nicht sicher. Aber ich wusste, wenn ich mich jetzt nicht weiter engagiere, werde ich das ewig bereuen“, sagt Fricke. Durch das 10,7-Prozent-FDP-Ergebnis bei der Bundestagswahl und einem sicheren Platz auf der NRW-Landesliste hat die Parlamentsrückkehr tatsächlich geklappt. Wie schon in den Jahren 2002 bis 2013 sitzt Fricke wieder im Haushaltsausschuss („Ich bin ein Zahlenmensch“), den er 2005 bis 2009 sogar geführt hat. Fricke gilt als einer der schlagfertigsten Redner im Parlament, seine jugendliche Begeisterung im Gespräch erinnert nicht an einen 52-Jährigen. Der verheiratete Vater dreier Kinder ist „sehr zufrieden im Parlament“ – den Gang in die Exekutive bzw. eine Behörde hat er einmal abgelehnt. Mitregieren soll die FDP nur, wenn sie etwas bewegen könne, deshalb sei der „Jamaika“-Ausstieg von Partei- und Fraktionschef Christian Lindner richtig gewesen. Der Liberale mit dem Hobby-Niederlande – er spricht perfekt holländisch – sagt: „Ich möchte, dass einmal auf meinem Grabstein kein a. D. steht, sondern „Er war ein glücklicher Mensch.“ Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Claas Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kristina Pezei (pez)  
Sören Christian Reimer (scr)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
14. September 2018

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurhesenstr. 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail:  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

Anzeigenverkauf,  
Anzeigenverwaltung,  
Disposition  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail:  
[fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de)

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

**M**it einem Plädoyer gegen Spaltung und für Zusammenhalt hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vergangene Woche den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2019 (19/3400) eingebracht. Nach Demonstrationen von Rechten im sächsischen Chemnitz und im sachsen-anhaltischen Köthen sagte der Vizekanzler, Deutschland sei ein Land, „das nicht gespalten wird von Gesten aus der dunkelsten Zeit Deutschlands und das sich nicht trennen lässt, indem wir die einen und die anderen voneinander trennen“ (siehe auch Seite 1). Den Etatentwurf sah der Finanzminister entsprechend als einen Beitrag, dass der „soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft besser wird“ und „dass wir nach außen und nach innen die Sicherheit gewährleisten können, die wir benötigen“.

Neben Bezügen zu Vorfällen jüngerer Datums griff Scholz auch den zehnten Jahrestag der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers, einem Symbol der weltweiten Finanzkrise von 2008/2009, sowie die folgende Staatsschuldenkrise im Euro-Raum auf. Er verwies auf nationale und europäische Maßnahmen als Reaktion auf die Ereignisse: „Wir haben Stabilisierungsmechanismen geschaffen, einen Bankenabwicklungsmechanismus mitsamt einer Überwachung. Wir haben den Europäischen Stabilitätsmechanismus etabliert.“ Der Finanzminister stellte allerdings klar: Das reicht noch nicht. „Es ist noch nicht alles getan, was wir tun müssen, damit wir in einer neuen Krise wieder handeln können“, sagte Scholz und kündigte an, die Vollendung der Bankenunion noch bis zum Ende des Jahres realisieren zu wollen. In der Allgemeinen Finanzdebatte, die auf die Einbringung des Entwurfs durch Scholz folgte, umrissen die Haushalter der Opposition ihre jeweilige Grundsatzkritik am Etatentwurf. Von Seiten der Koalition fielen, wenig überraschend, positivere Worte. Redner von Union und Sozialdemokraten hoben allerdings jeweils eigene Schwerpunkte für die nun anstehenden Haushaltsberatungen hervor.

**Risiken nicht abgebildet** Peter Boehringer (AfD), Vorsitzender des Haushaltsausschusses, warf der Bundesregierung vor, einen „unvollständigen Haushalt“ vorgelegt zu haben. Risiken der Euro-Rettung würden nicht abgebildet, die „schlechten Forderungen“ beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Deutschen Bundesbank würden eines Tages durch den Steuerzahler aufgefangen werden müssen (siehe Interview auf Seite 2).

Otto Fricke (FDP) kritisierte, dass der Etatentwurf kein „Haushalt der Zukunft“ sei. Stattdessen sei es ein „Haushalt des Hier und Jetzt und ein Haushalt von leeren Versprechungen, die im Zweifel auch noch spätere Generationen bezahlen müssen“. Trotz wirtschaftlich guter Zeiten würden weder Steuerreform noch der Abbau von Staatsbeteiligungen oder von Subventionen angegangen, bemängelte der Liberale. Auch im Umgang mit den sprudelnden Steuereinnahmen sah der FDP-Haushalter Fehler der Bundesregierung: Von den erwarteten Mehreinnahmen zwischen 2018 und 2022 gingen 85 Prozent in Arbeit und Soziales sowie Verteidigung. So verfrühten die Bundesregierung die Zukunft, weil dieses Geld nicht in Bildung, innere Sicherheit oder „für Zukunft jeglicher Art“ eingepflanzt werde. „Das ist nicht zukunftsgeplant, das

## Wesentliche Ausgaben des Bundes 2017 bis 2022 nach Aufgabenbereichen

Auswahl (Angaben in Milliarden Euro)	Ist 2017	Soll 2018	Entwurf 2019	Finanzplan 2020	Finanzplan 2021	Finanzplan 2022
<b>Soziale Sicherung</b>						
Rentenversicherungsleistungen	90,946 Mrd. €	94,038	98,101	101,967	105,877	110,048
Arbeitsmarkt	37,365 Mrd. €	37,020	36,731	37,300	38,046	37,437
Familienpolitische Leistungen	7,603 Mrd. €	8,213	8,453	8,831	9,020	9,190
Gesetzliche Krankenversicherung	14,500 Mrd. €	14,500	14,500	14,500	14,500	14,500
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5,471 Mrd. €	5,908	7,109	7,809	8,309	8,809
<b>Verteidigung</b>						
Militärische Verteidigung	31,131 Mrd. €	32,749	36,829	36,791	37,685	37,652
<b>Wirtschaftsförderung und Energie</b>						
Energie	1,604 Mrd. €	1,728	1,624	2,630	0,942	0,936
<b>Verkehr</b>						
Eisenbahnen des Bundes	12,496 Mrd. €	11,475	11,415	11,211	11,279	11,292
Bundesfernstraßen	8,074 Mrd. €	8,671	9,439	9,611	10,599	10,707
Bundeswasserstraßen	1,999 Mrd. €	2,220	2,322	2,185	2,185	2,185
<b>Bauwesen</b>						
Wohnungs- und Städtebau	2,738 Mrd. €	3,325	3,520	3,284	3,261	2,129
<b>Forschung, Bildung und Wissenschaft, kulturelle Angelegenheiten</b>						
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10,837 Mrd. €	11,836	12,273	12,534	12,237	12,249
Hochschulen	4,079 Mrd. €	3,459	3,477	2,723	2,870	2,870
<b>Umweltschutz</b>	1,413 Mrd. €	1,876	2,360	2,318	2,057	2,010
<b>Innere Sicherheit, Zuwanderung</b>	7,283 Mrd. €	7,680	8,069	8,109	8,010	8,074
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</b>	8,330 Mrd. €	9,389	9,643	8,705	8,537	8,537
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>						
Zinsausgaben	17,533 Mrd. €	18,154	18,857	19,343	19,629	19,897
Versorgungsausgaben des Bundes ohne Bahn und Post	8,846 Mrd. €	8,816	9,321	9,309	9,355	9,355

Quelle: Finanzplan des Bundes 2018 bis 2022 (Drucksache 19/3401), Darstellung ist angelehnt an den Funktionenplan zum Bundeshaushalt

Grafik: Stephan Roters

# Der Kitt der Gesellschaft

## FINANZDEBATTE Koalition will mit Haushalt Zusammenhalt stärken. Opposition zweifelt, ob das klappt

ist vergangenheitsorientiert“, sagte Fricke. Auch Gesine Lötzsch (Die Linke) ging auf das Thema Steuern ein, allerdings unter anderen Vorzeichen als Fricke. Sie forderte die Einführung eines „gerechten Steuersystems“ und kritisierte, dass in dem Haushaltsentwurf „weder eine Vermögens- noch eine Finanztransaktionssteuer eingepreist sind, obwohl das schon seit langem angekündigt wird“. Für Lötzsch ist die Reform des Steuersystems auch wesentlich, um notwendige Investitionen anzuschieben. Wie auch andere Redner der Fraktion hielt sie dem Finanzminister, der die Investitionspläne des Bundes hervorgehoben hatte, die im Vergleich zum Vorjahr tatsächlich sinkenden Investitionsmittel vor. Dass bei der militärischen Beschaffungen dagegen Milliardensummen aufwachsen, sei „so absurd wie falsch“, sagte die Linken-Abgeordnete.

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass zentrale Probleme wie steigende Mieten, der kommunale Investitionsstau oder die „Klimakrise“ im Haushalt nicht angegangen würden. Es reiche nicht, nur „Dienst nach Vorschrift“ zu machen, den Herausforderungen müsse strukturell begegnet werden. „Diesen Wil-

len hat die Bundesregierung nicht“, konstatierte Kindler. Der Grünen-Haushalter warf der Bundesregierung zudem „fahrlässige“, nicht nachhaltige Haushaltspolitik vor. Die Bundesregierung habe sich scheinbar an Überschüsse gewöhnt und wolle nicht mehr „am Haushalt arbeiten“. So kratze der Entwurf für 2019 an der Regeln der Schuldenbremse, in der Finanzplanung würden alle Rücklagen aufgebraucht und weder Subventionen abgebaut noch eine „gerechte Verbesserung auf der Einnahmeseite“ angestrebt. „Aber was passiert denn, wenn die Konjunktur einmal abflaut, die Zinsen sich erhöhen oder globale Krisen sich zuspielen – mit Auswirkung auf den Haushalt?“, fragte Kindler.

Die Koalitionäre wiesen die Kritik aus den Reihen der Opposition zurück. In der Schlussrunde am Freitag kontierte André Berghegger (CDU) etwa die Grünen-Vorwürfe: Die Schuldenregel werde schlicht eingehalten. Die Grünen sollten daher

nicht den Eindruck „unseriöser Haushaltspolitik“ erwecken. Dass die Rücklage bis 2022 aufgebraucht werden soll, sei richtig, der Haushalt und die Finanzplanung setzen aber auch auf Vorsorge, etwa durch die Demografie-Rücklage. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2019 sei seriös und „er ist vor allem solide“.

Kritisch äußerte sich der Unions-Haushaltspolitiker zum Verhältnis von steigenden Sozialausgaben und stagnierenden Investitionen. Hier müsse nachgesteuert und die Mittel erhöht werden. „Investitionen stärken unsere Zukunft“, sagte Berghegger. Der Christdemokrat kündigte zudem an, sich für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben einzusetzen.

**Rente wird Thema** SPD-Haushalter Johannes Kahrs wiederum kündigte an, in den Haushaltsberatungen mit dem Koalitionspartner über die Sicherung des Rentenniveaus bis 2040 sprechen zu wollen. Das

sei finanzierbar, meinte der Sozialdemokrat auch mit Hinweis auf die von der Union geforderten Erhöhungen im Verteidigungshaushalt. Kahrs verwies zudem auf die wohn- und mietpolitischen Pläne der Koalition. Mit dem Haushalt werde dafür gesorgt, dass „bezahlbare Wohnungen“ entstünden. Die Länder mahnte Kahrs, bei den zusätzlichen Mitteln für den Wohnungsbau den „Maßstab der Zusätzlichkeit“ zu beachten. Demnach sollen die Bundesmittel keine Landesmittel ersetzen. In Anbetracht der guten Lage der Wirtschaft müsse es darum gehen, für Menschen zu sorgen, denen es nicht so gut geht, plädierte der Sozialdemokrat. Auch dafür stehe dieser Haushalt. „Freundlich im Ton, ab und an strittig in der Sache“ werde die Koalition nun über den Entwurf beraten. „Der natürliche Feind des Guten ist das Bessere“, sagte Kahrs.

Die Personalausgaben des Bundes sollen um 1,26 Milliarden Euro (+3,76 Prozent) auf 34,65 Milliarden Euro steigen, die sächlichen Verwaltungsausgaben um 0,94 Milliarden Euro (+5,99 Prozent) auf 16,6 Milliarden Euro. Für Zuweisungen und Zuschüsse plant die Bundesregierung im kommenden Jahr mit Ausgaben in Höhe von 231,77 Milliarden Euro, 6,76 Milliarden Euro mehr als 2018 (+3,01 Prozent). Der Schuldendienst soll im kommenden Jahr mit 18,8 Milliarden Euro um 0,7 Milliarden Euro höher ausfallen (+3,88 Prozent, siehe Seite 5). Für besondere Finanzierungsausgaben rechnet die Bundesregierung mit 1,71 Milliarden Euro, 2018 war eine negative Ausgabe von -0,69 Milliarden Euro als Soll verbucht worden. Der Haushalt soll in der Sitzungswoche vom 19. bis 23. November abschließend beraten werden.

Sören Christian Reimer

**»Weder Vermögens- noch Finanztransaktionssteuer sind eingepreist.«**

Gesine Lötzsch (Die Linke)



## Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2019

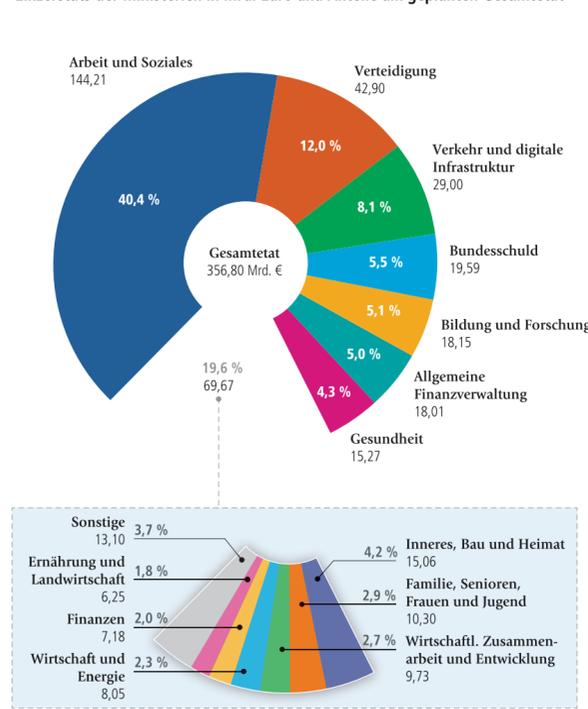
Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2019 in 1.000 €	Veränderungen zu 2018 in 1.000 €	2019 in 1.000 €	Veränderungen zu 2018 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	47.366	+ 5.515
02 Deutscher Bundestag	1.801	- 4	974.863	+ 1.170
03 Bundesrat	86	+ 30	37.501	+ 7.057
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.225	+ 340	3.097.012	+ 58.962
05 Auswärtiges Amt	159.846	- 248	5.573.393	+ 122.768
06 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	1.126.609	- 8.894	15.063.309	+ 929.735
07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	570.868	- 6.469	876.577	+ 84.229
08 Bundesministerium der Finanzen	291.546	+ 10.466	7.179.433	+ 624.522
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	448.324	+ 47.462	8.053.974	- 61.057
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	64.003	+ 2.303	6.245.344	+ 226.188
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2.089.919	+ 49.484	144.206.162	+ 5.026.403
12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8.869.711	+ 2.866.769	29.003.800	+ 1.151.739
14 Bundesministerium der Verteidigung	485.897	- 213	42.901.275	+ 4.381.701
15 Bundesministerium für Gesundheit	93.268	- 375	15.270.400	+ 63.266
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	818.214	+ 196.442	2.267.075	+ 288.251
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	199.085	- 17.020	10.304.769	+ 78.623
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	34.338	+ 3.526
20 Bundesrechnungshof	3.871	+ 118	162.035	+ 13.256
21 Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	61	+ 20	25.218	+ 7.445
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	996.043	+ 27.333	9.725.344	+ 283.512
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	36.276	-	18.145.543	+ 528.513
32 Bundesschuld	1.348.313	- 36.850	19.591.191	+ 177.139
60 Allgemeine Finanzverwaltung	339.192.801	+ 10.069.306	18.014.078	- 802.463
<b>SUMME</b>	<b>356.800.000</b>	<b>+ 13.200.000</b>	<b>356.800.000</b>	<b>+ 13.200.000</b>

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/3400

Grafik: Stephan Roters

## Ausgaben im Bundeshaushalt 2019

Einzelstats der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am geplanten Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/3400 (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

## Bauen soll sich wieder lohnen

**BAUPOLITIK** Die Bundesregierung hat im Bundestag den Start ihrer millionenschweren Bau- und Wohnungsoffensive angekündigt. Von dieser Woche an könnten Familien das Baukindergeld beantragen, sagte Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) am Donnerstag im Bundestag. Bei einem Treffen mit Vertretern der Wohnungswirtschaft im Kanzleramt am Freitag sollte der Grundstein für eine Wohnraumoffensive gelegt werden – und zwar die größte, die Seehofer zufolge je von einer Bundesregierung gab. Er bekräftigte das Ziel, 1,5 Millionen neue Wohnungen in dieser Legislaturperiode bauen zu wollen. Dazu kämen neue Abschreibungsmöglichkeiten für Bauherren; vier Jahre lang können sie im frei finanzierten Wohnungsbau fünf Prozent zusätzlich abschreiben. Der Abgeordnete Bernhard Daldrup (SPD) hob Investitionen im Rahmen der Städtebauförderung hervor, die dazu beitragen würden, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen. Daldrup betonte zudem das Engagement seiner Partei für Mieter, das über die jüngst beschlossenen Mietrechtsänderungen hinausgeht.

**Kritik am Mitteleinsatz** Um all dies finanzieren zu können, sollen die Ausgaben 2019 im Vergleich zum laufenden Jahr steigen: Laut Entwurf, der im Bundestag in erster Lesung beraten wurde, umfasst der Bereich „Wohnungswesen und Städtebau“ Ausgaben von 4,15 Milliarden Euro (2018: 3,86 Milliarden Euro), von denen 3,41 Milliarden (2018: 3,09 Milliarden Euro) investiert werden sollen. Die Ausgaben für Wohngeld verharren dabei bei 540 Millionen Euro. Für das Baukindergeld sind 570 Millionen Euro vorgesehen. 1,52 Milliarden Euro gehen als Kompensationszahlungen wegen der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung an die Länder (2018: 1,52 Milliarden Euro). Für die Städtebauförderung plant die Regierung 899,75 Millionen Euro ein (2018: 808,75 Millionen Euro) und für „Zukunftsinvestitionen“ 67,3 Millionen Euro (2018: 141,6 Millionen Euro). Die Opposition kritisierte den Mitteleinsatz. Die AfD-Fraktion konzentrierte sich in der Debatte auf andere Bereiche aus dem Innenministerium. Die FDP-Fraktion forderte mehr Anstrengungen, um Bauland zu aktivieren. Fehlendes Bauland sei der eigentliche Flaschenhals beim Thema Wohnungsknappheit. Vertreter der Linksfaktion mahnten an, das Wohngeld an die wirtschaftliche Situation im Land und die steigenden Mieten anzupassen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließlich pochte auf Konzepte für strukturschwache Regionen und für ein Angleichen der Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands. *pez*



Während der Minister die Wirtschaft preist, stehen die Zeichen im Hambacher Forst auf Konfrontation.

© picture-alliance/dpa

# Energetisch aufgeladen

## WIRTSCHAFT Fraktionen bewerten die Lage unterschiedlich

**E**iner der wenigen, in deren Reden der Hambacher Forst keine Rolle spielte, war Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Während die Polizei in dem 600 Kilometer entfernten Waldstück am Donnerstag begann, Baumhäuser zu räumen und damit die Proteste gegen eine Rodung zu beenden, sprach er im Bundestag in aller Seelenruhe über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, den anhaltenden Aufschwung und auch die Perspektiven für eine Zeit nach der Energiegewinnung aus Kohle. Erst als die Abgeordnete der Linksfaktion, Sabine Leidig, den Minister auf das Vorgehen gegen die Anti-Braunkohle-Aktivisten ansprach, reagierte er. Altmaier verwies auf die Gespräche und Entscheidungen, die es im Vorfeld gegeben habe, und zu denen er mit seinem Rat und seinen Auffassungen beigetragen habe. Das Verhalten der Linksfaktion kritisierte Altmaier dabei scharf – die Abgeordneten denunzierten eine unternehmerische Entscheidung, die durch Gesetz und Parlamente bestätigt worden sei. Später indes sollten Medienberichte die Runde machen, nach denen der Streit um die Geschehnisse in dem Waldstück die Kohlekommission erreicht habe – also jene offiziell betitelte Strukturwandelkommission, die den Ausstieg der Kohleförderung für die betroffenen Regionen abfedern soll und deren Bedeutung Altmaier herausstellte: Es gehe darum, dass die Menschen in den Regionen die Gewinner und nicht die Verlierer dieses Prozesses sind, sagte Altmaier. Für die SPD-Fraktion pflichtete der Abgeordnete Sören Bartol dem Minister darin bei, dass die Regierung an der Seite der Regionen und der Menschen stehe. Es werde

keinen Ausstieg aus der Kohle von heute auf morgen geben, der Ausstieg werde schrittweise erfolgen. Bei der ersten Lesung des Etatvorschlags der Bundesregierung für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für den Haushalt 2019 (19/3400) würdigte der Minister grundsätzlich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, verwies auf den anhaltenden Aufschwung und kündigte größtmögliche Planungssicherheit für Unternehmen an. Die Regierung wolle die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dieser Aufschwung weitergehe. Sein Einzelplan 09 sieht mit Ausgaben in Höhe von 8,05 Milliarden Euro (2018: 8,12 Milliarden Euro) als einziger Etat etwas weniger Ausgaben als das Soll 2018 vor. Schwerpunkt ist der Bereich „Innovation, Technologie und Neue Mobilität“, für den Ausgaben in Höhe von 3,18 Milliarden Euro (2018: 3,11 Milliarden Euro) eingeplant sind. Für „Neue Mobilität“ sind 128,38 Millionen Euro eingeplant (2018: 113,68 Millionen Euro). 432,59 Millionen Euro an Ausgaben sieht der Etat für die Digitale Agenda vor (2018: 422,26 Millionen Euro). Ein weiterer großer Posten ist der Bereich Luft- und Raumfahrt, für den 1,78 Milliarden Euro eingeplant sind (2018: 1,74 Milliarden Euro). Für den Bereich „Energie und Nachhaltigkeit“ sieht der Haushaltsentwurf 2,28 Milliarden Euro vor (2018: 2,5 Milliarden Euro). Den größten Anteil hier machen die Ausgaben für die Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen aufgrund des Kapazitätsabbaus aus. Altmaier kündigte an, noch in diesem Monat einen Gesetzentwurf für die viel diskutierten Sonderabschreibungen für Erneuerbare Energien vorlegen zu wollen.

**»Die Regierung steht beim Strukturwandel an der Seite der Menschen.«**

Sören Bartol (SPD)

### Etat Wirtschaft und Energie 2019



Die Opposition forderte derweil mehr Engagement vom Minister und kritisierte seine Bewertung der Wirtschaftslage: Der AfD-Abgeordnete Volker Münz erklärte, der Aufschwung sei lediglich der EZB-Zinspolitik zu verdanken und „von der Notwendigkeit“ gemacht. Seine Fraktion wolle die EZB-Politik ändern. Auch die Ausgaben für die Energie- und Mobilitätspolitik lehnt die AfD ab. Carsten Klein (FDP) verwies darauf, dass die Stimmung in Gesellschaft und Wirtschaft trotz der guten Lage schlecht sei. Es herrsche das Gefühl vor, dass die Regierung nicht zukunftsfähig sei. Klein forderte den Minister auf, Haushaltsmittel mit Konzepten zu hinterlegen. Für die Fraktion Die Linke mahnte Heidrun Bluhm an, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ernst zu nehmen und den Fokus auf den Osten und den ländlichen Raum zu richten. Klaus Ernst (Linke) verwies zudem auf die bei weitem nicht ausgeglichene Handelsbilanz – genau die wäre aber ein Faktor für eine wirklich erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Oliver Krischer (Grüne) schließlich klagte, Altmaier werde in der Energiepolitik als „Dampfplauderer“ wahrgenommen, der keine Gesetze oder Verordnungen erlasse. Allen voran brauche es einen Mindestpreis für Kohlendioxid, wie es auch große Teile der Wirtschaft forderten. *Kristina Pezzei*

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Steuereinnahmen steigen weiter

**FISKUS** Der Bund soll im kommenden Jahr Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in Höhe von 333 Milliarden Euro erzielen. Das sind 11,7 Milliarden Euro mehr als das Soll für 2018. Davon geht die Bundesregierung im Regierungsentwurf für den Haushalt 2019 (Einzelplan 60) aus. Bei den Gemeinschaftssteuern soll der Bund demnach unter anderem 93,5 Milliarden Euro aus der Lohnsteuer (Soll-2018: 87,7), 95,6 Milliarden Euro aus der Umsatzsteuer (Soll-2018: 89) und 31,4 Milliarden Euro aus der Einfuhrumsatzsteuer (Soll-2018: 29,2) erhalten. Bei den Bundessteuern sollen im kommenden Jahr unter anderem die Energiesteuer mit 37,2 Milliarden Euro (Soll-2018: 37,1), der Solidaritätszuschlag mit insgesamt 19,9 Milliarden Euro (Soll-2018: 18,7), die Tabaksteuer mit 14,1 Milliarden Euro (Soll-2018: 14,16) und die Versicherungssteuer mit rund 14 Milliarden Euro (Soll-2018: 13,7) zu Buche schlagen. Der Einzelplan führt zudem negative Einnahmen auf, die sich aus gesetzlichen Vorgaben ergeben. Neben den Eigenmitteln der Europä-

ischen Union (siehe Seite 5) sind das etwa Konsolidierungshilfen für fünf Bundesländer, die noch bis einschließlich 2019 mit 800 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt werden. Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleiches zwischen Bund und Ländern sollen demnach im kommenden Jahr zudem in Höhe von rund acht Milliarden Euro negativ vereinnahmt werden (Soll-2018: 8,5). Der von der Bundesregierung angegebene Einnahmensatz liegt zudem rund 1,8 Milliarden Euro unter der zugrunde gelegten Steuerschätzung vom Mai 2018. Grund hierfür sind überwiegend die erwarteten fiskalischen Auswirkungen des in der Steuerschätzung noch nicht berücksichtigten Familienentlastungsgesetzes, das die Koalition vorgelegt hat. In der Finanzplanung geht die Bundesregierung in den kommenden Jahren weiter von steigenden Steuereinnahmen aus: 2020 sollen es demnach 333,8 sein, 2021 346,8 und 2022 359,7 Milliarden Euro sein. 2017 nahm der Bund laut vorläufigem Haushaltsabschluss 309,4 Milliarden Euro durch Steuern ein. *scr*

### Vergünstigungen und Beihilfen

**SUBVENTIONEN** Der ermäßigte Steuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen wird auch 2019 die größte Steuervergünstigung des Bundes sein. Die Bundesregierung rechnet für kommendes Jahr durch die Ermäßigung mit Steuermindereinnahmen des Bundes in Höhe von 2,1 Milliarden Euro (Soll-2018: 2,02). Das geht aus der Übersicht zu den 20 größten Steuervergünstigungen des Bundes im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2019 (19/3400) hervor. Zahlreiche weitere Steuerbegünstigungen beziehen sich auf Strom- bzw. Energiesteuer: Die aufgeführten Stromsteuerbegünstigungen sollen sich im kommenden Jahr zu Steuermindereinnahmen – wie auch 2018 – auf 3,4 Milliarden Euro summieren. Die auf Grundlage des Energiesteuergesetzes gewährten Vergünstigungen summieren sich in diesem und nächsten Jahr demnach auf 4,2 Milliarden Euro. Die Steuerbefreiung der gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit wird im kommenden Jahr mit 1,22 Milliarden Euro veranschlagt (Soll-2018: 1,2).

Als größte Finanzhilfe des Bundes im kommenden Jahr wird im Haushaltsentwurf die Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung der KfW ausgewiesen. Sie soll mit 2,4 Milliarden Euro zu Buche schlagen (Soll-2018: 1,9). „Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen“ sollen 2019 auf 940 Millionen Euro sinken, für 2018 sind 1,02 Milliarden Euro eingeplant. Aus der Gemeinschaftsausgabe (GA) „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollen Finanzhilfen 2019 in Höhe von 520 beziehungsweise 420 Millionen Euro fließen. Weitere Finanzhilfen sind etwa im Energieeffizienzfonds (Soll-2019: 375 Millionen Euro), in der Nationalen Klimaschutzinitiative (Soll-2019: 320 Millionen Euro), im „Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand“ (Soll-2019: 320 Millionen Euro) und bei der Förderung des Städtebaus (Soll-2019: 245 Millionen Euro) veranschlagt. *scr*

## Dürrehilfen im Fokus

### LANDWIRTSCHAFT Etat soll um 262 Millionen Euro steigen

Der trockene Sommer und die Finanzhilfen des Bundes an die Landwirtschaft haben vergangene Woche die Debatte über den Etat des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung (Einzelplan 10) dominiert. Der Regierungsentwurf sieht für 2019 Ausgaben in Höhe von 6,25 Milliarden Euro vor, 226,2 Millionen Euro mehr als das Soll-2018. Die meisten Redner wandten sich im Zusammenhang mit dem trockenen Wetter dem Umgang mit dem Klimawandel zu. Damit steuerfinanzierte Hilfen der Ausnahme bleiben, gewann die Idee einer besonderen steuerlichen Behandlung von Risikorücklagen der Landwirte großen Zuspruch. Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner (CDU), verteidigte die Hilfszahlungen an die Landwirte. Bauern und Förster hätten Wochen des Bangens um die Ernte und der Angst vor Waldbränden hinter sich. „Hilfe mit Augenmaß ist angebracht“, sagte die Ministerin. Man habe nun in einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern eine Einigung über die Dürrehilfen erzielt. Unter den Positionen ihres Etats hob Klöckner die Ausarbeitung einer Ackerbaustrategie bis Herbst 2019 hervor. Der Boden stelle eine zentrale Lebensgrundlage dar. Seine wissenschaftliche Erforschung verdiene eine größere Aufmerksamkeit.

schafft und Ernährungsindustrie nachhaltiger wirtschaften. Als Agrarpolitiker stehe man gegenüber den Steuerzahlern unter ständigem Rechtfertigungsdruck. „Warum erhalten Betriebe in Krisen viele Millionen, wenn zuvor bereits hohe Summen in diesen Sektor geflossen sind“, führte Blum die Skepsis aus. Tobias Lindner (Grüne) erinnerte an den Klimawandel als einen Hauptgrund für die Dürre. „Seit 2014 hatten wir das fünfte Jahr in Folge die wärmsten Jahre weltweit.“ Der regenarme Sommer in Deutschland 2018 sei kein Einzelereignis. Die Hilfen für die Landwirtschaft seien richtig, so Lindner, aber „wir dürfen nicht bei Symptombekämpfung stehen bleiben, sondern müssen an die Ursachen des Problems gehen und das Klimaproblem lösen“. Er forderte einen Klimaaktionsplan. Wie keine andere Branche sei die Landwirtschaft dem Wetter ausgesetzt, sagte Gitta Connemann (CDU). Angesichts der Dürre stehe die Existenz zehntausender Höfe auf dem Spiel. Das volle Ausmaß der Dürreschäden werde man erst nach und nach erkennen könne. Sie verwahrte sich dagegen, der Landwirtschaft eine Schuld am Klimawandel zu geben. „93 Prozent der Treibhausgasemissionen gehen nicht auf das Konto der Branche. Landwirte sind keine Schuldigen, sondern vor allem Leidtragende des Klimawandels“. Rainer Spiering, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung, mahnte an, dass Deutschland bei der Digitalisierung der Agrarwirtschaft die Souveränität über die Daten behalten müsse und sich nicht von kommerziellen Anbietern abhängig machen dürfe. Der Sozialdemokrat plädierte zudem dafür, die EU-Fördermittel punktgenauer einzusetzen und sich von der Logik, Zahlungen nach der Fläche zu bemessen, zu verabschieden. *Lucas Lyppe*

### KURZ NOTIERT

#### Etat des Bundespräsidenten steigt um 5,5 Millionen Euro

Der Etat des Bundespräsidenten und des Bundespräsidialamts soll im kommenden Jahr um 5,52 Millionen Euro auf 47,37 Millionen Euro steigen. Das sieht der Regierungsentwurf für den Einzelplan 01 vor. Wesentliche Ausgabesteigerungen sind bei den Personalausgaben (+ 2,65 Millionen Euro) und den sächlichen Verwaltungsausgaben (+3,01 Millionen Euro) zu verzeichnen. 2017 lagen die Ist-Ausgaben des Etats bei 35,79 Millionen Euro.

#### Bundestags-Haushalt soll leicht wachsen

Der Etat des Bundestages soll im kommenden Jahr leicht um 1,17 Millionen Euro auf 974,86 Millionen Euro steigen. Der Einzelplan 02 des Regierungsentwurfes sieht steigende Personalausgaben (+15,5 auf 671,42 Millionen Euro) bei sinkenden Ausgaben für Investitionen (-14,87 auf 16,07 Millionen Euro) vor. 2017 lagen die Ist-Ausgaben des Etats des inzwischens mit 709 Abgeordneten deutlich größeren Bundestages bei 822,16 Millionen Euro.

#### Bundesrat bekommt mehr Mittel für Baumaßnahmen

Der Haushalt des Bundesrates soll im kommenden Jahr deutlich aufwachsen. Nach dem Regierungsentwurf für den Einzelplan 03 ist eine Steigerung um 7,06 Millionen Euro auf 37,5 Millionen Euro geplant. Knapp 4,93 Millionen Euro mehr als im Vorjahr sind für Investitionen vorgesehen, vier Millionen Euro davon werden für Baumaßnahmen veranschlagt. 2017 lagen die Ist-Ausgaben bei 24,19 Millionen Euro. *scr*

### Etat Ernährung und Landwirtschaft 2019



**KURZ NOTIERT**

**Etat des Bundeskanzleramts und der Bundeskanzlerin**

Der Etat des Bundeskanzleramts und der Bundeskanzlerin soll im kommenden Jahr auf rund 3,1 Milliarden Euro steigen. Das sind 58,96 Millionen Euro mehr als für 2018 veranschlagt. 1,58 Milliarden Euro fallen demnach im Bereich der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien an (siehe Seite 7). 961,48 Millionen Euro sind als Zuschuss für den Bundesnachrichtendienst vorgesehen (Soll-2018: 925,45 Millionen Euro). 2017 lagen die Ist-Ausgaben bei 2,72 Milliarden Euro.

**Abführungen an die Europäische Union**

Der Bund soll im kommenden Jahr 35,48 Milliarden Euro als Eigenmittel an die Europäische Union abführen. Das sind 6,2 Milliarden Euro mehr als das Soll in 2018. Das geht aus dem Einzelplan 60 des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2019 hervor. Erhöhen werden die Mittel aus der Mehrwertsteuer (2019: 2,59 Milliarden Euro, 2018: 2,51), als Anteil am Bruttonationaleinkommen (2019: 28,65 Milliarden Euro, 2018: 22,61) und aus Zöllen (2019: 5,3 Milliarden Euro, 2018: 5,2 Milliarden Euro).

**Mehrausgaben im Bereich der Bundesschuld**

Der Bund soll im kommenden Jahr mehr Mittel für den Schuldendienst aufwenden. Laut Haushaltsentwurf sieht für diesen Posten Ausgaben in Höhe von 18,8 Milliarden Euro vor, das sind rund 0,7 Milliarden Euro mehr als das Soll 2018. Der Gesamtansatz des Einzelplan 32 (Bundesschuld) soll um 177 Millionen Euro auf 19,59 Milliarden Euro steigen. 2017 lagen die Ist-Ausgaben bei 18,4 Milliarden Euro. Laut Kreditfinanzierungsplan des Haushaltsentwurfes soll es im kommenden Jahr eine Bruttokreditaufnahme von 185,26 Milliarden Euro geben (2018: 174,98). Getilgt werden sollen Kredite in Höhe von 185,16 Milliarden Euro (2018: 186,3).

**600 Millionen Euro mehr für das Bundesfinanzministerium**

Der Etat des Bundesfinanzministeriums soll im kommenden Jahr um 0,6 Milliarden Euro auf 7,2 Milliarden Euro steigen. Mehrausgaben im Einzelplan 08 des Regierungsentwurfes zum Bundeshaushalt 2019 sind vor allem für Personalausgaben (+ 342 Millionen Euro) und bei den Ausgaben für Investitionen (+146 Millionen Euro) geplant. 2017 lagen die Ist-Ausgaben bei 6,1 Milliarden Euro.

**Haushalt des Bundesrechnungshofes**

Der Bundesrechnungshof soll im kommenden Jahr 162 Millionen Euro ausgeben können. Das sind 13,3 Millionen Euro mehr als das Soll für 2018. Mehrausgaben im Einzelplan 20 des Regierungsentwurfes fallen vor allem für Personal an (+ 7,5 Millionen Euro). 2017 lagen die Ist-Ausgaben bei 145,2 Millionen Euro.



Seit 2005 wird in Deutschland eine Lkw-Maut erhoben, die zunächst auf Autobahnen beschränkt war. Seit Mitte 2018 gilt sie auch auf Bundesstraßen.

© picture-alliance/dpa

# Lkw-Maut und Fahrverbote

**VERKEHR** Minister Andreas Scheuer sieht sich Kritik der Opposition, aber auch der SPD ausgesetzt

Die Ausgaben für den Verkehr und die digitale Infrastruktur sollen weiter steigen. 29,03 Milliarden Euro sieht der Einzelplan 12 für 2019 vor – für 2018 sind es 27,85 Milliarden Euro. Mehr als 17 Milliarden Euro sollen im kommenden Jahr für Investitionen ausgegeben werden. Einmal mehr ist damit der Verkehrshaushalt der größte Investitionset des Bundes. Das Problem dabei: Das vorhandene Geld wird nicht in ausreichendem Maße umgesetzt. Der Verkehrsminister bekomme es nicht hin, „schnell zu bauen und die Mittel entsprechend schnell für Maßnahmen im Bereich Straße oder Schiene zu verwenden“, kritisierte Christoph Meyer (FDP) während der Beratung des Verkehrsetats vergangene Woche. Bei den Bundesschieneisenwegen gebe es eine Milliarde Euro Ausgabenreste, bei den Bundeswasserstraßen 780 Millionen Euro. „Im Bereich der digitalen Infrastruktur schieben Sie einen Berg von Resten in Höhe von fast einer Milliarde Euro vor sich her“, sagte Meyer in Richtung Bundesminister Andreas Scheuer (CSU). Es sei zu erwarten, dass diese Beträge noch weiter aufwachsen.

**Infrastrukturgesellschaft** Die Problematik ist dem Bundesverkehrsministerium bewusst. Um – zumindest im Bereich der Straßen – schneller planen und bauen zu können, forciert das Ministerium den Auf-



bau einer bundeseigenen Infrastrukturgesellschaft, die künftig für Planung, Bau, Betrieb, Erhalt, Verwaltung und Finanzierung der Autobahnen und Bundesfernstraßen zuständig sein soll. Sowohl der Haushaltsausschuss als auch der Verkehrsausschuss hatten kurz vor Beginn der Debatte mit dem Stimmenden der Koalitionsfraktionen den Gesellschaftsvertrag zur Gründung der „Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen“ abgesegnet, sehr zur Freude des Verkehrsministers: „Damit ist der Weg frei für die größte Reform in der Geschichte der Autobahnverwaltung“, sagte der Minister. FDP-Mann Meyer zeigte sich hingegen skeptisch: Mit der Infrastrukturgesellschaft sei leider keine Besserung zu erwarten, urteilte er. Statt auf eine schlanke, smarte Lösung

setze der Verkehrsminister auf eine „Mammutbehörde“. Weniger Probleme haben die Liberalen mit der vorgesehenen Vergabe der Lkw-Mauterhebung an einen privaten Betreiber. Umso heftiger fällt dagegen der Protest von Linken und Grünen aus. Jahrelang habe der private Mautbetreiber Toll Collect versucht, „die öffentliche Hand mit falschen Abrechnungen zu betrügen“, sagte Victor Perli (Die Linke). Diese „Frechheit“ sei am Ende belohnt worden, da in einem Vergleich nach 14-jährigem Streit vor Schiedsgerichten Forderungen vom Bund und von Toll Collect – „auch die illegalen Forderungen“ – miteinander verrechnet worden seien, sagte der Linken-Abgeordnete und erntete dabei laustarken Widerspruch von Union und SPD. Perli fasst ändernde das jedoch nicht: „Das Mautsystem muss dauerhaft von der öffentlichen Hand betrieben werden.“ Stephan Kühn (Grüne) sah das genauso. „Die Privatisierung der Maut ist alles andere als eine Erfolgsgeschichte“, sagte er. Der Bund habe bei dem abgeschlossenen Vergleich auf Milliardenforderungen verzichten müssen. Es habe falsche Abrechnungen in Millionenhöhe und satte 20 Prozent Rendite für Toll Collect und seine Eigentümer gegeben.

Was den vorgelegten Haushalt angeht, so werde damit die „klimapolitische Geisterfahrt fortgesetzt“ befand Kühn. Mit dem geplanten Straßenausbau würden jegliche Ambitionen für den Klimaschutz konterkariert. „Das ist Verkehrspolitik aus dem letzten Jahrhundert“, sagte er. Der Grünen-Abgeordnete wies dem Verkehrsminister die politische Verantwortung für die Fahrverbote zu, weil er die Hardware-Nachrüstung für ältere Dieselfahrzeuge blockiere. Ein Vorwurf, dem Sören Bartol (SPD) zumindest nicht entgegentrat. Es sei festzustellen, dass über ein „zentrales Instrument“ zur Verhinderung von Fahrverboten innerhalb der Bundesregierung aufgrund der Blockade der Union nicht entschieden werde, sagte er. Es gehe dabei um eine von den Herstellern zu bezahlende regionale Nachrüstung für Dieselfahrer, die von Verboten betroffen sind. Wenn die Bundeskanzlerin nicht in der Lage sei, die abwartende Haltung des Verkehrsministers zu überwinden, sei die SPD-Fraktion – „gemeinsam mit dem Koalitionspartner“ – bereit, einen Antrag einzubringen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, gegenüber der Industrie eine technische Nachrüstung durchzusetzen, kündigte der SPD-Fraktionsvize an.

Keine gute Idee, findet die AfD. „Eine politisch gewollte Nachrüstung ist praktisch nicht durchführbar“, urteilte deren Verkehrspolitiker Dirk Spaniel. Zudem seien Gesundheitsgefährdungen durch Messwerte, die oberhalb der Grenzwerte liegen, „nicht wissenschaftlich nachweisbar“. Die Bundesregierung betreibe hochgradig unethische Placebopolitik. „Die Wahrheit ist: Wir können in Deutschland den weltweiten CO2-Ausstoß sowieso nicht entscheidend beeinflussen. Das einzige, was wir können, ist, unser Land mit industrie-feindlicher und realitätsferner Politik zu ruinieren“, sagte Spaniel. **Glasfaserausbau** Einen Blick auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur warf Ulrich Lange (CSU). In der vergangenen Legislaturperiode seien echte Kraftanstrengungen unternommen worden. „Heute sehen wir viele einzelne, Hunderte von Planungen von Bauvorhaben in den Kommunen, in den Regionen, die Schritt für Schritt vorangehen.“ Nun gelte es den nächsten Schritt zu gehen. Das bedeute „Glasfaser in jeder Region, in jeder Gemeinde, und das möglichst direkt zum Haus“. Beim geplanten Ausbau des Mobilfunknetzes zum modernen 5G-Standard müsse gewährleistet sein, dass „dort, wo 5G draufsteht, auch 5G drin ist“, sagte Lange. Deshalb seien strenge Versorgungsauflagen wichtiger als mögliche Einnahmen bei der Frequenzversteigerung, betonte der CSU-Politiker. **Götz Hausding**

**»Die Privatisierung der Maut ist alles andere als eine Erfolgsgeschichte.«**  
Stephan Kühn (Grüne)

## Grüne werfen Bundesregierung Schönrechnerei vor

**UMWELT** Etat von Ministerin Schulze (SPD) soll um 15 Prozent wachsen. Mittelabfluss in der Kritik

Um rund 15 Prozent soll der Haushalt des Bundesumweltministeriums im kommenden Jahr wachsen. Damit könnte Bundesministerin Svenja Schulze (SPD) mit Ausgaben in Höhe von 2,27 Milliarden Euro (2018: 1,98 Milliarden Euro) planen. Die im Regierungsentwurf vorgesehen Steigerung im Einzelplan 16 wird von den Parlamentariern grundsätzlich begrüßt, in der Debatte zum Regierungsentwurf machten die Umweltpolitiker der Oppositionsfaktionen allerdings deutlich, dass sie andere Schwerpunkte bei der Verwendung des Geldes setzen wollen.

**Forschung** Schulze benannte als Schwerpunkte für die kommenden Monate die Forschung, den internationalen Klimaschutz, den Schutz der Artenvielfalt und den geplanten Wildnisfonds. Sie kündigte einen Aktionsplan gegen das Insektensterben an, zudem seien der Atomausstieg und die Digitalisierung weitere wichtige Themen. Umweltpolitik müsse einerseits „Treiberin von Fortschritt und Innovation“ sein, müsse aber gleichzeitig soziale und ökonomische Konsequenzen „mitdenken“. Sie müsse versöhnen und dürfe „nicht spalten“. Für die Union betonte Marie-Luise Dött, dieser Hitzesommer sei mit seinen Proble-

men etwa für Landwirte, Schiffer und Kraftwerksbetreiber ein Signal dafür, dass man in der Klimapolitik „nicht nachlassen“ dürfe. Mit Blick auf den Ausstieg aus der Braunkohle sage sie jedoch, dass dieser nicht ohne den Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen geschehen dürfe. Wichtig sei es für die Zukunft, insbesondere im Bereich der Kreislaufwirtschaft weitere Erfolge zu erzielen; etwa eine bessere Nutzung der Recyclingmaterialien. In Richtung des Koalitionspartners sagte der SPD-Abgeordnete Matthias Miersch, es sei ein „falscher Blickwinkel“, wenn Klimaschutz als Politik gegen die Interessen der Menschen oder der Industrie betrachtet werde. Vielmehr sei er Politik in ihrem Sinne. Beim Kohleausstieg müsse ein anderer Weg als beim Atomausstieg beschritten werden, der heute noch von „maßgeblichen Kräften im Parlament“ abgelehnt werde. Er stimme seiner Parteivorsitzenden Andrea Nahles zu, so Miersch, dass die betroffenen Regionen „nicht im Stich gelassen“ werden dürften. Der AfD-Umweltpolitiker Martin Hohmann nannte den Aufwuchs des Umwelteinsatzes „in Teilen“ sehr wünschenswert, vor allem da, wo es um die biologische Vielfalt und den Wildnisfonds gehe. Er sei aber

sehr skeptisch, wenn Geld in die Biodiversität im Ausland fließen solle. Hohmann kritisierte die geplanten Sperrzonen für Dieselfahrzeuge. Unter dieser nachträglichen staatlichen Regulierung würden die Bürger leiden. Kritik am Programm der Ministerin äußerten auch die Liberalen: So sagte Ulla Ihnen, Schulze betreibe „die Politik des Weiter so“ der alten Regierung. Sie verheddere sich in ineffizienten und sich überschneidenden Förderprogrammen. Die Ministerin solle endlich etwas gegen den „katastrophalen Mittelabfluss“ tun. Für die Fraktion Die Linke lobte Heidrun Blum, Schulze verfolge im Bereich der Dieselfahrer die richtige Politik gegenüber der Automobilwirtschaft. Sie solle sich weiterhin für eine Nachrüstung der entsprechenden Hardware zu Lasten der Konzerne einsetzen. Kritisch sehe ihre Fraktion aber, dass die Mittel für die nationale Klimaschutz-Initiative und die internationale Zusammenarbeit gekürzt würden. Der Grünen-Abgeordnete Sven-Christian Kinder nannte den Klimaschutz „das Menschheitsthema dieses Jahrhunderts“. Weil der allergrößte Teil des Aufwuchses im Etat mit der Zwischen- und Endlagerung des Atommülls in „Altlasten“ gehe und gleichzeitig Milliarden für klima-

schädliche Politik ausgegeben würden, rechne die Koalition die Zahlen schön. Kinder forderte ein Ende des Dieselpriwilegs; die „Klüngel“ mit der Automobilindustrie müsse aufhören. **Der Etat** Die geplanten Steigerungen bilden sich in den Programmhaushalten unterschiedlich ab: Ein deutliches Plus verzeichnet beispielsweise die Zwischen- und Endlagerung (+253,2 auf 983,8 Millionen Euro). Der Bereich Naturschutz wächst ebenfalls deutlich auf (+16,7 auf 93,1 Millionen Euro). Im Kapitel Klimaschutz sollen mit 538,9 im kommenden Jahr 10,9 Millionen Euro mehr ausgegeben werden. Mehr Geld gibt es in der Planung auch für das Umweltbundesamt (+13,2 auf 138,6 Millionen Euro) Um 2,7 auf 151,1 Millionen Euro sinkt hingegen der Ansatz im Bereich Umweltschutz. Auch im Bereich nukleare Sicherheit und Strahlenschutz fällt der Ansatz geringer aus (-22,8 auf 46,3 Millionen Euro). **Susanne Kailitz**

Anzeige

Brauchen Politiker den „Willen zur Macht“?



**Politik als Beruf**  
Eine motivationspsychologische Analyse  
Von StM a.D. Dr. Florian Gerster  
2018, 182 S., brosch., 29,- €  
ISBN 978-3-8487-5010-8  
eISBN 978-3-8452-9262-5  
nomos-shop.de/39178

Als beteiligter Beobachter untersucht Florian Gerster in Tiefeninterviews mit Politikern den Einfluss der sozialen Motive Macht, Leistung und Anschluss auf die Entscheidung für „Politik als Beruf“. Das sekundäre Leistungsmotiv steht nach dieser Untersuchung im Dienst des primären Machtmotivs, und das öffentliche Wirken – die „Bühne“ – ist ein besonderer Anreiz.

Nomos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: [www.nomos-elibrary.de](http://www.nomos-elibrary.de)

Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Sollte sich die Bundeswehr an einem Militärschlag gegen das Assad-Regime als Antwort auf einen möglichen Chemiewaffeneinsatz in Syrien beteiligen? Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) plädierte in der vergangenen Woche – ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) – dafür, diese Option zumindest nicht von vornherein auszuschließen. Andere, darunter die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles, wandten sich dagegen: „Das Völkerrecht kennt aus gutem Grund kein Recht auf militärische Vergeltung und schon gar nicht durch einen Staat oder durch eine irgendwie zusammengebaute Koalition.“ Die heikle Syrien-Frage prägte in der vergangenen Woche auch die Debatte um den Haushalt für das Auswärtige Amt. Außenminister Heiko Maas (SPD) beantwortete sie – allerdings erst auf Nachfrage aus der Fraktion Die Linke – derart, dass die Bundesregierung auf diplomatischen Wegen daran arbeite, dass es gar nicht erst zum Einsatz von Chemiewaffen in Syrien komme. „Dass diese Frage völkerrechtlich und auch verfassungsrechtlich außerordentlich schwierig zu beantworten ist, ist doch vollkommen klar.“ Maas bezeichnete bei der Vorstellung des Etats die Stärkung Europas angesichts neuer Unsicherheiten im transatlantischen Verhältnis und angesichts der Krisen im Nahen Osten als oberste Priorität der deutschen Außenpolitik. „Die Antwort auf ‚America first‘, ‚Russia first‘ oder ‚China first‘ ist nicht ‚Europe first‘, sondern ‚Europe United‘.“ Die Vereinigten Staaten blieben Wertepartner, aber in Fragen etwa

# Rote Linien für Assad

**AUSWÄRTIGES** Ein Eingreifen der Bundeswehr in den Syrien-Krieg als Antwort auf einen weiteren möglichen Chemiewaffeneinsatz entzweit die Koalition



Rauch über der Stadt Dschir asch-Schughur im syrischen Gouvernement Idlib nach einem Beschuss russischer Kampfflugzeuge Anfang September



der Handelspolitik und der Strafzölle müsse es darum gehen, „in der europäischen Einheit unsere Antwort zu geben“. Maas kündigte zudem an, den temporären deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 zu nutzen, um das Prinzip des Multilateralismus stärker in den Vordergrund zu stellen.

Armin-Paulus Hampel (AfD) warnte davor, einen militärischen Einsatz in Syrien auch nur in Erwägung zu ziehen. Ohne ein dazu ermächtigendes UN-Mandat wäre ein solcher Schritt ein Verfassungsbruch. Ohnehin habe das Assad-Regime keinen Grund, zu solchen Mitteln zu greifen, weil die Aufständischen in Idlib mit dem Rücken zu Wand stünden. „Wir hätten uns gewünscht, dass es einen friedlichen Ausgleich zwischen den politischen Kräften in Syrien gibt. Aber Sie müssen nun einmal anerkennen, dass Herr Assad, und zwar aufgrund einer fehlgeleiteten westlichen Politik, gemeinsam mit Russland das Heft des Handelns fest in der Hand hat.“

Johann David Wadepuhl (CDU) hingegen plädierte dafür, die Drohkulisse gegen das Regime in Damaskus glaubhaft aufrecht zu erhalten. „Wir müssen jede politische Regung unterlassen, die Herrn Assad ermutigen könnte, dieses Giftgas noch einmal zum Einsatz zu bringen.“ Die USA und die engsten Verbündeten in Europa, Großbritannien und Frankreich, hätten erklärt,

dass sie Reaktionen folgen lassen würden. „Deutschland darf dann nicht von vornherein sagen: Wir machen da mal wieder nicht mit.“ Wadepuhl lenkte zudem den Blick auf das auch von Deutschland mitgetragene Nato-Ziel, bis 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung aufzuwenden. Die mittelfristigen Planungen entsprächen diesem Ziel nicht. „Wir erwarten, dass hier nachgebessert wird“, sagte Wadepuhl in Richtung des sozialdemokratischen Koalitionspartners.

**Personalmangel** Michael Georg Link (FDP) beklagte, dass die finanzielle Ausstattung des Auswärtigen Amtes hinter den steigenden Erwartungen an die Außenpolitik zurückfallen würde. Mittelfristig solle der Haushalt sogar sinken, mit dem Sitz im UN-Sicherheitsrat und dem deutschen EU-Ratsvorsitz im Jahr 2020 passe das hinten und vorne nicht zusammen. Das Amt leide bereits heute unter Personalmangel, unter Überlastung bei der Visabearbeitung und unter Mängeln in der Mittelbewirt-

schaffung. „Es ist höchste Zeit, in die Substanz der deutschen Diplomatie zu investieren, sonst bricht der Boden weg.“ Gregor Gysi (Die Linke) bezeichnete die Überlegungen für einen Bundeswehreinsatz in Syrien „abenteuerlich“. Es bleibe zu hoffen, „dass die SPD ausnahmsweise einmal bei ihrem Nein in der Koalition bleibt, aber sie schwankt ja schon“. Mit einem „Duckmäuserum“ gegenüber der US-Administration, Unlogik im Umgang mit Konflikten, mit rechtlich fragwürdig begründeten Militäreinsätzen und Rüstungsexporten in kriegsführende Länder wie Saudi-Arabien untergrabe die Bundesregierung die außenpolitische Glaubwürdigkeit. „Man hört nichts von Diplomatie, Völkerrecht, Entspannung. Damit aber machen Sie Deutschland zum Teil des Problems und nicht der Lösung.“

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass Deutschland bereits im laufenden Haushaltsjahr 150 Millionen Euro weniger gegenüber dem Vorjahr für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Na-

tionen zur Verfügung stelle. Mit Blick auf die brenzlige Situation in und um Syrien und mit Blick auf rund drei Millionen Zivilisten, die auf diese humanitären Hilfen angewiesen sind, sei das beschämend. „Wir brauchen hier eine Korrektur.“ Deligöz kritisierte außerdem geplante Kürzungen im Auswärtigen Etat in den kommenden Jahren. Damit stehe auch die Koalitionsankündigung in Frage, wachsende Verteidigungsausgaben eins zu eins an einen Aufwuchs für die Außen- und Entwicklungspolitik zu koppeln. „Sie biegen die Zahlen bis sie brechen.“

Nach Vorstellungen der Bundesregierung soll das Auswärtige Amt 2019 über Ausgaben in Höhe von 5,57 Milliarden Euro verfügen können und damit über knapp 123 Millionen Euro mehr als im laufenden Haushaltsjahr. Größter Ausgabenposten bleibt dem Haushaltsentwurf (19/3400) zufolge das Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“, in dem unter anderem 1,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe vorgesehen sind. *Alexander Heinrich*

# Fehlende Fähigkeiten und Finanzen

**VERTEIDIGUNG** Etat steigt um mehr als zehn Prozent

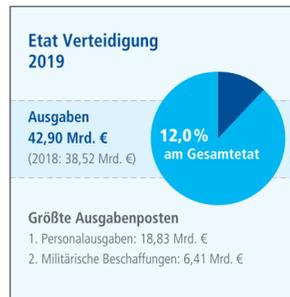
Deutschlands Verteidigungsausgaben sollen im kommenden Jahr um 4,38 auf 42,9 Milliarden Euro steigen. Dies sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt (19/3400, Einzelplan 14) vor, über den der Bundestag in der vergangenen Woche in erster Lesung beriet. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) begrüßte die geplante „fünfte Erhöhung des Wehretats in Folge“ ausdrücklich: „Wir brauchen das Geld, um zu modernisieren. Wir brauchen das Geld, um hohle Strukturen aus Jahrzehnten des Abbaus zu füllen und um neue Fähigkeiten aufzubauen.“ Zugleich betonte die Ministerin, dass die Erhöhung des Wehretats „sicher kein Schlusspunkt“ sei – im Gegenteil. „Nur wenn wir den Verteidigungshaushalt weiterhin stabil, verlässlich, substanzell aufwachsen lassen“, könnte die Modernisierung der Truppe gemäß des Anfang September verabschiedeten „Fähigkeitsprofils der Bundeswehr“ realisiert werden. So sollen nach der Finanzplanung des Bundes (19/3401) die Verteidigungsausgaben 2021 und 2022 auf jeweils 43,9 Milliarden Euro steigen.

Neben einem Anstieg der Personalkosten um 932 Millionen Euro auf 18,83 Milliarden Euro sollen rund drei Milliarden Euro zusätzlich in die Beschaffung und den Erhalt von Ausrüstung und Anlagen sowie in die Wehrforschung fließen. Insgesamt 15,31 Milliarden Euro sind hierfür vorgesehen. Unter den Beschaffungen mit einem Volumen von 6,41 Milliarden Euro stellen der Schützenpanzer Puma (700 Millionen Euro), das Transportflugzeug A400M (565 Millionen Euro), das Kampfflugzeug Eurofighter (400 Millionen Euro), der Hubschrauber NH90 (400 Millionen Euro) und die Korvette K130 (310 Millionen Euro) die größten Einzelposten dar. Von der Leyen erinnerte daran, dass Deutschland im kommenden Jahr als Führungsnation der sogenannten Nato-Speer Spitze (VJTF) eine Brigade zu stellen hat, die sich aus anderen Verbänden Personal und Material habe leihen müssen. Ziel sei es, bis zum Jahr 2023, wenn Deutschland erneut eine VJTF-Brigade stellen muss, eine Brigade der Bundeswehr „so vollständig auszurüsten“, dass sie die Aufgabe allein bewältigen kann. In den nächsten Jahren sollen acht Brigaden wieder über eine Vollausstattung verfügen.

Scharfe Kritik an Ministerin von der Leyen und der Finanzplanung der Regierung übte der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Rüdiger Lucassen. Das neue „Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“ sei lediglich ein „ungedekelter Scheck“. So sei der Wehretat weit entfernt davon, dass Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung auszugeben, zu erfüllen. Selbst die von der Ministerin ausgegebene Zielmarke von 1,5 Prozent werde nicht erreicht. So lägen die Ausgaben 2019 bei 1,31 Prozent des BIP, aber bereits 2020 würden sie wieder auf 1,28 Prozent sinken. Allein um die 18.000 unbesetzten Stellen in den Streitkräften zu finanzieren, müssten rund 2,5 Milliarden Euro aufgebracht werden. „Für Investitionen in neue Ausrüstung bleibt da nichts übrig“, sagte Lucassen.

Auch die FDP-Fraktion monierte die Finanzplanung, die das selbstgesteckte

1,5-Prozent-Ziel verfehle. Zwischen den Reden und dem Handeln von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Verteidigungsministerin „liegen sagemüde zehnte Milliarden Euro“, sagte der liberale Haushaltspolitiker Karsten Klein. Die FDP sei bereit, einen Anstieg der Verteidigungsausgaben mitzutragen, sagte Klein der Ministerin zu. Bedingung sei allerdings, dass das Beschaffungswesen so orga-



nisiert wird, „dass aus dem vielgenannten Soll auch ein Ist werden kann“ und dass die Beschaffungen mit den europäischen Partnern besser synchronisiert werden. Zudem müsse ein Finanzplan vorgelegt werden, aus dem klar hervorgeht, was die Bundeswehr „wann und wofür benötigt“. Der Verteidigungs- und Haushaltsexperte Tobias Lindner von Bündnis 90/Die Grünen bezweifelte, dass die zusätzlichen Gelder überhaupt ausgegeben werden können. Angesichts der Probleme im Beschaffungswesen werde dies auch vom Bundesrechnungshof kritisch beurteilt. Fast ein Viertel der Stellen beim Beschaffungssamt sei nicht besetzt. „In dieser Situation muss doch die erste Aufgabe sein, mit Geld vernünftig umzugehen, statt noch neues Geld auf den

Verteidigungsetat draufzuwerfen“, sagte Lindner. Für prinzipiell überdimensioniert hält die Linksfraktion den Wehretat. Deren Haushaltsexpertin Gesine Löttsch warf der Regierung vor, dass sie „mehr in Kriegsvorbereitungen als in den Frieden investieren will“. So stünden den 15 Milliarden Euro für Beschaffung, Materialerhalt und Wehrforschung lediglich elf Milliarden bei den zivilen Sachinvestitionen des Bundes gegenüber.

Begrüßt werden der Anstieg der Verteidigungsausgaben hingegen von den Koalitionsfraktionen. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU), mahnte allerdings an, dass der Wehretat bis 2023 auf 60 Milliarden Euro ansteigen müsse. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) müsse „Verantwortungsbewusstsein“ zeigen. Der SPD-Verteidigungspolitiker Fritz Felgentreu bekannte sich zu dem Ziel, bis 2024 1,5 Prozent des BIP auszugeben, damit die Bundeswehr „wie der ihre Aufgaben erfüllen kann“. Das kommende Jahr werde für von der Leyen zur „Nagelprobe“. Sie müsse beweisen, dass die zusätzlichen Gelder effektiv bei der Beschaffung neuer Ausrüstung eingesetzt werden. *Alexander Weinlein*

**»Das Ziel ist eine Bundeswehr, die ihre Aufgaben wieder erfüllen kann.«**  
*Fritz Felgentreu (SPD)*

## »Der Bedarf ist enorm«

**ENTWICKLUNG** Der Etat wächst, doch der Minister warnt davor, mit seinem Budget dringende Programme nicht finanzieren zu können

Der Etat von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) soll 2019 zum vierten Mal in Folge der höchste in der Geschichte des Ministeriums sein. So plant es die Bundesregierung laut ihrem Haushaltsentwurf (19/3400, Einzelplan 23). Um 285 Millionen Euro auf 9,75 Milliarden Euro soll er steigen, mit geplanten Investitionen in Höhe von 6,67 Milliarden Euro würde der Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der zweitgrößte Investitionshaushalt des Bundes.

Doch weder die Fraktionen noch der Minister selbst zeigten sich vergangene Woche zufrieden. „Ich sage allen, die in ihrer Rede Fluchtursachenbekämpfung fordern: Ich kann dringende Programme nicht finanzieren“, warnte Müller. Die Bedarfe seien enorm. So müsse das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, Unicef, wegen der Knappheit der Mittel bereits wieder Schulen in und um Syrien schließen. Auch sein Ministerium habe Mittel aus Langfristpro-

jekten abziehen müssen. Insbesondere das ungleiche Verhältnis der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und Rüstung prangerte Müller an. „Die jährlichen Rüstungsausgaben weltweit steigen in diesem Jahr auf circa 1.700 Milliarden Dollar. Das sind fast fünf Milliarden Euro jeden Tag.“ Demgegenüber stagnierten die weltweiten Ansätze für Entwicklungszusammenarbeit bei 160 Milliarden Euro – und die USA würden ihren Anteil sogar reduzieren. „Wir könnten 50.000 Dorfapotheken in Afrika für den Preis eines einzigen Militärjets finanzieren – 50.000 Dorfapotheken!“, rechnete Müller vor. Er „vertraue auf das Parlament, zumindest auf der Basis des Koalitionsvertrages, den Haushaltsansatz in den Haushaltsberatungen aufzustocken“.

**Dauerstreitpunkt ODA-Quote** Tatsächlich hat sich Deutschland 1972 international verpflichtet, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen auf 0,7 Prozent zu steigern. Doch diese so genannte ODA-Quote hat die Bundesrepublik nie erreicht – auch in diesem Jahr liegt sie bei nur 0,5 Prozent. Ein Dauerstreitpunkt in Entwicklungsdebatten, auch dieses Mal. „Diese Debatte, ob die eingestell-

ten Mittel im Haushaltsplan ausreichen werden, um die ODA-Quote in dieser Legislaturperiode letztendlich zu erreichen, müssen wir führen“, betonte Sonja Amalie Steffen (SPD). Sie erinnerte wie Müller an den Koalitionsvertrag, in dem sich CDU, CSU und SPD „neben der Kopplung der ODA-Quote an den Verteidigungshaushalt auch dazu verpflichtet (hätten), dass ein Absinken der ODA-Quote verhindert werden muss“. Helin Evrim Sommer (Die Linke) kritisierte ebenfalls: „Wieder und wieder bleiben wir hinter den 0,7 Prozent zurück. Dabei sei ein Budget von 0,7 Pro-

zent des BNP „wirklich der beste Weg, um Fluchtursachen zu bekämpfen.“ Für Bündnis 90/Die Grünen betonte Ottmar von Holtz: „Mit einem Prozent der weltweiten Militärausgaben würden wir sämtliche humanitäre Hilfe finanzieren können. Ich würde mir in diesem Zusammenhang von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wünschen, dass Sie sich hierhin stellen und mit der gleichen nachdrücklichen Vehemenz das Einhalten des 0,7-Prozent-Ziels einfordern, wie Sie die zwei Prozent für den Wehretat hier auch einfordern.“

Aber bedeutet mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit auch tatsächlich mehr und bessere Hilfe? Nein, befand etwa die AfD-Fraktion. „Nach wie vor werden die Mittel mit der Gießkanne an Hunderte von Trägern für Tausende von Projekten in rund hundert Ländern ausgeschüttet“, monierte Volker Münz. Doch komme es darauf an, wie die Entwicklungszusammenarbeit qualitativ und quantitativ ausgestaltet werde. „Aufstrebende Schwellenländer wie Brasilien sollten keine Entwicklungshilfe mehr bekommen“, forderte Münz. Außerdem sollte das BMZ verstärkt wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern und Hilfen zwingend an „elementare Bedingungen“, wie die Rücknahme nicht als Flüchtlinge



anerkannter Landsleute knüpfen. Für die FDP befand Michael Georg Link: „Quoten alleine sind kein Selbstzweck.“ Es müsse auf jeden Fall auch an der Effizienz gearbeitet werden. Seine Fraktion fordert schon länger „eine wirksame und auch schonungslose Evaluierung entwicklungs-politischer Maßnahmen“, eine bessere Abstimmung mit anderen internationalen tätigen Ressorts – allen voran das Auswärtige Amt – sowie ein deutlich stärkeres multilaterales Engagement. „In der EZ müssten wir vor allem global und mehr multilateral handeln, statt immer mehr Schaulustinitiativen aufzuplustern“, betonte Link auch mit Blick auf die inzwischen vier Sonderinitiativen des BMZ, darunter eine neue mit dem Titel „Ausbildung und Beschäftigung“, mit der in Afrika zusammen mit der Wirtschaft Arbeits- und Ausbildungspartnerschaften geschaffen werden sollen.

**Weniger Partnerländer** Auf einige Kritikpunkte ging Müller ein. So kündigte er an, Ende Oktober ein Paket zur Wirtschaftsförderung sowie ein neues Konzept zur Entwicklung und Klima vorlegen zu wollen. Deutschland werde die Entwicklungszusammenarbeit außerdem künftig auf weniger Staaten als die bisher 85 Partnerländer konzentrieren. *Johanna Metz*

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**  
Jetzt auch als E-Paper.  
Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)  
Telefon 069-75014253

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Immer nur bergauf? Die Rentenkosten im Haushalt steigen und steigen. Gleichzeitig bleibt die Sorge der Menschen vor ihrer Absicherung im Alter ein präsent Thema.

© picture-alliance/Sven Simon

## Finanzspritze fürs Personal

**JUSTIZ** Ausgaben in Höhe von 876,58 Millionen Euro sieht der Haushaltsentwurf für 2019 im Etat des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vor. Das sind 84,23 Millionen mehr als 2017. Während die Ausgaben für Justiz und insbesondere die Personalausgaben deutlich steigen sollen, stagnieren sie im Bereich der Verbraucherpolitik.

Für das Personal sind 552,77 Millionen Euro eingeplant (2018: 509,28 Millionen Euro). Unter anderem sind für den Bundesgerichtshof 52,25 Millionen Euro vorgesehen (2018: 37,25 Millionen Euro), unter anderem für Zuschüsse an Verbrauchervertretungen in Höhe von 12,54 Millionen Euro (2018: 12,22 Millionen Euro).

In der Haushaltsdebatte skizzierte Ressortchefin Katarina Barley (SPD) die Schwerpunkte ihres Hauses, das sie als „Effizienzministerium“ bezeichnete. Das betreffe sowohl die hohen Einnahmen, aber auch die großen Gesetzesvorhaben der jüngsten Zeit, mit denen Verbraucher besser geschützt werden sollen. Den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Pakt für den Rechtsstaat bezeichnete Barley als eine Daueraufgabe. Der Rechtsstaat funktioniere gut, dürfe sich aber nicht von aufgeheizten Stimmungen in der Öffentlichkeit beeinflussen lassen, betonte sie.

Der Opposition gehen diese Pläne nicht weit genug. Der FDP fehlt eine klare bürgerrechtliche Orientierung, für die Linke ist der Mieterschutz „eine Katastrophe“, die Grünen sehen im Pakt für den Rechtsstaat nichts weiter als einen „Luftballon“, und die AfD meinte gar, vom ehemals weltweit geachteten deutschen Rechtsstaat sei nicht mehr viel übrig.

Michael Wojtek

# Stramm nach oben

## ARBEIT UND SOZIALES Fünf Milliarden Euro mehr für steigende Rentenkosten

**E**in sattes Plus von fünf Milliarden Euro für den Bereich Arbeit und Soziales im kommenden Jahr – und die Oppositionsfractionen im Bundestag sind dennoch nicht zufrieden. Die einen, weil sie Angstzustände bekommen angesichts der immens steigenden Kosten für das Rentensystem. Und die anderen, weil sie die Akzente in der Sozialpolitik falsch gesetzt sehen. Tatsächlich geht der Fünf-Milliarden-Anstieg im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fast ausschließlich auf das Konto der Rentenpolitik. Auf 98 Milliarden Euro und damit vier Milliarden mehr als in diesem Jahr sollen sich die Leistungen an die Rentenversicherung im Jahr 2019 belaufen. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind 1,2 Milliarden Euro mehr eingeplant als 2018.

Für Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) geht es dabei nicht nur um Zahlen, sondern schlicht um das Überleben unserer Demokratie. Und darin stimmen ihm sogar Grüne, Linke und FDP zu, die die nackten Zahlen des Haushaltsplanes ebenfalls in den Kontext der allgemeinen gesellschaftlichen Stimmungslage setzen. Wer nicht wolle, dass „politische Scharlatane“ die Zukunftsängste der Menschen für sich ausnutzen, der müsse für einen starken Sozialstaat kämpfen, betonte Heil. Deswegen sei es richtig, eine doppelte Hal-



telinie für Rentenniveau und Beitragssätze bis 2025 einzuführen, die Erwerbsminderungsrente zu erhöhen, die Kindererziehungszeiten besser anzuerkennen und Geringverdiener zu entlasten. Katja Mast (SPD) betonte, soziale Sicherheit meine aber nicht nur Geld, sondern auch die Chance auf Teilhabe. Auch dafür sei der soziale Arbeitsmarkt wichtig.

**Kein Mittel gegen Populisten** „Diese Politik schafft Ansprüche, die dauerhaft unfinanzierbar bleiben“, entgegnete Johannes Vogel (FDP). Das eigentlich Ärgerliche sei jedoch, dass die Vorschläge zur Vermeidung von Altersarmut überhaupt nichts beitragen. Ein wirksames Mittel gegen

Rechtspopulisten seien sie auch nicht. Denn wie lasse sich der Einzug der AfD in den Bundestag trotz der Gießkannenpolitik der vergangenen Jahre erklären?, fragte Vogel.

Gesine Lötzsch (Die Linke) fügte dem hinzu, Altersarmut sei besonders im Osten ein Problem. Damit beschäftige sich die Regierung jedoch genauso wenig wie mit der Kinderarmut und dem riesigen Niedriglohsektor. „So viel soziale Unsicherheit ist eine Gefahr für unsere Demokratie und wir müssen unsere Demokratie verteidigen“, lautete ihr Appell.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte die erneute Finanzierung der erweiterten Mütterrente aus Beitragsmitteln heftig. Das koste die Beitragszahler in den kommenden Jahren 90 Milliarden Euro und sei eigentlich eine steuerfinanzierte Aufgabe. Beim Kampf gegen Altersarmut und Kinderarmut sei dagegen die dringend nötige politische Bewegung nicht zu erkennen, mahnte Deligöz.

Für Uwe Witt (AfD) ging es in seiner Rede vor allem um die „linke Ideologie“ der SPD, die das Land spalte. Einen Beleg dafür fand er im siebten Kapitel des Haushaltsplans mit dem Titel „Arbeitswelt im Wandel, Fachkräftesicherung“, dessen Programme nur dazu da seien, „Ihre linke Ideologie zu transportieren“. Konkret meinte er die unter Position 68408 verbuchte Summe von 5,7 Millionen Euro,

mit der Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CSR-Maßnahmen) gefördert werden sollen.

Peter Weiß (CDU) kontierte: „Zur Opposition gehört auch, dass man zu den harten Fakten der Arbeits- und Sozialpolitik etwas sagt und Vorschläge macht, aber da kann man von dieser Seite des Hauses nichts erwarten“, sagte er in Richtung AfD-Fraktion. Weiß hob dagegen hervor, dass die Bundesregierung die gute wirtschaftliche Lage für echte Leistungsverbesserungen nutze. Durch die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent würden Bürger und Unternehmen deutlich entlastet. Und die Anhebung der Erwerbsminderungsrente sei ein klares Zeichen der Solidarität an jene, die nicht mehr arbeiten können. „Wir haben keine Angst vor der Zukunft“, stellte Weiß klar.

**Die Zahlen im Überblick** 144,21 Milliarden Euro (2018: 139,18 Milliarden Euro) umfasst der Etat (19/3400, Einzelplan 11) des Ministeriums. Der größte Posten bleibt mit 105,4 Milliarden Euro (2018: 100,14 Milliarden Euro) die Rente. Auf 98,1 Milli-

arden Euro (2018: 94,04 Milliarden Euro) beziffern sich die Leistungen an die Rentenversicherung. Bei diesen Leistungen bilden die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung mit 36,38 Milliarden Euro (2018: 35,04 Milliarden Euro) den größten Ausgabenposten. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung will der Bund im nächsten Jahr 7,1 Milliarden Euro und damit 1,2 Milliarden Euro mehr ausgeben als 2018 (5,9 Milliarden Euro).

**»Diese Politik schafft Ansprüche, die dauerhaft unfinanzierbar bleiben.«**

Johannes Vogel (FDP)

Arbeitsmarktprogramme stellt der Bund, zusätzlich zu den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, rund 36,7 Milliarden Euro (2018: 37,6 Milliarden Euro) bereit. Fast die gesamten Mittel dieses Bereiches werden für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgegeben: 36,12 Milliarden Euro (2018: 36,35 Milliarden Euro). Davon entfallen 20,2 Milliarden Euro (2018: 20,4 Milliarden Euro) auf das Arbeitslosengeld II. Eine deutliche Steigerung um eine Milliarde Euro gibt es bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung, für die 5,9 Milliarden Euro (2018: 6,9 Milliarden Euro) eingeplant sind.

Claudia Heine

## Deutsche Welle mit mehr Geld

**KULTUR** Rund 1,76 Milliarden Euro sollen Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) im kommenden Jahr für ihren Geschäftsbereich zur Verfügung stehen. So sieht es der Etatentwurf der Bundesregierung für das Bundeskanzleramt (Einzelplan 4) vor, in dem die Mittel der Bundesagentur für Kultur und Medien veranschlagt sind. Da der Bundestag in den vergangenen Haushaltsrunden die Kulturausgaben stets erhöht hat, kann Grütters durchaus darauf hoffen, dass das Parlament auch diesmal mehr Geld bewilligt.

Neben den Ausgaben für die Bereiche Kultur und Medien in Höhe von 1,59 Milliarden Euro, sollen zudem 107 Millionen Euro an die Stasi-Unterlagen-Behörde, 65 Millionen Euro an das Bundesarchiv und 1,7 Millionen Euro an das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa fließen, die zu Grütters Geschäftsbereich gehören. Deutlich erhöht werden die Mittel des Bundes für die Deutsche Welle. Sie sollen gegenüber 2018 um 24 auf insgesamt 350 Millionen Euro steigen. „Wir nähern uns damit langsam vergleichbaren europäischen Auslandsendem“, sagte Grütters in der Debatte.

Drei Millionen Euro sind eingeplant für die Aufarbeitung des Kolonialismus und die Provenienzforschung für Kulturgüter aus den ehemaligen deutschen Kolonien in Sammlungen des Bundes. Dies sei eines der wichtigen Ziele in dieser Legislatur, betonte Grütters.

Alexander Weinlein

# Giffey setzt auf Demokratieförderung

## FAMILIE Etat bleibt fast unverändert auf dem Niveau von 2018. Qualität der Kita-Betreuung soll gesetzlich geregelt werden

Rund 10,3 Milliarden Euro sollen dem Ressort Familie, Senioren, Frauen und Jugend im kommenden Jahr zur Verfügung stehen. So sieht es der Regierungsentwurf für den Haushalt 2019 (19/3400, Einzelplan 17) vor, über den der Bundestag am vergangenen Donnerstag beriet. Mit 8,66 Milliarden Euro ist der Großteil der Mittel für familienpolitische Leistungen vorgesehen: 6,86 Milliarden Euro sind für das Elterngeld, 718 Millionen Euro für Unterhaltsvorschusszahlungen und 779 Millionen Euro für das Kindergeld und Kinderzuschlag eingeplant. Familienministerin Franziska Giffey (SPD) will das Geld so einsetzen, „dass jedes Kind seinen Weg machen kann“.

Als derzeit wichtigstes Vorhaben benannte Giffey das Gute-Kita-Gesetz, das die Qualität in der Kinderbetreuung verbessern soll. Dabei seien einheitliche Standards jedoch „nicht das erste Ziel“. Vielmehr gehe es darum, die spezifischen Bedarfe in jeder Region zu erfüllen. Gleichzeitig wolle sie den Kita-Ausbau vorantreiben, dafür stelle der Bund 2019 ein Sondervermögen von 300 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem werde es eine Fachkräfteoffensive des Bundes geben, um mehr Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen. Mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in Chemnitz betonte

Giffey, zur Sicherheit gehöre neben guter Polizeiarbeit auch Prävention und mehr Demokratieförderung. Es sei gut, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in diesem Jahr entfristet worden sei.

Für die AfD-Fraktion begrüßte Volker Münz das Haushaltsvolumen, von dem rund 80 Prozent auf gesetzliche Leistungen für Familien entfielen. Doch im Bereich der nicht familienbezogenen Leistungen werde das Geld der Steuerzahler „leichtfertig“ verwendet: Ein Problem sei die Zahlung von Kindergeld an nicht in Deutschland lebende Kinder, hier habe man falsche Anreize zur Einwanderung in das deutsche Sozialsystem geschaffen. Kritisch bewertete Münz den Kampf gegen Rechts-Extremismus: Der sei zu „einem Kampf gegen die bürgerliche Mitte geworden“.

Die CDU-Familienpolitikerin Nadine Schön reagierte darauf empört. Es gebe zwei Möglichkeiten, die Probleme in der Gesellschaft zu lösen: Man könne gemeinsam Antworten finden oder spalten – und letzteres tue die rechte Seite des Hohen Hauses. Immer offener redeten AfD-Abgeordnete von „Widerstand“ und einem System, das es zu stürzen gelte – damit seien sie nicht die Verteidiger des demokratischen Systems, sondern dessen Feinde. Ihre Fraktion wolle entschlossen gegen Gewalt



gegen Frauen und Kinder angehen, sagte Schön. Deshalb wolle sie das Achte Sozialgesetzbuch reformieren und die mobilen Fachberatungen besser ausstatten. Harsche Kritik ertete Giffey vom Liberalen Christoph Meyer. Eine effiziente Mittelverwendung in ihrem Ressort sei nicht erkennbar, es entstehe der Verdacht, eine ergebnisoffene Evaluation sei nicht gewollt. Es sei sinnvoll, das Programm „Demokratie leben!“ mit mehr Geld auszustatten. Offenbar aber würde „jeder mit einer guten Idee“ Geld bekommen, eine Erfolgskontrolle bleibe aus.

Für die Linksfraktion erklärte Doris Achelwilm, die Steigerung des Familienetats um 0,8 Prozent bleibe unter der Inflationsrate und werde im Kampf gegen Kinderarmut nicht reichen. Der neu geregelte Unterhaltsvorschuss sei eine „Fehlkonstruktion“, weil er alleinerziehende Geringverdiener benachteilige.

Die grüne Familienpolitikerin Katja Dörner dankte Giffey für ihren Besuch in Chemnitz und ihre klare Haltung. Das von der Ministerin geplante Demokratieförderungs-Gesetz müsse kommen; die Union solle in diesem Punkt ihre Blockade aufgeben. Dörner sprach sich für eine Kindergrundsicherung und klare Qualitätsstandards in Kitas aus.

Für die SPD konzentrierte sich Svenja Stadler auf das Thema der Gleichberechtigung. Mit 5,1 Millionen Euro für ein Programm gegen Gewalt gegen Frauen wolle der Bund helfen, Versorgungslücken zu schließen. Zudem müsse der Strafrechtsparagraf 219 abgeschafft werden.

Susanne Kailitz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige



Deutscher Bundestag

### Ausschreibung Medienpreis Parlament 2019

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag den Medienpreis. Mit der Auszeichnung werden hervorragende, in einem Print- oder Online-Medium oder in Rundfunk oder Fernsehen erschienene, publizistische Arbeiten gewürdigt, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen.

Der Medienpreis Parlament ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.

Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 30. September 2018 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 5. Oktober 2018.

Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.

Dem Bewerbungsschreiben sind drei Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin bzw. des Autors sowie die unterschriebene Einverständniserklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten (abrufbar unter [www.bundestag.de/medienpreis](http://www.bundestag.de/medienpreis)) beizufügen.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag  
Fachbereich WD 1  
Medienpreis Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464  
E-Mail: [medienpreis@bundestag.de](mailto:medienpreis@bundestag.de)  
Internet: [www.bundestag.de/medienpreis](http://www.bundestag.de/medienpreis)



**H**orst Seehofer (CSU) wollte dem Parlament offenkundig gute Nachrichten verkünden, als der Minister vergangene Woche im Bundestag die Debatte über den Haushalt 2019 des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat eröffnete: Das Baukindergeld starte (siehe Seite 4), berichtete der Ressortchef, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sei reformiert und geordnet. Von seinem Masterplan zur Migration seien zwei Drittel der Maßnahmen in der Umsetzung oder schon abgeschlossen, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vereinbarten Flüchtlingsabkommen gleichfalls abgeschlossen: mit Spanien, Griechenland und, wie er gerade erfahren habe, mit Italien; es fehlten nur noch die Unterschriften von „dem italienischen Kollegen“ und ihm. Bei den Abkommen geht es um die Rücknahme von Flüchtlingen an der deutsch-österreichischen Grenze, die bereits in den genannten Ländern einen Asylantrag gestellt haben – der Streit mit Merkel um die von Seehofer geforderte Zurückweisung solcher Migranten hatte im Frühsommer eine massive Koalitionskrise ausgelöst. Nun aber, so vermittelten seine Worte, läuft die Regierungsarbeit der schwarz-roten Koalition wieder störungsfrei. Und die Diskussion um die umstrittenen Äußerungen von Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen zu den Ereignissen in Chemnitz? Der habe am Vortag im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) und Innenausschuss „überzeugend seine Handlungsweise dargelegt“, sagte Seehofer, „überzeugend Position bezogen gegen den Rechtsradikalismus“, und es sei auch „kein Mangel, wenn der Präsident einer Behörde die Kraft aufbringt, Bedauern über die Wirkung eines Interviews zum Ausdruck zu bringen“. Deshalb habe Maaßen weiterhin sein Vertrauen als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), bekräftigte der Minister, der schon rund zwölf Stunden zuvor am Ende der Innenausschuss-Sitzung gesagt hatte, keinen Grund für personelle Konsequenzen zu sehen. Zwölf Minuten nach Seehofers Vertrauensbekundung im Bundestag war im Plenum klar, dass der Disput um den BfV-Chef damit nicht beendet war und der Koalition wieder der Krisenmodus droht: Die SPD, stellte ihre Fraktionsvize Eva Högl klar, sei nicht überzeugt, dass Maaßen „das Vertrauen, das er selbst erschüttert hat, perspektivisch wiederherstellen kann“. Deshalb halte ihre Fraktion ihn nicht mehr für den Richtigen an der Spitze des Verfassungsschutzes, sagte Högl und bat Seehofer, „darüber noch einmal nachzudenken“, und die Kanzlerin, „an dieser Stelle für Klarheit zu sorgen“.

**Umstrittenes Video** Der rote Koalitionsteil gab sich also nicht zufrieden mit Maaßens Erläuterungen im PKGr und im Innenausschuss zu seinen Interviewäußerungen, in denen er die Authentizität eines im Internet mit der Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ kursierenden Videos im Zweifel gezogen hatte. Nach seiner „vorsichtigen Bewertung“, hatte er der „Bild“-Zeitung gesagt, sprächen „gute Gründe“ dafür, dass es sich bei dem Video „um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken“. In der Stadt war am 26. August ein 35-jähriger Deutscher erstochen worden. Tatverdächtig sind drei Asylbewerber aus Syrien und dem Irak. Nach der Tat gab es fremdenfeindliche Ausschreitungen. Maaßen unterstrich am Mittwoch im Innenausschuss, dass es in Chemnitz rechts-extremistische Straftaten gegeben habe, die völlig inakzeptabel seien. Es habe aber am 26. August nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden keine „Hetzjagden“ gegeben. Er habe nicht behauptet, dass das Video ge- oder verfälscht worden sei. Das von „Antifa-Zeckenbiss“ verbreitete Video belege aber nicht, dass es Hetzjagden gegeben habe. Von „Hetzjagden“ hatte am 28. August auch die Kanzlerin gesprochen. Der BfV-Präsident verwies im Ausschuss zudem darauf, dass Desinformationen auch mit Bildern verbreitet würden. Das Video sei aus einem Zusammenhang genommen und in einem anderen Zusammen-



# Streit um Maaßen

**INNERES** Der Konflikt um den Verfassungsschutzpräsidenten beherrschte die Debatte über Seehofers Etat 2019



Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen (links) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU, Mitte) in der vergangenen Woche zu Beginn der Sondersitzung des Innenausschusses

hang gestellt worden. In seinem Zitat habe er zum Ausdruck gebracht, dass er die Skepsis gegenüber Medienberichten über angebliche Hetzjagden teile.

**Breite Kritik** In der Bundestagsdebatte am Donnerstag kritisierten FDP, Linke und Grüne den BfV-Chef. Der habe ein „politisches Programm“ und unterlasse es, „Vertrauen in diese wichtige Behörde aufrecht zu erhalten“, sagte Stefan Ruppert (FDP). Victor Perli (Linke) forderte neben Maaßens Entlassung auch Seehofers Rücktritt. Der Minister und CSU-Chef „deckt einen Geheimdienstchef, der den rechten Mob in Chemnitz verarmlosen wollte“ und beleidige mehr als 19 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte als „Ursache aller Probleme“, kritisierte Perli, dessen Fraktion auch einen formellen Antrag auf Maaßens Entlassung gestellt hat (19/3890). Konstantin von Notz (Grüne) warf Maaßen mit Blick auf die Ausschusssitzung „Wortklauberei, Relativierung und Semantiksminare“ vor. Das Vertrauen in den Verfassungsschutz sei „massiv erschüttert“, weshalb ein personeller und struktureller Neuanfang gebraucht werde.

Gottfried Curio (AfD) warf der Regierung vor, sie verurteile „lieber zu Recht empörte Demonstranten als die Gewalttaten, derenwegen demonstriert wird“. Selbst der Verfassungsschutz solle jetzt „gleichgeschaltet“ werden. „Wenn der Chef Frau Merkel nicht nach dem Munde redet und wie sie Fake-Interpretationen der Antifa verbreitet, soll er weg“, fügte Curio hinzu. Mathias Middelberg (CDU) betonte im Gegenzug, die Kanzlerin habe am Vortag deutlich gemacht, dass „jenseits jeder Semantik, ob Hetze oder Hetzjagden auf andere Menschen – beides in diesem Rechtsstaat keinen Platz“ habe (siehe Seite eins).

**Spitzentreffen** Der Disput um Hans-Georg Maaßen beherrschte nicht nur die Bundestagsdebatte über den Etatentwurf Seehofers, der von einem „gewaltigen Haushalt“ mit einem Ausgabenanstieg um eine Milliarde Euro auf mehr als 15 Milliarden Euro sprach. Wenige Stunden später beriet er mit CDU-Chefin Merkel und der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles über den Fall. Vereinbart wurden Stillschweigen und ein weiteres Treffen der drei Parteichefs am Dienstag. **Helmut Stoltenberg** ||

praktische Lösungen. Der Haushalt 2019 schaffe auch in diesem Bereich eine gute Grundlage. „Wir machen uns fit für den digitalen Wandel.“ Der Entwurf (19/3400) für den Gesundheitshaushalt 2019 sieht Ausgaben von insgesamt rund 15,27 Milliarden Euro vor. Das sind rund 63 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. 2018 liegen die eingeplanten Ausgaben bei rund 15,20 Milliarden Euro. Der mit Abstand größte Einzelposten ist der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds, der 2019 erneut 14,5 Milliarden Euro beträgt. Mit dem Geld werden versicherungsfremde Leistungen finanziert, also etwa die beitragsfreie Familienversicherung oder Aufwendungen für Schwangerschaft und Mutterschaft. Der Gesundheitsetat bietet somit traditionell wenig Spielraum für politische Ausgaben Schwerpunkte. **Claus Peter Kosfeld** ||

# Neue Gesetze für alte Bekannte

**GESUNDHEIT** Verzweifelte Suche nach Pflegefachpersonal

Die Pflegemisere rüttelt weiter an den Nerven aller Beteiligten und spielte auch in der ersten Beratung über den Gesundheitshaushalt 2019 am vergangenen Freitag eine Schlüsselrolle. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ging in seiner Einbringungsrede auf drei Gesetzesvorhaben ein, die unter anderem eine Entspannung in der Pflegeversorgung bewirken sollen, was die Opposition rundweg bezweifelt. So solle künftig jede zusätzliche Pflegestelle im Krankenhaus voll gegenfinanziert werden. In der Altenpflege seien 13.000 zusätzliche Stellen vorgesehen. Zudem werde dort eine flächendeckende tarifliche Vergütung angestrebt. Spahn räumte ein, dass die Besetzung von Pflegestellen weiter schwierig sei, weil es an Fachpersonal mangle, aber „jede Reise beginnt einmal mit einem ersten Schritt“. Detlev Spangenberg (AfD) kritisierte einzelne Ausgabenpunkte im Etat. So seien die vorgesehenen Beträge für die freiwillige private Pflegevorsorge gemessen an der Zielsetzung viel zu klein, dies sei ein „Mikroschritt“ und inakzeptabel. Kritisch sieht er weiter die aus seiner Sicht viel zu üppigen Gesundheitsleistungen für Migranten, zumal unklar sei, wofür das Geld jeweils eingesetzt werde. Er forderte, die Gesundheitsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu hinterfragen. Es könne nicht darum gehen, dass Flüchtlinge in der Gesundheitsversorgung mit der eigenen Bevölkerung gleichgestellt würden.

ten zu „erheblichen finanziellen Belastungen“ kommen. Deshalb sei die geplante Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von so großer Bedeutung, weil ansonsten die Kostensteigerungen allein von den Arbeitnehmern zu tragen wären. Er fügte hinzu, für die Selbstständigen würden die Kosten in der GKV deutlich gesenkt. Mit Blick auf die geplante Abschmelzung großer Rücklagen bei Krankenkassen sagte Lauterbach, die sogenannte Doppelverbeitragung von Betriebsrenten müsse abgeschafft werden. Christine Aschenberg-Duganus (FDP) ging kritisch auf die Ausweitung der Sprechstundenzeiten von Ärzten ein. Die Ärzte böten schon jetzt mehr Sprechstunden an als vorgeschrieben. Die Novelle sei „ein sozialistischer Eingriff“, zumal die jeweiligen Praxisbesonderheiten nicht berücksichtigt würden. Nun drohe eine „Sprechstundenpolizei“. Sie forderte stattdessen, die Budgetierung für Ärzte abzuschaffen. Zugleich müsse die enorme Bürokratie abgebaut werden. Wenn die Ärzte selbstbestimmt arbeiten könnten, wäre das eine wirkliche Entlastung im Alltag.

**»Der Haushalt ist nicht an Bedarf und Bedürfnissen orientiert.«**  
Pia Zimmermann (Die Linke)

**Digitale Offensive** Tino Sorge (CDU) warb für einen offensiven Umgang mit neuen digitalen Techniken im Gesundheitssystem. Die Digitalisierung sei „ein Megatrend“ im Gesundheitsbereich mit enormen Potenzialen. Es sei nicht sinnvoll, sich immer auf vermeintliche Gefahren zurückzuziehen, gefordert seien vielmehr

**Nur Überschriften** Linke und Grüne hielten dem Minister vor, außer Ankündigungen bisher wenig erreicht zu haben. Pia Zimmermann (Linke) warnte, die Arbeits- und Versorgungsbedingungen in der Pflege würden immer schlimmer. „Die Situation spitzt sich weiter zu.“ Die gewaltigen Probleme spiegeln sich im Haushalt nicht. Vielmehr werde der sogenannten schwarzen Null alles andere untergeordnet. Dringend nötig seien gute Arbeitsbedingungen in der Pflege und Hilfen für Angehörige. Von einer Pflegekampagne hätten die Bürger nichts, wenn zugleich die Pflegeinfrastruktur schlecht sei. Der Haushalt sei „nicht an Bedarf und Bedürfnissen orientiert“ und vernachlässige die Menschen. Kordula Schulz-Asche (Grüne) hielt Spahn vor, eher ein Medienminister als ein Macher zu sein. Die konzentrierte Aktion Pflege sei zwar gut, aber derzeit mehr als eine Überschrift, während es in der Versorgung schlecht stehe. Sie wies auch auf Probleme bei der Umsetzung der Pflegeausbildungsreform hin sowie auf den sich abzeichnenden Kampf um Fachpersonal zwischen Krankenhäusern und der Altenpflege. Die Grünen-Abgeordnete rügte: „Es ist Stückwerk, aber mit Katastrophenpotenzial.“ Katja Dörner (Grüne) warnte, die neuen Gesetzesvorhaben führten bei den Kassen zu Mehrausgaben beziehungsweise Mindereinnahmen in Höhe von rund acht Milliarden Euro. Karl Lauterbach (SPD) wies die Kritik zurück und lobte die Zusammenarbeit in der Koalition. Er räumte aber ein, dass die Gesundheitskosten weiter steigen werden. So werde es durch die höhere Lebenserwartung und neue medizinische Möglichkei-



# Bund investiert Milliarden in die Digitalisierung der Schulen

**BILDUNG** Opposition beklagt Konzeptionsmängel in der Bildungspolitik und eine zu langsame Modernisierung. Ministerin wirbt für Lockerung des Kooperationsverbotes

Auch wenn Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) mit einem Aufwuchs von 5,1 Prozent auf 18,14 Milliarden Euro in ihrem Haushalt aufwarten kann, ist die Opposition unzufrieden. In der ersten Beratung des Etats 2019 für Bildung und Forschung vergangene Woche monierte Nicole Höchst (AfD), der Bildungshaushalt sei „ein Weiter so des Narrenschiffs Utopia“. Christoph Meyer (FDP) kritisierte, die Ministerin sei dabei, sich zu „verheddern“. Auch gehe es zu langsam voran. Gesine Lötzsck (Die Linke) sprach vom „Fetisch der schwarzen Null“, Kai Gehring (Grüne) von „schlechtem Management“.

**Neue Standards** Karliczek warb in ihrer Rede für die Digitalisierung in den Schulen und für den DigitalPakt, mit dem Schulen fit gemacht würden für das digitale Zeitalter. Zum einen werde der Bund in den kommenden fünf Jahren rund fünf Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen investieren. Der Bund zahle für

moderne Infrastruktur, die Länder müssten modernen Unterricht organisieren. Karliczek sagte: „Was im Kinderzimmer Standard ist, muss es doch im Klassenzimmer erst recht sein.“ Sie appellierte ebenso wie Tankred Schipanski (CDU) an die Opposition, der geplanten Änderung von Artikel 104c Grundgesetz zuzustimmen und damit das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern weiter zu lockern. Der Gedanke dahinter: Der Bund soll die Länder in der Bildung stärker finanziell unterstützen dürfen. Bislang durfte der Bund nur finanzschwachen Gemeinden „im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur“ helfen, diese Einschränkung soll künftig entfallen. So soll nicht nur der Digitalpakt Schule, sondern auch der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul- und Vorkindergartenkinder vorangetrieben werden. Schipanski sagte: „Wir stehen zu diesem Vorschlag und laden sie noch einmal ein, hier das Grundgesetz zu ändern.“

**Agentur für Denker** Zudem kündigte Karliczek die Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen an. Sie sagte: „Das wird eine Agentur für Denker und Macher.“ Karliczek versprach, dafür in den nächsten zehn Jahren viel Geld in die



Viele Schulen setzen Digitaltechnik ein.

Hand zu nehmen, um neue Produkte und Geschäftsmodelle, vor allem aber auch hochwertige Arbeitsplätze in Deutschland möglich zu machen. Als dritten Punkt nannte sie die Positionierung der neuen Hightech-Strategie, die unlängst im Kabinett verabschiedet worden ist. Darin seien Schwerpunkte für Forschung und Innovationen für die Zukunft festgelegt worden.

Höchst (AfD) sagte, die Regierung habe keine Vorstellung von Zukunft über die Regierungszeit hinaus. Weil sie auch keine Vorstellung mehr habe, für wen sie eigentlich Politik mache, setze sie die völlig falschen Prioritäten. Mit dieser Regierung habe „Deutschland fertig“. Nachdem sie von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) ermahnt worden war, zur Sache zu reden, fuhr Höchst fort, sie vermisse im Haushalt das monetäre Bekenntnis in Bezug auf den Paradigmenwechsel „Meister statt Master“. So sei es geradezu „verbrecherisch naiv“, bei dem verschärften Pflege-notstand nur auf Einwanderer oder Pflege-robotik zu setzen. Höchst sagte weiter: „Wir wollen im Zuge der Digitalisierung unserer Lebenswirklichkeit Veränderungen auch in der Bildung zukunftsfähig gestalten.“

**Ausländer integrieren** Karl Lauterbach (SPD) erklärte im Anschluss, die AfD betreibe auch bei diesem Thema wieder die Spaltung der Gesellschaft, indem sie Ausländer und Migranten gegen den Rest der Welt positioniere. Solche Reden führten dazu, dass die Bemühungen der Integration, aber auch das Anwerben hoch qualifizierter ausländischer Fachkräfte, die das Land unbedingt benötige, nicht gelingen

könne. Der SPD-Abgeordnete setzte sich für die stärkere Integration von Migranten durch mehr Bemühungen in der Bildungspolitik ein.

**Im Bummelzug** Meyer (FDP) sagte, wenn sich US-Präsident Donald Trump mit dem deutschen Bildungs- und Forschungshaushalts beschäftigten würde, käme er in seinen Tweets wohl zu dem Fazit: „sad“ (traurig). Es sei traurig, dass die Bundesregierung beim Thema deutsch-französische Initiative zur Künstlichen Intelligenz weiter hinterher stolpere. Traurig sei auch, dass bei der neuen Agentur für Sprunginnovationen alles zu langsam vorankomme. Schließlich könne auch als traurig gelten, dass außer markigen Worten zur Stärkung der beruflichen Bildung erneut nichts Konkretes vorliege. Internationale Spitzenforschung, die Entwicklung deutscher Hochschulen, das alles sei unzureichend, monierte Meyer weiter und fügte hinzu: „Im Bummelzug kommt man nicht zur Weltspitze.“ Lötzsck (Linke) machte auf die Situation an Schulen aufmerksam und betonte, dass derzeit 10.000 Lehrstellen unbesetzt seien und weitere 30.000 Stellen nur notdürftig besetzt werden könnten. Es sei sicher nicht falsch, dass auch die Länder dieses

Problem verschlafen hätten, da Bildung Ländersache sei. Aber eine der Ursachen der Misere sei die „schwarze Null“. Die Schuldenbremse hänge als Damoklesschwert über den Ländern. Zudem plädierte auch Lötzsck dafür, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufzuheben.

**Erschütternde Bilanz** Gehring (Grüne) sagte, 2008 habe Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) noch die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Zehn Jahre später warne Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) vor einem Bildungsnotstand. Das sei ehrliche Selbstkritik und gleichzeitig eine erschütternde Bilanz. Trotz des erneuten Aufwuchses des Etats auf nunmehr 18,1 Milliarden Euro spiele Deutschland nicht in der Champions-League, sondern um den Abstieg. Gehring forderte, sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und 3,5 Prozent in Forschung zu investieren und betonte: „Da wollen wir hin.“ Schipanski (CDU) verteidigte den Haushalt und sagte, die schwarze Null stehe zum vierten Mal in Folge. Das sei solide Politik. Zudem beinhaltet der Haushalt das Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit und Digitalisierung. **Annette Rollmann** ||





Gebaut wird auch in Heidelberg – hier in einem der größten Entwicklungsgebiete, der Bahnstadt. Wohnungen zum Schnäppchenpreis sind dabei eher die Ausnahme.

© picture-alliance/dpa

# Die neue soziale Frage

**WOHNUNGSMARKT** Die Bundesregierung will bei den Mieten stärker durchgreifen. Ob das hilft, bleibt abzuwarten

Spätestens wenn der ältere Sohn in die Pubertät kommt, erhält die Heidelberger Familie ein ernsthaftes Platz-Problem. Der jetzt Neunjährige wird sich kaum mehr zufrieden geben mit dem halben Kinderzimmer, das er mit seinem drei Jahre jüngeren Bruder teilt. „Wir brauchen dann ein Zimmer mehr“, sagt Mutter Ulrike Müller (Name geändert) und seufzt – denn sie weiß: Das wird teuer. Die Familie wohnt in zentraler Lage auf 75 Quadratmetern zu einem Preis von 8,50 Euro kalt. In der Zeit, in der aus dem Paar eine vierköpfige Familie wurde, sind die Mieten in der Universitätsstadt in die Höhe geschossen. „Unter 14 Euro finden wir gar nichts, wenn wir halbwegs zentral bleiben wollen“, sagt Müller. Der Fall verdeutlicht, dass Deutschland längst nicht mehr nur in seinen Metropolen ein Mietenproblem hat. Auch in mittleren Großstädten, in einem weiten Gürtel um Ballungsräume herum oder in Universitätsstädten wie Heidelberg werden die Wohnungsangebote weniger und hochpreisiger. Das Beispiel aus Baden-Württemberg zeigt zudem, wie sehr das Thema mittlerweile zu einem der bürgerlichen Mittelschicht geworden ist – die Müllers zählen zu den ziemlich normalen Familien im Land, Doppelverdiener, Akademiker, Familienwagen und im Sommer zwei Wochen Urlaub auf dem Bauernhof. Die Entwicklung der Mieten sei zu der sozialen Frage unserer Zeit geworden, bilanzierte Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) unlängst. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte die Wohnungspolitik als einen Arbeitsschwerpunkt der Regierung genannt. Hinter der Entwicklung stecken vielfältige Gründe. Allen voran hat der Immobilienmarkt speziell in Deutschland in den vergangenen Jahren sein Image als sicherer Anlagemarkt buchstäblich zementiert. „Betongold“ verspricht im Niedrigzinsumfeld höhere Renditen als andere Anlageformen. Die Menschen ziehen, anders als vor wenigen Jahren noch prognostiziert, wieder in die Städte. Metropolen wie Berlin sind

längst auch internationale attraktiv. Auch der Ferienwohnungsboom verknappt das Angebot an freien Wohnungen. Darüber hinaus wirken sich die Folgen politischer Entscheidungen der Vergangenheit aus, wie die bisherige Konstruktion des Sozialwohnungsbaus: Jährlich fallen viele Wohnungen aus der Bindung und kommen auf den freien Markt. Faktoren wie knapper und damit teurer werdendes Bauland, die Flächenkonkurrenz zwischen Wohnen, Wirtschaft und Umwelt beziehungsweise Erholungsflächen und nicht zuletzt der Widerstand vieler Bewohner gegen Neubauprojekte vor ihrer eigenen Haustür verschärfen die Lage zusätzlich. Bürokratie und Planungshemmnisse schließlich ziehen Bauvorhaben in die Länge und lassen Kosten häufig während der Projektphase steigen, was sich indirekt auf die Mieten auswirken kann. Zugleich gestaltet sich die Lage nicht allerorten gleich: Während die Ballungsräume unter dem Zustrom ächzen, verfallen weite Landstriche gegen Leerstand, Verfall und Verödung. Mit denen, die wegziehen, gehen häufig auch die sozial kompetenten und Engagierten – somit wird Wohnen auch auf manchem Dorf und in mancher peripher gelegenen Kleinstadt zur sozialen Frage, weniggleich mit anderen Vorzeichen. Wissenschaftler warnen nicht nur deswegen vor einer pauschalen Betrachtungsweise, sondern mahnen auch zur Zurückhaltung bei der schnellen Interpretation von Zahlen und Daten. So kritisierten Forscher des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung im Juli eine Grafik als „Unstatistik des Monats“, die eine namhafte Tageszeitung unter der Überschrift „Deutschlands Mietmarkt ist kaputt“ veröffentlicht hatte. Aus der Stichprobe lasse sich nicht auf die Grundgesamtheit aller Mietverhältnisse zurückschließen, erklärten die Wissenschaftler und relativierten etwa die Ergebnisse für

den Münchner Wohnungsmarkt. Schwer wegdiskutieren lässt sich freilich die brisante Situation in Großstädten für Zuzügler und Menschen, die sich verändern wollen oder müssen. Bestes Beispiel ist Berlin, wo sich die Mieten in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben. Das hat auch die Bundesregierung erkannt und will mit einem Bündel an Maßnahmen die staatliche Rolle am Markt stärken. Angefangen vom Beschluss, wieder in den Sozialwohnungsbau einzusteigen bis hin zu den jüngst in Kraft getretenen Mietrechtsänderungen und dem danach veröffentlichten Zwölf-Punkt-Plan der SPD. Die Partei möchte in der Wohnungspolitik deutlich über die bisherigen Koalitionsbeschlüsse hinausgehen. Aus einer Mietbremse soll ein Mietstopp werden. In den nächsten fünf Jahren sollen Mieten nur noch um die inflationsbedingte Preissteigerung erhöht werden dürfen, und zwar überall dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, heißt es in dem Positionspapier. Das Kabinett hatte unmittelbar vorher ein Gesetz zum Schutz vor überhöhten Mieten auf den Weg gebracht. Es soll die geltende Mietpreisbremse verschärfen und die finanzielle Beteiligung von Mietern an Modernisierungskosten begrenzen. Justizministerin Barley kündigte weitergehende Vorschläge zum Umgang mit hohen Bestandsmieten in dieser Legislaturperiode an. Auf die verabschiedeten Neuregelungen aus ihrem Haus reagierte die Opposition derweil in gewohnter Weise: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprach von kosmetischen Reformchen, die FDP warnte mit Blick auf die SPD-Vorschläge davor, Bauherren und Vermieter zu knebeln. Mehr Neubau fordern alle ein – ein leichtes Plädoyer, liegt doch ein Großteil der Kompetenzen dabei auf Landes- und kommunaler Ebene.

**»Die Politik hat es versäumt, für Aufklärung bei Mietern zu sorgen.«**

Daniel Halmer, Rechtsanwalt

„Man kann nicht von heute auf morgen einfach 500.000 Wohnungen in die Gegend stellen“, sagte Michelsen dem Deutschlandfunk. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) wiederum rät zum Fokus auf das Instrument Wohngeld, weil damit ein passgenauere Förderung Bedürftiger erreicht werde und Fehlbelegungen in Sozialwohnungen vermieden würden. Michael Voigtländer, am IW Leiter des Bereichs Immobilienmärkte, hat wiederholt die fehlende Dynamik beim Wohngeld kritisiert. Dadurch könnten immer weniger Menschen diese Förderung in Anspruch nehmen. Die jüngsten politischen Entscheidungen bewertet der Ökonom differenziert. Bundesweit werde zu wenig modernisiert, folglich sei es problematisch, hier Anreize zu nehmen. Zugleich existiere das Phänomen Luxussanierung durchaus – also Investitionen von Vermietern, die gezielt Mieterhöhungen rechtfertigen. „Man müsste eigentlich auf ein anderes System umschwenken“, sagt Voigtländer und verweist auf die Niederlande, wo bestimmte Modernisierungsmaßnahmen sich auf den Mietpreis niederschlagen, basierend auf einer Datenbank und unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten.

Die schärfere Mietpreisbremse kann nach Ansicht Voigtländers wirken. Zum einen gebe es jedoch nach wie vor Schlupflöcher, zum anderen sei das ganze Vorgehen ziemlich kompliziert. Die Schwelle, sich mit dem Vermieter anzulegen, liege hoch. Der Professor bestätigt damit indirekt das Geschäftsmodell des Start-ups wenigermiete.de, das sich in dieser Lücke positioniert hat. Die Anfang 2017 gegründete Firma prüft Mietverträge und geht gegebenenfalls rechtlich gegen überhöhte Mieten vor. „Seitens der Politik ist noch mehr Aufklärungsarbeit vonnöten, da viele Mieter ihre Rechte gar nicht kennen“, kritisiert Geschäftsführer Daniel Halmer. Man könnte Mietern etwa bei der Ummeldung Informationen an die Hand geben, ob sie räumlich oder zeitlich im Anwendungsbereich der Bremse liegen. Ein bleibender Fehler sei, dass die Maßnahme nicht rückwirkend sei. „Ich gehe als Vermieter kein Risiko ein, wenn ich mich rechtswidrig verhalte, daher verwundert es nicht, dass sich viele Vermieter nicht ans Gesetz halten“, so der Rechtsanwalt. Daten seines Unternehmens zeigten, dass bis zu 75 Prozent der Vermieter gegen die Mietpreisbremse verstoßen. Halmer und sein Team haben mehrere 1.000 derzeit laufende Verfahren angestrengt, die

meisten enden außergerichtlich. Die Erfolgsquote liege bei 75 Prozent; in einem von vier Fällen könne die gegnerische Seite eine Ausnahme vom Gesetz nachweisen, etwa eine höhere Vormiete oder umfassende Modernisierung. In Bayern, Hessen und Hamburg hätten zudem Gerichte die entsprechende Verordnung für unwirksam gehalten und erklärt, bei der Begründung sei jeweils geschluppt worden. „Das ist der eigentliche Skandal“ urteilt Halmer. Er rät Mietern grundsätzlich zu mehr Selbstbewusstsein. Juristisch gesehen seien sie mit Mietern auf Augenhöhe. Vielen käme es unanständig vor, gleich nach dem Einzug den Mietpreis anzufechten – dabei seien es die Vermieter, die im Falle eines Verstoßes gegen geltendes Recht unethisch und rechtswidrig handelten. Theoretisch ist das der Heidelberger Familie Müller klar, die sich inzwischen auch bei den Themen ortsübliche Vergleichsmiete, Preisspannen und Zonenzuschlägen profundes Wissen angeeignet hat. In der Praxis indes helfe ihr solche Kenntnis um ihre Rechte wenig, gibt Ulrike Müller zu bedenken. „Was habe ich denn dann für ein Verhältnis zu meinem Vermieter, wenn ich nach dem Einzug erst einmal gegen ihn vor Gericht ziehe?“

Kristina Pezzei

## FÜNF FRAGEN ZUM: MIETMARKT



Günter Vornholz, Professor für Immobilienökonomie an der EBZ

**Herr Vornholz, wo liegt denn beim Thema Wohnen und Mieten der Hase im Pfeffer?**

Wir haben auf der einen Seite eine Wohnungsknappheit, die darin mündet, dass die Mieten steigen. Auf der anderen Seite, und das ist entscheidender, stehen Kapitalanleger vor einem Anlagenotstand. Der führt dazu, dass die Kaufpreise fast doppelt so schnell steigen wie die Mieten. Es ist so viel Geld auf dem Markt, dass wir nach wie vor eine immens hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien haben.

Das zeigt das Beispiel Wien, wo sich die Mieten dank konsequenter Regelungen stabil entwickeln. Es funktioniert allerdings nur in dieser Konsequenz, ohne Kompromisse, ohne Schlupflöcher, wie sie hier eröffnet werden. Man muss mit strikten Obergrenzen arbeiten.

**Dagegen läuft die Immobilienwirtschaft Sturm und sagt, so werde das Problem nicht gelöst.**

Das stimmt. Das Mietenproblem wird mit einer Preisbremse nicht gelöst. Die generelle Schwierigkeit des Immobilienmarkts ist ja dessen Behibigkeit. Vor zehn Jahren konnte man nicht erkennen, dass wieder mehr Menschen in die Städte ziehen, jetzt dauert es sehr lang, bis etwas gebaut wird. In der Immobilienwirtschaft gibt es im übertragenen Sinn einen Schweinezyklus – nur dass sich das Schwein schneller bewegt. Das bedeutet, es wird sich vieles regulieren, es dauert nur seine Zeit. An mancher Stelle hat die Politik zugleich versagt, etwa bei der Entwicklung des Sozialwoh-

nungsbestands. Die geförderten Wohnungen fallen zunehmend aus der Bindung, während die Privaten nur Sozialwohnungen bauen, wenn sie dazu verpflichtet werden.

**Was können Politiker jetzt überhaupt tun?**

Notwendig erscheint eine Vielzahl von Maßnahmen, eine Mischung aus Positionen zwischen Neoliberalismus und Planwirtschaft. Demokratie besteht im Finden von Kompromissen. Mit Transparenz kann womöglich der Bürger-Widerstand gegen Projekte in Städten abgemildert werden. Die Industriepolitik kann Impulse für mehr Ansiedlungen auf dem Land setzen, wo Wohnraum günstiger ist. Bei allen Vorstößen gilt es zudem, die langfristige demographische Entwicklung im Blick zu behalten, sie ist negativ und regional sehr unterschiedlich. Wer also weiß, ob ich Vorhaben, die ich jetzt mit finanziellem oder personellen Einsatz ins Leben rufe, in zehn Jahren überhaupt noch brauche?

Das Gespräch führte Kristina Pezzei.

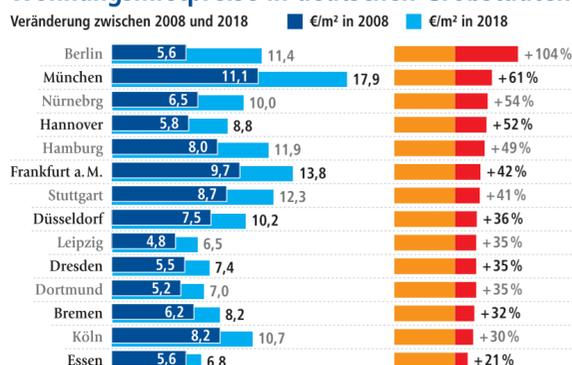
**»Eine Preisbremse funktioniert nur ohne Kompromisse.«**

**Wenn diese Anleger im Grunde genommen nur Kapital loswerden wollen, kümmern sie dann Instrumente wie eine Mietpreisbremse?**

Im Vergleich zu anderen Anlageformen sind Wohnimmobilien immer noch lukrativ, auch wenn die Rendite womöglich um ein Prozentpunkt sinkt. Die Mietpreisbremse wirkt ohnehin sehr, sehr indirekt.

**Also kann man sie sich sparen?**  
Wenn sie gut gemacht, kann

### Wohnungsmietpreise in deutschen Großstädten



In Zahlen gemessen sah das Ergebnis der schwedischen Parlamentswahl am Ende dann doch ein wenig anders aus, als von vielen befürchtet. Die Sozialdemokraten haben am 9. September nicht nur den ersten Platz verteidigen können. Sie erzielten mit 28,4 Prozent auch deutlich mehr als jene 25 Prozent, die ihnen am Schluss laut Umfragen kaum mehr zugetraut wurden. Nächste Überraschung: Platz zwei errangen die konservativen Moderaten (19,8 Prozent), erst an dritter Stelle folgten mit 17,6 Prozent die rechtspopulistischen Schwedendemoskraten. Dabei war bei Letzteren damit gerechnet worden, dass sie die 20-Prozent-Marke nehmen und zur Nummer zwei in Schweden aufsteigen könnten. Der neugewählte schwedische Reichstag tritt am 25. September zusammen. Binnen zwei Wochen muss sich dort der amtierende sozialdemokratische Premier der Wahl stellen. Nur wenn es eine Mehrheit von mindestens 175 Parlamentariern gegen ihn gibt, muss er abtreten. In diesem Fall scheidet der Parlamentspräsident, wer versuchen kann, eine Regierung zu bilden. Dann gilt erneut: Es darf keine Parlamentsmehrheit dagegen sein. Dieses System nennt sich „negativer Parlamentarismus“ und ist ein Grund, warum es in Schweden so häufig Minderheitsregierungen gibt. Das Wahlergebnis stellt die zwei größten Parteien – und nicht nur die – vor ziemliche Herausforderungen. Den traditionell stärksten Parteien fehlt die Basis für eine leicht zu bildende stabile Regierung. Statt zweier großer Parteien, gibt es nun drei halbgroße. Dazu kommen etliche kleine. Mit der dritten halbgroßen Partei, den rechtspopulistischen Schwedendemoskraten (siehe Stichwort), wollen weder Sozialdemokraten noch die meisten der kleinen Parteien zusammenarbeiten. Doch diese haben ihren Stimmenanteil im Vergleich zum erstmaligen Einzug ins Parlament 2010 fast verdreifacht und sind damit zum Machtfaktor geworden. Es wird schwer, um sie herum zu regieren. Große Koalitionen kennt Schweden nicht und weder die Sozialdemokraten noch die Moderaten haben mit ihren traditionellen Bündnispartnern eine Mehrheit. Das heißt: Nur, wenn die Schwedendemoskraten oder die jeweils andere große Partei sich enthalten, könnte eine Minderheitsregierung bestehen.

**Ungewöhnliche Optionen** Damit sind nun zwei für Schweden sehr außergewöhnliche Optionen denkbar: Der sozialdemokratische Premier Stefan Löfven bleibt im Amt, nimmt aber neben den Grünen, mit denen er bis jetzt koalitiert, die Linkspartei, die Liberalen und das grün-liberale Zentrum mit ins Boot. Dann würde er über 190 der 349 Mandate verfügen. Dabei könnte es sich wie derzeit auch um eine von den Sozialdemokraten geführte Minderheitsregierung handeln, die mit ein oder mehreren Parteien koalitiert und die anderen als Unterstützer heranzieht. Das ist in Schweden durchaus üblich, denn der Regierungschef oder die Regierungschefin muss anders als in Deutschland lediglich sicherstellen, dass es keine Mehrheit gegen ihn oder sie gibt. Nur eine geeinte Opposition kann also eine Regierung führen. Und: Bei Vertrauensabstimmungen zählen in Schweden Enthaltungen nicht. Die konservativen Moderaten könnten gegen die Sozialdemokraten nur mit Hilfe der Schwedendemoskraten einen Premier wählen. Das eine derartige Zusammenarbeit möglich ist, hatten führende Moderaten vor der Wahl zu erkennen geben. „Allerdings sind Liberale und Zentrum gegen eine Zusammenarbeit mit SD, weil sie deren harte Linie in der Asylpolitik ablehnen“, erklärt Anders Hellström, Politikwissenschaftler an der Universität Malmö. „Die

# Patt im Norden

**SCHWEDEN** Weder der konservative noch der linke Block haben nach der Wahl eine klare Mehrheit



Sozialdemokrat Stefan Löfven (links) will Premierminister bleiben. Doch ohne die rechtspopulistischen Schwedendemoskraten von Jimmie Åkesson (rechts.) bleibt ihm nur eine Minderheitsregierung.

beiden kleineren Parteien stecken nun in einem Dilemma und müssen einen Teil ihrer Wähler enttäuschen. Denn mit den Sozialdemokraten wollen sie eigentlich nicht zusammenarbeiten.“ Mit Verweis auf eine vom Fernsehsender SVT publizierte Untersuchung sagt Hellström aber auch: „Die Migrationspolitik sollte nicht überbewertet werden, denn es gibt Umfragen, die besagen, dass den Wählern Wohlfahrts- und Schulpolitik sowie Gleichstellung wichtiger waren.“ Gemessen an seiner Einwohnerzahl von zehn Millionen hat kein anderes Land in Europa auch nur so viele Flüchtlinge aufgenommen wie Schweden – allein mehr als zweieinhalbmal so viele wie Deutschland. Eine Regierung unter Führung der Moderaten dürfe auf Steuersenkungen und mehr Privatwirtschaft im Gesundheits- und Bildungssektor setzen – auch mit Unterstützung der Schwedendemoskraten. „Die haben sich in diesen Politikfeldern in letzter Zeit den Konservativen angenähert“, urteilt

Hellström. Kommen die Sozialdemokraten an die Macht, würde der Staat wieder eine größere Rolle spielen. Eine relativ geringe Bedeutung dürfte die Partei des jeweiligen Regierungschefs bei der Asyl- und Integrationspolitik haben. Sowohl Sozialdemokraten als auch Moderaten hatten schon vor der Wahl einen restriktiveren Kurs eingeschlagen. Sollten die Sozialdemokraten sich auf Linkspartei und Zentrum stützen, könnte es aber zu einer in Ansätzen liberaleren Einwanderungspolitik kommen. Beide haben wohl auch deshalb im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren deutlich zugelegt, weil sie in diesen Politikfeldern einen klaren Gegenpol zu SD bilden. „Wir sehen in Schweden damit Tendenzen wie in vielen europäischen Ländern“, sagt Hellström. „Die, die an ihrer Linie festhalten, legen zu. Und die Parteienlandschaft ist stärker zersplittert.“ Clemens Bomsdorf

Der Autor ist freier Skandinavien-Korrespondent.

# Aufstand der Jungen

**IRAK** Vier Monate nach der Wahl gibt es keine Regierung

Basra ist derzeit in aller Munde. Seit Wochen gibt es Unruhen in der zweitgrößten Stadt des Irak. Vornehmlich junge Männer wie Ibrahim (24) und Hussam (23) und nur wenige Frauen gehen kurz vor Einbruch der Dunkelheit auf die Straßen und demonstrieren gegen das kontaminierte Wasser – das schon Tausende der fast Drei-Millionen-Stadt ganz im Süden Iraks in die Krankenhäuser gebracht hat –, gegen die unzureichende Stromversorgung, gegen Korruption und Perspektivlosigkeit für die Jugend im Irak. Die Mehrheit der 33 Millionen Iraker ist unter 25 Jahre alt. Doch sie bekommen keine Chance in einem Land, das wie kein anderes durch Kriege, Embargo und Terror heimgesucht wurde. Die Alten sitzen nach wie vor an den Hebeln der Macht. „Ungefähr die Hälfte der Protestierenden sind Mitglieder der Volksmobilisierungsfrente Hashd al-Shabi“, erklärt Hussam, der für die Menschenrechtsorganisation Larsa arbeitet und von Anfang an bei den Demonstrationen in Basra dabei war, als es Anfang Juli losging. Hashd al-Shabi wurde 2014 nach dem Blitzkrieg der Terrormiliz „Islamischer Staat“ ins Leben gerufen. Tausende Soldaten der irakischen Armee waren damals desertiert, der IS brachte immer weitere Landstriche Iraks unter seine Kontrolle. Als die Milizionäre nach Ende des Kalifats nach Hause zurückkehrten, stellten sie fest, dass ihre Politiker sich die Taschen voll Geld gestopft hatten, anstatt die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Transparency International listet den Irak auf Platz 169 auf der Skala der korruptesten Länder von 180 weltweit. Die Wut darüber bricht sich nun Bahn auf der Straße. Es ist ein Aufstand der Jungen gegen die alte politische Elite.

Ibrahim jedoch klar. „Wir lassen jetzt nicht locker.“ In Bagdad geht derzeit das Gerangel um die Regierungsbildung weiter. Sa'irun ist zwar als Sieger aus den Parlamentswahlen hervorgegangen, hat mit 54 von 329 Sitzen aber längst nicht die erforderliche Mehrheit zur Bildung einer Regierung erhalten. Moktada al-Sadr muss mit mindestens drei oder gar vier weiteren Blöcken koalieren. Zum ersten Mal nach dem vermeintlichen Sieg gegen den IS traten die neu gewählten Parlamentarier am 3. September zusammen, fast vier Monate nach dem Urnengang und buchstäblich in vorletzter Minute; die irakische Verfassung setzt eine viermonatige Frist für die konstituierende Sitzung nach Parlamentswahlen. Nach dem 12. September hätte unweigerlich zu Neuwahlen kommen müssen. Das ist nun abgeboten. Doch das Debakel um die Wahlen hält an und mehr erneut Zweifel an der politischen Klasse. Wegen eines heftig ausgetragenen Streits um Unregelmäßigkeiten und Stimmfälschungen wurde eine Neuauszählung der Stimmen angeordnet. Diejenigen, die dadurch ihr Abgeordnetmandat verloren haben, wollten sich nicht geschlagen geben. Die Neuauszählung veränderte die Sitzverteilung jedoch nur marginal. Sa'irun bleibt der Sieger, Noch-Ministerpräsident Haider al-Abadi liegt abgeschlagen auf Platz drei. Vor ihm liegt ebenfalls eine neue Gruppierung um Hadi al-Amiri; er führte die Schiitenmilizen der Volksmobilisierungsfrente Hashd al-Shabi im Krieg gegen den IS an und reklamiert nun ein Stück des politischen Kuchens für sich.

**Die Alten sitzen im Irak nach wie vor an den Hebeln der Macht.**

**Reaktionen auf Basra** Vergangene Woche trat das Parlament zu einer Sondersitzung zusammen, um über die Vorkommnisse in Basra zu debattieren. Dabei wurde deutlich, dass der Aufstand der Jungen die politische Szene des Landes verändern wird. Abgesehen davon, dass der Irak das vom Alter her jüngste Parlament seit 15 Jahren aufweist, war zunächst zu befürchten, dass die altgedienten Politiker in die Regierung drängen würden. Bei der ersten Parlamentsitzung sah es auch ganz danach aus. Doch als Reaktion auf die Demonstrationen in Basra wird wahrscheinlich die stärkste Fraktion im irakischen Parlament ein Zusammenschluss der beiden Erstplatzierten Sa'irun und Fatah von Hadi al-Amiri werden. Abadi wäre damit aus dem Rennen für eine zweite Amtszeit als Ministerpräsident. Allgemein wird ihm ein schwaches Krisenmanagement attestiert, die Demonstranten in Basra fordern seinen Rücktritt. Dieser Forderung schloss sich Moktada al-Sadr an, der Königsmacher für die nächste Regierung. Dennoch könnten noch viele Wochen und Monate und einige Parlamentsitzungen ins Land gehen, bis der Irak tatsächlich eine neue politische Führung bekommt. Birgit Svensson

Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus dem Irak.

**Kompromissangebot** In Basra zerstören sie gerade, was sie zerstört. Das Gebäude des Provinzrates ging in Flammen auf, ebenso der Gouverneurspalast und der staatliche TV-Sender Iraqia, der kaum über die Proteste berichtet und damit der Verharmlosung der Regierung in Bagdad Vorschub leistet. Erst als das iranische Generalkonsulat ebenfalls Feuer fing und auch die amerikanische Vertretung gestürmt werden sollte, waren die Unruhen nicht mehr zu verheimlichen. „Wir haben jetzt nicht nur die Regierung in Bagdad gegen uns, sondern auch den Iran“, sagt Hussams Freund Ibrahim, der ebenfalls für eine Menschenrechtsorganisation arbeitet. „Sie werden uns töten“, befürchtet er. Heute reden alle von der Misere in Basra. Der schiitische Prediger Moktada al-Sadr, dessen Bürgerbündnis Sa'irun die Parlamentswahlen im Mai gewonnen hat, hat inzwischen einen Kompromiss mit den Demonstranten in Basra ausgehandelt. 45 Tage sollten sie der Regierung und den politisch Verantwortlichen in Bagdad Zeit geben, um ihre Forderungen zu erfüllen und tragbare Konzepte zur Verbesserung der Situation in der Stadt vorzulegen. „Wenn nichts geschieht, machen wir weiter“, stellt

**Transparency international listet das Land auf Platz 169 von 180 der korruptesten Länder.**

**STICHWORT**

**Die Schwedendemoskraten (SD)**

**> Entstehung** Die Partei wurde 1988 in Malmö auch von Aktivisten schwedischer Neonazi-Gruppierungen gegründet. Es gab zudem enge Verbindungen zur Faschistenvereinigung „Bevara Sverige Svenskt“ („Haltet Schweden schwedisch“).

**> Neue Führung** Seit 2005 ist Jimmie Åkesson (39) Parteiführer, unter ihm versuchte die Partei, sich von ihren Neonazi-Wurzeln zu distanzieren. Im Wahlkampf punktete sich der bekennende Nationalist als Hardliner gegen Zuwanderung.

**> Wahlerfolge** 2010 führte Åkesson die SD mit 5,7 Prozent erstmals ins Parlament. Bei den Parlamentswahlen 2014 kam sie schon auf 12,9 Prozent.

# Orbán am Pranger

**UNGARN** Das Europäische Parlament fürchtet die Verletzung von EU-Werten und will ein Rechtsstaatsverfahren gegen das Donauland einleiten. Für mögliche Sanktionen gibt es aber hohe Hürden

Hallo Diktator! So hat EU-Kommissionarschef Jean-Claude Juncker den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán schon vor ein paar Jahren einmal bei einem EU-Gipfel begrüßt. Einen rauhen Ton aus Brüssel und Straßburg dürfte der von seinen Kritikern häufig als „rechtsnational“ bezeichnete Politiker also gewohnt sein. Doch nach Jahren des Dauerstreits über verletzte EU-Grundwerte in Ungarn ist jetzt eine neue Eskalationsstufe erreicht. Das Europaparlament stimmte am Mittwoch mit Zwei-Drittel-Mehrheit für einen Bericht, in dem gegen Ungarn ein Rechtsstaatsverfahren gefordert wird. 448 EU-Abgeordnete votierten für die Einleitung des Verfahrens, 197 Parlamentarier waren dagegen und 48 enthielten sich. Damit brachten die Abgeordneten die schärfste Waffe in Stellung, über die die Europäische Union gegenüber Mitgliedstaaten verfügt. Das sogenannte Artikel-7-Verfahren – im EU-Jargon auch „die Atombombe“ ge-

nannt – kann im äußersten Fall zum Verlust von Stimmrechten im Ministerrat führen. Bislang wurde es erst einmal eingeleitet: im Dezember vergangenen Jahres gegen Polen. Nun muss sich der Rat der EU-Mitgliedsländer mit einem zweiten Fall befassen. Vor möglichen Strafmaßnahmen gegen Ungarn stehen allerdings hohe Hürden. Der Ministerrat müsste in einem nächsten Schritt mit der Zustimmung von vier Fünfteln der Mitgliedsstaaten feststellen, dass die „eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der EU-Werte besteht. Nur wenn im Anschluss der Rat der EU-Staaten einstimmig beschließt, dass im Fall Ungarn tatsächlich eine solche Verletzung vorliegt, können mögliche Strafen durchgesetzt werden. Vor jedem Schritt muss aber das betroffene Mitgliedsland Gelegenheit bekommen, sich zu äußern. Im Fall Polen gab es bisher nur eine Anhörung.

Unter Berufung auf Befunde der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Europarat listete die Abgeordnete die Kritikpunkte an der Arbeit der Regierung in Budapest auf: Die Meinungsfreiheit in dem Land werde eingeschränkt, das Justiz- und Verfassungssystem geschwächt, Nicht-Regierungs-Organisationen werde die Arbeit absichtlich schwer gemacht, Minderheiten und Flüchtlinge würden in ihren Rechten verletzt. Daher sei ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn nötig. Umstritten ist etwa Ungarns Umgang mit Flüchtlingen. Wegen einer restriktiven Asylpolitik laufen gegen das Land bereits mehrere Vertragsverletzungsverfahren der EU – unter anderem weil die Regierung sich weigert, Flüchtlinge aus Italien und Griechenland zu übernehmen. Orbáns Regierung hat außerdem einen Zaun an seinen Grenzen zu Serbien und Kroatien errichten lassen, um „illegale Migranten“ zu stoppen. Allerdings ist die Politik, die sogenannte Balkanroute undurchlässiger zu machen, durch EU-Beschlüsse gedeckt, denen zum Beispiel auch die auch die deutsche Regierung zugestimmt hat. Zuletzt wirkte es fast, als lege Orbán es darauf an, dass das Strafverfahren kommt. Statt zu beschwichtigen oder Zugeständnisse zu machen, überzog er die Parla-



Ungarns Premier Viktor Orbán vergangene Woche im Europaparlament

mentar und den Bericht noch kurz vor der Abstimmung mit beißender Kritik. Der Text beleidigte die Ehre Ungarns, er strotzte vor Fehlern und sei darauf aus, das ungarische Volk zu verurteilen, weil es nicht in einem Einwanderungsland leben wolle, sagte er bei einem Auftritt vor den Abgeordneten am vergangenen Dienstag. Ungarns Außenminister Peter Szijjarto blies unmittelbar nach der Abstimmung in

daselbe Horn: „Dies ist nichts anderes als die kleinliche Rache migrationsfreundlicher Politiker“, sagte er in Budapest. „Ungarn und seine Menschen hat man bestraft, weil sie bewiesen haben, dass die Migration kein naturgegebenen Vorgang ist und dass man sie aufhalten kann.“ Besonders die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) steckt wegen Orbán in der Klemme: Der Fraktion gehört im EU-Parlament neben CDU und CSU auch Orbáns Regierungspartei Fidesz an. Die Partei bringt mit ihrer extrem zuwanderungskritischen Haltung den wohl größten Konflikt Europas mit in die Fraktion: Wie umgehen mit Migration? Von vielen Seiten wurde die EVP zuletzt gedrängt, sich von den ungarischen Parteifreunden zu distanzieren. Nun hat eine Mehrheit der EVP-Abgeordneten für das Strafverfahren gestimmt, darunter Fraktionschef Manfred Weber (CSU) – dessen Votum allerdings die Mehrheit der bayerischen Christsozialen im EP nicht folgen wollte. „Orbán hätte einen kleinen Schritt machen müssen“, sagte der langjährige CDU-Europaparlamentarier Elmar Brok dem Sender „Phoenix“. „Das ist eine wichtige Botschaft für ihn, dass seine eigenen Truppen nicht mehr mitmachen.“ Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament,

Daniel Caspary, äußerte die Hoffnung, dass sich jetzt etwas tut in dem Donauland. „Bisher hat die ungarische Regierung bei Bedenken der EU-Kommission, was die Vereinbarkeit nationaler Gesetze mit EU-Standards angeht, immer Anpassungen vorgenommen“, betonte er.

**Getrennte Wege** Ist die Sache damit vorerst erledigt? Oder droht nun der Rauswurf aus der Fraktion? Zunächst deutete wenig darauf hin, dass die EVP diesen Weg gehen will. Orbán selbst hatte noch am Dienstag betont, dass er auf jeden Fall bei der EVP bleiben, sie aber in Sachen Asylpolitik mehr auf seine Linie einschwenken will, er vergangenen Donnerstag dann taxierte er die Wahrscheinlichkeit eines Ausscheidens von Fidesz aus der konservativen europäischen Parteienfamilie dann aber immerhin schon auf 50 Prozent. Seine Regierung machte zudem deutlich, sich juristisch gegen das Strafverfahren zu wehren, etwa durch eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Sie stellt sich dabei auf den Standpunkt, dass bei der Berechnung der Abstimmung im EP auch die Enthaltungen als abgegebene Stimmen bewertet werden müssen. Unter diesen Umständen wären 462 Stimmen statt der 448 „Ja“-Stimmen für eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig gewesen. dpa/ah

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Schauplatz des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz am Tag danach: Eine rote Zugmaschine (oben links) hat den Sattelauflieger des von dem Attentäter gelenkten Lasters ange dockt. © picture-alliance/dpa/Rainer Jensen

# Ein 08/15-Fall

**U-AUSSCHUSS** Zeugen berichten über Attentäter Anis Amri

Für die Freiburger Justiz war er monatelang verschollen. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ein ordinärer, wenn auch nicht völlig unbeachteter Beobachtungsvorgang. Bei der Vorstellung als Asylbewerber im Polizeirevier Freiburg-Nord ein „08/15“-Fall, ganz unauffällig. Wie der unscheinbare Anis Amri, der als Urheber des bislang opferreichsten radikalislamischen Terroranschlags in Deutschland auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 zu makabrer Berühmtheit gelangte, unter dem Radar verschiedener deutscher Behörden wegtuchen konnte, berichteten in der vergangenen Woche mehrere Zeugen dem Untersuchungsausschuss des Bundestages.

**Schmalere Ordnung** Zum Beispiel Lia Freimuth: Als Sachbearbeiterin beim Verfassungsschutz wertet sie seit 2008 Informationen über Bestrebungen islamischer Extremisten in Berlin aus. Der Name Anis Amri war ihr bereits im Januar 2016 ein Begriff. Damals erreichten sie die ersten Erkenntnisse über den Mann, und sie legte eine Personenakte an. Damit nicht zufrieden, ließ sie im Februar und März 2016 Verbindungsleute des Verfassungsschutzes im radikalislamischen Milieu zur Person Amris befragen, ohne wesentlich weiterführende Ergebnisse allerdings.

Immerhin habe Amri zu den brisanteren Figuren ihrer Klientel gezählt, berichtete Freimuth. Insgesamt betreue sie in Berlin rund 500 islamische Extremisten, von denen die Polizei 40 bis 50 als „Gefährder“, also potenzielle Attentäter, einstufe. Dieser Gruppe sei auch Amri zuzurechnen gewesen. In ihrer täglichen Arbeit sei sie dennoch mit ihm „relativ selten“ in Berührung gekommen. Als sie nach dem Anschlag auf

dem Breitscheidplatz die gesammelten Erkenntnisse über ihn habe ausdrücken lassen, habe das Material lediglich einen schmalen Leitz-Ordner gefüllt. BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen hatte nach dem Attentat darauf hingewiesen, dass Amri ein „Polizeifall“ gewesen sei, mit dem der Verfassungsschutz „nur am Rande befasst“ gewesen sei. Freimuth erklärte dazu, da gegen Amri verschiedene staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren liefen, habe die „Federführung“ in der Tat bei den Polizeibehörden gelegen.

**Keine Erinnerung** Keinerlei eigene Erinnerung an den Mann, der sich am 6. Juli 2015 bei ihm als Asylbewerber vorstellte, hat der Freiburger Polizeioberkommissar Eckhard Knak. Auch als das Porträt des Attentäters von Breitscheidplatz im Dezember 2016 durch alle Medien ging, klickte es nicht bei Knak: „Ich habe mir das Bild auch noch mal angeguckt von Herrn Amri. Ich kann mich an diese Person überhaupt nicht erinnern“, sagte er dem Untersuchungsausschuss.

So konnte der Zeuge den Abgeordneten nur berichten, was er über den Asylbewerber Anis Amri damals in der Akte festgehalten hatte. Dass er dem Mann ein weißes Blatt Papier über den Tisch geschoben und ihn gebeten habe, darauf seinen Namen und sein Geburtsdatum zu notieren. Dort stand dann der Name Anis „Amir“, den Knak in den amtlichen Erfassungsbogen übertrug. Er händigte dem Mann eine Zugfahrkarte aus und trug ihm auf, sich in der zentralen Aufnahmeabteilung des Landes Baden-Württemberg als Asylbewerber zu melden.

Dass der angebliche Herr Amir dort nie ankam, stellte in Freiburg den Zeugen Ulrich Riesterer, wie er den Abgeordneten berich-

tete, vor ein kniffliges Problem. Auf Riesterer Schreibtisch bei der Staatsanwaltschaft war die Anzeige wegen illegaler Einreise gelandet, die Oberkommissar Knak routinemäßig gegen Amri aufgenommen und weitergeleitet hatte: „Ich will die Akte loswerden – dazu muss ich wissen, wo sich der Betreffende aufhält.“ Zuständig ist die Staatsanwaltschaft am Wohnort eines Beschuldigten. So kam es, dass der verschollene Anis Amri den Freiburger Amtsanwalt Riesterer als Phantom noch fast anderthalb Jahre lang begleitete: „Ich hatte mit Amri nie persönlich zu tun. Für mich war er ein Aktenvorgang“, berichtete er dem Ausschuss.

**Ohne Anschrift** Am 29. Juli 2015 stellte Riesterer das Verfahren also vorläufig ein und schrieb Amri zur Aufenthaltsermittlung aus. Der Mann sei ja nur ein Fall „unter sehr vielen“ gewesen. Im Juli 2015 seien allein über seinen Schreibtisch 93 Anzeigen wegen unerlaubten Grenzübertritts gegangen: „Wenn jeder Fall so viel Arbeit macht, ohne einen Ertrag zu bringen, liegt der Gedanke nahe, den Fall zu beenden“, so der Amtsanwalt.

Bis zuletzt wusste Ulrich Riesterer auch nicht, ob Anis Amri vor der Einreise schon in einem anderem EU-Staat gelebt hatte, widrigenfalls er in Erwartung des Ausgangs seines Asylverfahrens rechtmäßig in der Bundesrepublik gewesen wäre. Im Laufe des Jahres 2016 erreichten ihn 13 Hinweise, dass Amri hier oder da auffällig geworden war, doch nie eine ladungsfähige Anschrift. So beendete Riesterer am 24. November 2016 seine Ermittlungen, dreieinhalb Wochen, bevor Amri einen Schwerlastler in den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz lenkte. *Winfried Dolderer*

## Juncker will noch punkten

**EUROPA** EU-Kommissionspräsident hat weitreichende Pläne für sein letztes Amtsjahr

Eines schickte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker voraus, als er am vergangenen Mittwoch in Straßburg seine letzte Rede zur Lage der Europäischen Union hielt: „Noch ist nicht die Zeit für eine abschließende Bilanz dieser Kommission.“ Dennoch listete er bei seinem Auftritt im Europäischen Parlament zahlreiche Wirtschaftsdaten auf, die er gerne als Erfolg verbuchen möchte. So sind seit seinem Amtsantritt in der EU beinahe zwölf Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist auf 14,8 Prozent gesunken – dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2000.

In seiner wenig kraftvollen Rede skizzierte Juncker, wie er seine verbleibende Amtszeit nutzen will. Mit zahlreichen Initiativen möchte er bei den Bürgern rechtzeitig zur Europawahl im Mai 2019 punkten. So legte die EU-Kommission am selben Tag einen Vorschlag zur Abschaffung der Zeitumstellung vor. Zum 31. März 2019 sollen die Uhren zum letzten Mal verpflichtend in der EU auf die Sommerzeit umgestellt werden. Danach sollen die Mitgliedstaaten selbst entscheiden können, ob ihre Bürger in der Sommer- oder der Winterzeit leben.

**Auf Stimmenfang** Juncker sieht seine Initiative als Beispiel dafür, dass die EU in großen Fragen ehrgeiziger und in kleinen Fragen bescheidener werden soll. Doch wenn die EU-Kommission wie hier auf das Ergebnis einer nicht repräsentativen Umfrage reagiert, ist noch nicht erwiesen, ob es sich bei der Zeitumstellung tatsächlich um ein drängendes Problem oder nicht eher um ein Thema handelt, mit dem Juncker glaubt, Wahlkampf machen zu können. Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament müssten der Änderung zustimmen, was in den wenigen verbleibenden Monaten schwierig werden könnte.

Doch Juncker hat noch mehr vor. Im Mai schlug seine Kommission ein von Plastik vor; Juncker hofft, dass Mitgliedstaaten und Europaabgeordnete die Abschaffung von Strohhalmen und Geschirr aus Plastik ebenfalls noch vor Mai 2019 beschließen werden.

Bei vielen Themen, die Juncker in Straßburg skizzierte, würde es an ein Wunder grenzen, wenn eine solche Einigung im Eiltempo gelänge. Etwa beim Grenzschutz: Bis zum Jahr 2020 soll die Zahl der europäischen Grenzschutzbeamten, die vom europäischen Haushalt finanziert werden, auf 10.000 steigen. Außerdem soll die Europäische Asylagentur ausgebaut werden, sodass Mitgliedstaaten besser bei der Bearbeitung von Asylanträgen unterstützt werden können. Die Rückführung irregulär eingereister Migranten soll ebenfalls beschleunigt werden. Gerade bei dem Thema Asyl und Migration ist in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene jedoch

kaum etwas vorangegangen. Selbst wenn Grenzschützer künftig aus dem EU-Haushalt finanziert würden, droht eine langwierige Debatte über deren Kompetenzen und die genauen Modalitäten der Zusammenarbeit mit nationalen Grenzschützern. Mit neuen Vorschlägen, um effektiv und grenzüberschreitend gegen Geldwäsche vorgehen zu können, hat die EU-Kommission auf Skandale in Lettland und Malta reagiert. In beiden Fällen wurde sichtbar, dass die allein nationale Zuständigkeit für die Bekämpfung von Geldwäsche nicht ausreicht. Deshalb soll die Europäische Bankenbehörde EBA nach dem Willen der Kommission mehr Kompetenzen bekommen. Auch hier muss sich zeigen, ob die Mitgliedstaaten bereit sind, Souveränität aus der Hand zu geben.

**Zähes Vorhaben** Ein noch härteres Eisen ist die Stabilisierung der Euro-Zone. „Wir müssen mehr tun, damit unsere gemeinsame Währung auf dem internationalen Parkett die Bedeutung erlangen kann, die ihr zusteht“, betonte Juncker im Europäischen Parlament. Die Kommission wird dazu noch in diesem Jahr Vorschläge vorlegen. Allerdings hat sich die Reform der Eurozone als extrem zähes Vorhaben erwiesen. Eigentlich wollten die Staats- und Regierungschefs im Juni ein großes Reformpaket beschließen. Doch das ist auf Dezember vertagt worden – und große Reformen erwartet auch da niemand.

Juncker will außerdem die Handelsabkommen mit Afrika zu einem großen Freihandelsabkommen verschmelzen und ein neues europäisch-afrikanisches Bündnis schmieden, das in den kommenden fünf Jahren zehn Millionen Arbeitsplätze in Afrika schaffen soll. „Wir wollen einen Rahmen schaffen, der mehr private Investitionen nach Afrika bringt“, erklärte er vor den Europaabgeordneten. Doch viele Fak-

toren, die Investitionen beeinflussen, kann die EU nicht kontrollieren, etwa Korruption und Rechtsstaatlichkeit.

Mit einem Ziel wird der Kommissionspräsident absehbar scheitern: Juncker will rechtzeitig zum EU-Gipfel im rumänischen Sibiu am 9. Mai 2019 eine Grundsatzvereinbarung zu den EU-Finzen nach 2020 zu erreichen. Sein Kalkül ist verständlich. Denn je später die künftig 28 Mitgliedstaaten sich über die genaue Ausgestaltung der kommenden Finanzperiode einigen, desto größer ist die Gefahr, dass Gelder etwa für Forschung oder den Jugendaustausch Erasmus nicht fristgerecht ausgezahlt werden können. Auch herrscht in Brüssel die Angst, dass bei der Europawahl die extremen Ränder im Europäischen Parlament erstarken, was eine Einigung weiter erschweren würde.

In der Vergangenheit musste der Streit ums Geld allerdings jedes Mal eskalieren, ehe sich die EU-Mitglieder auf eine Finanzplanung einigen konnten. Erfahrungsgemäß passiert das immer erst auf den letzten Metern der Verhandlungen. Die Bundesregierung hat sich bereits darauf eingestellt, dass sie die Finanzverhandlungen womöglich in ihrer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 zu Ende bringen muss.

**Geteilte Reaktionen** Juncker, der bei seiner Rede müde wirkte, löste mit seinen Ankündigungen ein gemischtes Echo aus. Beobachter lobten, dass er auf große Visionen verzichte und sich gezielt Bereiche suchte, in denen Fortschritte möglich scheinen. „Wenn er diese Rede vor vier Jahren gehalten hätte, dann würde die EU heute anders aussehen“, kommentierte Hosuk Lee-Makiyama, Direktor an der Brüsseler Denkfabrik European Centre for International Political Economy (ECIPE). Der grüne Europa-Abgeordnete Reinhard Bütikofer lobte Juncker für seine Haltung, dass Pläne nicht nur entworfen, sondern auch umgesetzt werden müssten. „Trotzdem gelang es Juncker nicht, aufzuzeigen, woher die Kraft kommen kann, sein Konzept eines Europa, das die Bürger schützt, zu verwirklichen“, kritisierte Bütikofer. Der SPD-Europaabgeordnete Jens Geier warf Juncker vor, im Bereich der europäischen Sozialpolitik nicht geliefert zu haben. Er urteilte: „Sein Versprechen, Europa ein soziales ‚Triple-A‘ zu verschaffen, hat Juncker gebrochen.“ *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.

### > STICHWORT

#### Die EU-Kommission

> **Aufgaben** Die Europäische Kommission ist das ausführende Organ der EU. Sie besteht aus 28 Mitgliedern – je eins pro Mitgliedstaat. Als einziges Organ hat sie das Initiativrecht im europäischen Gesetzgebungsverfahren.

> **Präsident** Seit 1. November 2014 leitet der Luxemburger Jean-Claude Juncker (63) die Kommission. Seine Amtszeit endet im Oktober 2019, er will nicht erneut antreten. Um seine Nachfolge bewirbt sich derzeit unter anderem der CSU-Europapolitiker und Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion, Manfred Weber.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige



... jetzt **kostenlosen** Probezugang anfordern!

**Sie suchen Kontakte? Wir haben die Adressen!**

Vertrauen Sie der OECKL-Adress-Datenbank – Ihr Kontaktportal zu Akteuren in Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft.

**OECKL**.de

DIE GUTE ADRESSE

Mit einem Klick zum Ziel

**AUFGEKEHRT**

**Eine Schwarze für die Roten**

Sie haben es nicht leicht die Roten. Schon seit ihren frühesten Kindheitstagen müssen sie Spott und Hänseleien über sich ergehen lassen. Mal gelten sie als besonders temperamentvoll oder gar jähzornig, als frech und aufmüpfig, mal als verlogen oder bössartig. Andere wiederum halten sie für sexuell nicht nur für besonders attraktiv sondern auch äußerst aktiv. In der Geschichte wurden sie immer wieder mit Hexen und dem leibhaftigen Teufel in Verbindung gebracht. Und sie sind weltweit eine echte Minderheit. Echte Rote gibt es nämlich nur ganz wenige. Nun haben sich rund 200 von ihnen aus ganz Europa in Hamburg getroffen. Um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen, sich Mut zu machen oder ganz einfach nur, um einen ganzen Tag unter ihresgleichen zu verbringen. Nein, es geht hier nicht um die Roten im Sinne der politischen Farbenlehre. Auch wenn ein Blick auf Wahl- und Umfrageergebnisse von SPD, Linken und anderen „roten Socken“ die Vermutung durchaus nahe legen könnte. Die Rede ist vielmehr vom „Redhead Day“, bei dem sich rothaarige Menschen nun bereits zum zweiten Mal in Hamburg trafen. Importiert wurde die Idee aus den Niederlanden. Lediglich zwei Prozent der Menschen weltweit sind echte Rothaarige. Alle anderen mit roter Haarpracht sind lediglich in der Wolle gefärbt. Mitunter soll dies ja auch bei den politisch Roten der Fall sein. Sagen zumindest die einen Roten über die anderen. Und zeigen damit, dass sie sich gar nicht grün sind. Deshalb will Sarah Wagenknecht alle Roten jetzt in einer Bewegung sammeln. Ob das gut gehen kann? Immerhin ist sie ja eher schwarz. Nicht politisch, aber haarig. *Alexander Weinlein*

**VOR 45 JAHREN...**

**Bekennnis zum Frieden**

**26.9.1973: Erste Rede eines Kanzlers vor der UNO** „Meine Kollegen und Freunde, ich spreche zu Ihnen als Deutscher und als Europäer.“ Es waren die ersten Worte, die ein deutscher Bundeskanzler vor der UNO-Vollversammlung in New York sprach. In seiner Rede am 26. September 1973 stellte Willy Brandt (SPD) ein Bekenntnis zum Frieden in den Mittelpunkt: „Als Bundesrepublik



Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in der UN-Vollversammlung in New York

Deutschland werden wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangen kann.“ Die deutsche Teilung spielte in der Rede nur am Rande eine Rolle – obwohl erst wenige Tage zuvor beide deutsche Staaten in die Weltorganisation aufgenommen worden waren, was nicht geräuschlos vonstatten ging: Voraussetzung dafür war der Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Ostberlin, in dem Kritiker eine Gefahr für die Wiedervereinigung sahen. „Wir sind nicht hierhergekommen, um die Vereinten Nationen als Klagemauer für die deutschen Probleme zu betrachten“, betonte Brandt. Vielmehr wolle man „auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten weltpolitische Mitverantwortung“ übernehmen. Allerdings erinnerte Brandt auch an „die Teilung Europas, die sich auf deutschem Boden besonders hart ausprägt“ und betonte: „Mein Volk lebt in zwei Staaten und hört doch nicht auf, sich als eine Nation zu verstehen.“ Nach dieser Rede sprach erst 2003 mit Gerhard Schröder (SPD) wieder ein Bundeskanzler vor der UNO: Die deutsche und europäische Teilung gehörten da der Vergangenheit an. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: TAG DER EIN- UND AUSBLICKE IM BUNDESTAG**



Der Deutsche Bundestag von innen: Bei Bürgergesprächen, Führungen, Quizzes und in Diskussionen konnten die 22.000 interessierten Besucher ihr Parlament besser kennenlernen. © DBT/Marc-Steffen Unger/Thomas Trutschel/Simone M. Neumann/Thomas Köhler

**Das Vertrauen in die Demokratie stärken**

Im Foyer des Berliner Paul-Löbe-Hauses, dem Glasbau direkt neben dem Reichstagsgebäude, hat sich eine lange Schlange gebildet. Sie wartet darauf, die kleinsten Arbeiter des Bundestages näher zu begutachten: Über 150.000 Honigbienen wohnen hier im kleinen Innenhof-Garten, erzählt der Bundestagsmimiker Daniel Holstein, der sein Hobby 2016 in den Bundestag gebracht hat. Seitdem gibt es die Bundestagsbienen, die sich von Pollen und Nektar, „nicht von Marmeladenbrötchen“ ernähren, erklärt Holstein. Schon einige Male hat er das heute den Besuchern erzählt, die für den 14. Tag der Ein- und Ausblicke in den Bundestag gekommen waren. Gerade ist Abend-Rushhour in den Bienenstöcken: Dutzende krabbeln außen entlang, unbeirrt von den Besuchern. Und die haben viele Fragen: Wie weit sich die Bienen von ihrem Stock wegbewegen etwa. „Drei bis vier Kilometer reicht ihr Radius“, sagt Holstein. „Und wo finden sie ihre Nahrung?“, fragt der sechs-jährige Timo aus Potsdam. „Der nahegelegene Tiergarten bietet sogar bessere Bedingungen als Flächen auf dem Land, die oftmals mit Pestiziden behandelt sind“, erklärt

Holstein. Denn auch darum geht es: Die Bundestagsbienen sollen auf die schwindende Anzahl von Insekten in Deutschland hinweisen. Den ganzen Tag lang waren solche besonderen Einblicke möglich. Bei der Eröffnung vor dem Plenarsaal am Morgen sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU): „Dass Sie heute hier sind, ist eine Ermutigung für unsere Arbeit.“ Gleichzeitig trage der Tag auch dazu bei, das Vertrauen der Bürger in die Demokratie zu stärken. Zu entdecken gab es einiges: Ausschüsse und Bundestagsdienste stellten ihre Arbeit vor und unterhielten die rund 22.000 Besucher mit Führungen, Bürgergesprächen und Podiumsdiskussionen. Im Reichstag stellten sich die Fraktionen vor und auf der Besuchertribüne berichteten die Bundestagsvizepräsidenten von ihren Aufgaben. Im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus konnten die jüngsten Besucher auf Postkarten und mit Holzarbeiten ein künstlerisches Zeichen im Herzen der Demokratie hinterlassen. Besonders viel Andrang herrschte beim Wissenschaftlichen Dienst: An einem Wissensrad konnten die Besucher

ihr Glück versuchen: „Was bedeutet die Blaue Karte EU?“, kann Klaus Schmidt aus Berlin sogar ohne Antwortvorgaben beantworten – und gewinnt einen Bildband. Im folgenden Bürgergespräch erläuterte Adrian Schwarz, Referent für wirtschaftsrechtliche Fragen, die Aufgaben des Wissenschaftlichen Dienstes. „Wir sind Teil der internen Politikberatung und Infodienstleister des Parlamentes.“ Dass die Abgeordneten einer Informationsflut der unterschiedlichsten Akteure ausgesetzt sind, ist den meisten Besuchern nicht klar. „Stellen Sie sich vor, Sie sind neu gewählt und haben keinen Bezug zu ihrem Ausschuss. Dann haben Sie ein hohes Infobedürfnis“, so Schwarz. Etwa 60 wissenschaftliche Mitarbeiter beantworten die unterschiedlichsten Fragen der Abgeordneten – immerhin zwischen 4.000 bis 5.000 Aufträge pro Jahr. Mal in epischer Langform, mal als Kurzzusammenfassung, je nach Wissensstand des Abgeordneten. „Oberstes Gebot in unserer Existenz ist neben der Verlässlichkeit die Neutralität der Informationen. Die politische Bewertung liegt dann bei den Abgeordneten“, stellt Schwarz klar. *Lisa Brübler*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 34-35 vom 20. August 2018, „Orientierung im Gelände“ auf Seite 1:** Zäsur, das braucht es wohl erneut: Die 1990er-Jahre hatten der Truppe ein im Wortsinn gewaltig erweitertes Portfolio beschert – räumlich hinaus in ein nun global verstandenes Vorfeld. Zeitlich vorgezogen in die Phase bloß drohender Risiken und strukturell nunmehr auch auf trivialere Kriegsziele erstreckt, weit unterhalb gegenwärtiger militärischer Angriffe im vormaligen Verständnis des Artikels 87a. Personell hat es die Bundeswehr auf eine Berufsarmee reduziert, was eine unwiderstehliche Logik aus der erwähnten Trivialisierung bezieht. Nichts davon allerdings vermeldet die Verfassung, ganz anders als noch bei der Wiederbewaffnung, als sich das Parlament tatsächlich als die erste, nicht als die letzte Instanz verstand. Viel Weisheit läge meines Erachtens in dem Verfahren, das man am Her-

renchiemsee für alle in Grundrechte einschneidende Staatsaufgaben aus frischer Erinnerung vorgesehen hatte. Nachzulesen ist es noch heute in Artikel 19. Die Idee: Neue Aufgaben der hier auswärtigen Gewalt erst demokratisch debattieren, dann konstitutionell und legislativ definieren, also: kategorisch begrenzen. Dann die exekutiv erforderlichen Strukturen schaffen und erforderlichenfalls später faktenbasiert nachregulieren. Man nennt das auch Gesetzesvorbehalt und dieser Weg ist jeder programmierten Sofort-Entscheidung rechtsstaatlich und beim Grundrechtsschutz weit überlegen. Auch wenn er Bündnis-Automatismen und schnelle Schüsse ein wenig erschweren mag. *Karl Ulrich Voss, Burscheid*

**Zur Ausgabe 34-35 vom 20. August 2018:** Der Wunsch von vielen Politikern, junge Men-

schen zu irgendeinem Dienst zu verpflichten, scheint ungebrochen zu sein. Reicht es nicht endlich mit dem ewigen „verpflichten“? Ich bin Jahrgang 1950 und sollte 1968 zur Bundeswehr, in die „Schule der Nation“, wie sie damals der Ex-Bundeskanzler Kiesinger nannte. Dort sollten mir und der Mehrzahl der gleichaltrigen jungen Männer „die Hammelbeine lang gezogen“ werden. Ich war wehrpflichtig, aber noch nicht einmal befugt, mir ein eigenes Moped zu kaufen. Denn damals wurde man erst mit 21 Jahren volljährig. Um als Wehrdienstverweigerer, die im Jargon der Zeit „Drückeberger“ genannt wurden, anerkannt zu werden, musste ich Fragen wie etwa „Sind Sie gegen die Gemeinschaft?“ über mich ergehen lassen. Wehrpflicht, Dienstpflicht, Pflichtjahr – nie wieder! *Hans Tappe, Horn-Bad Meinberg*

**Walter Riester wird 75**

Es gibt wohl kaum jemanden, der seinen Namen nicht kennt: Am 27. September wird Walter Riester (Foto) 75 Jahre alt. Der Fliesenlegermeister war Bezirkssekretär und Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart und von 1993 bis 1998 deren zweiter Bundesvorsitzender. Riester, SPD-Mitglied seit 1966 und von 1988 bis 2005 Mitglied im Parteivorstand, amtierte von 1998 bis 2002 als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. In seine Amtszeit fiel die mit seinem Namen verknüpfte staatlich bezuschusste private Altersvorsorge. Im Bundestag wirkte Riester von 2002 bis 2009 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit. *bmh*



**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 24. – 28.09.2018

Stand der Deutschen Einheit (Do)  
Bildungsföderalismus (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 01. Oktober.

**PERSONALIA**

**>Erich Meinike †**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-1983, SPD**

Am 21. August starb Erich Meinike im Alter von 88 Jahren. Der Verwaltungsangestellte aus Oberhausen trat 1947 der SPD bei und amtierte von 1968 bis 1978 als Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Oberhausen vorwiegend im Finanzausschuss. 1999 verließ er die SPD, schloss sich der PDS und 2007 der Partei Die Linke an.

**>Elmar Pieroth †**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-1981, CDU**

Am 31. August starb Elmar Pieroth im Alter von 83 Jahren. Der Diplom-Volkswirt und Unternehmer trat 1965 der CDU bei, war von 1981 bis 1993 Mitglied des Bundesvorstands und von 1987 bis 1993 Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung. Von 1972 bis 1981 gehörte er dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an und wirkte im Finanz- sowie im Wirtschaftsausschuss mit. Als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses amtierte er von 1981 bis 1989 und von 1996 bis 1998 als Wirtschaftssenator sowie von 1991 bis 1996 als Finanzsenator.

**>Erich Riedl †**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-1998, CSU**

Am 8. September starb Erich Riedl im Alter von 85 Jahren. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler und Diplom-Kaufmann aus München, zuletzt dort als Oberpostdirektor tätig, trat 1964 der CSU bei. Von 1971 bis 1994 war er stellvertretender Parteivorsitzender in München. Riedl, der im Bundestag überwiegend im Haushaltsausschuss mitarbeitete, amtierte von 1987 bis 1993 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft.

**>Christian Neuling**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-1994, CDU**

Christian Neuling wird am 18. September 75 Jahre alt. Der promovierte Volkswirt und Kaufmann aus Berlin trat 1973 der CDU bei und gehörte von 1983 bis 1989 dem dortigen Landesvorstand an. Von 1979 bis 1987 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Neuling arbeitete im Bundestag im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss mit.

**>Uwe Hansen**  
**Bundestagsabgeordneter 1984-1987, SPD**

Am 19. September vollendet Uwe Hansen sein 80. Lebensjahr. Der Hamburger Feuerwehrbeamte schloss sich 1966 der SPD an, gehörte von 1982 bis 1990 dem Landesvorstand an und war von 1984 bis 1988 stellvertretender Vorsitzender. Hansen wirkte im Bundestag im Ausschuss für Forschung und Technologie und im Petitionsausschuss mit.

**>Ilse Falk**  
**Bundestagsabgeordnete 1990-2009, CDU**

Am 21. September begeht Ilse Falk ihren 75. Geburtstag. Die Fachfrau für Gartenbau aus Xanten wurde 1984 CDU-Mitglied und gehörte dem Kreisvorstand Wesel an. Seit 1995 engagierte sie sich im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowie seit 2001 im Bundesvorstand der Frauen Union. Von 1989 bis 1996 war sie Ratsfrau in Xanten. Falk, von 2001 bis 2005 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Bundestagsfraktion und von 2005 bis 2009 stellvertretende Fraktionsvorsitzende, arbeitete im Familienausschuss mit.

**>Brigitte Schulte**  
**Bundestagsabgeordnete 1976-2005, SPD**

Brigitte Schulte vollendet am 26. September ihr 75. Lebensjahr. Die Lehrerin trat 1970 der SPD bei und wurde 1976 Mitglied des Unterbezirksvorstands Oberweser. Von 1972 bis 1976 gehörte sie dem Kreistag in Springe bzw. Hameln-Pyrmont an. Schulte war von 1987 bis 1991 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Bundestagsfraktion und von 1998 bis 2002 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung. Im Bundestag engagierte sich die Direktkandidatin des Wahlkreises Hameln-Pyrmont – Holzminden im Haushalts- sowie im Verteidigungsausschuss.

**>Hans-Heinrich Jordan**  
**Bundestagsabgeordneter 2005-2009, CDU**

Am 26. September wird Hans-Heinrich Jordan 70 Jahre alt. Der promovierte Landwirt aus Jübar im Altmarkkreis Salzwedel trat 1993 der CDU bei und war seit 1997 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Von 1994 bis 2005 amtierte er als Sozialdezernent und von 2001 bis 2005 auch als Erster Beigeordneter seines Heimatkreises. Im Bundestag gehörte Jordan dem Landwirtschaftsausschuss an. *bmh*

**PANNENMELDER**

**Zur Ausgabe 36-37 vom 3. September 2018:** Walter Riester (SPD) war entgegen der Darstellung im Artikel „Riester ist teuer“ auf Seite 11 nicht Ex-Finanzminister, sondern Bundesarbeitsminister.

**SEITENBLICKE**



Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

### Wir brauchen einen starken und toleranten Rechtsstaat



Wolfgang Schäuble (\*1942)  
Bundestagspräsident

Werte Kolleginnen und Kollegen, die letzten Wochen haben uns vor Augen geführt, dass in Teilen unserer Bevölkerung Verunsicherung wächst und dass sich die Gesellschaft spaltet. Das fordert uns als gewählte Repräsentanten. Unterschiedliche Interessen, Lebensstile, Meinungen – sie gehören zu jeder freiheitlichen Ordnung. Um sie auszugleichen und um zu Entscheidungen zu kommen, braucht es öffentliche Debatten; da-

zu gehören auch Demonstrationen. Aber die Entscheidungen müssen demokratisch legitimiert und nicht auf der Straße gefunden werden. Die Ereignisse in Chemnitz zwingen uns, zu unterscheiden: zwischen den unentschuldbaren Gewaltexzessen und den Sorgen, die viele Bürger umtreiben.

Vor drei Jahren habe ich angesichts des großen Zustroms von Flüchtlingen und Migranten aus der süd- und südöstlichen Nachbarschaft Europas gesagt, dass mir das wie ein Rendezvous mit der Globalisierung vorkomme. Heute scheint mir, dass wir erst jetzt so richtig erkennen, welche Auswirkungen das auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land hat. Manche Bürger finden sich, ihre Empfindungen und Wahrnehmungen in unseren politischen und medial vermittelten Debatten nicht wieder. Das aber ist eine Voraussetzung dafür, dass wir die vielen atemberaubend schnell und grundlegend erscheinenden Veränderungen für alle erträglich gestalten – gewaltfrei und im Respekt

vor unterschiedlichen Meinungen und Betroffenheiten. Menschen, die sich vor zu vielen und zu schnellen Veränderungen in ihrer Lebens- und Erfahrungswelt fürchten, auch vor zu viel Zuwanderung in kurzer Zeit, müssen genauso ernst genommen werden wie jene, die in einer enger zusammenwachsenden Welt für Offenheit und für globale Solidarität eintreten.

Nur der Ausgleich untereinander wird zu mehr Akzeptanz für den unausweichlichen gesellschaftlichen Wandel führen – einer Akzeptanz, die für die Stabilität in unserem Land unerlässlich ist. Das geht nicht ohne Streit – aber gewaltfrei und nach Regeln, die für alle gelten und die weder offen noch klammheimlich unterlaufen werden dürfen. Missstände müssen benannt und behoben werden. Aber permanente und maßlose Skandalisierung schadet. Nicht jedes Fehlverhalten in Behörden ist schon ein Beweis für angebliches Staatsversagen, wie wir bei der Untersuchung von Verfehlungen in einer Außenstelle des Bundesam-

tes für Migration und Flüchtlinge gerade wieder gesehen haben. Auch nicht jede Ausschreitung bei großen Menschenansammlungen, bei Demonstrationen oder aus anderen Anlässen diskreditiert deswegen alle friedlichen Teilnehmer.

Aber: Die Gewaltfreiheit steht über allen Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten. Das Gewaltmonopol des Staates und die Durchsetzung des Rechts sind nicht relativierbar. Unsere Rechtsordnung verpflichtet alle in Gesellschaft und Politik, auch in Behörden und Sicherheitsorganen, und sie fordert zugleich Respekt für diejenigen, die diesen Dienst für uns leisten. Wir müssen bei der Durchsetzung des Rechts besser werden: schnell, konsequent, sichtbar. Dann können uns Bilder erspart bleiben von bürgerkriegsähnlichen Szenen bei der Eindämmung gewalttätiger Ausschreitungen, wie wir das beim G-20-Gipfel in Hamburg erleben mussten.

Das ist ein Appell an alle, die in unserem Land für Rechtsstaatlichkeit Verantwortung tragen, für das Funktionieren von Polizei und Justiz.

Wenn wir gegenseitige Toleranz und Respekt untereinander sichern wollen, müssen wir darauf bestehen, dass Gewalt oder die Aufforderung zur Gewalt genauso verboten sind wie die Verwendung von Parolen und Symbolen, die den demokratisch-rechtsstaatlichen Grundkon-

sens unserer Republik infrage stellen.

Ausländerfeindlichkeit, Hitlergrüße, Nazisymbole, Angriffe auf jüdische Einrichtungen – für all das darf es weder Nachsicht noch verständnisvolle Verharmlosung geben.

Und schließlich: Das Demonstrationsrecht ist kein Freibrief für Gewaltexzesse. Wir haben zu oft erlebt, dass friedliche Demonstrationen von Gewalttätern als Schutzraum missbraucht werden. Da gibt es übrigens zwischen gewalttätigen Chaoten bei Linksextremen und Schlägern und Naziparolen bei Rechtsextremen keinen Unterschied.

Wie Fische im Wasser müssten sich die Revolutionäre bewegen, hat Mao einst seine Anhänger gelehrt. Diese Freiheit dürfen wir den Feinden unserer freiheitlichen Demokratie nicht geben, und wir dürfen auch nicht zulassen, dass mehr oder weniger feinsinnig Grenzen ausgelotet und verschoben werden.

Wir brauchen keine Revolution, sondern einen starken und toleranten Rechtsstaat. Und darauf müssen wir bestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Kersten Steinke [DIE LINKE])

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

### Bundeshaushalt leistet einen Beitrag für den Zusammenhalt



Olaf Scholz (\*1958)  
Bundesminister der Finanzen

Ich möchte mich zunächst einmal bei Ihnen, Herr Präsident, für Ihre Worte bedanken und dafür, dass Sie dazu aufgerufen

haben, dass wir uns einen toleranten und starken Staat als Leitbild nehmen und uns auf diese Art und Weise mit Gewalttätern und Extremisten auseinandersetzen. Wir trauern – das will ich zum Eingang sagen – um die Opfer, und wir sind zornig auf die Täter in Chemnitz und an anderen Stellen. Natürlich sind wir auch bedrückt, dass Männer, die als Flüchtlinge hierhergekommen sind und Schutz bei uns gesucht haben, offenbar die Täter sind. Wir, die trauern, das sind wir alle hier in Deutschland. Dazu gehören ausdrücklich auch die fast 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die selbst oder deren Eltern einst in dieses Land eingewandert

sind. Sie trauern mit uns, und sie sind auf unserer Seite.

Ich will ausdrücklich dazusagen, dass wir uns nicht trennen lassen. Das, was für uns wichtig ist, ist, dass wir ein Land sind, das nicht gespalten wird von Gesten aus der dunkelsten Zeit Deutschlands und das sich nicht trennen lässt, indem wir die einen und die anderen voneinander trennen. Wir haben gekämpft gegen die Mauern, die unser Land getrennt haben. Wir wollen keine neuen Mauern in unserem Land.

Meine Damen und Herren, der Zusammenbruch von Lehman Brothers ist jetzt etwa zehn Jahre her, der große Crash, der darauf gefolgt ist, und die großen Schwie-

rigkeiten, die die weltweite Wirtschaft und auch unser Land durcheinandergebracht haben, auch. Ich erinnere mich noch ziemlich genau daran, damals als Minister für Arbeit und Soziales im Bundeskabinett gearbeitet zu haben und die Veränderungen Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat mitverfolgen zu können. Im November 2008 wurde noch über Überstunden gesprochen. Im Jahre 2009 gab es dann unglaubliche Veränderungen, und wir mussten viel tun, um die Wirtschaftskrise in unserem Land einzudämmen. Kurzarbeit hat viele Probleme gelöst. Aber es ist ein großer Crash gewesen, und das ist das, woran wir auch heute in dieser Haushaltsdebatte einmal erinnern müssen. Dass das so gekommen ist, das hatte auch etwas zu tun mit den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten von Amerika, das hatte etwas damit zu tun, dass Gleichheit, dass sozialer Ausgleich in diesem Land so wenig gewirkt haben, dass hohe private Verschul-

dung, die von Banken finanziert worden ist, dazu beigetragen hat, die Wirtschaft in Unordnung zu bringen. Und ja: Amerikanische Banken und auch viele europäische und deutsche Institute haben diese hohe private Verschuldung mitfinanziert. Dass es dann eines Tages zu diesem Crash kommen musste, war unausweichlich, und es hat Veränderungen gegeben, unter denen wir noch heute zu leiden haben.

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Meine Damen und Herren, wir sind seitdem tätig gewesen. Wir haben versucht, dagegen anzugehen. Aber die Folgen dieser Veränderungen und dieses Crashes sind spürbar. Denn die Staatsschuldenkrise 2010, die darauf in Europa gefolgt ist, die sogenannte Euro-Krise, ist nicht nur, aber zu einem ganz erheblichen Teil auch die Folge dieses großen ökonomischen Crashes gewesen. Er hat nämlich dazu geführt, dass sich die Staaten verschuldet haben, um den Finanzsektor und die Wirtschaft gewissermaßen zu stabilisieren. Und das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir über die Staatsschulden einiger Länder in Europa reden. Auch das ist eine Folge dieser veränderten weltwirtschaftlichen Lage gewesen.

Wir haben gehandelt. Wir haben die notwendigen Schritte unternommen und dazu beigetragen, dass wir heute in Europa Institutionen haben, die damals nicht handeln konnten. Wir haben Stabili-

sierungsmechanismen geschaffen, einen Bankenabwicklungsmechanismus mitsamt einer Überwachung. Wir haben den Europäischen Stabilitätsmechanismus etabliert. Und wir haben dafür Sorge getragen, dass viele Länder Europas starke Unterstützung bekommen haben, als sie plötzlich den Zugang zu den Finanzmärkten verloren hatten: Irland, Portugal, in gewissem Sinne Spanien, Zypern und zuletzt Griechenland. Fast pünktlich zum zehnjährigen Ablauf dieser Krise ist es so, dass mit Griechenland auch das letzte Land aus dem Programm entlassen worden ist und jetzt wieder auf die Finanzmärkte zurückkehrt. Ich will dazu aber ausdrücklich sagen: Es ist noch nicht alles getan, was wir tun müssen, damit wir in einer neuen Krise wieder handeln können. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass mein französischer Kollege, Bruno Le Maire, und ich, dass Deutschland und Frankreich mit den Vereinbarungen in Meseberg die Grundlage dafür geschaffen haben, dass wir in kurzer Zeit auch noch die letzten Schritte gehen können, um Europa stabil zu machen und es für die nächste Krise zu wappnen. Ich glaube, wir haben jetzt die Aufgabe, die Bankenunion zu vollenden, und wir sollten die wichtigsten Schritte noch in diesem Jahr realisieren.

Aus meiner Sicht heißt das, dass wir auch Europa insgesamt in den Blick nehmen müssen und dafür Sorge tragen müssen, dass es gut funktioniert. Da geht es dann nicht nur um Finanzpolitik, es geht eben auch um die Außenpolitik, wo wir das Einstimmigkeitsprinzip infrage stellen müssen.

Es geht auch um die Sicherheitspolitik. Wir diskutieren hier in diesem Haushalt über die Fragen, die wir miteinander bewegen müssen, damit Entwicklungshilfe und Bundeswehr so aufgestellt sind, dass sie die internationalen Herausforderungen realisieren können.

Es ist deshalb gut, dass wir nach vielen Jahren, in denen mehr oder weniger Dürre bei der Finanzierung von Verteidigung und Entwicklungshilfe geherrscht hat, mit dem letzten und diesem Haushalt die Voraussetzungen für eine bessere Ausstattung geschaffen haben. Ich glaube, dass die Koalition die richtige Entscheidung getroffen hat, als sie gesagt hat: Wir werden, wenn zusätzliche Spielräume entstehen, sie dafür nutzen, dass wir

bei der Verteidigung und bei der Entwicklungshilfe auch weitere Verstärkung organisieren.

Natürlich muss das eingebettet sein in die weitere Entwicklung in Europa. Deshalb bin ich fest davon überzeugt,

dass wir Effizienz und Leistungsfähigkeit unserer Verteidigung in Deutschland und Europa nur hinkommen können, wenn es auch dort eine engere Kooperation gibt. Ich bin also überzeugt davon, dass wir so etwas brauchen wie eine engere Zusammenarbeit der Verteidigungswirtschaft in Europa. Wir brauchen gemeinsame militärische Beschaffungen, weil wir sonst niemals in der Lage sein werden, das Maß an Sicherheit zu gewährleisten, das wir in Europa miteinander brauchen. Dieser Prozess muss jetzt auf europäischer Ebene vorangebracht werden. Auch das ist eine europäische Aufgabe.

Es geht – auch das muss gesagt werden – um Außengrenzen. Es geht darum, wie wir unsere Wirtschaft in Europa voranbringen und sicherstellen, dass wir auch große Unternehmen haben, die ähnlich wie die digitalen Champions in der Welt aus Europa heraus erfolgreich sein können. Natürlich heißt das auch, dass wir angesichts der Veränderungen bei wirtschaftlichen Entwicklungen Wege finden müssen, wie diejenigen, die besonders erfolgreich sind, auch einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Ich bin also froh darüber, dass wir in Europa und im internationalen Rahmen darüber diskutieren, wie uns das am besten gelingen kann. Wenn wir über Europa diskutieren, geht es auch um soziale Mindeststandards und natürlich um die Frage, wie wir sicherstellen, dass wir gegenüber veränderten Umweltbedingungen gut aufgestellt sind, sodass wir in Zukunft den Folgen des Klimawandels bes-

ser begegnen können, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Man sieht daran: Die Finanzkrise, über die ich zuerst gesprochen habe, hat dazu geführt, dass Europa enger zusammengewachsen ist und dass wir richtigerweise an Institutionen in Europa gearbeitet haben, die in der Lage sind, den globalen Herausforderungen zu begegnen. Man sieht auch: Dies bleibt unverändert eine große Aufgabe für uns, und das wird durch diesen Haushalt und die Politik der Bundesregierung unterstrichen.

Wir müssen aber auch wissen: Eine solche Politik ist nur möglich, wenn wir über solide Finanzen verfügen. Deshalb ist es gut, dass wir im zehnten Jahr der Finanzkrise vermelden können, dass wir dieses oder wahrscheinlich nächstes Jahr das Maastricht-Kriterium einer Verschuldungsquote von 60 Prozent erreichen werden. Das ist ein gutes Zeichen, und es ist ein Zeichen dafür, dass Deutschland in dieser Hinsicht etwas richtig gemacht hat: nämlich in der Krise massiv zu investieren, zu akzeptieren, dass die Schulden steigen, und in den besseren Zeiten dafür zu sorgen, dass sie wieder sinken. An dieser soliden Haushaltspolitik werden wir auch in Zukunft festhalten.

Das ist es, was man sich unter einer klassischen keynesianischen Politik vorstellt: Man investiert gewissermaßen in der Krise und trägt alles dazu bei, dass in den Zeiten dazwischen die Kraft gesammelt wird, um in einer möglichen späteren Krise wieder handeln zu können.

Alle Daten, die uns derzeit vorliegen, sprechen eher dafür, dass es nicht so schnell zu einer erneuten Krise kommen wird. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind ziemlich gut. Eines muss uns aber klar sein: So wenig wie wir 2008 wirklich vorhersehen konnten, was 2009 und 2010 in Deutschland, in Europa und in der Welt geschehen ist, so wenig können wir heute mit größter Selbstsicherheit sagen: Das wird niemals in naher Zukunft kommen. – Deshalb haben wir es eilig, deshalb haben wir es eilig mit Europa, und deshalb tun wir recht daran, einen soliden Haushalt anzustreben.

Zu den Aufgaben, die wir zu lösen haben, gehört natürlich auch, dafür Sorge zu tragen, dass unser Land zuversichtlich nach vorne blickt. Eines ist ja doch ziemlich merkwürdig: Wir leben einerseits in einer Zeit, in der überall auf der Welt viele Menschen sehr zuversichtlich in die Zukunft blicken, weil ihr Leben besser geworden ist. So sind zum Beispiel in Asien

und Lateinamerika und vielen anderen Ländern der Welt Milliarden in die Mittelschicht aufgestiegen. Andererseits ist gerade in den reichsten Ländern die Zuversicht geringer geworden. Wir merken das an der Wahl von Präsidenten, an Entscheidungen, die Europäische Union zu verlassen, und an vielen rechtspopulistischen Wahlerfolgen.

Ich glaube deshalb, dass es ganz wichtig ist, eine Politik zu entwickeln, die dazu beiträgt, dass alle mit Optimismus nach vorne gucken: nicht in der Art und Weise, dass sie sich vorstellen sollen, nichts könne passieren, sondern vielmehr in der Art und Weise, dass man sich darauf verlassen kann, dass durch das, was wir tun, aber auch durch das, was wir als Gemeinschaft voranbringen, die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das alltägliche Leben besser wird. Dieser Bundeshaushalt und die Entscheidungen, die die Bundesregierung getroffen hat, tragen dazu bei, dass wir zuversichtlich nach vorne gucken können, dass wir unser Leben in diesem Land verbessern und Vorsorge für eine bessere Zukunft treffen.

Ich möchte das am Beispiel des Familienentlastungspakets, das wir auf den Weg gebracht haben, festmachen: Dabei geht es um Entlastungen in Milliardenhöhe für die Familien in diesem Land, indem wir den Grundfreibetrag erhöhen, indem wir die kalte Progression zurückschrauben, indem wir den Kinderfreibetrag verbessern und das Kindergeld erhöhen. All das sind Schritte, die den Familien in diesem Land zugutekommen und richtige Entscheidungen auch für die Zukunft dieses Landes darstellen.

Deshalb ist es richtig, dass wir uns fest vorgenommen haben, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder paritätisch finanziert werden. Das hat Folgen, möglicherweise später auch Auswirkungen auf den Haushalt. Es ist aber auf alle Fälle ein Beitrag dazu, dass das Leben besser und bezahlbar wird und Millionen Bürgerinnen und Bürger in diesem Land entlastet werden.

Darum ist es richtig, dass sich die Bundesregierung entschlossen hat, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken, und gleichzeitig klargestellt hat, dass wir dafür Sorge tragen werden, dass die Bundesagentur für Arbeit über ausreichende Rücklagen für eine Krise verfügt.

Hierfür müssen wir den ökonomischen Hintergrund verstehen: Wir sind durch die letzte Krise gekommen, weil die sogenannten auto-

matischen Stabilisatoren so gewirkt haben – dazu haben unsere Sozialversicherungs- und andere Systeme beigetragen –, dass der Lebensunterhalt derjenigen, die ihren Arbeitsplatz in der Krise verloren haben, gesichert werden konnte und auch die öffentlichen Aufgaben weiterfinanziert werden konnten. Wir dürfen aber nicht vergessen: Wir haben wirklich Milliarden investiert. Wenn uns alle Ökonomen sagen, dass wir bei einer zweijährigen Krise, also vergleichbar mit der Krise von 2008/2009, bis zu 20 Milliarden Euro brauchen, um gewissermaßen die Arbeitslosenversicherung durch diese Krise zu steuern und aktiv etwas tun zu können, dann sollten wir eine solche Summe auch als Rücklage haben. Deshalb ist es eine gute Entscheidung, die Beiträge zu senken und klarzustellen: Diese Rücklage brauchen wir auch für solche Zeiten.

Im Übrigen verbindet sich dies damit, dass wir gesagt haben, es soll auch Verbesserungen geben, zum Beispiel für diejenigen, die noch nicht von dem Aufschwung und der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren konnten, die wir in Deutschland in den letzten Jahren hatten. Ja, wir haben so viele Erwerbstätige, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht hatten: über 44 Millionen, fast 45 Millionen. Ja, wir haben so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie seit Ewigkeiten nicht; es sind fast 33 Millionen, eine große Zahl. Und trotzdem stellen wir gerade jetzt fest, dass unverändert ein Teil derjenigen, die ohne Arbeit sind, es schon sehr lange ist. Wir haben deshalb die Aufgabe, auch ihnen eine Perspektive zu verschaffen und einen Weg zu zeigen, wie sie es in den Arbeitsmarkt schaffen können. Denn das ist meine tiefe innere Überzeugung: Jeder von uns möchte eigentlich auf eigenen Füßen stehen und mit dem, was er leistet, seinen Lebensunterhalt finanzieren. Deshalb ist es so wichtig, dass wir jeden Aufwand betreiben, um auch denjenigen, die schon lange vom Arbeitsmarkt weg sind, wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen.

Natürlich gehört zu dem, was wir zu tun haben, auch, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diejenigen, die auf eine sichere Rente im Alter warten, diese auch erhalten. Wir haben gerade ein Paket auf den Weg gebracht, das zu Verbesserungen bei vielen Rentnerinnen und Rentnern beitragen wird; es wird im nächsten Jahr übrigens um ein weiteres ergänzt werden. Heute, in dieser Zeit, geht es um Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentner. Es geht um Verbesserungen für Mütter. Es geht darum, dass wir denjenigen, die sehr wenig verdienen, eine Entlastung verschaffen, indem sie weniger Beiträge zahlen

**Wir haben so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie seit Ewigkeiten nicht.**

**Wir haben den Europäischen Stabilitätsmechanismus etabliert.**

müssen, dass wir aber gleichzeitig sicherstellen, dass sie später in der Rente nicht weniger Leistungen bekommen. Das ist auch eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand. Und natürlich gehört dazu, dass wir uns vorgenommen haben, eine Rentenkommission einzusetzen, die darüber diskutiert, wie wir es hinbekommen werden, dass wir auch in der Zukunft eine stabile Rente haben.

Sie wissen, ich habe da eine feste Überzeugung. Ich glaube, es ist ein richtiger Schritt, dass wir jetzt sagen, wir wollen eine Haltelinie haben, was die Beiträge betrifft, und eine Haltelinie, was das Rentenniveau bis 2025 betrifft, und das wirkt gleich. Ich sage ausdrücklich auch: Wir dürfen, wenn wir das jetzt tun, nicht vergessen, dass wir auch noch sicherstellen müssen, dass es in den 20er- und 30er-Jahren, die vor uns liegen, eine stabile Rente gibt.

Zu den Dingen, die wir auf den Weg bringen müssen, die wir in der Bundesregierung vorbereitet haben, die jetzt unmittelbar zur Entscheidung anstehen und für die wir in diesem Haushalt Vorsorge getroffen haben, gehört natürlich auch, dass wir etwas für die Kinder tun wollen, die in diesem Lande aufwachsen. Das Gute-Kita-Gesetz ist nicht nur ein qualitativ gutes Gesetz, über das wir diskutieren werden, sondern es ist auch etwas, was wir finanzieren werden und finanzieren können. Wir müssen dazu beitragen, dass die Bedingungen für die Kinder, die in diesem Land aufwachsen, so gut wie möglich sind, und wir müssen dazu beitragen, dass ihre Eltern gute Betreuungsbedingungen für ihre Kinder vorfinden. Deshalb ist das Gute-Kita-Gesetz ein wichtiger Meilenstein, ein Anstoß des Bundes, um gemeinsam mit Ländern und Gemeinden die Situation der Kinder in Deutschland zu verbessern.

Auch aus den Erfahrungen, die ich als Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg gemacht habe, möchte ich sagen: Dazu gehört Qualität, dazu gehört aber auch, dass die Gebühren runtermüssen und gebührenfreie Angebote gemacht werden; denn es ist offensichtlich notwendig, dass die Eltern entlastet werden.

Da geht es nicht nur um diejenigen, die ganz wenig verdienen. Ausdrücklich will ich sagen: Auch, wer ein normales Einkommen hat – wenn zum Beispiel Mann und Frau in einem Einzelhandelsgeschäft in einer deutschen Innenstadt arbeiten –, muss entlastet werden; die werden manchmal zur Zahlung von Höchstbeiträgen herangezogen. Das ist nicht in Ordnung. Wir müssen diese Situation ändern.

Wir sind bei dem Blick nach vorne, bei der Zuversicht, die wir brauchen. Dazu gehört nicht nur

das, was ich eben gesagt habe. Dazu gehört auch, dass wir mit dem Haushalt die Voraussetzungen dafür schaffen, eines der drängendsten Probleme unseres Landes aufzugreifen, nämlich die Voraussetzungen dafür, dass es auf dem Wohnungsmarkt besser wird. Die großen Städte unseres Landes leiden darunter, dass wir zu wenig Wohnungen haben; und das gilt nicht nur für die großen, das betrifft auch viele andere Städte, wo es Arbeitsplätze gibt und wo Leute gerne wohnen wollen.

Wir haben ein richtiges Problem, wenn die Preise für das Wohnen immer weiter steigen und die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem normalen Einkommen nicht mehr mithalten können. Ich weiß nicht, was der eine oder andere sich vorstellt, aber ich sage ausdrücklich: Die allermeisten Leute verdienen nicht so viel, dass sie ohne Weiteres in der Lage wären, die Preise zu bezahlen, die heute für frei vermietete Wohnungen, die neu gebaut worden sind, verlangt werden. Ich sage: Deshalb haben wir eine Aufgabe, und diese Aufgabe will die Bundesregierung – und ich hoffe, auch der Deutsche Bundestag – lösen.

Wir wollen mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau ausgeben. Wir brauchen eine Verfassungsänderung, damit wir das auch in den 20er-Jahren tun können.

Wir sorgen dafür, dass Eigentumsbildung für Familien möglich wird. Deshalb haben wir ein Baukindergeld geschaffen. Außerdem sorgen wir dafür, dass private Investoren ganz schnell etwas für den Wohnungsbau tun, indem wir kurzzeitig die Abschreibungsbedingungen verbessern, damit die Investitionen jetzt stattfinden und nicht in einer ferneren Zukunft.

Natürlich – auch das will ich gerne sagen – gehört dazu nicht nur, was Geld kostet und deshalb den Bundeshaushalt unmittelbar berührt. Es ist wichtig, dass der Bundestag als Haushaltsgesetzgeber und die Bundesregierung darauf achten, dass die Mietpreise in dieser Zeit, in der es überall zu wenig Angebot gibt, nicht explodieren.

Deshalb brauchen wir einen guten Mieterschutz, deshalb müssen wir den Mieterschutz ausbauen, und deshalb müssen wir dazu beitragen, dass es nicht ständig weitere Preisexplosionen bei den Mieten gibt. Wir brauchen einen Stopp bei den Mieten. Das sind die richtigen, notwendigen Verbesserungen.

Die Bundesregierung hat deshalb ein Mieterschutzgesetz auf den Weg gebracht. Sie wissen: Es gibt eine politische Diskussion darü-

ber, wie man noch ein bisschen nachhelfen kann, damit das insgesamt funktioniert. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass es für die Zukunft unseres Landes wichtig ist, dass wir die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt nicht einfach den Marktkräften überlassen, sondern sagen: Das, was überall auf der Welt schlecht läuft, soll in Deutschland gut laufen. – Wir wollen, dass Männer, Frauen und Familien mit normalen Einkommen in unseren Städten eine Wohnung finden. Wir wollen nicht, dass die Reichen und die Armen in unterschiedlichen Stadtteilen wohnen. Es muss auch dort Sozialwohnungen geben, wo andere viele Tausend Euro für ihre Eigentumswohnung bezahlen.

Sie sehen also: Mit der Politik, die die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, und mit diesem Haushalt schaffen wir wichtige Perspektiven für die Zukunft. Es geht um Zuversicht, die man braucht, wenn man anpacken will, statt denjenigen zuzuhören, die gewissermaßen auf schlechte Laune setzen und auf die Idee, dass alles immer schlechter wird. Ich glaube, dafür gibt es keinen Anlass. Allerdings wird Politik mit einer zuversichtlichen Perspektive nicht erfolgreich sein, wenn sie achselzuckend bleibt, wenn sie darauf setzt, dass das alles von alleine was wird. Vielmehr muss demokratische Politik ihren Beitrag dazu leisten, dass wir die Bedingungen auch tatsächlich verbessern können und dass wir es hinbekommen, dass unser Land ein besseres wird, als es heute ist.

Ganz bewusst habe ich über Fragen des sozialen Zusammenhalts gesprochen und darüber, wie wir es durch verbesserte Bildungsbedingungen, durch Verbesserungen im Bereich der Kitas und durch das, was wir für Kinder tun, hinbekommen, dass es nach vorne geht. Aber das ist natürlich nicht das Einzige, und das kann auch nicht das Einzige bleiben. Deshalb gehört zur Zuversicht und zum Blick in die Zukunft selbstverständlich auch, dass wir investieren.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir in diesem Haushalt eine sehr hohe Investitionsquote haben, dass wir die Investitionen massiv gesteigert haben und dass wir klargestellt haben: Bei den hohen Investitionen wird es auch in den Haushalten der nächsten Jahre bleiben. Sie sind absolut notwendig und absolut erforderlich.

Zum Beispiel sorgen wir dafür, dass mehr Geld für Straßen, Schienen- und Wasserwege ausgegeben werden kann und für alles das, was für die ökonomische Struktur und das wirtschaftliche Wachstum

erforderlich ist.

Jeder von uns weiß, dass die Bedingungen nicht mehr so sind, wie sie es am Anfang der vorletzten Jahrhundertwende waren. Jeder von uns weiß, dass wir mit dem Bau einer Straße nicht die gleichen ökonomischen Effekte auslösen, wie das beim ersten Bau von Straßen in größerem Umfang in diesem Land der Fall war; das liegt übrigens nicht so lange zurück, wie wir manchmal denken. Aber eins steht unverändert fest: Mit Investitionen in die Infrastruktur erreichen wir immer noch Verbesserungen für wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Deshalb glaube ich, dass es richtig ist, dass der Bund die Voraussetzungen dafür

schaft, dass er die Mittel ausgibt und wir die Planungsprozesse beschleunigen, damit das schnell funktionieren kann. Und ja, selbstverständlich ist es auch gut, dass wir das Grundgesetz ändern wollen, damit wir zum Beispiel in den Ballungsräumen mit Schnellbahnen, mit U- und S-Bahnen dazu beitragen können, dass ein weniger klimaschädlicher Verkehr in großem Umfang möglich ist.

Die Zukunft unseres Landes wird auch von der digitalen Infrastruktur abhängen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, die Erlöse aus den Versteigerungen der künftigen Mobilfunkfrequenzen für den Ausbau dieser Infrastruktur einzusetzen. Deshalb haben wir aber auch eine weitere Entscheidung getroffen, die für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung ist. Wir wollen nämlich nicht auf diese Erlöse warten. Wir wollen keinen Investitionsstau, zum Beispiel beim Ausbau des Glasfasernetzes in Deutschland, sondern wir wollen, dass es gleich losgeht, dass wir gleich die Möglichkeit haben, hier einen massiven Ausbau voranzubringen. Deshalb haben wir einen Fonds aufgesetzt, gespeist aus Mitteln, die uns aufgrund des Haushaltsüberschusses zur Verfügung stehen. Diesen Fonds wollen wir benutzen, damit es losgehen kann; jedes Jahr, bis die Versteigerungserlöse kommen. Die Bundesregierung hat sich jedenfalls vorgenommen, Tempo zu machen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Es ist viel darüber geredet worden, aber es muss jetzt auch tatsächlich etwas passieren. Das ist unser ganz ernster Wille.

Ich bin mir ganz sicher, dass das nur ein Teil ist, um den es im Zusammenhang mit der digitalen Zukunft, der Digitalisierung geht. Es gibt viele Themen, die damit zusammenhängen; das ist eben nicht nur die Infrastruktur. Es geht

auch darum, dass wir die Qualifikationen voranbringen, dass wir Forschungseinrichtungen entwickeln, die mithalten können, wenn es um künstliche Intelligenz und all das andere geht, was mit neuen Technologien und neuen Entwicklungsmöglichkeiten verbunden ist. Auch all das ist im Bundeshaushalt angelegt und mit vorbereitet.

Das ist also umfassend. Wir müssen selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die bei uns künftig in das Arbeitsleben hineingehen, die Qualifikationen besitzen, damit sie die Möglichkeiten dieser Techniken nutzen können und Neues erfinden können.

Ich komme auf das zurück, was ich eingangs gesagt habe:

Wir sollten den Ehrgeiz haben, die Möglichkeiten, die mit der digitalen Veränderung unserer Welt verbunden sind, nicht irgendwelchen Konzernen andernorts auf der Welt zu überlassen.

Das muss auch in Deutschland und Europa gelingen. Wir haben die Unternehmen, die die Voraussetzungen dafür schaffen können. Wir müssen sie unterstützen, damit das für unsere Zukunft tatsächlich gilt.

Eins ist doch ganz klar: Wir werden mit dem, was wir heute können, unseren Wohlstand in Zukunft nicht erhalten können. Wir müssen also, indem wir diese Investitionen tätigen, die Voraussetzungen für die Zukunft schaffen. Deshalb – ich sage es noch einmal – ist es absolut richtig, dass das einen Schwerpunkt unserer Investitionsstrategie bildet.

Genauso wichtig ist – das gehört dazu –, dass wir jetzt Wege finden, wie Bundesregierung und Bundestag die Länder und die Kommunen dabei unterstützen können, die Bildungsstruktur in Deutschland weiter voranzubringen. Wir haben entschieden, dass wir eine Grundgesetzänderung machen wollen, damit wir Investitionen in Schulgebäude überall in Deutschland mit unterstützen können. Ich werbe dafür, dass das am Ende zustande kommt; denn das ist die Voraussetzung dafür, dass die Länder und die Kommunen die vielen Investitionen, die sie tätigen müssen, gemeinsam mit der Kraft des Bundes tätigen können und wir eine bessere Zukunft erreichen.

Ich jedenfalls sage: Das ist kein Thema, das irgendjemand alleine lösen kann. Dass wir das gemeinsam tun wollen, ist eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft unseres Landes. Ich glaube, die meisten haben verstanden: Es ist rich-

**Ich bin froh, dass wir in diesem Haushalt eine sehr hohe Investitionsquote haben.**

**Das Gute-Kita-Gesetz ist nicht nur ein qualitativ gutes Gesetz.**

tig, wenn auch der Bund sich daran beteiligt.

Die Zukunft unseres Landes wird auch davon abhängen, dass wir sicherstellen, dass unser Staat gut funktioniert. Der Bundestagspräsident hat darauf eingangs hingewiesen: Wir sind ein toleranter, starker Staat. – Ich kann dem nur beipflichten. Damit das funktioniert, müssen wir natürlich die Voraussetzungen dafür schaffen. Es ist zum Beispiel ein großer Missstand, dass in vielen unserer Bundeseinrichtungen unglaublich viele Beschäftigte nur befristet – sachgrundlos befristet – beschäftigt sind.

Darum war mir wichtig und ist uns wichtig, dass wir im großen Umfang diese sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse entfristen und eine sichere Perspektive für die Beschäftigten des Bundes schaffen.

Das ist im Übrigen auch gut für die Qualität der Arbeit; denn viele leisten Tolles, aber kaum haben sie sich eingearbeitet und werden von ihren Kollegen und von denjenigen, um die sie sich kümmern, geschätzt, werden sie durch neue ersetzt; das ist ja die Krux bei der sachgrundlosen Befristung. Wir müssen das durchbrechen, und das haben wir mit diesem Schritt getan.

Gleichzeitig verhalten wir uns so, wie man es tun sollte, wenn man gesetzgeberische Schritte für den Rest unserer Gesellschaft vorhat. Sie wissen, dass die Regierung sich vorgenommen hat, die sachgrundlose Befristung in den Unternehmen zurückzudrängen und eine Höchstgrenze dafür einzuführen.

Es wäre ein etwas merkwürdiges Signal, wenn die Bundesrepublik Deutschland – der Bund, die Länder, die Gemeinden – sich von einer solchen Verpflichtung ausnähme. Wir schreiten voran; dann können wir auch besser argumentieren, wenn wir die entsprechenden arbeitsrechtlichen Veränderungen auf den Weg bringen.

Zu einem toleranten und starken Staat gehört auch, dass genügend Personal vorhanden ist. Deshalb haben wir Ausweitungen beschlossen: beim Zoll – was ich wichtig finde –, um die Schwarzarbeit zu bekämpfen – was ich ganz zentral finde, obwohl ich glaube, dass wir da noch mehr tun müssen –, und selbstverständlich auch bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden des Bundes. Wir haben diese verbesserte Ausstattung auf den Weg gebracht; sie prägt deshalb das Haushaltsgeschehen. Sie wird dazu beitragen, dass unser Land sicherer wird und die Bürgerinnen und Bürger sich auf die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen verlassen können.

Natürlich gehört dazu auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ich habe mich mit dem Bundesminister des Innern darauf verständigt, dass wir die Personalanforderungen, die dort existieren, realisieren wollen, dass wir eine entsprechend starke Stellenausstattung schaffen, dass auch dort entfristet wird, wie ich schon gesagt habe, dass wir die IT ausbauen, damit das eine hochleistungsfähige Behörde wird. Denn das muss ja unser Ziel sein: dass wir schnelle Entscheidungen bekommen, dass schnell Klarheit existiert, dass wir die Dinge im

Griff haben. Das haben die Bürgerinnen und Bürger verdient, und wir werden jeden Aufwand tätigen, damit diese Behörde diese Aufgabe auch wahrnehmen kann, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich auch noch auf ein Thema kommen, das jetzt nicht diesen Haushalt prägt, aber die Zukunft der Einnahmetätigkeit des Landes. Eine Haushaltsdebatte ist vielleicht eine gute Gelegenheit, um darauf zu sprechen zu kommen, was man sich für die Zukunft in dieser Hinsicht vorstellt.

Wir werden in diesem Jahr noch die Grundlagen dafür schaffen müssen, dass die Grundsteuer in Zukunft weiter erhoben werden kann.

Das Bundesverfassungsgericht hat dazu klare Entscheidungen getroffen. Es hat das entschieden, was alle erwartet haben, nämlich dass es zwar völlig in Ordnung ist, diese Steuer zu erheben, dass es auch richtig ist, dass dafür ein Bundesgesetz existiert, aber dass diese Steuer nicht gleichheitswidrig erhoben werden darf, indem Grundstücke und Gebäude, die ähnlich viel wert sind, unterschiedlich besteuert werden, obwohl sie möglicherweise dicht beieinanderliegen. Das ist ein Missstand gewesen, und es war kein gutes Zeichen, dass wir es als Politik nicht hinbekommen haben, vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts selbsttätig eine Korrektur zustande zu bringen.

Allerdings hat das Bundesverfas-

sungsgericht dem Gesetzgeber eine großzügige Handlungsoption eingeräumt. Das, finde ich, kann man sehr klar sagen; denn kaum jemand hatte damit gerechnet, dass die Möglichkeit, es auch hinzukriegen, in der Entscheidung mit eingepreist wird. Das Bundesverfassungsgericht hat uns die Auf-

gabe gesetzt, das Kerngesetz für die neue Besteuerung bis zum Ende des nächsten Jahres zustande zu kriegen und dann die Konsequenzen daraus, in der Umsetzung, bis Anfang der 20er-

Jahre. Das ist ehrgeizig, aber möglich. Es heißt aber, dass wir in dieser Frage zusammenarbeiten müssen und dass es nicht viel Raum gibt für die Diskussion theoretischer Modelle und aller Möglichkeiten, die man sich irgendwie vorstellen kann. Tatsächlich wird uns das nur gelingen, wenn wir uns miteinander verständigen und zu einem Entwurf kommen, den wir dann auch präzise Stück für Stück umsetzen. Ich befinde mich im Gespräch mit den Ländern, diskutiere mit ihnen die Möglichkeiten. Ich will Ihnen gerne sagen, dass wir noch in diesem Jahr einen Vorschlag vorlegen werden, der zeigt, wie es funktionieren kann, dass wir eine gerechte Besteuerung bekommen und eine unbürokratische und einfache Möglichkeit, die Grundsteuer in Zukunft zu erheben. Klar muss aber auch sein, dass das weder dazu führen darf, dass das für die Gemeinden wichtige Grundsteuer-

erhöhungen verbunden sind.

Unsere Aufgabe ist nicht, eine neue, zusätzliche Besteuerungsmöglichkeit zu finden, sondern sicherzustellen, dass eine bewährte, praktische und notwendige Form der Finanzierung der Gemeindetätigkeit auch in Zukunft erhalten bleibt. Das ist schwierig genug, aber auch genug im Hinblick darauf, was wir zu tun haben. Meine Damen und Herren, unser Land muss zusammenhalten. Der Bundeshaushalt kann dazu nur einen Beitrag leisten. Vielleicht haben Sie an den Ausführungen, die ich gemacht habe, aber gesehen, dass es sehr wohl möglich ist, dass wir mit den Entscheidungen, die wir hier treffen, und mit den Finanzmitteln, die wir bewegen, dazu beitragen, dass unser Land nach vorne kommt, dass wir nach außen und nach innen die Sicherheit gewährleisten können, die wir benötigen, dass wir die ökonomischen und technischen Infrastrukturen schaffen können, damit wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze auch in Zukunft gesichert sind, und dass wir dazu beitragen können, dass der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft besser wird, als er heute ist. Alles das prägt diesen Bundeshaushalt. Der eine findet das eine zu viel, der andere findet das zu wenig. Ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass das auch eine bessere Antwort ist als die Antwort derjenigen, die unser Land spalten wollen. Das sollten wir uns niemals gefallen lassen. Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Peter Boehringer, AfD:

## Es gibt hohe Risiken bei Einzelpositionen



Peter Boehringer (\*1969)  
Landesliste Bayern

**A**uch für 2019 legt die Regierung einen unvollständigen Haushalt vor. Man schafft es einfach nicht, die Belastungen auch nur annähernd vollständig einzubuchen.

Man hat zwar dank der künstlichen Nullzinspolitik der EZB erneut ein rekordhohes Steueraufkommen. Mit Gebühreneinnahmen sprechen wir von 357 Milliarden Euro. Wenn man die Positionen der Steuereinnahmen, die direkt wieder an die EU abfließen, noch dazurechnet, dann sind wir schon bei 390 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass wir derzeit Meldungen hören, dass im ersten Halbjahr 2018 Bundessteuern in Höhe von 19 Milliarden Euro zusätzlich hereingekommen sind. Dieser zunehmend kleptomatische Staat nimmt seinen Bürgern inzwischen also über 400 Milliarden Euro pro Jahr ab.

Entgegen den Behauptungen mancher auf der Regierungsbank hier ist es natürlich nicht der Staat, der

dieses Geld erwirtschaftet. Nein, es sind Millionen von Steuerzahlern, die jeden Tag mit ihrer Arbeit die Basis für diesen Geldsegen legen. Trotzdem unterlässt der Finanzminister 2019 erneut die Einbuchung von gewaltigen Risiken im Bundeshaushalt:

Erstens. Für die Rentenrisiken fehlt praktisch jede Rücklage. Die in die neue „Demografievorsorge Rente“ ab 2021 eingestellten 2 Milliarden Euro sind angesichts von Rentenzahlungen in Höhe von 300 Milliarden Euro und einem Bundeszuschuss von fast 100 Milliarden Euro pro Jahr wirklich nichts. Das ist reine Schaufensterpolitik.

Zweitens. Die Euro-Rettungskosten sind auch 2019 in keiner Weise in den Haushalt eingestellt, ob-

wohl auch hier große Teile der über EZB, ESM und Bundesbank aufgeladenen schlechten Forderungen eines Tages natürlich durch den Steuerzahler zu tragen sein werden.

Drittens. Auch die Kosten der illegalen Zuwanderung werden nicht adäquat eingepreist. 2015 waren es, wie wir inzwischen durch eine Anfrage amtlich wissen, zu 97 Prozent illegale Einwanderer. Nicht nur gesellschaftlich, sondern auch finanziell wird Deutschland einen hohen Preis dafür zahlen.

Viertens. Daneben gibt es natürlich sehr hohe Risiken bei Einzelpositionen. Dafür fehlt heute die Zeit. Als ein Beispiel nenne ich nur das berühmte Baukindergeld, das meiner Meinung nach um den Faktor 4 zu gering in den Haushalt eingestellt worden ist. Dieser Haushalt ist somit ein unvollendetes Nebelkunstwerk. Man hat auch 2019

keine schwarze Null – nicht annähernd.

Dabei besteht weiterhin ein Sondereffekt, nämlich die minimale Zinsbelastung auf die Bundesschuld. Obwohl der Finanzminister in Geld schwimmt, kitzelt er aus dieser Kostenposition doch tatsächlich noch mehrere Milliarden an Zinsgewinnen heraus. Wie geht das? Das geht durch einen Trick zulasten künftiger Steuerzahler: Trotz paradiesischer Refinanzierungssätze stockt der Bund lieber teure Altanleihen auf, wodurch er technisch einen Agiogewinn einstreicht.

Statt sich über neue Anleihen – für lange Zeit fast zu Nullkosten – zu refinanzieren, begibt der Bund ernsthaft

Anleihen zu 2,5 Prozent, was zwar einen kurzfristigen Gewinn erbringt – das geschieht wohl gemerkt in der besten aller Einnahmewelten –, sich aber über Jahrzehntelang zu zahlende überhö-

**Unsere Aufgabe ist nicht, eine neue, zusätzliche Besteuerungsmöglichkeit zu finden.**

**Die Euro-Rettungskosten sind auch 2019 in keiner Weise in den Haushalt eingestellt.**

te Zinskosten milliardenschwer rächen wird. Das sind die Tricks, die hier angewandt werden – in der besten aller Welten.

Weiterhin sehen wir im Entwurf tatsächlich rückläufige Investitionen. Das, was Sie eben erzählt haben, Herr Minister, zeigt sich nicht in Ihrem Zahlenwerk: Es gibt keinen Aufwuchs an Investitionen, nicht nominal und schon gar nicht real. Es gibt von 2018 nach 2019 einen Rückgang. Das ist das Zahlenwerk, das uns vorliegt.

Die alte Frage steht somit im Raum: Wann, wenn nicht jetzt, will diese Regierung Steuern senken? Stattdessen werden nun sogar Steuererhöhungen vorgeschlagen; dazu im Laufe der Woche mehr.

Dann diese „Erfolgsmeldung“ –

Herr Minister, Sie haben es ja eben erwähnt –: Deutschland wird aufgrund dieser vielen Sondereffekte und aufgrund der unvollständigen Buchführung die Maastricht-Kriterien nach 17 Jahren erstmals wieder einhalten. Ja, das ist schon was. Aber was bedeutet denn das? 17 Jahre lang hat Deutschland gegen europäisches Recht verstoßen. Auch 2019 tun das noch immer praktisch alle Euro-Staaten, viele als Mehrfachtäter, und das seit eineinhalb Jahrzehnten. Ein hundertfacher Verstoß gegen geltendes Recht und damit gravierendes Unrecht! Wo ist der Verfassungsschutz, wenn man ihn wirklich bräuchte?

Dieser Haushalt hat in etwa denselben Wahrheitsgehalt wie: Griechenland ist nun gerettet und

kann sich selbst refinanzieren. – Oder: Es gab Hetzjagden in Chemnitz.

Um mit Regierungssprecher Seibert zu sprechen, also etwas paraphrasierend: Solche Zusammenrottungen von Vernebelungen, solche Hetzjagden auf die Regeln ordentlicher Buchführung oder den Versuch, Hass gegen die buchhalterische Wahrheit zu verbreiten, nehmen wir nicht hin. Das hat in diesem Bundeshaushalt nichts verloren. Das verurteilen wir auf das Schärfste.

Zuletzt: Man löst nun auch noch die sogenannte Asylrücklage auf.

### Die Bundesregierung feiert eine hyperkeynesianische Party.

Ab 2019 sollen 22 Milliarden Euro zusätzlich in diesen ohnehin schon superfetten Haushalt hineingepumpt werden. Zwar sind auch wir als AfD grundsätzlich für die Auflösung dieses Schattenhaushalts, mit dem sich die Regierung eine Verfügungsmasse für die Kosten der illegalen Migration geschaffen hat. Doch nun aktiviert man dieses Geld ausgerechnet in der denkbar fettesten Zeit. Man alimentiert hier somit noch stärker ein gesellschaftliches und finanzielles Problem, das sich ohne den anhaltenden Rechtsbruch von 2015 niemals gestellt hätte.

Kollegen, wer bei der Polizeiausstattung Probleme hat, bei dem Schulen marode sind und wer seine Verpflichtungen beim sozialen Wohnungsbau nicht erfüllt, der sollte nicht anfangen, Schulden zu tilgen.

Während wir heute den Bundeshaushalt beraten, sind wir – und darüber sollten wir reden – in den Ländern in ganz unterschiedlicher Verantwortung aufgestellt. Ich will nur daran erinnern, dass heute der Bund komplett die Grundsicherung im Alter übernimmt: per anno 7 Milliarden Euro. Ich will nur daran erinnern, dass die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft mittlerweile 6 Milliarden Euro beträgt. Ich will nur daran erinnern, dass wir das BAföG komplett übernommen haben. Das sind 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Ich will nur daran erinnern, dass wir ein 5-Milliarden-Euro-Entlastungspaket für Länder und Kommunen aufgelegt haben – ohne Gegenleistung.

Deswegen kann es aus meiner Sicht nicht so sein, dass in dem Land, wo ich wohne, die SPD/CDU-Regierung ein Schulbauprogramm mit 330 Millionen Euro auflegt, von dem weniger als 10 Prozent Landesmittel sind. Der Rest kommt von Bund und EU. Warum sage ich das? Schauen Sie sich nur die Mittelabflüsse bei den Sondervermögen an, zum Beispiel für den Kitausbau oder das Kommunale Investitionsprogramm. Hier bestehen Defizite, die die Bürger vor Ort wahrnehmen. Deshalb appelliere ich mit Blick auf die Grundgesetzänderungen an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich ernsthaft mit den Vorschlägen des Bundesrechnungshofs zu den Themen „Zusätzlichkeit“ und „Sanktionsmöglichkeiten“ zu befassen. Wir alle haben

Die Bundesregierung feiert eine hyperkeynesianische Party – Sie haben es schon angedeutet, ich füge „hyper“ hinzu – und verkonsu- miert die Früchte des künstlichen Booms über fehlgeleitete Programme, mehr Zuwanderung, mehr Euro-Rettung, mehr Türkei-Hilfen, mehr Supranationalismus und damit gegen Deutschland.

Hier ist nichts nachhaltig. Die Party wird enden, und dann wird sich zeigen, wie nackt die GroKo dieses Land hinterlassen wird.

Nach uns die Sintflut. Regiere jeden Tag so, als wäre es dein letzter. – Eines Tages könnte das wahr sein. Ja, ich versichere Ihnen: Eines Tages wird es wahr sein!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

nichts davon, den bisherigen Kurs – das heißt, der Bund stellt Geld zur Verfügung, aber die Menschen vor Ort merken, dass das Geld nicht ankommt – weiter zu verfolgen.

Die „Bild am Sonntag“ hat eine Emnid-Umfrage veröffentlicht, in der es um die Frage ging: Wo sind die größten Defizite? – Dort, wo wir, der Bund, am meisten Geld zur Verfügung stellen, zum Beispiel bei der Verkehrsinfrastruktur, beim Wohnungsbau und beim Zustand von Schulen und Kitas. Mein dringlicher Appell lautet an dieser Stelle – weil wir vor wichtigen Entscheidungen stehen –, gemeinsam an die Menschen vor Ort zu denken.

Ich darf das, was Außenminister

Maas am 13. Juni 2018 in Berlin gesagt hat, zitieren:

Aber auch einer anderen Realität dürfen wir uns nicht verschließen:

Deutschland wird Fähigkeitslücken

der Bundeswehr schließen müssen, wenn wir uns auf einen solchen Weg begeben. Das kostet Geld. Aber Investitionen in Ausrüstung sind noch lange keine Aufrüstung.

Weiter sagte er: Wir tun das übrigens nicht, weil Präsident Trump das gerade einfordert... Herr Minister, ja, es gibt einen Aufwuchs beim Verteidigungshaushalt im Bundeshaushalt 2019. Wenn Sie sich aber die Finanzplanung genau anschauen und die Personalverstärkungsmittel unberücksichtigt lassen, dann stellen Sie fest, dass es an dieser Stelle ein reales Minus gibt. Es kann nicht sein, dass für wichtige Beschaffungsvorhaben, zum Beispiel für das MKS 180, den schweren Transporthubschrauber oder die Eurodrohne –

Fortsetzung auf nächster Seite

Eckhardt Rehberg, CDU:

## Wir investieren in Sicherheit und Zukunft



Eckhardt Rehberg (\*1954)  
WK Meckl. Seenplatte II-LK Rostock III

**H**err Minister, Sie haben es erwähnt: Vor zehn Jahren war die Pleite von Lehman Brothers. Ich will zehn Jahre zurückdenken und an die Maßnahmen erinnern, die wir damals, 2008/2009, getroffen haben: Stichwort Kurzarbeitergeld, das 10-Milliarden-Euro-Paket an Investitionen für die Kommunen, eine massive Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, unter anderem eine Kindergelderhöhung.

Ja, wir haben 2010 einen Haushalt mit einer Verschuldung von 86 Milliarden Euro gehabt. Wir haben in der damaligen Legislaturperiode mit der FDP dafür gesorgt, dass die Schulden Stück für Stück abgebaut worden sind.

– Die Neuverschuldung, Entschuldigung. – Dann haben wir 2014 mit der SPD keine neuen Schulden mehr gemacht. Herr Kollege Boehringer, wenn wir das alles 2008/2009 nicht gemacht hätten, wäre Deutschland nicht stärker aus der Krise herausgekommen, als es hineingegangen ist.

Deswegen war es damals richtig, so zu handeln. Es war genauso

richtig, in der Zeit danach – ab 2010 – Stück für Stück die Neuverschuldung zurückzuführen. Das gibt uns heute Luft zum Atmen für Investitionen in Zukunft und Sicherheit, für Investitionen in den sozialen Zusammenhalt, und unter dem Strich ist der Bundeshaushalt 2019 solide und seriös, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ja, es hat ein bisschen gedauert – wegen Finanzkrise, Euro-Krise und der schwierigen außenpolitischen Situation –, bis wir die 60-Prozent-Schuldenstandsquote einhalten können, nämlich spätestens im nächsten Jahr, vielleicht auch schon in diesem Jahr. Das führt dazu, dass Haushaltsüberschüsse entstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn an dieser Stelle immer von 36,5 Milliarden Euro die Rede ist, dann denkt alle Welt, diese Zahl bezieht sich nur auf den Bund. Mitnichten ist das so. Die kleinste Teilmenge landet beim Bund. Das sind 5,3 Milliarden Euro.

Die Gesamtheit der Länder hatte einen Überschuss – teilweise nach kreativer Buchung – in Höhe von 12,1 Milliarden Euro; die Kommunen hatten einen Überschuss in Höhe von 10,7 Milliarden Euro und die Sozialversicherungen in Höhe von 8,4 Milliarden Euro. Warum führe ich das an? Wenn wir über Themen wie Grundgesetzänderung, Wohnungsbau und Investitionen in die Bildungsinfrastruktur reden, dann muss man auch darüber reden, wer an dieser Stelle zuständig ist und die Verantwortung trägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den schwierigen Debatten vor Ort erleben wir, dass viele Bürge-

rinnen und Bürger mittlerweile meinen, der Bund sei für alles zuständig.

Es gibt den Begriff „Subsidiarität“ bzw. „Dezentralität“. Das heißt, dass man die Dinge, die man vor Ort lösen kann und sollte, dann auch bitte vor Ort löst. Herr Minister, Sie haben das Gute-Kita-Gesetz angesprochen. Nichts ist dagegen einzuwenden, aber die Frau Ministerin wird wie ihre Vorgängerin ein Problem haben. Zielvereinbarungen hin oder her: Solange wir weiter über Umsatzsteuerepunkte Geld an Länder und Kommunen geben, greifen weder Artikel 104c des Grundgesetzes, den wir geändert haben, noch Artikel 114 des Grundgesetzes. Vielleicht hört mir die Familienministerin mal zu. Es wird ganz stark darauf ankommen, Frau Ministerin, wie Sie diese 16 Zielvereinbarungen kontrollieren. Ich könnte Ihnen jetzt bis Mitternacht Beispiele dafür nennen, wo der Bund über Umsatzsteuerepunkte Geld gibt – auch für Betriebskosten von Kitas –, das nicht bei den Kommunen ankommt, sondern irgendwo in den Landeshaushalten versickert.

Warum sage ich das? Aktuell gibt es im Land Berlin eine Debatte darüber, dass man Schulden tilgen will. Das kann man alles machen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Nur hat das Land Berlin Anfang der 2000er-Jahre unter Rot-Rot Hunderttausende Wohnungen privatisiert und von 2006 bis 2012 nicht eine einzige Sozialwohnung gebaut. Auch heute wird dort nicht komplett die Vereinbarung „1 Euro Bund, 1 Euro Land“ umgesetzt. Liebe Kolleginnen und

ich könnte die Liste beliebig fortsetzen –, bis 2022 keine Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden und dass das Bundesverteidigungsministerium dann, wenn es zum Abschluss von Beschaffungsverträgen kommen soll, keine Vereinbarungen schließen kann, weil die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen nicht vorhanden sind. Jährliche Verpflichtungsermächtigungen

sind Voraussetzung, um Verträge über entsprechende Beschaffungsprojekte abzuschließen. Deswegen sage ich Ihnen im Namen der Unionsfraktion: Unser Außenminister hat recht. Er hat als Mitglied der Bundesregierung gesprochen. Das, was er gesagt hat, muss sich im Einzelplan 14, im Verteidigungsetat, abbilden. Zum Haushalt 2019. Wir investieren in Sicherheit und Zukunft.

Wir investieren auch in sozialen Zusammenhalt. Wir werden einen Aufwuchs bei den Sozialausgaben von rund 160 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf fast 194 Milliarden Euro bis zum Ende der Finanzplanperiode 2022 zu verzeichnen haben.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Thema Rente. Bevor wir hier neue Debatten anfangen, ohne sie finanziell zu unterlegen,

sollten wir nach meiner Auffassung erst einmal die Rentenkommision in Ruhe arbeiten lassen.

Das Schwierigste ist: Was unter dem „Rentenniveau“ zu verstehen ist, können Sie keinem normalen Bürger erklären.

Wenn ich bei mir zu Hause frage: „Wie groß ist denn die Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern?“, das heißt, wie viele Sozialhilfe beziehen, dann erhalte ich

die Antwort: 30 Prozent. – Tatsächlich sind wir das Land, das gemeinsam mit zwei weiteren neuen Bundesländern mit 1,6 Prozent die niedrigste Altersarmut in Deutschland hat.

Danke schön

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Sören Bartol [SPD])

Otto Fricke, FDP:

## Keine Neuerungen im Haushalt



© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

Otto Fricke (\*1965)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Kollege Rehberg, wenn Sie ins Protokoll schauen werden, werden Sie ziemlich häufig – ich weiß nicht, ob Ihnen das angenehm ist – lesen können, dass Sie Applaus von der FDP bekommen haben. Denn Ihr Vortrag war eine realistische Einschätzung dessen, was Haushaltspolitik eigentlich bedeutet, und es wurde klar, dass man nicht, wie es die Regierung leider wieder tut, falsche Versprechungen machen sollte, sondern sich an der Realität orientieren sollte, um so die Zukunft zu beschreiben.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2019 ist wirklich nichts Neues.

Wir haben als FDP gedacht: Gut, 2018 – schnell gestrickt. Da hast du nicht viel Zeit. Da kann ein Finanzminister noch nicht so viele Dinge zustande bringen. Aber im Haushalt 2019, da kommen die dicken Klopper; da wird gezeigt, wo Zukunft ist. Da sagt die Große Koalition: Da wollen wir hingehen. – Und dann guckt man sich das an, und was ist es? Es ist das Lieblingswort des Finanzministers: Weiter so! Es ist immer wieder nur dieses wunderschöne Weiter-so.

Es ist kein Haushalt der Zukunft. Es ist ein Haushalt des Hier und Jetzt und ein Haushalt von leeren Versprechungen, die im Zweifel auch noch spätere Generationen bezahlen müssen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist auch nicht zu er-

kennen, wo Sie irgendwo in wirtschaftlich guten Zeiten auch wirklich mal umsteuern und sagen: Jetzt können wir bestimmte Dinge machen. – Ich kann nicht erkennen, dass beim Thema Steuern außer dem, was gesetzlich sowieso verpflichtend ist, etwas geschieht. Herr Scholz, das unterschlagen Sie ja immer so gerne: Sie machen keine Steuerreform, sondern Sie setzen verfassungsrechtlich Gebotenes, meistens auch noch ein bisschen verspätet, um. Nichts ist es mit einer Steuerreform, weil Sie sie auch gar nicht wollen; denn Sie wollen das Geld behalten.

Sie sagen auch nicht: Der Staat trennt sich von Dingen, die er nicht braucht. Das wären zum Beispiel Telekommunikations-, Logistikunternehmen und Ähnliches. Nein, das wollen Sie nicht; denn Sie wollen diese Dinge behalten, und Sie wollen als Staat Einfluss nehmen. Und es geht ja noch weiter: Sie wollen jetzt auch noch dem Wirtschaftsministerium einen Fonds geben, damit es möglichst an allen Stellen auch noch so eine Art VEB Bundesrepublik Deutschland auflegen kann. Das ist das, was Sie vorhaben. Das ist nichts Neues, das ist nicht Zukunft, es ist Rückwärtsgewandtheit, was Sie da machen.

Ich habe mir auch gedacht: Na ja, gucke doch wenigstens mal in den Subventionsbericht; denn Herr Scholz ist ein kluger, fleißiger Mann.

Der wird hinsichtlich solcher Subventionen schon sehen: Wenn sie notwendig sind, dann kann man das bei Haushaltsberatungen auch immer schön mit Zahlen nachweisen, Kollege Kahrs. Dann wird er doch wenigstens Subventionen abbauen. – Was machen Sie? Was macht die Große Koalition? Sie bauen weiter Subventionen auf. Subventionsaufbau in wirtschaftlich besten Zeiten heißt am Ende: Beim nächsten Knick – Sie haben richtig gesagt, er wird irgendwann mal kommen – stehen Sie blank da, und das ist das Schlimmste,

was Sie dem Bürger mit der Haushaltspolitik antun können.

Was mich sehr ärgert, ist, dass wir hier jetzt wieder hören, was Sie alles machen und wofür Sie Geld ausgeben wollen. In einem modernen Sozialstaat ist es klar, dass wir den Bürgern das Versprechen geben, dass die Leistungen der sozialen Sicherheit, die wir gegeben haben, auch die sind, auf die sie sich verlassen können. – Und wehe, sie können sich nicht mehr darauf verlassen – das weiß Ihre Partei am besten –: Das führt dann dazu, dass man von 40 Prozent auf unter 20 Prozent absinkt. Die Agenda 2010 wirkt insofern noch nach, als Sie vorher anderes versprochen haben.

Und was machen Sie jetzt? Sie gehen bei der Frage „Wofür geben wir in Zukunft eigentlich mehr

Geld aus?“ wieder genau denselben Weg. Wir haben das mal nachgerechnet. Von den Mehreinnahmen 2018 bis 2022 gehen 70 Prozent in Arbeit und Soziales, und wenn Sie Verteidigung noch dazu nehmen, sind es 85 Prozent. Im Laufe dieser Woche werden wir über die restlichen Fitzelchen von 15 Prozent beraten. Wir diskutieren über Erhöhungen von 10 Millionen Euro, von 5 Millionen Euro, wodurch wir noch ein klein bisschen was tun können; aber eigentlich verfrühstücken Sie die Zukunft, indem Sie 85 Prozent für innere Sicherheit nicht geben, für Bildung nicht geben, für Zukunft jeglicher Art nicht geben, für Kinder nicht geben, sondern nur sagen: Arbeit und Soziales und Verteidigung, dafür geben wir 85 Prozent aus. – Das ist nicht zukunftsgerichtet, das ist vergangenheitsorientiert.

Meine Damen und Herren, von einem war nicht die Rede, und das,

**Das ist nichts Neues, das ist nicht Zukunft. Es ist Rückwärtsgewandtheit.**

Herr Scholz, ärgert mich am meisten. Eigentlich sind Sie – das haben wir im Haushaltsausschuss gesehen – in die Vorlagen doch eingearbeitet, und Sie wissen, was Ihre Aufgabe ist. Aber Sie nehmen Ihre Aufgabe als Haushaltsminister, als Neinsager, als jemand, der auch einmal auf seine Wächterfunktion hinweist, nicht

wahr. Sie verzichten jetzt ja sogar darauf, in Aufsichtsräte von großen Bundesunternehmen zu gehen, was keiner Ihrer Vorgänger gemacht hat. Daher will ich zum Schluss sagen: Ich habe das Gefühl, Herr Scholz, Sie sollten mehr auf die Vorlagen – erst mal weniger auf Ihr Handy – und – das war das Kernproblem Ihrer Rede – weniger auf den Stuhl links von Ihnen gucken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Johannes Kahrs, SPD:

## Bundesregierung ist Hort der Stabilität



© Susie Knoll

Johannes Kahrs (\*1963)  
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Wir haben alle die Rede des Bundesministers der Finanzen gehört. Das Wesentliche ist gesagt.

Wenn man sich den Haushalt anguckt, dann weiß man: Dieses Land wird gut regiert. Wenn man

jetzt sieht, dass Frau Merkel und Herr Rehberg miteinander reden, dann weiß man:

Es wird das noch geklärt, was zu klären ist. Ansonsten muss man feststellen, dass diese Große Koalition, egal was hier von links oder rechts behauptet wird, ein Hort der Stabilität ist, dass dieses Land gut regiert wird und wir Sozialdemokraten zusammen mit der CDU/CSU das tun, was nötig ist, damit die Menschen in diesem Land merken: Es geht vorwärts.

Wenn Sie mal von außen auf Deutschland gucken, dann werden Sie feststellen, dass es uns hier deutlich besser geht als den Menschen fast überall woanders. Das liegt daran, dass dieses Land gut regiert wird, dass wir keine neuen Schulden machen, dass Wohnungen gebaut werden, dass

wir uns um die Rente kümmern, dass wir uns um diesen Sozialstaat kümmern.

Natürlich streitet man sich – auch wenn es mir schwerfällt, mich mit dem Kollegen Rehberg zu streiten: ab und zu streiten selbst wir –, aber das ist in einer Großen Koalition auch mal notwendig; das ist vollkommen in Ordnung. Aber im Kern darf man nie vergessen: Diese Bundesregierung regiert dieses Land gut, sie regiert es stabil, und wir sind diejenigen, die dafür sorgen, dass die Rente sicher ist, dass im Wohnungsbau etwas passiert, dass der Koalitionsvertrag umgesetzt wird.

Damit die FDP, die hier wieder mal nicht durch Herrn Lindner vertreten ist, weil er was weiß ich wo in der Republik umherreist, das mitbekommt, kann man viel-

leicht noch mal sagen, dass die einzigen Steuersenkungen, die vorgenommen worden sind, diejenigen waren, die Rot-Grün hinbekommen hat, und dann gibt es noch diejenigen, die wir am Ende der Legislaturperiode durchsetzen werden, indem wir den Soli für 90 Prozent der Menschen in diesem Land abschaffen; die anderen 10 Prozent können ihn gern zahlen. Das Geld wird nämlich gebraucht: für die Rente, für den sozialen Wohnungsbau und für all das, was dieses Land am Ende zusammenhält.

Wenn man sich jetzt anguckt und anhört, was die AfD zum Besten gibt, wie sie es gerade wieder getan hat, dann stellt man fest, dass sich nicht alle um den inneren Zusammenhalt in diesem Land scheren. Dieser Koalitionsvertrag tut seinen Teil. Dass die AfD beim letzten Mal schon die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert hat, was wir natürlich ablehnen, kann ich verstehen; man sollte sie dringend von selbigem beobachten lassen.

Ich würde es richtig und gut finden, wenn der Verfassungsschutz die AfD beobachtet. Wenn man sich anguckt, was da bei Facebook, Twitter und Instagram in ihrem Bereich so rumtobt, wenn man sich anguckt, mit wem die AfD zusammen demonstriert – mit irgendwelchen Nazis, mit Pegida, mit Menschen, die den Hitlergruß zum Besten geben –, dann stellt man fest: Es ist verlogen, wenn genau diese AfD hier Herrn

**Ich würde es richtig und gut finden, wenn der Verfassungsschutz die AfD beobachtet.**

Schäuble zuklatscht, wenn er genau das beklagt, wenn die gleiche AfD diese Nazis, die mit dem Hitlergruß durch dieses Land ziehen, auch noch unterstützt, indem sie dabei ist, gemeinsam dazu aufruft. Dieses Maß an Verlogenheit ist es, was dieses Land eher spaltet; es sind nicht die Flüchtlinge, die wir jetzt in Arbeit bekommen, und zwar deutlich mehr als je geplant,

es sind nicht die Menschen, die in diesem Land hart arbeiten und Steuern zahlen, sondern es ist eine Partei – Herr Gauland gehört dazu –, die immer an den inneren Schweinehund im Menschen appelliert, an Hass, Neid, Missgunst und Frust.

Das ist das, was Sie zu bieten haben. Keine Inhalte! Wenn man sich Ihre Inhalte hier anguckt, dann stellt man fest: Sie tun was für Besserverdienende, gegen diesen Staat, gegen den Verfassungsschutz. Das ist erbärmlich. Dagegen ist diese Große Koalition ein Hort der Stabilität. Wir halten dieses Land zusammen.

Wir sorgen dafür, dass das, was wir hier beschließen, dazu führt, dass die Menschen in diesem Land bezahlbare Wohnungen bekommen werden, dass die Rente langfristig sicher ist und dass wir für die Menschen in diesem Land einen handlungsfähigen Staat schaffen.

Der Kollege Rehberg und ich werden uns sehr dafür einsetzen, dass zum Beispiel im Bereich der inneren Sicherheit, bei der Bundespolizei, beim Zoll und anderswo,

neue Stellen geschaffen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zoll ausgestattet wird, nicht nur mit neuen Stellen, sondern auch mit Material, und das THW ebenso. Wir setzen uns dafür ein, dass wir hier Stellen neu schaffen, Stellen heben, Stellen entfristen; denn das führt dazu, dass der Staat in der Lage ist, etwas mit den vielen Milliarden, die wir investieren, umzusetzen, damit wir nicht wie in den letzten Jahren Geld zurückbekommen. Ich glaube, dass das etwas ist, was dazugehört.

Der Bundesfinanzminister hat auch die Rente angesprochen. Natürlich ist es gut, dass die Rente jetzt nicht absacken wird. Genau so ist es richtig, dass die Beiträge nicht steigen. Nicht richtig ist es, dass die Rente nur bis 2025 so festgehalten worden ist. Auch darüber streite ich gern mit der Union. Das tut aber nichts zur Sache; wir regieren trotzdem vernünftig miteinander.

Da muss die FDP gar nicht so verzweifelt gucken. Sie hätten den Finanzminister und den Vizekanzler stellen können; Sie hätten regieren können. All das Gehupe ist folgen-, frist- und planlos, weil Sie es selbst zu verantworten haben, dass Sie nicht regieren. Deswegen ist das leider erbärmlich.

Dass es Sie vielleicht nervt, Herr Fricke, verstehe ich doch. Dass es nervt, wenn man weiß, man hätte regieren können, man hätte einen Haushalt vorlegen können, hätte Steuern senken können, wenn es die Union mitgemacht hätte, weiß ich doch. Aber Sie hatten Ihre Chance; Sie haben es vier Jahre lang versemelt. Deswegen sind

Sie aus dem Deutschen Bundestag geflogen. Akzeptieren Sie das doch einfach mal. Und jetzt wollen Sie nicht regieren. Wenn man die Traute nicht hat, dann ist das eben nun mal so.

Wir hingegen werden Geld ausgeben – jawohl: Steuergeld –, auch für den demokratischen Zusammenhalt. Wir werden zum Beispiel in Freiwilligendienste investieren. Wir finden es richtig und gut, dass es für Menschen, die sich freiwillig in diesem Land engagieren wollen, auch Stellen gibt. Das ist doch wesentlich.

Ehrlicherweise bin ich ein großer, ein glühender, ein bekennender Fan der Wehrpflicht. Leider hat die CDU sie zusammen mit der FDP abgeschafft.

Das hat uns eine zweistellige Milliardensumme gekostet. Jetzt die Neueinführung der Wehrpflicht zu fordern, ist nicht nur fiskalisch, sondern auch organisatorischer Wahnsinn. Deswegen wird es dazu nicht kommen. Eine allgemeine Dienstpflicht für alle hilft übrigens nicht denjenigen, denen man helfen will. Es gäbe dann auch Fälle, in denen dort jemand säße, der unwillig ist, weil er da nicht freiwillig ist. Deswegen bauen wir die Freiwilligendienste aus, und das ist gut.

Der Kollege Rehberg, den ich sehr schätze, mit dem ich sehr gut und eng zusammenarbeite, hat gesagt: Man soll dem Verteidigungsministerium und der Verteidigungsministerin helfen. – Ecki, das tun wir gern. Auch wenn sie gerade mal wieder nicht da ist, finde ich es wichtig und gut, dass wir der Verteidigungsministerin helfen.

Wir würden ihr gern dabei helfen, die 1 600 Stellen in Koblenz, die nicht besetzt sind, wieder zu besetzen, damit das Beschaffungsamt der Bundeswehr irgendwann mal funktioniert.

Ich finde, das ist eine gute Geschichte, das ist eine bewährte Struktur. Das Beschaffungsamt der Bundeswehr hat bis zu Herrn von Guttenberg hervorragend gearbeitet. Irgendwelche Privatisierungsexzesse der FDP und andere Vorstellungen haben dazu geführt, dass das jetzt nicht mehr so ist. Dort gehören die Stellen besetzt.

Immer wieder wird geklagt: Das Parlament ist schuld, dass es nicht funktioniert, weil es die 25-Millionen-Euro-Vorlagen gibt. – Ich habe der Ministerin im Haushaltsausschuss angeboten: Dann lassen wir es eben. Wir nehmen die 25-Millionen-Euro-Vorlagen zurück und führen die gute alte Kameralistik ein: nicht gegenseitig deckungsfähige Titel, genaue Haushaltskontrolle. Das können wir gerne machen. – Die Ministerin hat das leider abgelehnt. Jetzt werden wir mit den 25-Millionen-Euro-Vorlagen weiterarbeiten und die Bundeswehr vernünftig und gut ausrüsten. Das tun wir im Rahmen dieser Großen Koalition; das ist auch gut so. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Das war die einzig gute Aussage!)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

## Mehr Investitionen in den zivilen Bereich



Gesine Löttsch (\*1961)  
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

wurf die richtigen Lösungen an? Die zweite Frage muss ich leider mit Nein beantworten, meine Damen und Herren.

Die Probleme sind doch offensichtlich: Es geht den Menschen um Arbeit und Renten, von denen man leben kann, um Wohnungen, die bezahlbar sind, um Schulen, in denen ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer das neueste Wissen vermitteln, und um Krankenhäuser und Pflegeheime, in denen nicht auf die Rendite geschaut wird, sondern auf die Probleme der Patienten und der Beschäftigten.

All diese Themen haben etwas mit Sicherheit zu tun. Denn: Viele Menschen sind verunsichert, weil diese Regierung die falschen Themen bearbeitet und auf die wichtigen Fragestellungen die falschen

Antworten gibt. Beste Beispiele dafür haben wir gerade gehört. Der Finanzminister hat noch einmal betont, wie notwendig es wäre, die Bundeswehr mit mehr Mitteln auszustatten – wir sagen: aufzurüsten. Wir wissen doch alle: Aufrüstung stärkt nicht die Sicherheit, sondern vermindert die Sicherheit in unserem Land. Und das wollen wir nicht!

In diesem Haushalt gibt es ein beispielloses Plus bei den Mitteln zur Beschaffung von Waffen: 3 Milliarden Euro mehr; ein Plus von 25 Prozent. Das ist so absurd wie falsch. Das lehnen wir ab!

Darüber, meine Damen und Herren, freuen sich vor allen Dingen Trump und die Rüstungsindustrie. Sie alle aber wissen auch, dass die Welt mit mehr Rüstung nicht sicherer wird und Fluchtursachen

nicht beseitigt werden. Ich finde, darüber müssen Sie nachdenken.

Eines will ich in aller Deutlichkeit für meine Fraktion und meine Partei sagen: Das Gerede über einen Bundeswehreinsetz in Syrien, das wir seit einigen Tagen erleben, ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit. Die Linke sagt eindeutig: Keine weitere Kriegsbeteiligung der Bundeswehr.

Wir, Die Linke, wollen statt in Waffen in Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen, Busse und Bahnen investieren. Doch was tut die Bundesregierung? Entgegen den Behauptungen von Finanzminister Scholz senkt sie die zivilen Investitionen in diesem Jahr sogar ab und will mittelfristig die Investitionen in unsere Zukunft einfrieren. Meine Damen und Herren, das ist in Anbetracht von kaputten Brücken, absackenden Autobahnen, sanierungsbedürftigen Schulen und Krankenhäusern eine geradezu irrwitzige Vorstellung.

Sie setzen mit dieser Sparpolitik die Zukunft unserer Kinder und Enkel aufs Spiel. Wir können und müssen mehr investieren. Wir könnten viel mehr investieren,

wenn in unserem Land endlich ein gerechtes Steuersystem eingeführt werden würde.

Doch in diesem Haushalt sind weder eine Vermögen- noch eine Finanztransaktionssteuer eingepreist, obwohl das schon seit langem angekündigt wird. Apropos Ankündigung: Die SPD hat sich ja jetzt auf Ankündigungen spezialisiert. Herr Scholz hat einen Rentenvorschlag gemacht, der vom ersten Herbstregen weggewaschen wurde. Frau Nahles hat jetzt die Mieterhöhung völlig zu Recht angesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen: Setzen Sie das in der Regierung durch, und machen Sie das nicht in Zeitungsinterviews. Wir als Parlament und natürlich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben das Recht auf Ergebnisse und nicht nur auf Ankündigungen.

Zurück zur Investitionsbremse der Bundesregierung: Seit Jahren wird Deutschland zu Recht für die enormen Exportüberschüsse weltweit kritisiert. Es wird vor allem

Fortsetzung auf nächster Seite

und zu Recht von unseren europäischen Nachbarn erwartet, dass wir mehr in unser Land investieren und ordentliche Löhne zahlen. Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor Europas und vernichtet damit Arbeitsplätze weltweit. Die Konsequenz ist, dass in den anderen Ländern die Löh-

ne auch immer weiter gesenkt werden. Eine Lohnspirale nach unten kann doch nicht der Kern sozialdemokratischer Politik sein. Da muss sich doch etwas ändern. Und wir müssen uns fragen, warum es in ganz Europa und in den USA einen Rechtsruck gibt. Gibt es globale Entwicklungen, die diesen

Trend befördern? Um diese Frage zu beantworten, empfehle ich, den „Report über die weltweite Ungleichheit“, der unter anderem von dem bekannten Ökonomen Thomas Piketty herausgegeben wurde, zu lesen. In diesem Report wird der weltweite Trend zur ungleichen Verteilung des Reichtums

wissenschaftlich belegt. In Deutschland ist der Einkommensanteil des obersten Prozents von 1983 bis 2013 um knapp 40 Prozent gewachsen, und der Anteil der unteren 90 Prozent um 10 Prozent gesunken. Ich finde: Linke Parteien müssen sich zusammenschließen, um diese Ungleichheit

zu bekämpfen. Dann haben wir endlich eine reale Chance, den Rechtsruck in unserem Land zurückzudrängen. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/Die Grünen:

## Die zentralen Probleme des Landes angehen



© Stefan Kaminski

Sven-Christian Kindler (\*1985)  
Wahlkreis Niedersachsen

Johannes Kahrs hat davon geredet, dass diese Regierung „ein Hort der Stabilität“ sei und gut regieren würde. Ich frage mich: In welcher Welt lebt er eigentlich?

Also, ernsthaft: Es gibt einen Verfassungsschutzpräsidenten, der rechte Verschwörungstheorien erfindet, und wir haben einen Innenminister, der den Rechtsextremismus verharmlost, der Millionen von Menschen in diesem Land aufs Tiefste beleidigt hat. In dieser Situation frage ich mich: Wo leben Sie eigentlich? Wenn man das ernst nimmt – wir haben schon wieder eine tiefe Regierungskrise wegen Horst Seehofer –, ist es doch so: Horst Seehofer ist der Vater vieler Probleme in dieser Bundesregierung.

Diese rechtspopulistischen Debatten – das ist das Fatale – lähmen die Bundesregierung, weil die zentralen Probleme in diesem Land, aber auch in diesem Haushalt nicht angegangen werden. Die zentralen Probleme sind: Die Mieten explodieren, es gibt einen riesigen kommunalen Investitionsstau, lahmes Internet im ländlichen Raum, giftige Luft in den Städten, viele Millionen Kinder leben in Armut, viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Rente, und der Hitzesommer hat gerade gezeigt, dass sich die Klimakrise massiv verschärft. Diese zentralen Probleme muss man angehen. Das passiert aber im Haushalt nicht, und das werfe ich Ihnen als Regierung vor. Herr Scholz, Passagen aus Ihrer Haushaltsrede klangen wie Szenen aus Ihrem neuen Buch „Hoffnungsland“.

Das, was Sie hier vorgetragen haben, lag eher im Bereich der politischen Fiktion. Sie haben alles erzählt, was Sie in Zukunft machen wollen; aber das steht im Haushalt nicht drin. Man muss sich konkret eben auch auf den Haushalt beziehen: Was passiert 2019? Wenn man da hineinguckt, sieht man: Neue Ideen, neue Impulse, eine sinnvolle Schwerpunktbildung – das fehlt alles in diesem Haushalt.

Das ist so fatal, weil ja eigentlich die Möglichkeiten da sind. Sie haben jetzt große Möglichkeiten, um zu gestalten, um auch etwas zu verändern und für die Zukunft auch wirklich vorzusorgen. Aber dann darf man nicht nur Dienst nach Vorschrift machen, dann darf man nicht nur lustlos den Koalitionsvertrag abarbeiten, dann muss man wirklich den Willen haben, etwas zu verändern, sich innerhalb der Regierung auch wirklich einsetzen und strukturell etwas verändern. Diesen Willen hat die Bundesregierung aber leider nicht. Ich finde das so brandgefährlich; denn wir dürfen jetzt nämlich nicht nur an heute denken, sondern müssen auch an morgen und übermorgen denken und die

strukturellen Herausforderungen annehmen: Klimakrise, Europa, soziale Ungleichheit. Dazu gehört aber auch die finanzielle Lage dieses Haushalts: Wenn man sich das anguckt, hat man das Gefühl, die Bundesregierung hat sich schon an stetig wachsende Überschüsse gewöhnt und will gar nicht mehr am Haushalt arbeiten. Aber was passiert denn, wenn die Konjunktur einmal abflaut, die Zinsen sich erhöhen oder globale Krisen sich zuspitzen – mit Auswirkung auf den Haushalt?

Wir sehen für 2019 schon, dass Sie hart an den Regeln der Schuldenbremse kratzen, den Spielraum fast ausschöpfen und alle Rücklagen in der Finanzplanung aufgebraucht werden. 2019 werden Sie eigentlich schon ein Defizit von fast 10 Milliarden Euro auf Kosten der Substanz haben. Das nenne ich eine fahrlässige Haushaltspolitik, die Sie hier machen. Sie ist deswegen so fahrlässig, weil Sie nämlich auch sonst nicht am Haushalt arbeiten. Sie könnten ja ein wirklich hartes Controlling bei Großprojekten einsetzen, zum Beispiel bei Rüstungsprojekten, beim BER oder bei Stuttgart 21. Es gibt genug Beispiele, an die man

rangehen muss.

Oder wo ist der Abbau von Subventionen? Wo ist eine gerechte Verbesserung der Einnahmeseite? Davon sieht man nichts, gar nichts bei Ihnen. Es ist alles Dienst nach Vorschrift. Und ich sage Ihnen: Das ist deutlich zu wenig für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Noch einmal an die Adresse der CDU/CSU: Es ist auch nicht besonders nachhaltig und solide, wenn Sie den Haushalt dauerhaft schwächen, indem Sie wieder Steuersenkungen für Besserverdienende fordern. Das geht zulasten des Fundaments des Haushalts und zulasten von wichtigen Investitionen. Auch das ist nicht gerecht und nicht solide.

Ich finde, gerade nach diesem Hitzesommer muss die Bundesregierung die Klimakrise doch endlich ernst nehmen – auch im Haushalt. Die Klimafrage brennt. Es geht jetzt um unsere Lebensgrundlagen. Sie geben aber jedes Jahr über 50 Milliarden Euro für klimaschädliche Subventionen aus, für den Diesel, für Plastiktüten, für Flugkonzerne, für die Agrarindustrie. Im Haushalt gibt es ein paar Millionen Euro für die Klimarettung, aber es gibt Milliarden für die Klimazerstörung. Wir sagen Ihnen: Das muss sich radikal ändern.

Wir brauchen solidere Finanzen und mehr Gerechtigkeit auch bei

der Rente. Aber was macht diese Regierung jetzt mit dem neuen Rentenpaket? Die Mütterrente II soll wieder systemfremd, zweckwidrig aus Beitragsmitteln finanziert werden. Ich sage Ihnen: Das schwächt die gesetzliche Rente. Das ist zudem zutiefst ungerecht. Gleichzeitig sagen wir Grünen aber auch: Die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus ist richtig; das unterstützen wir. Aber, Herr Scholz, ich finde, es ist wirklich ein Armutszeugnis, wenn Sie dann sagen, Sie wollen das Rentenniveau bis 2040 auf dem heutigen Niveau stabil halten. Auch dazu sagen wir: Das finden wir gut. Aber Sie legen kein Konzept dafür vor. Sie haben keine Ahnung, wie

**2019 wird es schon ein Defizit von fast 10 Milliarden Euro auf Kosten der Substanz geben.**

das finanziert werden soll. Ich finde, das sieht mehr nach vorgezogenem Wahlkampf aus als nach wirklich solider Finanzpolitik. Da muss man schon mehr machen, als Zeitungsinterviews geben, Herr Scholz.

Wir haben dafür Konzepte. Wir sagen Ihnen auch, wie das geht. Wir setzen uns schon lange für eine Bürgerversicherung in der Rente ein, damit die Finanzierungsbasis dauerhaft verbreitert werden kann, damit eben alle beitragen, Menschen mit hohem Kapitaleinkommen, Selbstständige und Beamte; aber auch wir Abgeordnete sollten zur gesetzlichen Rente beitragen. So kann man Solidarität dauerhaft organisieren. So kann man die gesetzliche Rente und das Rentenniveau dauerhaft stabilisieren. Diesem Haushalt fehlt leider der Wille zur Veränderung, um strukturell wirklich etwas voranzubringen. Deswegen werden wir in den Beratungen viele Vorschläge dazu machen, wie man diesen Haushalt noch sinnvoll aufstellen kann. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Die Grünen unterstützen die langfristige Stabilisierung der Renten und der Bürgerversicherung, so Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen).

© picture alliance/Bildagentur-online/Ohde

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Ingrid Arndt-Brauer (SPD), Prof. Dr. Harald Weyel (AfD), Dr. André Berghegger (CDU/CSU), Christian Dürr (FDP), Fabio De Masi (Die Linke), Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Schwarz (SPD), Olav Gutting (CDU/CSU) und Alois Rainer (CDU/CSU).

Generalaussprache zum Bundeshaushalt 2019 / 47. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 12. September 2018

Dr. Alexander Gauland, AfD:

## Uneinigkeit darüber, von wem die Gefährdung ausgeht



Alexander Gauland (\*1941)  
Landesliste Brandenburg

Der Bundesminister des Innern hat die Migration die Mutter aller Probleme genannt. Es gehört seit Monaten zum außenpolitischen Mantra der Bundesregierung – diese Mutter aller Probleme –, dass in Afrika und Asien Fluchtursachen bekämpft werden sollen. In diesem Zusammenhang ist es höchst verwunderlich, dass Unionspolitiker erklären, die Bundeswehr denke über einen Einsatz in Syrien nach. Das würde zweierlei bedeuten: Mit deutscher Beteiligung würden in Syrien neue Fluchtursachen geschaffen, und die Bundeswehr könnte in Kampfhandlungen mit russischen Streitkräften verwickelt werden.

Krieg, Auseinandersetzung mit Russland? Frau Merkel, ich hoffe nicht, dass Sie das wirklich riskieren wollen. Aber welche Strategie verfolgt die Bundesregierung wirklich? In Afghanistan, wo die Bundeswehr ebenfalls angeblich die Sicherheit Deutschlands verteidigt, haben die Taliban weite Teile des Landes wieder unter ihre Kontrolle gebracht. Seit 17 Jahren stehen deutsche Truppen dort, und je länger sie im Einsatz sind, desto mehr Afghanen kommen als Asylbewerber nach Deutschland. Bekämpfen wir damit tatsächlich Fluchtursachen? Ich fürchte, nein. Meine Damen und Herren – Zitat –: Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern. Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten. So steht es geschrieben im Wahlprogramm der CDU/CSU von 2002. Aber Sie haben nicht geklatscht. Das war eine korrekte Prognose.

Die Frage ist nur, verehrte Kollegen der Union: Warum haben Sie das nicht beherzigt?

Der innere Friede in unserem Land ist in der Tat gefährdet. Ein Riss geht durch unsere Gesellschaft. Ich glaube, da gibt es keinen Dissens. Ich fürchte allerdings, dass es erheblichen Dissens in der Frage gibt, von wem diese Gefährdung ausgeht. Sehen wir näher hin! Sonntag in Köthen: Zwei Afghanen schlagen einen Deutschen zusammen. Der Mann stirbt. – Samstag in Dortmund: Drei Männer, der Täterbeschreibung zufolge vermutlich Nordafrikaner, stechen einen Deutschen nieder. – Samstag in Mainz: Zwei Araber greifen einen Somalier mit Messern an und rauben ihn aus. – Samstag in Wiesbaden: Mehrere männliche Personen, die als dunkelhäutig beschrieben werden, belästigen junge Frauen. – Samstag in Fulda: Drei Schläger, der Beschreibung zufolge Südländer, verfolgen einen 52-Jährigen nach einem Discobesuch und schlagen ihn bewusstlos. Donnerstag in Friedberg: 16-jähriger Syrer sticht am Bahnhof auf einen 18-jährigen Landsmann ein. Meine Damen und Herren, ich breche hier ab.

Finden Sie nicht auch, liebe Kollegen von den Linken, dass es wieder Zeit wird für ein Konzert gegen rechts? Wie ideologisch verbohrt, wie verfangen im politischen Taktieren muss man sein, wenn die erste Reaktion auf die Ermordung eines Landsmanns die Sorge ist, der Tod könne dem politischen Gegner nutzen.

Ich wiederhole meine Frage: Wer gefährdet den inneren Frieden in diesem Land? Auf der linksextremen Webseite Indymedia ist unter dem Titel „bewaffnet euch!“ zu lesen – Zitat –: ein aufgesetzter schuss aus einer Gaspistole auf einen Nazi am Kopf oder am Herz ist sofort tödlich. Da braucht es keine Umstände um legal oder nicht an eine scharfe Pistole ranzukommen. Wer gefährdet den öffentlichen Frieden? Wenn man unseren politischen Mitbewerbern und ihren Einwänden zuhört, dann droht allerdings Gefahr von rechts. Schauen wir nach Chemnitz: Am Rande eines Volksfestes hatten sogenannte Flüchtlinge drei Chemnitzer mit Messern attackiert. Einer der drei verblutete an Ort und Stelle. Die beiden ande-

ren mussten schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Das Volksfest wurde abgebrochen. Wie beim folgenden Totschlag in Köthen besaß einer der Täter keine Aufenthaltsberechtigung. Hunderte Chemnitzer machten spontan von ihrem demokratischen Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch, taten ihre Empörung über die Folgen der Einwanderungspolitik der Kanzlerin kund. – Frau Merkel, Sie nannten das „Zusammenrottung“.

Das war übrigens ein Straftatbestand im Strafgesetzbuch der DDR. Die DDR-Presse bezeichnete die Proteste, die zum Zusammenbruch des SED-Regimes führten, als Zusammenrottung. Wenn Bürger von ihrem Grundrecht Gebrauch machen und die Regierungschefin dies im Duktus eines totalitären Staates brandmarkt, sollten bei uns allen in diesem Hause die Alarmglocken läuten.

Die ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Antje Hermenau, eine Leipzigerin, beschreibt die Situation so – Zitat –: Nach der Wende predigten sie uns strengsten Manchester-Kapitalismus: nur arbeiten und sparen. Dann kam die Finanzkrise, und plötzlich hatte es haufenweise Geld für die Griechen, die sich in – den Euro – hineinbetrogen hatten. Und heute die Flüchtlinge: Die bekommen Geld, ohne zu arbeiten.

Das empfinden die Leute als ungerecht. Zu Recht! So weit das Zitat von Frau Hermenau, Ihrer früheren sächsischen Vorsitzenden. Und, liebe Kollegen, wenn viele dieser Flüchtlinge dann auch noch Straftaten begehen, ist eben Schluss mit der Geduld.

Bei der spontanen Demonstration wurde das Motto der friedlichen Revolution von 1989 skandiert: „Wir sind das Volk!“ Unter den Demonstranten befanden sich auch ein paar aggressive Hohlköpfe, die „Ausländer raus“ riefen und den Hitlergruß zeigten. – Ja, das hat gar keiner bestritten. – Das ist unappetitlich und strafbar.

Aber es handelte sich um eine Minderheit, die weder repräsentativ für die gesamte Demonstration war, noch das Anliegen der Mehrheit der Demonstranten delegiti-

mieren kann.

Die „Ausländer raus“-Schreier und Hitlergruß-Zeiger sind doch die größte Hoffnung für Sie, meine Damen und Herren vom politisch-medialen Establishment. Wenn es diese Idioten und Dumpfbacken nicht gäbe, wenn nur die normalen Bürger demonstrieren würden, wäre das doch eine Katastrophe für Sie. Immer tauchen solche Figuren auf und produzieren die gewünschten Bilder. Während Sie, meine Damen und Herren zur Linken, Ursache und Wirkung verdrehen, fühlen sich viele Bürger nicht mehr sicher. So widerlich Hitlergrüße sind – ich erlaube mir, ins Gedächtnis zu rufen: Das wirklich schlimme Ereignis in Chemnitz war die Bluttat zweier Asylbewerber.

Doch statt die Bürger zu beruhigen und ihnen zuzuhören, goss ausgerechnet die Bundesregierung Öl ins Feuer. Sowohl die Kanzlerin als auch ihr Sprecher verbreiteten die Fake News, in Chemnitz sei es zu Hetzjagden auf Ausländer gekommen. Und die Medien zogen mit. Der Nachrichtenkanal n-tv – um nur ein Beispiel zu nennen – meldete, „bürgerkriegsgeile Neonazis“ hätten „ein Trümmerfeld“ aus Angst und Blut hinterlassen. „Unschuldige Menschen werden gehetzt und gejagt wie wilde Tiere.“ Das meldete n-tv ohne jeden Beleg. Hamburg ist ein gutes Argument.

Ich wiederhole meine Frage: Wer gefährdet den inneren Frieden? Die Wahrheit ist, es hat in Chemnitz keine Menschenjagden gegeben.

### Wer gefährdet den inneren Frieden in diesem Land?

Der sächsische Generalstaatsanwalt hat das bestätigt, der Ministerpräsident hat es bestätigt, die Polizeiberichte haben es bestätigt, die Lokalpresse, der Chefredakteur der „Freien Presse“ Chemnitz. Und am Ende hat ja selbst Herr Seibert im Namen seiner Chefin die Unterstellung halb zurückgenommen.

Tatsächlich war die Polizeibilanz in Chemnitz nicht anders als bei einem mittleren Bundesligaspiel. Die Angriffe von Linksextremisten auf Polizisten im Hambacher Forst mit Steinen und Molotowcocktails am gleichen Sonntag waren sehr viel härter. Ein Beamter musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Weder Frau Merkel noch Herr Seibert hielten das auch nur für erwähnenswert.

Stattdessen werden demonstrierende Bürger unterschiedslos kriminalisiert. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet will „aufhören mit diesen

verständnisvollen Reden, das seien alles besorgte Bürger“. Er hat gewissermaßen der bürgerlichen Mitte die Kündigung ausgesprochen.

Sogar der Verfassungsschutzpräsident wird angegriffen, weil er erklärt hat, es lägen keine belastbaren Informationen darüber vor, dass es in Chemnitz Hetzjagden gegeben habe. Was seither über Herrn Maaßen ausgekübelt wird, lässt sich nur so interpretieren: Die oberste Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Teilnahme am Kampf gegen rechts. – Das hätten Sie gerne. Es ist aus dieser Perspektive folgerichtig, dass unsere politischen Mitbewerber den Verfassungsschutz dazu nötigen wollen, die AfD zu überwachen. Wissen Sie was? Wir haben kein Problem damit. Wir haben nichts zu verbergen. Je mehr sich der Verfassungsschutz mit uns beschäftigt, desto klarer wird sein, dass nicht die AfD die Verfassung gefährdet.

Sie versuchen, die Opposition zu kriminalisieren, indem Sie eine Art Volksfront gegen die AfD aufbauen. Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass noch nie in der Geschichte eine Volksfrontpolitik Erfolg gehabt hat. Sie tun so, als hätten wir nur die Wahl zwischen Multikulturalismus und Faschismus. Dass man auch leben kann wie die Schweizer oder die Dänen oder die Schweden, kommt Ihnen anscheinend nicht in den Sinn.

Frau Merkel, Sie haben, als Sie die Hetzjagdenunterstellung zurücknehmen mussten, gesagt, es habe Hass gegeben. Hass ist erstens keine Straftat und hat zweitens in der Regel Gründe. Warum hat es, um in Ihrer merkwürdigen Diktion zu bleiben, Hass gegeben? Weil die Chemnitzer schlechte Menschen sind oder weil sie sich als Opfer einer falschen Politik begreifen? Hassen diese Leute aus Bösartigkeit grundlos? Man wird auf irgendeine Form von Selbstkritik, liebe Frau Merkel, wohl vergeblich warten. Aber halten wir es mit Montesquieu: Nicht der Mensch ist zu klein, das Amt ist zu groß. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben diesem Lande und seinen Bürgern nichts mehr anzubieten außer Sturheit, Rechthaberei und Beschimpfungen. Verbarrikadieren Sie sich im Bundeskanzleramt nur weiter vor der Wirklichkeit. Ich wiederhole meine Frage: Wer gefährdet den inneren Frieden in diesem Land? Wir nicht! Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Abgeordnete der AfD erheben sich)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

## Bundeshaushalt zeigt erste Maßnahmen



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lebt und arbeitet für ein gutes und tolerantes Miteinander; davon bin ich zutiefst überzeugt. Ich sehe es als meine Aufgabe und die Aufgabe aller politisch Verantwortlichen an, all diejenigen zu unterstützen, die unser Land jeden Tag durch ihre Arbeit und durch ihr Leben voranbringen. Die Zahlen belegen es im Übrigen auch: Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt, und Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Und dennoch: Viele Menschen in unserem Land sorgen sich in diesen Tagen um den Zusammenhalt von uns allen. Ich bin auch ganz sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr genau beobachten, in welcher Art und Weise wir den politischen Dialog führen – im Land wie auch hier im Deutschen Bundestag. Da haben wir alle eine große Verantwortung. Besonders aufgewühlt haben uns in den letzten Wochen schwere Straftaten, bei denen die mutmaßlichen Täter Asylsuchende waren, die zu uns nach Deutschland gekommen sind. Solche Taten machen mich betroffen und machen uns alle betroffen. Wir trauern mit den Angehörigen, wir sind empört über die Straftaten. Solche Taten müssen aufgeklärt, die Täter vor Gericht gestellt und mit der Härte des Gesetzes bestraft werden. Genau so sieht es unser Rechtsstaat vor. Viele Bürgerinnen und Bürger, die durch Demonstrationen gezeigt haben, wie aufgewühlt sie sind, haben dabei ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Recht genutzt, und wir als Politiker sind verpflichtet, ihre Anliegen ernst zu nehmen und Missstände zu beheben. Ich kann jeden verstehen, der darüber empört ist, wenn sich nach Tötungsdelikten einmal mehr herausstellt, dass die Straftäter sind, die schon mehrere Vorstrafen ha-

ben, oder Menschen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind. Hier haben wir eine Aufgabe zu lösen. An dieser Aufgabe arbeiten wir in aller Entschiedenheit gemeinsam mit den Bundesländern und der Bundesregierung. Der Bundesinnenminister hat dazu weitere Maßnahmen vorgelegt, und wir sind uns unserer Verantwortung dafür bewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sosehr ich die Empörung und das Unverständnis verstehe und teile, lasse ich nicht gelten, dass dies eine Entschuldigung für menschenverachtende Demonstrationen ist. Nein, es gibt keine Entschuldigung und Begründung für Hetze, zum Teil Anwendung von Gewalt, Naziparolen, Anfeindungen von Menschen, die anders aussehen, die ein jüdisches Restaurant besitzen, Angriffe auf Polizisten. Und begriffliche Auseinandersetzungen darüber, ob es nun Hetze oder Hetzjagd ist, helfen uns dabei wirklich nicht weiter, meine Damen und Herren.

Das kann doch nur eines heißen: Dem stellen wir uns entschieden entgegen, und zwar ganz im Geiste von Artikel

1 unseres Grundgesetzes:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Artikel 1 gilt für jeden Menschen, und wer dagegen verstößt, der legt die Axt an die Wurzel unseres Zusammenlebens. Wer dagegen verstößt, stellt sich gegen unsere Werte von Einigkeit und Recht und Freiheit. Die aber sind unseres Glückes Unterpfand.

Deshalb darf es bei der Achtung der Menschenwürde auch keinen Rabatt geben – für niemanden –, und deshalb führen Relativierungen in die Irre.

Deshalb ist der Rechtsstaat hier in seinem Kern gefordert – mit den Sicherheitskräften, mit unabhängigen Gerichten, mit allen Institutionen einer lebendigen Demokratie und einer wehrhaften Zivilgesellschaft.

Ich danke allen, die dafür arbeiten: den Polizistinnen und Polizisten und allen Sicherheitskräften, den Richtern, den Staatsanwälten und auch den Beschäftigten an den Gerichten, genauso denen, die in unseren Haftanstalten ihren Dienst tun, was alles andere als einfach ist, meine Damen und Herren. Ich danke den Haupt-

und Ehrenamtlichen in unseren demokratischen Institutionen und Verbänden. Überall gibt es glücklicherweise viele von ihnen, überall in unserem Land. Deshalb sind auch Pauschalurteile über ganze Gruppen oder Landstriche wie Sachsen oder die neuen Bundesländer falsch und völlig unangebracht.

Das gilt genauso für die vielen Flüchtlinge, die hier friedlich mit uns leben. Ich danke an einem solchen Tag ganz besonders auch den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der Flüchtlingsarbeit, die es alles andere als leicht haben in diesen gesellschaftlichen Diskussionen.

Wir werden nicht zulassen, dass klammheimlich ganze Gruppen in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden: Juden, Muslime gehören genauso wie Christen und Atheisten zu unserer Gesellschaft, in unsere Schulen, in unsere Parteien, in unser gesellschaftliches Leben. Ich bin dankbar für jeden, der sich für unsere Demokratie engagiert, meine Damen und Herren.

Die Frage, ob wir darüber Konsens haben, entscheidet über unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dann, wenn wir da ein gemeinsames Fundament haben, können wir über all die anderen wichtigen Fragen sprechen, die die Menschen in unserem Land bewegen.

Es gelten bei uns Regeln. Und diese Regeln können nicht durch Emotionen ersetzt werden. Das ist das Wesen des Rechtsstaates. Weil wir uns bewusst sind, dass dieser Rechtsstaat herausgefordert ist, haben wir in unserer Koalitionsvereinbarung einen Pakt für den Rechtsstaat vereinbart. Dieser Bundeshaushalt zeigt erste Maßnahmen. Noch einmal 3 000 neue Stellen für Sicherheitsbehörden, knapp 50 Millionen Euro mehr für die Ausstattung und Ausrüstung der Bundespolizei, 85 Millionen Euro für die Digitalisierung der Polizeiarbeit, Investitionen in die Cybersicherheit. Das sind wichtige, richtige Signale. Und wir werden mit den Bundesländern auch über die Ausstattung von Gerichten und anderen Justizbehörden weiter intensiv sprechen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf einen funktionierenden Rechtsstaat, auch in der täglichen Praxis, meine Damen und Herren.

Wir beraten heute über den Haushalt für das Jahr 2019. Dahinterliegende Aufgaben gehen natürlich weit über das nächste Jahr hinaus. Teil dieser Beratungen ist auch die mittelfristige Finanzplanung. Wir haben uns daran gewöhnt, aber ich will es trotzdem noch einmal sagen: Es ist der fünfte Haushalt in Folge ohne neue Schulden. Das ist ein Hinweis und eine gute Nachricht für die junge Generation.

Wir haben ein steigendes Bruttoinlandsprodukt seit über 13 Quartalen. Die Unternehmensinsolvenzen sind auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der neuen Insolvenzordnung. Im Herbst dieses Jahres werden voraussichtlich erstmals über 45 Millionen Menschen erwerbstätig sein. Wir können alle gemeinsam stolz auf diese Bilanz sein.

Unsere grundsätzlichen Ziele bleiben. Seit Bestehen der Bundesrepublik arbeiten wir unverändert für Frieden, für Freiheit und für Wohlstand; und das jetzt schon im 70. Jahr der sozialen Marktwirtschaft. Heute wissen wir: Unser Wohlstand entscheidet sich nicht mehr alleine durch uns und unsere Arbeit in Deutschland, sondern wir sind verbunden im Rahmen des Binnenmarktes der Europäischen Union. Wir sind verbunden mit anderen Ländern. Das heißt, sich um andere zu kümmern, mit anderen zusammenzuarbeiten, auf ein multinationales funktionierendes System zu setzen, ist in unserem ureigenen Interesse. Wenn wir auf zehn Jahre Weltwirtschaftskrise und Finanzkrise zurückblicken, wie es der Bundesfinanzminister gestern gemacht hat, wird uns das noch einmal bewusst.

Weil das so ist, stellt sich die Frage: Wie viel investieren wir im eigenen Land, und wie viel setzen wir für Entwicklungszusammenarbeit ein? Das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, in der es um Wohlstand für unser Land geht.

Auch die Freiheit muss immer wieder erarbeitet werden, und durch die Digitalisierung ist sie herausgefordert. In einer digitalen Gesellschaft geht es um große Datenmengen, um Datensicherheit,

um Datenschutz – völlig neue Anfragen an unsere Freiheit. Deshalb ist die Datenethikkommission, die wir eingerichtet haben, genau die richtige Antwort darauf.

Auch um Frieden zu sichern, brauchen wir völlig neue Instrumente. Wir selbst müssen uns dafür stärker einsetzen. Allein mit der Haltung, dass wir uns überall heraushalten, wird es nicht gehen. Unsere Maxime zur Friedenssicherung heißt immer: Vornean stehen die

politischen Bemühungen.

Deshalb setzen wir uns natürlich in Syrien dafür ein, und zwar in der Small Group zusammen mit der Astana-Group unter der Federführung der Vereinten Nationen. Aber einfach zu sagen, wir könnten wegsehen, wenn irgendwo Chemiewaffen eingesetzt werden und eine internationale Konvention nicht eingehalten wird, kann auch nicht die Antwort sein. Alle Antworten, die wir geben, werden immer auf der Ebene des Grundgesetzes und im Rahmen unserer parlamentarischen Verpflichtung sein. Das ist doch vollkommen klar. Aber von vornherein einfach Nein zu sagen, egal was auf der Welt passiert, kann nicht die deutsche Haltung sein, liebe Freundinnen und Freunde.

Wohlstand, Freiheit, Frieden – das ist das, was die Menschen von uns erwarten, und sie haben alle einen ganz speziellen Blickwinkel. Deshalb hat dieser Haushalt auch so viele Facetten. Da ist zuerst einmal der Wunsch nach Stabilität, nach vergleichbaren Lebensbedingungen und nach Entlastungen, wo immer das möglich ist, damit die Menschen ihr Leben eigenständig gestalten können.

Da haben wir gute Nachrichten in diesem Haushalt: Familien und Berufstätige werden entlastet. Wir erhöhen das Kindergeld, wir erhöhen die entsprechenden Steuerfreibeträge, wir bereinigen die Einkommensteuer um die kalte Progression. Das sind in 2019 und 2020 insgesamt Entlastungen von 10 Milliarden Euro. Für alle Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung wird die Parität wieder eingeführt. Das ist eine Entlastung von 8,3 Milliarden Euro für die Beitragszahler pro Jahr. Wir werden – so ist das in der mittelfristigen Finanzplanung dargelegt – den Solidaritätszuschlag ab 2021 für 90 Prozent der Zahler des Solidaritätszuschlages abschaffen. Das ist noch einmal eine Entlastung von 10 Milliarden Euro.

Natürlich sagen manche: Ihr schafft auch Mehrbelastungen, zum Beispiel in der Pflege. – Aber da haben wir eine gute Nachricht: Durch die sehr gute Beschäftigungssituation können wir den Arbeitslosenversicherungs-

beitrag zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte senken, was dann die Mehraufwendungen in der Pflege kompensiert. Diese Mehraufwendungen für die Bürgerinnen und Bürger; denn die Fragen: „Wie geht es mir im Alter?“ und „Wie behandeln wir diejenigen, die pflegen?“ gehören zu den zentralen Fragen

**Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt.**

**Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf einen funktionierenden Rechtsstaat.**

hinsichtlich Gerechtigkeit in unserem Land.

In der nächsten Woche haben wir eine ganz wichtige Veranstaltung, bei der es um Lebensbedingungen geht: den Wohngipfel. Dort werden wir ein Paket für das Wohnen und rund um das Wohnen vorstellen, das seinesgleichen sucht. Wir wissen, dass das Thema Wohnen insbesondere in den Ballungsgebieten eine riesige Herausforderung für Millionen von Menschen ist. Bezahlbare Mieten – das ist die berechnete Erwartung, weil das auch etwas mit Sicherheit im Leben zu tun hat.

Uns geht es auf der einen Seite darum, Mieterinnen und Mieter zu schützen und ihnen auch Rechte einzuräumen, auf der anderen Seite geht es aber vor allen Dingen darum, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Da haben wir gute Nachrichten: Zum Ersten wird der soziale Wohnungsbau verstärkt. Der Bund beteiligt sich mehr, als er sich das eigentlich vorgenommen hatte. Zum Zweiten wird eine Sonder-AfA eingeführt, die dafür sorgt, dass die, die investieren wollen, auch investieren können. Zum Dritten ist die Nachricht für die Familien, dass wir das Baukindergeld einführen, ein ganz wichtiges Mittel, um ihnen Wohneigentum zu ermöglichen. Das alles sind Beiträge dazu, dass wir sagen können: Wir werden in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür schaffen, dass 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden können. Dazu gehören auch Verfahrenserleichterungen, schnellere Baulandbereitstellung und Ähnliches. Genau das werden wir am 21. September besprechen. Das ist eine gute Nachricht für viele, viele Menschen in unserem Land.

Wir wissen, dass die Alterssicherung eine der großen Herausforderungen ist, und zwar sowohl angesichts der demografischen Veränderungen als auch angesichts der Erwartungen der Menschen, wie ihr Leben nach der Erwerbstätigkeit aussieht. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die sich

mit der Rente nach der Zeit von 2025 beschäftigen wird. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der in Kürze hier beraten werden wird, mit einem konstanten Rentenniveau bis 2025, mit einer verbesserten Erwerbsunfähigkeitsrente und mit einer verbesserten Mütterrente. Das sind drei Botschaften von großer Bedeutung für Millionen von Menschen. Hier haben wir Wort gehalten, und im Haushalt ist genau das abgebildet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Pflege – das spüren wir alle – beschäftigt fast jede Familie

im Land. Ich selber habe in den letzten Monaten Pflegeheime besucht, und ich weiß, welche herausragende Arbeit dort geleistet wird. Vieles liegt noch im Argen, und daran arbeiten wir. Aber eine Botschaft, die diejenigen, die in der Pflege arbeiten, mir gegenüber immer wieder geäußert haben, war: Bitte redet doch auch einmal darüber, dass unser Beruf ein schöner Beruf ist, ein anspruchsvoller Beruf ist, ein Beruf ist, in dem die älteren Menschen uns auch etwas geben! Ihr redet darüber immer nur, als sei das eine Arbeit, die man doch eigentlich fast gar nicht machen kann. Tut etwas für das Berufsbild derer, die pflegen! – Ich finde, dafür gibt es allen Grund, und genau das wollen wir auch tun.

Jetzt kommt natürlich die Frage der Bezahlung; aber ich sage Ihnen: Meine Gespräche haben ergeben: Die Bezahlung ist ein wichtiger Punkt, die Arbeitszeit ist ein mindestens genauso wichtiger Punkt, die Frage, ob man eine Ausbildungsvergütung kriegt, ist ein solcher Punkt – das haben wir jetzt alles angepackt –, aber genauso wichtig ist die Achtung und Beachtung dieses Berufs. Das ist mir im Übrigen auch neulich im Gespräch mit Lehrerinnen und Lehrern so gegangen; das gilt für Pflegekräfte in den Krankenhäusern. Das sind Menschen, die eine tolle Arbeit machen, die aber auch einen tollen Beruf haben, und das sollten wir vielleicht stärker herausstellen, meine Damen und Herren.

Wir nehmen natürlich auch den Blickwinkel derer ein, die von Auswirkungen der Digitalisierung betroffen sind. Hier werden wir in Kürze eine Weiterbildungsstrategie verabschieden. Wir werden uns fragen: Was bedeutet dieser Umschwung für diejenigen, die heute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind? Wir müssen uns um die Infrastruktur kümmern. Wir müssen uns mit den Gefahren und dem Thema der Cybersicherheit auseinandersetzen. Aber wir müssen vor allen Dingen ab und zu auch

mal den Blick über unseren Tellerand hinaus wagen. Heute gab es gerade eine Statistik zu lesen, nach der wir bei den digitalen Dienstleistungen in der öffentlichen Verwaltung in Europa laut Mitteilung der Kommission auf Platz 21 sind. Das kann uns nicht zufriedenstellen. Deshalb ist die Schaffung eines Bürgerportals von Bund, Ländern und Kommunen eine der zentralen Aufgaben dieser Legislaturperiode. Es reicht nicht, nur die Infrastruktur auszubauen – das werden wir tun –, sondern genau da muss auch weitergearbeitet

werden.

Wenn man in China ist, dann sieht man, dass wir nicht das wollen, was dort stattfindet: eine totale Überwachung, eine soziale Beobachtung – das möchte ich auf gar keinen Fall. Auch Digitalisierung kennt Werte. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, in welcher Form dort Plattformen genutzt werden, in welcher Form dort Start-ups entstehen, in welcher Geschwindigkeit sie entstehen, das kann uns nicht kaltlassen, weil das über unsere Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft entscheidet. Deshalb müssen wir bei der Digitalisierung auch Tempo machen, und genau das macht die Bundesregierung mit dem Digitalrat, mit den neuen Strukturen, bei der IT des Bundes. Und ja, wenn man sich die Dinge anguckt, dann erkennt man, dass es erst einmal komplizierter und die Aufgabe vielleicht größer wird; aber wir gehen diese Aufgabe an, damit wir in unserem Lande ein modernes Dienstleistungssystem haben, das dem digitalen Zeitalter auch wirklich entspricht, meine Damen und Herren.

Hier werden wir im Übrigen nur erfolgreich sein können, wenn wir dies auch zusammen in Europa machen. Deshalb investieren wir gemeinsam in Forschung und Entwicklung. Deshalb haben Deutschland und Frankreich gesagt: Wir brauchen eine Agentur, die sich auch mit vollkommen ungewöhnlichen Erfindungen, disruptiven Innovationen, beschäftigt. – Das haben wir auch auf der Bundesebene gemacht. Da gibt es dann auch viele Diskussionen: Was soll denn das wieder? Wir müssen offen sein für alle Möglichkeiten, neue Wege zu gehen, weil das die Voraussetzung dafür ist, dass unsere heutige industrielle Stärke morgen noch unsere Stärke ist, die Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Lande schafft.

In diesem Zusammenhang werden wir auch weiter auf internationale Fachkräfte angewiesen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist von zentraler Bedeutung, und deshalb freue ich mich, dass wir in Kürze die Eckpunkte für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz beschließen werden und bis Jahresende ein solches Gesetz vorlegen; denn zum Teil sind die Diskussionen unserer Unternehmerinnen und Unternehmer im Lande stärker darauf ausgerichtet, ob wir Fachkräfte bekommen, als dass es um Steuererleichterungen geht. Es darf nicht sein, dass Unternehmen unser Land deshalb verlassen, weil sie keine Beschäftigten mehr fin-

den. Hier müssen wir etwas tun, und die Koalition hat sich genau dazu entschlossen, meine Damen und Herren.

Und dann haben wir eine Vielzahl von Problemen zu lösen. Wir haben es mit der Zukunft Deutschlands in der Europäischen Union zu tun. Zur Stunde hält Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament seine Ansprache an die „Union“, wie es so schön heißt, also an die Europäische Union. Meine Damen und Herren, ich bin zutiefst überzeugt: Deutschlands Zukunft wird nur dann eine gute sein, wenn auch Europa einen guten Weg geht. Das hört sich so trivial an, das ist es aber nicht.

Olaf Scholz hat gestern dargelegt, welchen Weg wir in der internationalen Finanzkrise und später in der Euro-Krise gegangen sind. Das war ein Weg, der durchaus umstritten war: Sollen wir Banken retten? Wir haben es getan, um für die Bürgerinnen und Bürger den Zahlungsverkehr und um für unsere Unternehmen die Finanzierung aufrechtzuerhalten. Sollen wir anderen Euro-Staaten helfen? Geht uns das etwas an? Wir haben uns nach harten Diskussionen immer wieder entschieden: Ja, wir tun es, weil der Euro-Raum für uns gemeinsam ein Mehrwert ist und weil die Zusammenarbeit in Europa uns stärker macht, auch im internationalen Gefüge.

Zu den Vorwürfen gegenüber Deutschland wegen unseres Außenhandelsüberschusses und vielem anderen mehr muss ich sagen: Ich bin dankbar, dass wir ein Teil Europas sind und dass Handelsgespräche durch die Europäische Kommission für alle europäischen Länder zusammen geführt werden, dass wir eine gemeinsame Währung haben und dass man im Euro-Raum nicht gegen eine einzelne Währung spekulieren kann. Das macht uns stärker, und das ist auch zum Nutzen Deutschlands. Zu der These, wir würden anderen dauernd etwas geben: Es ist in unserem Interesse, für ein starkes Europa zu sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei der Frage des Euro geht es um Geld, um Prinzipien – wichtig! –, aber noch intensiver stellt sich die Frage: Wie wollen wir die Probleme der Migration, der illegalen Migration und der Flüchtlinge lösen? Für den Zusammenhalt der Europäischen Union scheint mir dies eine weitaus größere Herausforderung zu sein als das, was wir in der Euro-Krise erlebt haben.

Es ist im Grunde – Wolfgang Schäuble hat es gestern gesagt – wieder ein „Rendezvous mit der

Globalisierung“. Schon die Euro-Krise war ein Rendezvous mit der Globalisierung. Jetzt sind die Herausforderungen noch größer, und die Frage ist: Wie reagieren wir darauf? Gelingt es, Europa in einer solchen Situation zu zerstören, zu fragmentieren, jeden wieder auf sich selbst zurückfallen zu lassen, oder gelingt das nicht?

Im Mai 2019 steht die Europawahl an, bei der genau diese Frage zur Debatte stehen wird.

Bei dieser Europawahl wird es um die Frage gehen: Wo und wie lösen wir die Probleme, und schaffen wir das zusammen? Dabei ist ganz klar: Wenn Europa einfach sagt: „Wir schotten uns ab, und wir kümmern uns nicht um das, was in unserer Nachbarschaft passiert“, dann wird das schiefgehen. Das ist schon im Zusammenhang mit Syrien und Irak und den vielen Flüchtlingen, die zu uns kamen, schiefgegangen. Denn es hat sich auch dort gezeigt: Wenn du dich vor Ort nicht darum kümmerst, dass es den Menschen gut geht, dann machen sie sich auf den Weg.

Das gilt ebenso mit Blick auf Afrika, unseren Nachbarkontinent. Es geht um ein dauerhaftes und langfristiges Vorgehen. Und da ist es eine gute Nachricht, dass wir mehr für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Ich möchte dem Entwicklungsminister ausdrücklich für die vielen Aktivitäten danken.

Ich war jüngst in Afrika und eines ist spürbar: Entwicklungszusammenarbeit ist Schritt Nummer eins, aber es ist nicht mit der Arbeit getan, wenn die jungen Menschen ein tolles Training bekommen, aber anschließend keinen Arbeitsplatz haben. Sie sind dann super in der Landwirtschaft ausgebildet, aber leider gibt es kein wirtschaftliches Rückgrat dieser Länder. Deshalb werden wir uns verstärkt – und die Bundesregierung tut das ja auch – damit auseinandersetzen müssen: Wie machen wir aus klassischer Entwicklungszusammenarbeit wirtschaftliche Entwicklung?

Da muss man leider sagen, dass andere einen sehr klaren Weg gehen. Auf dem letzten China-Afrika-Gipfel wurden 60 Milliarden Dollar in den nächsten drei Jahren für Investitionen in die afrikanische Infrastruktur vereinbart. Das ist eine Hausnummer. Jedes afrikanische Land sagt uns: Ihr braucht überhaupt nicht mehr mit einem interessierten Unternehmen zu kommen, wenn ihr uns nicht ein Finanzierungskonzept mitbringt. Diese Finanzierungskonzepte müssen wir erarbeiten. Wir müssen uns überlegen: Wo können wir Zinszuschüsse geben, wo können wir vielleicht Krediter-

Fortsetzung auf nächster Seite

**Wir wissen, dass die Alterssicherung eine der großen Herausforderungen ist.**

**Deutschlands Zukunft wird nur dann eine gute sein, wenn auch Europa einen guten Weg geht.**

leichterungen geben, wie können wir das mit Entwicklungszusammenarbeit verbinden? Dazu haben wir die KfW, sie hat die entsprechende Entwicklungsbank. All das werden wir verstärken. Dazu arbeitet die Bundesregierung mit allen Ressorts zusammen. Das ist wirklich dringend notwendig, um Entwicklung in Afrika auf den Weg zu bringen.

Ende Oktober – Wolfgang Schäuble hat es während unserer G-20-Präsidentschaft begonnen; das setzen wir fort, obwohl wir nicht mehr allein verantwortlich sind, sondern wir machen das mit Weltbank und Internationalem Währungsfonds – werden wir die Länder, die einen Compact with Africa, also eine Reformpartnerschaft, eingegangen sind – das sind etwa zehn afrikanische Länder –, zu uns zu einem großen Wirtschaftsforum einladen, um für Investitionen zu werben. Wir

werden die deutsche Wirtschaft aufrufen, zu investieren; denn die Unternehmen haben zum Teil immer noch den Eindruck – das soll kein Pauschalurteil sein –: Das Afrika des heutigen Tages ist so wie das Afrika vor 30 Jahren. – Das ist es nicht mehr. Afrika ist ein toller Kontinent, ein junger Kontinent, ein Kontinent mit den zukünftigen Märkten. Ich kann die deutsche Wirtschaft nur einladen, sich mehr für Afrika zu interessieren. Wir werden versuchen, dem im Oktober einen Schub zu geben.

Kampf gegen illegale Migration bedeutet natürlich auch, dass wir den Außengrenzenschutz stärken. Jean-Claude Juncker wird dazu Vorschläge machen. Er hat schon Vorschläge gemacht: Verstärkung von Frontex.

Das bedeutet aber auch – dafür trete ich zumindest ein –, dass die Staaten, die an der Außengrenze

liegen, nationale Kompetenzen abgeben, um Frontex wirklich mit umfassenden Kompetenzen auszustatten. Und das bedeutet eben auch ein Maß an Solidarität, wenn es darum geht, dass Menschen zu uns kommen, oder wenn wir Verpflichtungen haben, zum Beispiel legale Migration zu ermöglichen oder den Ländern zu helfen, die wirklich in Not sind. Das, meine Damen und Herren, bleibt der wunde Punkt der Europäischen Union. Dafür haben wir noch keine Lösung gefunden. Deutschland ist bereit, sich in diese Solidarität einzureihen. Auch das wird während der österreichischen Präsidentschaft ein weiteres Thema sein.

So kann man sagen, dass wir insgesamt vor riesigen Herausforderungen stehen, aber auch, dass wir mit diesem Bundeshaushalt diese Herausforderungen ganz bewusst angehen, was Rente, Pflege, Krankenversicherung angeht, was Entlastungen angeht, was Investitionen in Forschung angeht, was Investitionen in Infrastruktur

### Wir werden die deutsche Wirtschaft aufrufen, zu investieren.

angeht. Der Bundesverkehrsminister hat gestern mit Ihrer aller Hilfe die Infrastrukturgesellschaft für die deutschen Autobahnen gegründet. Meine Damen und Herren, das ist ein großes

Projekt, das uns in die Lage versetzen wird, das Geld, das wir haben, schneller auszugeben. Das ist ein Schritt, der absolut gewürdigt werden muss.

Wir müssen – das glaube ich zutiefst – ab und zu auch über das

sprechen, was uns gelingt.

Wir können immer kritisch sein, wenn es um das geht, was uns alles nicht gelingt; aber wenn wir den Menschen nicht sagen, was gelingt, dann werden sie auch nicht verstehen, wo wir besser werden. Deshalb wird es eine gemeinsame Aufgabe sein – zumindest derjenigen, die gemeinsam für dieses Land kämpfen –, zu sagen: Ja, wir wissen, dass vieles noch nicht erreicht ist, wir wissen, dass es noch viele Mängel gibt; aber wir stellen uns den Herausforderungen, und wir kommen Schritt für Schritt voran. – Das ist unser Auftrag, unser Anspruch, und das werden wir auch einlösen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Christian Lindner, FDP:

## Es braucht einen Plan zur Lösung der Probleme



Christian Lindner (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Was für ein Bundeshaushalt! 356,8 Milliarden Euro, über die wir hier entscheiden. Was für eine wirtschaftliche Lage, in der wir sind! Rekordzahlen bei der Beschäftigung, prosperierende, dynamisch wachsende Staatseinnahmen, volle Sozialkassen, niedrige Zinsen. Was für eine außergewöhnliche ökonomische Situation, die sich mutmaßlich in dieser Form alleine aufgrund des demografischen Wandels kein zweites Mal wiederholen wird.

In dieser Situation rühmt sich die Koalition – der Bundesfinanzminister gestern, die Bundeskanzlerin heute –, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden, dass eine schwarze – oder ich sage besser: eine rote – Null erreicht wird. Nachhaltige Haushaltspolitik haben Sie falsch verstanden und unsere Verfassung auch. Es gibt keine Pflicht, alles Geld auch wirklich auszugeben. Das ist nicht

verantwortliche Finanzpolitik. Es muss auch eine gestaltende Finanzpolitik geben, die die Möglichkeiten für Investitionen und vor allen Dingen für Entlastungen nutzt, wenn sie gegeben sind.

Die Weltlage ändert sich; das wissen wir alle. Die Frau Bundeskanzlerin hat hier ja eben über einige Impressionen gesprochen. Die Bundesregierung bereitet sich auf einen harten Brexit vor, entnehmen wir den Medien – leider nicht den Antworten auf Große Anfragen der FDP-Bundestagsfraktion. Wir haben immer noch einen schwelenden Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten. Nicht überall sind wir technologisch spitze. Ich könnte diese Liste weiter fortsetzen.

Die Weltlage ändert sich, und die Grundlagen für unseren zukünftigen Wohlstand werden heute gelegt. Erstens wäre das durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit möglich, zweitens durch Anstrengungen bei Bildung und Forschung. Drittens müsste man bei der Digitalisierung wirklich Tempo machen. Viertens brauchen wir eine flexible Form sozialer Absicherung, die auf Dauer finanzierbar ist, und fünftens einen gestaltenden Schritt in ein Jahrzehnt der Erneuerung Europas.

Niemals wäre es leichter, dass sich unser Land neu erfindet. Nichts aber passiert. Es wäre möglich, dass der Soli ab 2020 entfällt, wenn jetzt auf das Baukindergeld und andere Subventionen verzichtet würde. Es wäre möglich, alte

Schulden zu tilgen und das Risiko steigender Zinsen zu minimieren, wenn jetzt nicht benötigte Rücklagen und Sondervermögen aufgelöst würden.

Es wäre möglich, in Digitalisierung, Forschung und Bildung zu investieren, wenn unnötige Staatsbeteiligungen wie an der Telekom schrittweise aufgelöst würden. Wir haben das alles vorgerechnet. Das, was Sie vorgelegt haben, ist ein Haushalt der verpassten Chance. Eigentlich muss man es schärfer sagen: Es ist ein Haushalt der fahrlässig verweigeren Gestaltung, meine Damen und Herren.

Im nächsten Jahr werden wir bei Steuern und Abgaben Vizeweltmeister sein. Beim Fußball sind wir in der Vorrunde ausgeschieden. Umgekehrt wäre besser gewesen. Mindestens für eines von beidem tragen Sie politische Verantwortung.

Im Grunde könnte man jetzt über alles noch im Detail weitersprechen, die ganzen Punkte könnte man vertiefen. Aber es macht de facto keinen Sinn, weil wir hier schon wieder ausschließlich über Migration sprechen. Ich glaube, dass die Menschen im Land dafür auch kein Verständnis haben, wie hier argumentiert, wie hier debattiert wird. Ich glaube, dass wir eine Chance verspielen, auch für die politische Auseinandersetzung, wenn wir uns nur mit den ritualisierten Empörungen der AfD und auch der ritualisierten Antwort darauf beschäftigen. Dafür haben die Menschen im Land kein Verständ-

nis. Wir reden wieder nur über Migration. Die letzte Haushaltsberatung, diese Haushaltsberatung: Es geht um Migration.

Herr Gauland, Sie fragen, was den inneren Frieden in unserem Land gefährdet. Diese Frage nehme ich gerne auf. Natürlich ist der innere Frieden in unserem Land bedroht.

Ich bestreite nicht, dass es manche gibt, die auf dem linken Auge blind sind; ich denke an die G-20-Krawalle bei Olaf Scholz in Hamburg.

Ich halte es im Übrigen auch nicht für klug, dass Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen ihren Parteitag auf dem Widerstandsacker auch der Autonomen beim Hambacher Forst abhalten. Das trägt nicht zur Deeskalation bei.

Also, es gibt manche, die sind auf dem linken Auge blind. Aber Sie sind auf dem rechten Auge blind. Sie wollen Probleme nicht lösen, sondern Sie wollen aus Problemen politisches Kapital schlagen. Sie wollen nicht Politik verändern, sondern Sie stellen die Legitimation unseres demokratischen Systems infrage. Die Gewalttaten in Chemnitz und Köthen sind kein Anlass für einen Rechtsruck in

unserem Land, sondern für die Stärkung des Rechtsstaats; das haben Sie nicht verstanden.

Selbstverständlich haben wir ein Rumoren in der Gesellschaft; davor kann man doch überhaupt nicht die Augen verschließen. Wir kriegen doch alle mit – wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, bekommt es doch mit –, welches Rumoren es in der Gesellschaft gibt.

In den Parteien ja auch: Die

Sammlungsbewegung von Frau Wagenknecht, warum gibt es die denn? Weil sie der internationalistisch aufgestellten Linken nicht mehr vertraut und jetzt eine Art linken Populismus will, wie wir ihn in Italien beispielsweise im Süden auch gesehen haben. Also, in den Parteien rumort es doch.

Es kann niemand leugnen, dass es ein Problem gibt. Nur, was trägt die Regierung dazu bei, dieses Problem auch tatsächlich zu lösen? Wir diskutieren hier über die Aussagen eines Behördenleiters. Ich frage mich: In einer solchen sensiblen Situation, wieso gestattet der Bundesinnenminister einem Behördenleiter überhaupt, Interviews zu geben, die er vorher nicht autorisiert?

Dann lese ich heute Morgen – dpa –, dass Herr Seehofer sagt – Zitat –:

Ich spreche jedenfalls mit der Bundeskanzlerin weitaus häufiger als mit Herrn Maaßen.

Das beruhigt uns nicht. Es ist ein merkwürdiges

Amtsverständnis, Herr Bundesinnenminister, dass Sie mit den Behördenleitern in Ihrem Zuständigkeitsbereich in dieser Situation nicht einen engen und intensiven Austausch pflegen.

Nebenkriegsschauplätze beschäftigen uns. Die Regierung führt in dieser Zeit nicht, sie taumelt den Ereignissen hinterher und stolpert über die eigenen Füße. Das schafft kein Klima des Vertrauens.

Herr Seehofer, Sie haben davon gesprochen, Migration sei die Mutter aller Probleme.

So sprach Saddam Hussein. Armin Laschet, stellvertretender Vorsitzender der CDU, sagt, das sei Saddam-Hussein-Sprache, die Sie ver-

### Im nächsten Jahr werden wir bei Steuern und Abgaben Vizeweltmeister sein.

wenden. Wichtiger als die Stilkritik ist mir aber die Substanz dessen, was Sie gesagt haben. Ich halte es sachlich für verantwortungslos, wenn Sie pauschal Migration zu einem Problem erklären. Wie viele Beamtinnen und Beamte, Herr Seehofer, bei der bayerischen Polizei oder bei der Bundespolizei, bei der Bundeswehr, bei der Feuerwehr haben einen Migrationshintergrund! Wie viele Millionen Menschen in Deutschland mit deutschem Pass haben einen Migrationshintergrund!

Herr Seehofer, was sagt es Ihnen, dass die Polizei in Niedersachsen gestern eine Resolution verabschiedet hat und Ihnen Zurückhaltung bei der Wortwahl empfiehlt?

Viele der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit Migrationshintergrund fühlen sich durch Sie stigmatisiert und diskriminiert. So heißt es in der Resolution der niedersächsischen Polizei.

Herr Seehofer, nicht Migration ist das Problem, das Problem ist das Management der Migration, für das Ihre Partei seit fünf Jahren Mitverantwortung trägt.

Was ist von der von Ihnen vom Zaun gebrochenen Regierungskrise übrig geblieben? Rückführungsabkommen mit Italien und Spanien, die Sie selbst als wirkungslos erklärt haben!

Die Bundeskanzlerin hat hier vor der Sommerpause über den mutmaßlichen Bin-Laden-Leibwächter Sami A. gesprochen und dessen Abschiebung gefordert, wie Sie. Dann ist die schwarz-gelbe nordrhein-westfälische Landesregierung von der Bundesregierung im Stich gelassen worden, weil Sie in Tunis die notwendigen Zusicherungen nicht erwirkt haben, damit Gerichte diese Abschiebung auch rechtssicher bestätigen können.

Es gibt hier jetzt Vorschläge für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz. Aber auch das ist doch nebulös und enthält eben nicht den notwendigen Paradigmenwechsel, den wir brauchen, beispielsweise durch ein Punktesystem.

Die Grünen blockieren im Bundesrat noch immer die Eingruppierung sicherer Herkunftsländer im Maghreb-Raum, obwohl Sie doch wissen, dass nach geltendem Recht bei individueller Verfolgung selbstverständlich der Asylschutz in Deutschland gewährt werden könnte, selbst wenn es um sichere Herkunftsländer geht. Wir dürfen uns doch nicht wundern, dass das Klima in unserem Land aufgeheizt ist, wenn die Politik parteiübergreifend nicht in der Lage ist, gemeinsam Probleme zu lösen.

Ich will das hier gerne erneuern, damit wir eben auch über die anderen Fragen sprechen. Warum verbinden sich die staatstragenden Parteien der Mitte nicht? Bund, Länder und Gemeinden?

Herr Hofreiter, ich will gerade ei-

nen Appell an alle Demokraten richten, und Sie haben wieder nichts Besseres zu tun, als spalterische parteitaktische Parolen in dieses Haus zu rufen. Das ist doch unglaublich.

Ich finde das empörend, Herr Hofreiter. Ich empfinde Ihre Parteitaktik als empörend. Ich will hier appellieren, dass wir uns gegen die wahren Gegner unserer freiheitlichen Ordnung zusammenschließen, und Sie kommen hier mit Ihrer Traumabearbeitung von Jamaika, weil Sie nicht Minister geworden sind. Was ist das für eine Rückgratlosigkeit, dieses Süppchen zu kochen, diese Kleinteiligkeit?

– Nein, Herr Hofreiter, ich lasse Sie jetzt gar nichts sagen. – Legen Sie doch mal öffentlich aus den Jamaika-Gesprächen dar, wenn Sie schon darauf zurückkommen: Wären Sie da bereit gewesen, die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu machen?

– „Nein“, rufen Sie. Das ist doch genau das Problem.

Wir lösen die Probleme nicht, dazu fordere ich uns aber auf. Bundestag, Bundesrat, lasst uns einen Einwanderungs- und Integrationskonsens finden! Das wäre das Mittel, um die da kleinzumachen.

So, wie Sie das versuchen, wird es jedenfalls nicht gelingen.

Herr Scholz fordert eine Rentengarantie bis 2040, die kein Mensch bezahlen kann, und Sie sagen, Sie wollen diese Rentengarantie, damit es in Deutschland keinen Trump gibt. Das heißt, mit sozialer Absicherung und sozialen Leistungen soll Populismus bekämpft werden.

Das Konzept wird nicht funktionieren. Das Beispiel Schweden vom Wochenende sollte Sie eines Besseren belehren haben.

Glauben Sie mal eines: So ehrenwert das Motiv ist, die Spaltung zwischen Arm und Reich zu bekämpfen, und so richtig es ist, zielgerichtet gegen Altersarmut vorzugehen, die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die für Abschottung sind, und in diejenigen, die für Offenheit sind, und die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich bekämpft man nicht, indem man eine neue Spaltung einführt, nämlich die zwischen Jung und Alt.

Das genau ist Gegenstand Ihrer Politik.

Bei dem, was Sie für die Mitte der Gesellschaft beschließen wollen, sprechen Sie, Frau Bundeskanzlerin, von „Entlastung“: Arbeitslosenversicherungsbeitrag runter, Pflegeversicherungsbeitrag rauf, Rentenversicherungsbeitrag kann nicht sinken, sondern muss steigen. Da sprechen Sie gegenüber

den Menschen, übrigens auch gegenüber den Mindestlohnbeziehern, von Entlastung. Die Menschen haben doch das Gefühl, dass die Lebenswirklichkeit der arbeitenden Mitte, von Millionen Menschen im Deutschen Bundestag gar nicht ankommt, wenn wir in dieser Weise sprechen. Also, eine wirkliche Entlastung ist nötig und möglich.

Auch der Mietstopp ist, finde ich, der untaugliche Versuch, mit Populismus gegen Populismus zu arbeiten. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium sagt: Mietpreisbremse funktioniert nicht.

Wir brauchen marktwirtschaftliche Anreize, Investitionen, sinkende Baukosten, mehr Bauland. – Richtig so! Da sagt Frau Barley für die Politik, das sei alles Unsinn.

Wo ist denn noch einmal das Sturmgeschütz der sozialen Marktwirtschaft, der Bundeswirtschaftsminister? Er ist nicht da. In der Debatte zu diesem Thema war er auch nicht da.

– Wo ist er? – Da ist Herr Altmaier, Entschuldigung. Er ist normalerweise unübersehbar.

Ich nehme das, was ich eben gesagt habe, zurück und beziehe mich nur darauf, dass er in der Debatte nicht sichtbar war.

Verehrte Anwesende, meine Damen und Herren, warum gibt es überhaupt wissenschaftliche Beiräte, wenn man ihr Urteil nicht ernst nimmt und es die Regierung sowieso besser weiß? Erster Einsparbeitrag: Abschaffen!

Es ist belegt: Die Mietpreisbremse funktioniert nicht. – Antwort: Wir brauchen sogar einen Mietstopp.

Dieselfahrverbote beschäftigen die Menschen nicht nur in Hessen, sondern auch darüber hinaus. Seit Monaten passiert nichts. Da sitzen sie einträchtig nebeneinander, Verkehrsminister und Umweltministerin. Frau Schulze, leisten Sie doch einmal einen Beitrag dazu, das Problem zu lösen. Ich lese immer von Ihnen, Sie wollen die Industrie zu Hardwarenachrüstungen verpflichten. Bei den Pflichtnachrüstungen für Autos, an denen manipuliert worden ist – ja. Aber bei den Euro-5-Fahrzeugen, die auch von SPD-Verkehrsministern legal in den Betrieb gebracht worden sind, geht das nicht so einfach.

Also, bringen Sie bitte eine andere Lösung für dieses Problem; denn die Menschen fühlen sich sonst durch die Art von Politik, die Sie machen, enteignet.

Durch die CDU – ich kann sie nicht ausnehmen – kam im Sommer eine Debatte über das Pflichtjahr für junge Menschen

auf. Offensichtlich – das hängt mit der Arbeit an dem Grundsatzzprogramm der Union zusammen – ist das ein untauglicher Versuch, auf das politische Klima Einfluss zu nehmen, als ob es so einfach möglich wäre, bei einer jüngeren Generation ein ganzes Lebensjahr zu verstaatlichen, als ob das überhaupt mit unserer Verfassung vereinbar wäre, als ob das überhaupt mit der Regierung abgestimmt gewesen wäre.

Dann haben wir in Bayern die Kreuze an Behördenwänden und die Idee von Jens Spahn, einen Renditestopp für mittelständische Pflegeunternehmen einzuführen. Ich habe gedacht – es ist bekannt, dass ich Jens Spahn schätze –, er wolle die Nachfolge von Friedrich Merz anstreben. Jetzt im Amt erfahren wir, er will sich in die Nachfolge von Norbert Blüm begeben. Das Schlimme ist, in der CDU wird ihm das noch nicht einmal schaden.

Meine Damen und Herren, worauf ich hinauswill, ist Folgendes: Da ist die Herausforderung Populismus. Wir werden aber dieser Herausforderung nicht begegnen, wenn sich die Parteien jeweils in ihren politischen Positionen radikalisieren, so beim Mietstopp, oder in die Vergangenheit zurückgehen wie beim Pflichtjahr. Die Menschen, Herr Scholz, lassen sich auch nicht mit Sozialleistungen kaufen. Die Menschen wollen von der Regierung kein Taschengeld. Die Menschen erwarten von der Regierung einen Plan, wie es in Deutschland weitergeht und wie die Probleme dieses Landes gelöst werden. Genau das bleiben Sie schuldig.

Die Mitte der Gesellschaft will einen Staat, der die Probleme löst. Die Mitte der Gesellschaft will einen Staat, der sie im Alltag in Ruhe lässt und sie nicht bremst, wenn sie ihr Leben führen wollen, der sie aber eben bei den großen Lebensrisiken nicht im Stich lässt: in keiner Ecke, an keiner Stelle in unserem Land, zu keiner Zeit. Genau diesem Anspruch der Menschen wird diese Regierung nicht

gerecht.

Ich komme zum Schluss. Frau Merkel, ich unterstreiche, was Sie zur Bedeutung Europas gesagt haben. Sie haben selbst in Ihrem Sommerinterview zum Ausdruck gebracht, dass Sie dereinst Ihre Kanzlerschaft insbesondere mit Ihrer Europapolitik verbunden sehen wollen. Da ist aber jetzt noch einiges zu tun, damit das eine gute Bilanz wird. Denn jetzt ist Europa gespalten: in Ost und West in der Migrationsfrage, in Nord und Süd in Wirtschafts- und Währungsfragen. Auf Deutschland wird es ankommen, diese Spaltung zu überwinden, aus der Mitte heraus zu führen, sich zu europäischen Werten zu bekennen, vielleicht auch eigene Positionen in der Migration zu räumen und an anderer Stelle auch Flexibilität zu zeigen, wenn es darum geht, unter Wahrung der finanzpolitischen Eigenverantwortung den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess woanders anzuschieben.

Am heutigen Tag besteht die Gelegenheit dazu, den Worten Taten folgen zu lassen: in Brüssel und darüber hinaus bei der Aufstellung auch Ihrer Partei in Europa. Im April hat die CSU Viktor Orban noch zu seinem Wahlerfolg gratuliert – ein Wahlerfolg, der sich auch auf eine offen antisemitische Kampagne gründet. Heute sagt Herr Orban, der Italiener Salvini sei sein Held. Zeig mir deine Freunde; ich sag dir, wer du bist.

Macron hat recht: Man kann nicht gleichzeitig für Merkel und für Orban sein. Deshalb wäre der wichtigste Schritt, damit wir europäische Liberalität erhalten, dass endlich die CDU/CSU einen klaren Trennstrich gegenüber Viktor Orban und seiner antiliberalen Demokratie zieht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### Man kann nicht gleichzeitig für Merkel und für Orban sein.



Fahrverbote für Dieselfahrzeuge sollen bald auch in Frankfurt am Main gelten. © picture-alliance/dpa

Andrea Nahles, SPD:

## Der Haushalt soll das Vertrauen stärken



Andrea Nahles (\*1970)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

In diesen Tagen geht es in unserem Land sehr viel um Vertrauen. In Gesprächen oder Diskussionen, auf Demonstrationen oder in der Politik: Wir alle können mit unserem Handeln und unseren Worten das Vertrauen in den Zusammenhalt in unserem Land stärken oder dieses Vertrauen gezielt zerstören.

Stellen wir uns auf die Seite von Minderheiten, ja oder nein? Nennen wir es Hetzjagden, wenn Menschen durch Städte in Deutschland gehetzt werden, oder stimmen wir in den Chor der Relativierer ein?

Ist es so, dass wir unsere Demokratie verteidigen, ja oder nein?

Ich sage: Das ist eine Frage, die nicht an die in Berlin geht. Es ist auch keine Frage, die an den Staat geht. Es ist auch keine Frage, die an die anderen geht. Es geht vielmehr um die Frage, ob wir für unsere Demokratie eintreten, und zwar konkret, mit unserem Tun und unseren Worten. Es ist eine Frage an jeden Einzelnen von uns, an jede Bürgerin und jeden Bürger in diesem Land und jeden Abgeordneten in diesem Hohen Haus.

Und Sie, meine Damen und Herren von der AfD, haben uns in den letzten Wochen gezeigt, wo Sie stehen. Sie haben Ihre Masken fallen gelassen. Sie marschieren Seite an Seite mit Neonazis und verhöhnern in unserem Land unsere gemeinsamen Werte. Ihre Kreistagsfraktionen rufen geradezu jubelnd die rechte Revolution aus. Funkhäuser sollen gestürmt und Mitarbeiter auf die Straße gezerrt werden. Ihre Maske ist gefallen.

Ich kann nur allen sagen: Wer Sie unterstützt, der öffnet Nazis in unserem Land wieder Tür und Tor, und das kann niemand – keine Demokratinnen und kein Demokrat in unserem Land – wollen.

Leider hat auch der Verfassungsschutz in unserem Land Vertrauen verspielt. Herr Maaßen ist eingesetzt worden – das muss man sich klarmachen –, um nach dem

NSU-Skandal den Verfassungsschutz gegen rechte Verfassungsfeinde stärker aufzustellen. Ich sage mal vorsichtig: mit begrenztem Erfolg. Als es um die Frage ging, ob im Umfeld von Amri V-Leute platziert wurden, hat er das Vertrauen des Parlamentes beschädigt. Mit seinen Äußerungen zu Chemnitz hat er das Vertrauen in seine Person erschüttert.

Genau das können wir uns in diesem Land nicht leisten: dass der Verfassungsschutz Zweifel an seiner Arbeit aufkommen lässt.

Ich fordere deswegen den Bundesinnenminister ganz klar auf, dass er seine eigenen Maßstäbe ernst nimmt. Neulich hat er sie gegenüber anderen ins Feld geführt: Fakten sammeln, sorgfältig analysieren, beurteilen und dann handeln. Darum geht es heute Abend auch im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Mit Blick auf die Lage in Syrien mag man von Vertrauen nun wirklich nicht mehr sprechen. Die Situation der Zivilbevölkerung in Idlib ist besorgniserregend. Die Perspektiven sind angesichts der im Raum stehenden Drohungen sehr schlecht. Klar ist jedoch: Alle Konfliktparteien haben sich uneingeschränkt an die Regeln des humanitären Völkerrechts zu halten. Hierauf müssen sich jetzt alle diplomatischen Initiativen konzentrieren. Außenminister Heiko Maas wird sich in dieser Woche in verschiedenen Formaten hierfür nachdrücklich einsetzen. Wir unterstützen in der aktuellen Situation ausdrücklich den UN-Sonderbeauftragten für Syrien de Mistura. Größtmöglicher Schutz der Zivilbevölkerung, humanitäre Flüchtlingskorridore und Zugang zu humanitärer Hilfe sind sehr wichtig.

Niemand wird bezweifeln, dass der Einsatz von Chemiewaffen ein internationales Verbrechen ist. Wir alle tun unser Möglichstes, damit niemand erneut in Idlib oder anderswo diesen geächteten Waffen ausgesetzt wird. Sowohl die syrische Regierung als auch der IS haben das in der Vergangenheit nachweislich getan. Sie müssen dafür vor den internationalen Strafgerichten zur Verantwortung gezogen werden. Aber das Völkerrecht kennt aus gutem Grund kein Recht auf militärische Vergeltung, schon gar nicht durch einen Staat

oder durch eine irgendwie zusammengestellte Koalition.

Das Gewaltverbot ist ein Grundpfeiler der internationalen Friedensordnung.

Der Sicherheitsrat ist hier aber gelähmt; das muss man sehen. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen kann im Rahmen von Uniting for Peace die internationale Gemeinschaft ermächtigen, auch militärisch zu handeln.

Solange dies nicht geschieht, können wir Sozialdemokraten keinem gewaltsamen Eingreifen in Syrien zustimmen, schon gar nicht angesichts ernstzunehmender Berichte, wonach ein Staatschef in einer vergleichbaren Situation vor einigen Monaten öffentlich die Liquidierung politischer Akteure gefordert hat. Wenn es uns nicht bald gelingt, dem Recht des Stärkeren das Recht der Völkergemeinschaft entgegenzusetzen, werden wir

Jahrzehnte der Anarchie erleben. Das ist es, was vermieden werden muss mit allen Mitteln der Diplomatie und des Völkerrechts.

Im Übrigen möchte ich hier etwas Wichtiges klarstellen.

Über Militäreinsätze entscheidet in Deutschland der Bundestag. Souverän und verantwortungsbewusst haben wir das hier immer getan.

Nun zum Bundeshaushalt. „Keine Entlastung!“, haben Sie eben gerufen, Herr Lindner. 10 Milliarden Euro Entlastung beim Soli ab 2019, 8 Milliarden Euro Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Rentnerinnen und Rentner durch die Wiederherstellung der Parität, Absenkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte, das ist ein großer Batzen Entlastung, den wir durch diesen Haushalt ermöglichen und den wir zum Teil bereits durch unsere Politik für die Menschen in unserem Land zur Verfügung gestellt haben.

Dieser Haushalt setzt auch Schwerpunkte, nämlich bei der sozialen Sicherheit und den Zukunftschancen, und zwar ohne neue Schulden. Finanzminister Olaf Scholz hat hier einen waschechten Investitionshaushalt vorgelegt. 151 Milliarden Euro bis 2022, das ist eine Rekordsumme. Wir wollen Milliarden zur Verfügung stellen, weil es diese Investitionen in unserem Land braucht, zum Beispiel in den Breitbandaus-

bau, auf den gerade die mittelständische Wirtschaft, aber auch viele private Haushalte und ländliche Regionen warten, oder in den Digitalpakt für die Schulen, den wir möglichst bald auf den Weg bringen müssen; denn schnelles Internet und auch das Erlernen digitaler Medien und Kompetenzen gehören in jeden Klassenraum in Deutschland; darum muss es jetzt gehen.

Ich habe eben ein Lob an die Grünen und die FDP anfügen wollen, da sie sich gemeinsam an die Bundeskanzlerin gewandt haben, um die Grundgesetzänderung zu ermöglichen. Als ich das aber eben hier mitbekommen habe, habe ich gedacht, dass wir lieber noch einmal eine Friedensfachkraft vorbeischieken, damit es angesichts der Auseinandersetzungen auch in Zukunft zu Gemeinsamkeiten kommt. Ich bin trotzdem froh, dass wir hier – hoffentlich – eine gemeinsame Mehrheit für eine Grundgesetzänderung haben, die das Kooperationsverbot so öffnet, dass wir seitens des Bundes den Schulen in Deutschland Hilfe zugutekommen lassen können; das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Bis 2022 werden wir insgesamt 95 Milliarden Euro in Bildung und Forschung stecken. Das ist doch ein klares Signal dafür, dass das ein wesentlicher Schwerpunkt des Haushaltes ist. Frau Karliczek, zögern Sie bitte nicht, uns Ihre Gesetzentwürfe zuzuleiten.

Wir haben jetzt sehr viele Mittel, um die Bildungschancen junger Menschen zu erhöhen. Wir warten sehnlichst zum Beispiel auf Ihren Gesetzentwurf zum BAföG. Dafür

stehen nämlich deutlich mehr Gelder zur Verfügung als bisher. Trotzdem werden weniger junge Menschen gefördert, und diese erhalten im Durchschnitt weniger Geld. Hier brauchen wir dringend eine Trendwende. Also in die Hufe bitte! Das wäre sehr nett; denn das wäre etwas, was wirklich vielen in unserem Land helfen würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bildung fängt aber früher an. Deswegen bin ich froh, dass es das Gute-Kita-Gesetz von Franziska Giffey gibt. Investieren können wir 5,5 Milliarden Euro für mehr Personal, längere Öffnungszeiten, gutes Essen, Gesundheitsförderung, Sprachbildung, vernünftige Gruppengrößen, gut ausgestattete Räume, Fortbildung für die Fachkräfte. Das ist es nämlich, was hinter diesem Namen steckt. Es ist nötig, damit es jedes Kind in Deutschland packt. Das ist der eigentliche Kern dieses Gute-Kita-Gesetzes.

Deswegen muss es schleunigst her. Mehr Förderung und weniger Gebühren gehören in dieses Gute-Kita-Gesetz hinein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so zufrieden die SPD mit diesem Bundeshaushalt ist, so klar ist auch: Wir brauchen weitere Offensiven, vor allem eine sozialpolitische Offensive, wenn es um bezahlbares Wohnen geht. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr Lindner: Radikal ist die Situation für die Mieterinnen und Mieter, nicht unser Vorschlag des Mietenstopps.

Denn ganz ehrlich gesagt: In deutschen Metropolen und Städten haben es auch Normal- und Gut-

**Bis 2022 werden wir insgesamt 95 Milliarden Euro in Bildung und Forschung stecken.**



Die Regierungskoalition will den Bafög-Satz erhöhen. ©picture alliance / dpa Themendienst

verdiener sehr schwer; denn sie werden im Grunde dadurch ärmer, dass die Mieten schneller steigen als die Löhne, und das schon seit Jahren. Das ist ein unhaltbarer Zustand, den wir beenden müssen.

Deswegen haben wir an dieser Stelle im Interesse der Mieterinnen und Mieter einiges vor. Wir haben auch bereits etwas gemacht, nämlich ein Mieterschutzgesetz. Das haben wir verabredet; denn diese Koalition hat schon vor Monaten erkannt, was die Probleme sind, und handelt deswegen gemeinsam, um die Probleme zu bekämpfen. Mit dem Mieterschutzgesetz verhindern wir beispielsweise ein „Rausmodernisieren“ ohne Folgen, und wir befristen eine Modernisierungumlage, damit Spekulanten sich nicht einfach gegen die Mieterinnen und Mieter, denen ihre Wohnung doch Heimat – im besten Sinne des Wortes – ist, durchsetzen können, ohne dass diese sich dagegen wehren können.

Wir haben an dieser Stelle meiner Meinung nach zum Beispiel durch die Pflicht zur vollständigen Auskunft über die Vormiete den Menschen erstmalig die Möglichkeit gegeben, zu vergleichen und ihre Rechte wahrzunehmen. Es ist also ein sehr gutes Mieterschutzpaket, das wir hier auf den Weg gebracht haben, ein wichtiger erster Erfolg, um hier Einhalt zu gebieten.

Aber ich sage Ihnen: Dabei können wir nicht stehen bleiben. Wir müssen mehr bauen, wir müssen neu bauen, ob das nun über das Baukindergeld geht oder über die Sonderabschreibungen beim Miet-

wohnungsbau. Wir tun ja viel mehr. Und es ist richtig: Wir brauchen auch neue Grundstücke. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Bodenspekulanten nicht den Neubau von Wohnungen verhindern. Wenn Bauland brachliegt, müssen die Grundbesitzer zahlen. Außerdem brauchen die Kommunen eine Baupflicht. All das ist nötig, damit es vorangeht in diesem Land; denn nur Neubauten können am Ende den Druck aus dem Wohnungsmarkt herausnehmen.

Ich bin deswegen der Meinung, dass wir uns selbst mehr vornehmen müssen. Ich freue mich, dass wir einen Wohngipfel haben werden. Das ist eine erste gute Gelegenheit, die über den Koalitionsvertrag hinausgehenden Vorschläge miteinander zu beraten und vieles auf den Weg zu bringen. Der Wohngipfel wird am 21. September stattfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird ja sehr viel darüber geredet, was die Menschen dieser Tage bewegt. 90 Prozent der 30- bis 50-Jährigen in unserem Land haben sich dazu neulich sehr klar geäußert. Sie haben gesagt, dass sie große Sorge haben wegen ihrer Altersversorgung, dass sie nicht glauben, dass diese reicht, um ihren Lebensstandard abzusichern. Sie haben ganz klar gesagt: Ich traue dieser gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr zu, dass sie mich ausreichend versorgt. – Das ist ein Aufruf zum Handeln. Da können wir uns doch nicht hinstellen und sagen: Das ist nicht bezahlbar. – Doch!

Wenn man will, kann man sehr

wohl dafür sorgen, dass auch die Menschen aus der jungen Generation etwas von der gesetzlichen Rente haben, wenn sie zum Beispiel 2040 in Rente gehen; denn das ist eine politische Frage und eine politische Entscheidung.

Wir haben bereits aufgezeigt, dass es geht. Wir geben eine Sicherungsgarantie bis 2025, die dazu führt, dass die Kaufkraft der Renten nicht weiter sinkt; denn wenn wir nichts tun würden, würde die Kaufkraft sinken; die Löhne steigen, die Renten nicht. Jetzt steigen die Löhne und die Renten, und das ist wichtig – das ist eine wesentliche Verbesserung –, und das muss über das Jahr 2025 hinaus verlängert werden.

Das ist die feste Zielmarke für die Sozialdemokraten.

Die Rentenkommission wird Vorschläge dazu erarbeiten. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich finde, dass man auch vorher sagen kann, was man da erwartet. Ich höre immer die Zweifler und Neinsager aus allen Ecken des Hauses hier. Ich habe da mal eine Frage an Sie. Vielleicht können die Kolleginnen und Kollegen der Grünen, der FDP und der CDU/CSU an dieser Stelle einfach mal sagen, wie sie denn in den nächsten Jahrzehnten den Menschen die Sicherheit geben wollen, dass ihre Rente am Ende auch reicht. Wissen Sie was, ich mache das mal kurz für Sie. Es gibt nämlich gar nicht so viele Möglichkeiten, wie

man das machen kann. Man kann sich dann ganz klar entscheiden.

Entweder Sie muten den Menschen Unsicherheit und Altersarmut zu, weil die Kaufkraft der Renten weiter sinkt – das passiert nämlich, wenn wir nichts machen; kann man machen, gerade dann, wenn die Babyboomer 2025 kommen; ist aus meiner Sicht fatal –, oder Sie plädieren für eine Anhebung des Renteneintrittsalters.

Es ist gerade zwei Jahre her, da haben das viele gemacht, haben ganz klar sogar eine Mechanik entwickelt: steigende Lebenserwartung, steigendes Renteneintrittsalter; Automatismus.

Das war eine ernsthaft diskutierte Option in einer Rentenkommission, die ich selbst als Ministerin geleitet habe. Ich sage Ihnen: Wie alt die Menschen auch immer werden – mit 70 Jahren können viele ihre jetzige Arbeit im Krankenhaus, in der Altenpflege oder auf dem Dach nicht mehr ausüben. – Das ist auch keine Antwort.

Dann gibt es natürlich die Möglichkeit, zu sagen: Na gut, die gesetzliche Rente reicht nicht mehr; dann machen wir halt mehr privat. – Ich bin sehr dafür, privat vorzusorgen. Das ist gut, aber kein Ersatz für eine vernünftige gesetzliche Rente. Nur 2 Prozent der Rentenleistungen sind zurzeit privat abgesichert. – Das kann es also auch nicht sein.

Ich fordere alle auf, sich an dieser

Debatte zu beteiligen, Vorschläge zu machen, wie das in den nächsten Jahrzehnten weiterlaufen soll. Es ist schnell gesagt: Es geht nicht. – Die Menschen in unserem Land erwarten aber, dass es eine Lösung gibt. Wer massenhaft Steuererleichterungen, im Umfang von 30 Milliarden Euro, verspricht wie Herr Lindner, der hat damit eine klare Buchung abgegeben: Ihm ist das halt wichtiger als eine sichere Rente. Die SPD sieht das klipp und klar anders und wird dafür auch kämpfen; das will ich an dieser Stelle klar gesagt haben.

Deswegen geht es in diesem Land auch um Vertrauen, und dabei geht es auch um Vertrauen in die Zukunft. Der Haushalt, den wir hier heute vorlegen, ist in Zahlen überführte Politik. Das ist letztendlich das, was wir ermöglichen können, um die Sorgen und die Anliegen der Menschen aufzunehmen. Wir investieren – ich habe es sehr deutlich gemacht – sehr stark in Bildung, in Soziales, in Zukunftschancen, und zwar massiv. Wir geben uns nicht den Sachzwängen hin; denn Politik ist genau die Kunst, das zu gestalten, was gelebt werden will. Das ist es ja, was die Menschen uns sagen. Sie wollen soziale Sicherheit, auch innere Sicherheit, und sie wollen mehr Bildungsinvestitionen. Dieser Haushalt ist also eine Einladung an uns alle, verantwortlich Politik zu machen und auch das Vertrauen in unsere Demokratie wieder zu stärken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### Der Haushalt, den wir hier heute vorlegen, ist in Zahlen überführte Politik.

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

## Das Problem sind die Ungerechtigkeiten



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Vor der Sommerpause hatten wir das totale Regierunghaus. Viele Menschen glaubten, die Koalition zerbricht. Im Sommer hatten wir dauernd Streit, und im Kern ma-

chen Sie jetzt so weiter.

Frau Merkel hat gesagt: Wir müssen diejenigen unterstützen, die unser Land voranbringen. – Herr Scholz hat gestern von Zuversicht gesprochen, Andrea Nahles eben von Vertrauen. Aber, meine Damen und Herren: Diese Bundesregierung verunsichert die Menschen in unserem Land. Die Lage, die wir im Land haben, ist Ihre Verantwortung.

Der Haushalt, meine Damen und Herren, zeigt, dass es weder neue Ideen noch neue Impulse gibt. Dieser Haushalt ist der Beweis, dass es sich um die Notregierung der Wahlverlierer handelt – minus 15 Prozent bei der letzten Wahl. Sie setzen im Kern auf Weiter-so. Es ist ein Weiter-so, das das Land in den letzten Jahren auseinander-

getrieben hat. Es ist ein Weiter-so, das die Gesellschaft spaltet, das Angst und Unsicherheit befördert und falsche Prioritäten setzt. Das Ergebnis ist eine handfeste Krise der bürgerlichen Demokratie.

Eines ist auch klar: Von dieser Regierung ist nicht mehr viel zu erwarten. Wir werden die Bayernwahlen haben; da werden die Union und die Sozialdemokraten verlieren. Wir werden die Hessenwahl haben; Union und Sozialdemokraten werden verlieren.

Das alles wird die Krise dieser Regierung nur befördern.

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben: „Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.“ Nicht einmal ein Jahr nach der

Bundestagswahl sind diese Überschriften der Lächerlichkeit preisgegeben, meine Damen und Herren.

Es gibt keinen Aufbruch, sondern ein mutloses Verwalten. Es gibt ein Drehen an Stellschrauben, aber die wahren Probleme in unserem Land werden ignoriert.

Besonders unverantwortlich, meine Damen und Herren, sind die Äußerungen von Herrn Seehofer über die „Mutter aller Probleme“. Nicht die Migrationspolitik, wie Sie in unverschämter Weise behauptet haben, ist das Problem. Mit Ihrer Aussage diskreditieren Sie auch 20 Millionen Deutsche, die eine Migrationsgeschichte haben.

In fast allen Fraktionen gibt es Menschen mit Migrationsgeschichte. Ich darf Sie daran erinnern, Herr Seehofer: Sie sind der Verfassungsminister. Ich vermute, die Bundeskanzlerin hat für Sie noch mal Artikel 1 des Grundgesetzes zitiert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ – Des Menschen! Das sollte die Grundlage für Ihr Handeln sein.

Ich will ergänzen, dass diese Äu-

ßerungen von Ihnen kein Einzelfall sind. Sie lassen zu, dass der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz die Menschen mit Falschaussagen verunsichert. Das ist indiskutabel. Diesen Skandal werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Ich will Herrn Maaßen noch mal zitieren:

Nach meiner vorsichtigen Bewertung sprechen gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken.

Herr Maaßen mischt sich damit politisch ein. Aber da, wo es seine Aufgabe ist, die verfassungsmäßige Ordnung durchzusetzen, hat er versagt. Der Mann hätte doch vor den Ereignissen in Chemnitz darauf aufmerksam machen müssen, dass es dort eine Zusammenrottung von Rechtsradikalen gibt.

Es ist doch ein Skandal, dass der Überfall auf das koschere Restaurant in Chemnitz eine Woche unter der Oberfläche geblieben ist.

Fortsetzung auf nächster Seite

Warum äußert sich der Mann nicht zum Antisemitismus in Deutschland, sondern verunsichert die Menschen und diskreditiert und bagatellisiert? Das ist inakzeptabel! Das sind Beschwichtigungsversuche Ihrerseits, auch vom Ministerpräsidenten in Sachsen. Das ist so nicht zu akzeptieren!

Der Verfassungsschutz und alle Verfassungsorgane haben eine klare Aufgabe: Antisemitismus in jeder Form ist hier zu bekämpfen. Ich kann mich nur dem anschließen, was der Bundestagspräsident gestern dazu gesagt hat. Ja, das Maß ist voll, und es muss personelle Konsequenzen geben.

Herr Maaßen äußert sich nicht zum Antisemitismus, aber er bläst de facto zur Attacke auf die Bundeskanzlerin. Frau Merkel, das dürfen Sie sich nicht bieten lassen. Ich will das noch einmal klar sagen: Nicht die Migration ist das Problem und auch nicht das Management der Migration – da ist vieles falsch gelaufen –; das eigentliche Problem sind die schreienden Ungerechtigkeiten in dieser Welt, es sind die Kriege in dieser Welt. Die führen dazu, dass wir eine derartige Migration haben. Nicht die Migration an sich ist das Problem.

Es ist doch ein Irrsinn, dass Sie das in diesem Haushalt so dokumentieren: dass Sie beim Verteidigungsetat Riesenaufwüchse haben und es beim Außenetat zurückgeht. Das heißt auf gut Deutsch: mehr schießen und weniger reden. Ich finde, das ist das völlig falsche Signal, meine Damen und Herren.

Wir haben doch jetzt schon das Problem, dass wahnsinnige Mittel auf der Welt in Rüstung gesteckt werden und nicht in den Kampf gegen Hunger und gegen den Klimawandel. Das ist das Problem. Hier sollte Deutschland in Europa und auf der Welt Vorreiter sein und nicht wie jetzt wieder in der Debatte um das Thema Syrien. Ich meine, das ist doch alles unfassbar; da kann ich mich Andrea Nahles anschließen. Das, was da geredet wird, ist völkerrechtswidrig. Das ist ein Riesenproblem. Wir haben einen Parlamentsvorbehalt, aber Sie melden sich schon, obwohl es noch gar keinen Grund gibt. Ich finde das unverantwortlich. Wir müssen alle zivilen Möglichkeiten nutzen. Wir müssen Herrn Guterres unterstützen, die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates auffordern. Das ist der Weg und nicht, zuallererst über militärische Einsätze nachzudenken.

Andrea Nahles hat eben von einem „waschechten Investitions-

haushalt“ gesprochen; darüber bin

ich einigermaßen erstaunt. Donnerwetter! Ich kann nur feststellen: Im europäischen Vergleich sind wir immer noch unterdurchschnittlich, meine Damen und Herren. Die öffentlichen Investitionen gehen anteilig sogar zurück. Der Investitionsbedarf wird auf 120 Milliarden Euro geschätzt. Allein für die Sanierung der Schulen würden 48 Milliarden Euro benötigt. Ich bin ja dafür, eine Grundgesetzänderung zu machen. Legen Sie zügig eine vor, damit der Bund in Schulen investieren kann. Bei Verteidigung sind Sie immer so schnell; aber wenn es um Schulen geht, dann dauert das, dann reden Sie und handeln nicht.

Diese schwarze Null ist erkaufte durch einen Investitionsstau und einen anhaltenden Handelsüberschuss. Eine schwarze oder – wegen meiner – rote Null gibt es aktuell nur zulasten zukünftiger Generationen.

Ich will an dieser Stelle ein paar Bemerkungen zu dem Thema Kinderarmut machen. Ich bin ja froh, dass Herr Scholz das gestern hier erwähnt hat; Andrea Nahles hat es angedeutet. Es ist eines der gravierendsten gesellschaftlichen Probleme, die wir haben. Aber alle Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut, die im Koalitionsvertrag stehen – es stehen ja überhaupt welche drin; das ist ein Vorzug –, kommen bei denen, die es am meisten brauchen, wirklich nicht an. Frau Bundeskanzlerin, es ist schon enttäuschend, dass Sie zu diesem Thema hier heute gar nichts gesagt haben.

Der Kinderschutzbund hat aktuell die Zahl der Kinder, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, mit 4,4 Millionen taxiert – 4,4 Millionen Kinder, die in Scham und in Existenzpanik aufwachsen. Wissen Sie, was es bedeutet, als junger Mensch in Armut aufzuwachsen? Wissen Sie, was es für Jugendliche bedeutet, wenn ihnen signalisiert wird, dass sie keine Chance in der Gesellschaft haben? Sie nehmen den Kindern damit die Chance auf ein gutes und ein selbstbestimmtes Leben.

Die Verantwortung liegt auch bei Ihnen, Frau Bundeskanzlerin. Seit dem Jahr 2005, als Sie das Amt übernommen haben, hat sich die Kinderarmut in Deutschland verdoppelt. Und wir müssen doch dann ganz grundsätzlich darüber nachdenken, wie wir in unserem reichen Land Kinderarmut bekämpfen können. Da geht es auf gar keinen Fall, dass etwa bei den Arbeitslosengeld-II-Empfängern die Kindergelderhöhung angerechnet wird. Da geht es auch

nicht, dass sie zum Schulanfang – das ist seit zehn Jahren so – nur 70 Euro bekommen. Wie will man davon eine Schulmappe und andere Dinge kaufen? Über 1 Million Menschen werden inzwischen durch diese Maßnahme unterstützt. Das ist doch so nicht zu akzeptieren.

Was Sie machen, ist nur das Drehen an Stellschrauben. Aber gerade in diesen Zeiten brauchen wir politischen Mut. Wir müssen das System endlich vom Kopf auf die Füße stellen. Deswegen fordern wir eine Kindergrundsicherung, meine Damen und Herren.

Und ja, das ist finanzierbar. Denn es ist doch auch Fakt, dass sich in Ihrer Amtszeit nicht nur die Zahl der Kinder in Armut verdoppelt hat, auch die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich in dieser Zeit verdoppelt. Selbst die Zahl der Milliardäre steigt. Deren Vermögen liegt inzwischen bei 5 200 Milliarden Euro. Der Bundeshaushalt umfasst rund 360 Milliarden Euro. Das heißt, sie haben ein Vermögen, das 14-mal so hoch ist wie der Bundeshaushalt. Da muss man doch vielleicht mal auf die Idee kommen, ein wenig umzuverteilen, um Probleme wie zum Beispiel die Kinderarmut zu lösen. Diese brutale Ungerechtigkeit macht die Menschen wütend. Die Gesellschaft droht zu kippen. Wir brauchen Mut, um für den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu kämpfen und um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und wirkliche Reformprojekte anzustoßen. Aber nichts davon findet sich in Ihrem Haushalt wieder. Die Menschen verlieren immer mehr den Glauben daran, dass die Politik für sie wirkliche Verbesserungen ihrer Lebensumstände bringt. Ihre Beteuerungen, Frau Merkel, dass es dem Land so gut geht wie nie, wirken auf die Menschen, die drei Jobs haben, die eine schlechte Rente haben, die Angst haben, ihren Kindern keinen Wintermantel kaufen zu können, wie reiner Zynismus.

Die reichsten 10 Prozent in unserem Land verfügen mittlerweile über 63 Prozent des Vermögens. Statt für eine Umverteilung von oben nach unten zu sorgen, spielen Sie seit 13 Jahren die Begleitmusik zur Umverteilung von unten nach oben. Die Einkommen der unteren Einkommensgruppen haben sich in den letzten 20 Jahren real verringert. Die Menschen haben weniger in der Tasche. Deutschland gehört zu den reichsten Ländern in der Euro-Zone; aber die Privathaushalte gehören zu den ärmsten in Europa.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes – nicht der Linken – sprechen für sich: 4,9 Millionen Menschen müssen beim Essen sparen, 12,8 Millionen Menschen können sich keinen Urlaub von einer Woche außerhalb der eige-

nen vier Wände leisten. Viele Menschen sind nur eine kaputte Waschmaschine oder eine Krankheit vom finanziellen Ruin entfernt. Dass Millionen Menschen unter Abstiegsängsten leiden, ist also kein Wunder. Es gibt eine Riesenverunsicherung. Deswegen muss die Talfahrt gestoppt werden, und zwar nicht durch Reden, sondern durch sehr konkretes Handeln.

Aber Sie sagen in Ihrem Koalitionsvertrag: keine Steuererhöhung – nicht mal für die Superreichen, nicht mal für die Konzerne. Wir müssen mit dem Steuersystem aus dem vergangenen Jahrhundert endlich Schluss machen. Wir brauchen eine konsequente Vereinfachung. Wir brauchen eine Entlastung bei den kleinen und mittleren Einkommen. Und wir brauchen eine stärkere Belastung der Superreichen und Konzerne. Beginnen Sie endlich damit, dann können wir die Probleme in unserem Land lösen!

Ich habe hier heute von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und von Andrea Nahles und gestern vom Vizeminister und selbst von der Landwirtschaftsministerin viel zum Thema Digitalisierung gehört. Vor vier Jahren haben Sie hier auch über den Haushalt und die Digitalisierung gesprochen. Sie haben gesagt, dass die Digitalisierung über Deutschlands Zukunft entscheiden wird. Und Sie haben recht gehabt.

Aber was ist denn nun seitdem passiert? Vier Jahre später ist Deutschland immer noch ein Entwicklungsland bei der Digitalisierung. Im OECD-Vergleich liegen wir am unteren Ende. EU-weit sind wir auf Platz 28 von 32 beim Glasfaserausbau. Gerade einmal 6,6 Prozent der Haushalte hatten 2017 einen Glasfaseranschluss. Deutschland ist im internationalen Vergleich auf Platz 17 bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit. Wir spüren doch jeden Tag: Deutschland, einig Funkloch. Das ist die Realität in unserem Land.

Sie haben die Digitalisierung nicht verschlafen; Sie haben sie einfach verweigert. Das Ergebnis: Knapp 24 Prozent der Bevölkerung – das sind 16 Millionen Menschen – können als offline bezeichnet werden. Das heißt auf gut Deutsch: abgehängt.

Nicht nur, dass Sie beim Thema Digitalisierung weiterhin versagen, nein, Sie trauen sich auch nicht, die Konzerne finanziell stärker zu belasten. Ausgerechnet ein Finanzminister der SPD will Google und Co vor höheren Steuern bewahren. Welch eine ironische Anekdote, wenn es nicht so fahrlässig wäre! Da kommt von der EU einmal

ein guter Vorschlag für mehr soziale Gerechtigkeit. Und die deutsche Bundesregierung will das ablehnen? Ich will zumindest, dass Sie darüber noch einmal ernsthaft nachdenken.

Die Mehrheit in unserem Land, meine Damen und Herren, ist weiterhin für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Wenn Sie sich die Themen, die die Menschen am meisten bewegen, angucken, stellen Sie fest: Es sind Pflege, Rente, Wohnen, Bildung. Das ist die Realität; aber – das konnten wir in den

letzten Tagen in brutaler Klarheit sehen – diese Zustimmung bröckelt. Deswegen müssen wir den Menschen Sicherheit zurückgeben. Da ist die Bundesregierung natürlich in einer besonderen Verantwortung. Wir müssen das Signal senden, dass die Politik sich kümmert, und da gilt auch wieder: im Handeln und nicht mit Worten.

Ich habe jetzt so viel zum Thema „Wohnen und Mieten“ gehört. Das ist erst einmal richtig. Andrea Nahles hat die Aufforderung zum Handeln ausgesprochen. Ja, sehr gut! Ich frage mich aber: Warum ist die Situation so? Wer hat eigentlich in den letzten Jahren regiert und die Verantwortung dafür, dass wir in dieser Situation sind? Ich meine, es ist mir einigermaßen unklar, dass man das jetzt so aufruft. Da gibt es doch Verantwortliche.

Sie sind so stolz darauf, dass Sie so viel leisten. Wir brauchen aber mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, und zwar mindestens 5 Milliarden Euro, damit wir mindestens 250 000 neue Sozialwohnungen im Jahr haben. Dann können wir die Probleme angehen und vielleicht langsam abbauen. Das wäre notwendig. Außerdem müssen wir endlich dafür sorgen, dass Mieter und Vermieter auf Augenhöhe miteinander verhandeln können. Auch der Mieter muss klagen können, und es muss strafbewehrt für den Vermieter sein, wenn er rechtswidrig handelt.

Und wir brauchen natürlich ein Verbandsklagerecht. All diese Dinge sind notwendig, wie auch eine Mietpreisbremse ohne Ausnahme. Handeln Sie endlich, meine Damen und Herren! Wir brauchen eine soziale Offensive, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt wiederhergestellt wird. Er droht zu verfallen. Wir sehen es alle, und wir müssen handeln, meine Damen und Herren.

Ich will eines auch ganz klar sagen: Wir sollten diejenigen aus der Zivilgesellschaft, die sich in vielfältiger Weise engagieren, auch ausdrücklich loben für ihr um-

**Wir brauchen politischen Mut. Deswegen fordern wir eine Kindergrundsicherung.**

**Eine schwarze Null gibt es aktuell nur zulasten zukünftiger Generationen.**

fangreiches Engagement, und dort, wo es Behinderungen beim zivilgesellschaftlichen Engagement gibt – leider ist das in Sachen von der seit 1990 regierenden CDU immer wieder gemacht worden –, sollten wir auch deutlich Position beziehen. Es ist doch so, dass die Arbeit immer erst dann wertgeschätzt wird, wenn es häufig schon zu spät ist. Auch das ist etwas, was sich leider im Haushalt dieser Bundesregierung widerspie-

gelt. Die Ausgaben für die Programme unter dem Titel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ werden gekürzt. Was für ein verheerendes Zeichen in dieser Zeit! Ich hoffe, dass das in den Haushaltsberatungen korrigiert wird und dass wir hier zu einem Aufwuchs der Mittel kommen. Ich will mich nichtsdestotrotz bei all denjenigen bedanken, die immer wieder Haltung zeigen, die Engagement zei-

gen – in Chemnitz, in Köthen und an vielen anderen Stellen auch –, bei denen, die als Zivilgesellschaft immer und immer wieder für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, letztlich für Anstand und Humanität stehen. Hier im Reichstag – Martin Schulz hat vorhin schon darauf hingewiesen – hat 1932 Kurt Schumacher gesagt: Die Nationalisten appellieren stets an den inneren Schweinehund. – Wir Demokraten müssen verhindern,

dass diese Mobilisierung gelingt. Es muss endlich wieder mehr miteinander bei aller Kontroverse in der Sache geben. Wir, meine Damen und Herren, haben es in der Hand. Ja, das stimmt: Jede Bürgerin und jeder Bürger ist gefordert. Aber natürlich trägt die Bundesregierung dort eine andere Verantwortung.

Nehmen Sie diese Verantwortung endlich wahr! Hängen Sie in jedem Ihrer Ministerzimmer die

Überschriften Ihres Koalitionsvertrages aus: „Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“, „Eine neue Dynamik für Deutschland“ und „Ein neuer Aufbruch für Europa“. Das ist so dringend notwendig. Im ersten Jahr zumindest haben Sie vollständig versagt. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

## In Deutschland regiert die Angst mit



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

Frau Merkel, Frau Nahles, ich habe Ihren Reden hier sehr genau zugehört. Wenn ich mir das Kabinett anschau, wenn ich mir den Haushalt anschau, wenn ich mir die Reden zum Haushalt von gestern anschau, von Herrn Scholz, von anderen, dann muss ich sagen: In Deutschland regiert die Angst mit. Jeder Einzelne von Ihnen weiß, dass wir vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Jeder Einzelne von Ihnen weiß, dass es jetzt klare Antworten braucht, dass es jetzt große Veränderungen braucht. Was wir nach dem Fast-K.o. vor der Sommerpause erleben, ist, dass Sie weiter durch das Tagesgeschäft mäandern. Ich kann nur sagen: Es reicht nicht mehr, dass man hier alle paar Monate einen Rechenschaftsbericht ablegt. Wir brauchen endlich wieder echte Politik und Antworten auf echte Herausforderungen, meine Damen und Herren. Man kommt sich ja fast so vor, als hätten Sie in 13 Jahren Regierung ein Land geschaffen, bei dem man sich in der geschlossenen Kabine wie im Autopilotenmodus befindet. Was sind die eigentlichen Probleme? Was treibt die Leute um? Dass Sie heute hier, nach diesem Sommer, kein Wort zur Klimakrise gesagt haben, lässt für mich tief blicken.

Schauen Sie zurück, von mir aus schauen Sie sich die Bilder von

Alexander Gerst an, der aus dem Weltall heraus die Erde fotografiert hat: Braun und Gelb dort, wo eigentlich Grün sein müsste. Die Klimakrise selbst ist das größte Problem, die größte Zumutung, die wir überhaupt haben, für die Menschen auf diesem gesamten Planeten, und diese Bundesregierung ist ein Totalausfall in dieser Frage, meine Damen und Herren. Wir steuern auf eine Heißzeit zu. 10 der 15 wärmsten Jahre in Deutschland waren in diesem Jahrhundert. Wir erinnern die Bilder der meterhohen Flammen, der verdorrten Pflanzen. Wenn wir das nicht mehr wollen, dann müssen wir jetzt, und zwar konsequent, gegensteuern. Das ist bei den Menschen in diesem Land längst angekommen. Sie allerdings fürchten sich vor allem immer noch vor einem: vor den mächtigsten Lobbys. Wie kann es denn sein, dass die Autokonzerne trotz Fahrverbotsurteilen für die Nachrüstung immer noch nicht zahlen müssen?

Wie kann es denn sein, dass

Schweine und Kühe immer noch auf engstem Raum zusammengepfercht leben müssen und die industrielle Massentierhaltung weiterhin unser Trinkwasser zugüllt? Dafür sind Sie verantwortlich. Und: Wie kann es sein, dass im Hambacher Wald ein Energiekonzern, von Ihnen völlig ungehindert, die Bäume abholzen kann, obwohl die Zukunft nicht in der Kohle liegt? Die Zukunft liegt in den Bäumen, meine Damen und Herren. Der Hambacher Wald muss bleiben, das ist doch das Mindeste.

Herr Lindner, Sie haben sich hier aufgeregt, dass Bündnis 90/Die Grünen da einen Parteitag abhalten. Ich will Ihnen nur zu Ihrer Information sagen: Das machen die Grünen Nordrhein-Westfalens auf dem Gelände des Bundes für Umwelt und Naturschutz. Ganz friedlich – ganz klar –, aber entschieden in der Sache, weil der Klimaschutz die Frage der Menschheit ist. Sie haben das noch nicht verstanden – ich weiß es –, aber trotzdem werden wir das machen.

Wir müssen jetzt alle Register ziehen. Warum müssen wir das tun? Weil, je länger nichts getan wird, umso radikaler die Antworten sein müssen.

Jeder, der das verschweigt, verscherbelt die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Ich kann Sie nur davor warnen, so weiterzumachen. Die Zukunftswut der jungen Generation wird deutlicher werden. Es wird klar werden, dass es genau darum geht, das Klima zu schützen für die kommenden Generationen, und nicht darum, Politik zu simulieren.

Man muss Ihnen in der Tat vorwerfen, dass es hier immer mehr um Simulation von Politik geht, um viel zu kleine Schritte, um Soz-tun-als-ob. Gerade kündigt sich eine furchtbare Katastrophe in Syrien an. Natürlich tut Herr de Mistura alles, was er kann. Was ich aber in den vergangenen Jahren nicht erlebt habe, ist, dass diese Bundesregierung wirklich alles tut, was sie kann. Was Sie im Zusammenhang mit Syrien tun, ist, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie wir mehr Abschottung hinbekommen, und nicht damit, wie der Friedensprozess dort unterstützt werden kann. Ich sage Ihnen klar – fangen Sie jetzt nicht an, darüber nachzudenken, was man vielleicht hinterher machen könnte, und darüber, wo Militär hin soll, usw. –: Kümmern Sie sich darum,

dass dort ein Friedensprozess in Gang kommt! Kümmern Sie sich darum, dass das Schlimmste für die 3 Millionen Menschen, die dort leben, überhaupt nicht erst eintritt! Das ist doch die zentrale Aufgabe, die heute vor uns und einer Bundesregierung steht, meine Damen und Herren.

Sie haben hier wieder sehr lang und ausführlich über die Pflege geredet. Ich wundere mich schon, dass Sie jetzt merken, dass die Pflegekräfte in diesem Land mehr Wertschätzung brauchen – nach 13 Jahren Regierung. Aber vielleicht ist es ganz schön, wenn es irgendwann passiert. Aber die ganz realen Probleme zu lösen, das machen Sie nicht. Herr Spahn weiß ganz genau, dass bald mehr als 4 Millionen Pflegebedürftige da sein werden und es dann nicht reicht, darauf mit ein paar Tausend Pflegekräften mehr zu antworten. Das ist auch Simulieren von Politik. Dann machen Sie diesen Menschen wieder etwas vor: den Pflegenden und den Pflegebedürftigen. Fangen Sie doch endlich an, wirklich zu handeln, wirklich zu regieren, wirklich zu tun, was notwendig wäre, meine Damen und Herren!

Nehmen wir die Miete. Frau Barley, was die Regierung jetzt liefert, ist so eine Mietpreisbremse: Sie schleift schon, bevor sie überhaupt in Betrieb genommen wird. Am Ende fahren die Mieterinnen und Mieter vor den Baum. Aber Sie wissen es ja selbst. Ich weiß nicht: Waren es 24 oder 48 Stunden später, als Sie einen Zwölf-Punkte-Plan vorgelegt haben? Sehr schön! Dort steht alles, was man machen müsste. Aber in der Regierung erst mal einknicken, um dann Wahlkampf gegen sich selber zu machen, das ist ein Verat an den Mieterinnen und Mietern, und es schadet auch der Glaubwürdigkeit nicht nur der SPD – das ginge ja noch –, sondern der gesamten Politik in diesem Land. Hören Sie auf mit solchem Buzzauber, sondern machen Sie endlich echte Politik, meine Damen und Herren!

Diese Woche hat uns ja auch ein anderer Geist umgetrieben. Sie



Im Bereich der Pflege gäbe es dringend Handlungsbedarf, fordert Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen). Seit Jahren wird dafür auch außerhalb des Bundestages – wie hier 2014 in Berlin – demonstriert. © dpa

Fortsetzung auf nächster Seite

können keinem Malermeister und keiner Kioskbesitzerin erklären, warum sie Steuern zahlen sollen, aber Google und Apple sich das Leben schönrechnen können. Was ist die Antwort von Vizekanzler Olaf Scholz, der sich im Wahlkampf noch mächtig gegen diese großen Konzerne, die doch endlich Steuern zahlen müssen, eingesetzt hat? Die Antwort ist, es sei kompliziert. Ich will Ihnen sagen, was „kompliziert“ ist: Das ist ein Beziehungsstatus auf Facebook. Aber das ist nicht das, was wir jetzt notwendigerweise brauchen. Das kann doch kein Hinderungsgrund für Politik sein. Es ist ganz einfach: Das Internet darf kein steuerrechtsfreier Raum sein – ganz klar, ganz eindeutig! Einfach Politik machen, meine Damen und Herren!

Zur Rente, Frau Nahles: Ich meine, man kann es so machen wie Sie. Man kann sagen: „Wir machen ein großes Theater“, und dann landen wir beim Jahr 2025, und dann belehren Sie uns hier darüber, was ginge. Nein! Es geht um die wirklich großen Schritte. Sie müssen wirklich etwas ändern wollen. Sie müssen wirklich Vertrauen schaffen wollen dahin gehend, dass die Rente irgendwann einmal sicher ist, sowohl für die kommenden Generationen als auch für die jetzige. Wir brauchen doch Gerechtigkeit innerhalb der Generation und zwischen den Generationen. Um beides muss es doch gehen. Ich höre von Ihnen kein Wort zum Thema Bürgerversicherung in der Rente. Das wäre die Antwort. Das wäre die ehrliche Antwort, wenn Sie sie geben wollen. Dietmar Bartsch hat auf die Kinderarmut hingewiesen. Was mich persönlich aufregt: Sie diskutieren die ganze Zeit über Rente, aber

kein einziges Mal geht es um die Menschen, die im Rentenalter wirklich in Armut leben. Wenn Sie denen nicht wenigstens garantieren, dass sie mehr haben als Grundsicherung im Alter, dann frage ich mich, was Sie mit „sozialer Politik“ meinen. Die Altersarmut in diesem Land ist ein echtes, ein ganz reales Problem. Lösen Sie es endlich, und schweigen Sie es nicht weiter tot, meine Damen und Herren!

Ich habe den Eindruck, dass Sie sich in der Koalition, nachdem alles so schwierig gewesen ist, verabredet haben, dass Sie lieber nur ganz kleines Karo machen.

Warum können Sie an keiner einzigen Stelle mal über Zumutungen reden? Warum ist das mit den Zumutungen eigentlich gut? In „Zumutung“ kommt das Wort „Mut“ vor, und Mut kann man nur haben, wenn man keine Angst hat, wenn man keine Angst hat vor den Konsequenzen, keine Angst hat vor Neuwahlen, vor der eigenen Partei, davor, dass vielleicht die Koalition krachen könnte oder vielleicht auch die Fraktionsgemeinschaft.

Manche haben sogar Angst vor rechten Hetzern. Aber Ihre Verzagttheit ist schon längst nicht mehr das, was unser Land ausmacht. Ich sehe Menschen, die hier diskutieren. Ich sehe Menschen, die anpacken und die sich einbringen – von den engagierten Öko-Start-ups bis zu Senioren, die Alleinerziehenden den Rücken freihalten. Ich sehe sogar Dörfer, die sich inzwischen die Gräben selber buddeln, um die Glasfasernetze dort hineinzubekommen. Ich sehe Menschen, die sich um Geflüchtete kümmern, die sich um Seenotrettung kümmern. Das sind Menschen, die können und

wollen. Aber sie haben eine Regierung, die nichts anderes tut, als mit viel, viel zu kleinen Schritten zu simulieren.

Damit komme ich zur inneren Sicherheit. Es braucht Vertrauen in die Institutionen und in eine Regierung, die einhellig klare Kante zeigt. Es geht doch nicht um rechts gegen links. Wie verrückt ist das denn? Die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land will das nicht: keine Hetze, keine Hitlergrüße, keinen Hass, keine Spalterei, keine Nazi-gesänge, keine Angriffe auf jüdische Restaurants und keine Gewalt.

Deswegen müssen wir als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen:

gegen die Antidemokraten, gegen die Antisemiten, gegen die Rechtsradikalen. Und ja, wir müssen auch zusammenstehen gegen den parlamentarischen Arm dieser ganzen Hetzer: gegen die AfD!

Es ist gut, dass wir uns in diesem Land als Demokraten nicht in allem einig sind. Das ist gut für die Demokratie und für die Diskussion. Es müssen jetzt auch nicht alle Fans von Helene Fischer gleich Songs von Kraftklub hören, obwohl das eine ganz coole Sache wäre.

Dass aber in diesem Land und in dieser Gesellschaft eine breite Allianz für Mitmenschlichkeit da ist, macht Mut. Das ist echte Versöhnung, und das ist echter Zusammenhalt. Es gibt verdammt viel zu verlieren und neu zu begründen und wiederzugewinnen: die Erregenschaften des friedlichen Meinungsaustauschs, die De-

monstrationsfreiheit, die Gewaltenteilung. Was wir erleben, ist ein Innenminister, der genau das Gegenteil macht, der das gefährliche Spiel der sprachlichen Eskalation immer weiter treibt. Frau Merkel, ich frage mich nach Ihren klaren Worten heute, wie lange Sie das eigentlich in Ihrem Kabinett noch dulden wollen.

Herr Seehofer, was Sie machen, ist, die Sündenböcke in einer Minderheit in diesem Land zu suchen, statt selbst Verantwortung zu übernehmen. Sie schüren Zerrissenheit, Sie schüren Unsicherheit – als ein Innenminister, der eigentlich schützen und befrieden sollte. Sie belassen heute immer noch Herrn Maaßen im Amt, von dem man nicht so genau weiß, ob

er rechts außen beobachtet oder coacht – das ist doch vollkommen verrückt, meine Damen und Herren –, und der übrigens immer wieder lügt. Man muss sich doch heute die Frage stellen, ob Herr Maaßen mit dem, was er über dieses Video gesagt hat, vielleicht davon ablenken wollte, dass die rechten Hetzer in Chemnitz unterwegs gewesen sind, ob er vielleicht davon ablenken wollte, was die alles tun konnten, nämlich Hitlergrüße ganz offen zeigen, ohne daran gehindert zu werden. Herr Innenminister, ich kann Ihnen nur sagen: Fangen Sie entweder an, Ihr Amt auszuüben, oder verlassen Sie es! Das wäre die konsequente Antwort auf das, was Sie hier in den letzten Wochen geliefert haben.

Nein, Migration ist nicht „die Mutter aller Probleme“, sie ist ein Fakt, genauso wie die Wiederverei-

nigung, die nicht einfach war, genauso wie die Globalisierung, wie die Digitalisierung. Seit wann gucken wir eigentlich in Deutschland wie das Kaninchen auf die Schlange, wenn es Lösungen braucht? Wir brauchen keinen Innenminister, der über den Zustand klagt, sondern wir brauchen endlich wieder echte Politik.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss ein Wort über Ostdeutschland sagen, weil es mich als Thüringerin wirklich aufregt, dass jetzt alle anfangen, „der Osten“ zu sagen. Nein, in diesem Osten leben eine ganze Menge Demokratinnen und Demokraten, die unter nicht einfachen Bedingungen versuchen, die Demokratie in diesem Land zu gestalten, die unter nicht einfachen Bedingungen Unternehmen gründen – die erben nämlich nichts –, die unter nicht einfachen Bedingungen als Jugendarbeiter auf dem Land unterwegs sind und versuchen, Jugendliche vor dem Einfluss der Nazis in der Gegend zu bewahren. Das sind Leute, die die deutsche Einheit erkämpft haben, die für eine friedliche Revolution auf die Straße gegangen sind. Ich möchte nicht und ich lasse nicht zu, dass es immer mehr Leute gibt, die sagen: Das ist doch der Osten. – Nein, „der Osten“ ist ein Teil dieses Landes, das sind in ihrer Mehrheit Demokratinnen und Demokraten, und das ist nicht die AfD und das sind nicht die Arschlöcher, die auf die Straße gehen und hetzen und Hitlergrüße zeigen. Ich möchte gern, dass uns klar ist: Wir sind ein gemeinsames Land von Demokratinnen und Demokraten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ich möchte gern, dass uns klar ist: Wir sind ein gemeinsames Land von Demokraten.**

Volker Kauder, CDU/CSU:

## Neue Stellen in der Justiz schaffen



Volker Kauder (\*1949)  
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Christian Lindner hat in seinem Beitrag zu Recht darauf hingewiesen, dass wir

in unserem Land in einer Situation leben, die außergewöhnlich ist, und dass nirgendwo festgeschrieben steht, dass dies ohne Weiteres so bleiben wird. Deshalb ist es richtig, dass wir sagen: Ja, wohl, wir haben eine außergewöhnlich gute wirtschaftliche Situation. Es geht jetzt darum, alles dafür zu tun, dass dies auch so bleiben kann. – Dafür bietet dieser Bundeshaushalt eine ganze Menge; ich werde darauf noch eingehen. Aber wer dieses Land wirklich liebt und ein Patriot ist, der stellt sich in der Haushaltsdebatte nicht hierhin und sagt nichts zu der Frage, wie es in unserem Land weitergeht, der hat nicht nur

ein einziges Thema, nämlich die Migration. Das sind nämlich keine Patrioten.

Wir sorgen uns darum, wie es weitergeht, damit es so bleiben kann. Und die Grundvoraussetzung dafür, dass es unserem Land gut geht, ist eine funktionierende Wirtschaft. Laut der Wirtschaft liegen einige Herausforderungen vor uns, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung. Dabei geht es nicht nur darum, die technischen Entwicklungen voranzubringen, sondern auch darum, die Menschen mitzunehmen, damit sie die damit verbundenen Herausforderungen bewältigen können. Es geht vor allem darum, eine junge

Generation heranzubilden, die mit den Herausforderungen auch umgehen kann. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gemeinsam mit den Ländern die Schulen ans Netz bringen. Die jungen Menschen, die jetzt in der Schule sind, werden mit ganz anderen Herausforderungen konfrontiert werden, als das in der heutigen Zeit der Fall ist. Deswegen müssen sie entsprechend ausgebildet werden, und dafür stellt der Bund Geld zur Verfügung. Das ist eine Investition in die junge Generation und damit in die Zukunft unseres Landes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich bietet dieser Bundeshaushalt eine wichtige Perspektive für die junge Generation. Es ist ja kein reiner Selbstzweck, dass wir einen Haushalt vorlegen, der ohne neue Schulden auskommt. Wir sagen: Ein Haushalt ohne neue Schulden bedeutet weniger Belastung für die künftige Generation und eröffnet Spielräume für die junge Generation.

Es ist völlig richtig, dass ein Haushalt ohne neue Schulden nicht hinreichend ist. Deshalb haben wir einen Haushalt, der auch Investitionen ermöglicht.

Olaf Scholz hat ein neues Instrument erfunden, eine globale Mehrausgabe für Investitionen. Das hat mich etwas überrascht. Okay, das kann man machen. Aber eines ist völlig klar, sehr geehrter Herr Finanzminister: Wir von der Unionsfraktion verlangen, dass wir daran beteiligt werden, was mit diesem Geld passiert. Es kann nicht sein, dass der Bundesfinanzminister alleine darüber entscheidet.

Dasselbe erwarten wir natürlich auch bei den Mehreinnahmen, die beispielsweise durch Haushaltsüberschüsse oder durch Steuermehreinnahmen erzielt werden. Steuermehreinnahmen und mehr Geld im Haushalt – das ist nicht eine Spielwiese für den Bundesfinanzminister alleine, sondern für das gesamte Parlament, meine

sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen erwarten wir eine entsprechende Beteiligung.

Wir haben über die gute Situation in unserem Land gesprochen, und trotzdem gibt es Irritationen. Das hängt natürlich damit zusammen, dass sich viele Menschen in unserem Land fragen, ob der Staat die Sicherheit noch ausreichend garantieren kann. Rechtsstaat und innere Sicherheit sind ein großes Thema. Im Koalitionsvertrag haben wir einen Pakt für den Rechtsstaat formuliert, und wir erwarten nun – und wir werden auch darauf drängen –, dass all die Punkte, die dort vereinbart worden sind, umgesetzt werden. Hier fehlt uns noch ein wichtiger Schritt. Wir haben beispielsweise im Verfahrensrecht eine ganze Reihe von Maßnahmen vereinbart, die noch nicht umgesetzt worden sind. Wir werden vom Bundesjustizministerium verlangen, dass Verfahrensbeschleunigungen jetzt endlich auf den Weg gebracht und Hemmnisse abgebaut werden. Wir erwarten hier schon noch mehr. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht. Ich finde, wir können nicht immer nur nach dem Motto arbeiten: Wir brauchen noch mal ein paar Wochen. – Es muss schneller gehen bei der Umsetzung des Paktes für den Rechtsstaat, als das bisher der Fall war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Bereichen, in denen es auf die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ankommt. Wir haben Anstrengungen unternommen, um gemeinsame Programme voranzubringen. Ich finde, wir müssen die Umsetzung des Paktes für den Rechtsstaat als eine nationale Herausforderung betrachten und deshalb auch mit den Ländern entsprechend zusammenarbeiten. Es reicht nicht aus, wenn wir nur bei der Bundespolizei neue Stellen schaffen. Wir müssen auch bei der Justiz – und da sind die Länder natürlich gefordert – neue Stellen schaffen. Es kann nicht sein, dass Straftäter nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, weil die Fristen nicht eingehalten werden, weil an den Gerichten Überlastungen bestehen. Ich erwarte, dass wir so, wie wir bei Schule, Kita und anderen Bereichen zusammenarbeiten, auch im Bereich der inneren Sicherheit zusammenarbeiten. Das ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, bei der wir alle gemeinsam handeln müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vergleichbar gilt dies auch für eine der großen Herausforderungen, an der deutlich werden wird, ob die Menschen sagen: Jawohl, das gelingt auch. – Es ist – die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen – nicht akzeptabel, dass bei Tötungsdelikten und anderen Fällen schwerer Kriminalität

immer wieder die Aussage kommt, einer der Täter hätte schon längst abgeschoben werden müssen. Deswegen sage ich: Die Abschiebung vor allem von Straftätern muss eine große Kraftanstrengung in unserem Land werden. Da müssen wir natürlich enger zusammenarbeiten. Da muss ich auch den Ländern sagen: Wir haben miteinander – es waren fast alle Ministerpräsidenten beteiligt – in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, dass wir hier vorankommen wollen. Wir haben beschlossen, dass wir AnKER-Zentren einrichten wollen, aus denen wir besser und schneller abschieben können. Aber jedes Mal, wenn der Bundesinnenminister an die Sache rangeht, haben die Länder Vorbehalte. Das kann so nicht mehr sein. Wenn wir von einer nationalen Kraftanstrengung bei der Abschiebung sprechen, dann muss das, was wir miteinander vereinbart haben, auch umgesetzt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Da werden wir an der Seite des Bundesinnenministers stehen. Wenn es um den Rechtsstaat geht, geht es auch darum, dass wir uns an diese Grundsätze halten. Sehr geehrte Frau Kollegin Göring-Eckardt, wer den Rechtsstaat bejaht, kann nicht nur dann verlangen, dass Urteile akzeptiert werden, wenn sie gegen rechts und andere gehen. Der Rechtsstaat gilt für alle. Und wenn die Gerichte entschieden haben, dass im Hambacher Forst abgeholzt werden kann, dann muss dies gelten. Sie können nicht sagen: Es gibt berechtigten

Widerstand gegen Urteile und unberechtigten Widerstand. – Das stärkt den Rechtsstaat auf keinen Fall. Auf keinen Fall!

Wir haben heute auch darüber gesprochen, wie der Umgang untereinander im Parlament ist. Da gibt es nicht nur im Verhältnis zwischen uns oder im Verhältnis zur AfD – darauf komme ich gleich noch zu sprechen – einiges zu beklagen, sondern natürlich auch bei dem, was wir so machen. Wir haben alle die Aussage des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz gehört. Sofort waren wir uns alle einig, dass dies sowohl im Parlamentarischen Kontrollgremium als auch in einer öffentlichen Sitzung des Innenausschusses diskutiert, beraten werden muss und er befragt werden muss.

Das haben auch wir sofort unterstützt. Aber ich muss sagen: Was ist denn das für ein Umgang? Man verlangt zunächst einmal eine öffentliche Sitzung des Innenausschusses, in der der Betreffende sich zu erklären hat. Bevor er sich aber erklären kann, kommt es schon zur Rücktrittsforderung. Das ist kein fairer Umgang, liebe Kolleginnen und Kollegen. So kann man nicht arbeiten. Das ist auch ein Vertrauensverlust.

Ich will Ihnen einmal etwas Vergleichbares sagen: Wir von der Bundesregierung haben eine Reihe von Kommissionen eingesetzt, die

wir in unserer Fraktion mit Arbeitsgruppen begleiten. Wenn man eine Kommission einsetzt, hat man doch zunächst einmal die Erwartung, dass diese Kommission Vorschläge macht und man dann darüber redet. Wenn aber eine Regierung eine Regierungskommission einsetzt und dann Regierungsmitglieder kommen und schon vorher sagen, was diese Regierungskommission für Ergebnisse produzieren muss, dann muss ich sagen: Das ist kein anständiger

Umgang mit Fachleuten und mit Wissenschaftlern. Deswegen erwarte ich, dass wir die Rentenkommission erst einmal arbeiten lassen und uns dann mit den Ergebnissen auseinandersetzen.

Ja, es ist richtig, dass wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken müssen. Deshalb ist es völlig in Ordnung, dass Menschen sich betroffen äußern, wenn es Tötungsdelikte in unserem Land gibt. Ein jedes Tötungsdelikt ist ein schwerer Angriff auf unsere Rechtsordnung. Dass dies die Menschen bewegt, ist doch völlig klar. Das war nicht nur in Chemnitz so, sondern auch in Freiburg, in Kandel und überall, wo so etwas passiert ist. Da kann ich nur sagen: Das ist auch in Ordnung. Das zeigt doch eine Gesellschaft, die an dem, was passiert, Anteil nimmt. Aber wenn dann Demonstrationen wie die von der AfD stattfinden und man nicht bereit

ist, sich von Rechtsextremisten zu trennen, sondern wie der Herr Gauland sagt: „Dann ist es halt so“, dann kann man das nicht machen. Das ist kein Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, Herr Gauland. Es ist immer die gleiche Masche: Zunächst einmal wird aufgehetzt.

Das Beispiel wurde schon gebracht: Eine AfD-Kreistagsfraktion erklärt, dass der Tag kommen kann, an dem Journalisten aus den Funkhäusern herausgezerrt und auf der Straße entsprechend fertig gemacht werden.

Kaum wird dieser Tweet bekannt, tut man so, als habe man nichts damit zu tun, und dann wird er zurückgenommen. Man begeht eine ständige Grenzüberschreitung, und dann tut man heuchlerisch so, als habe man damit nichts zu tun. Das zeigt: Die Maske der Bürgerlichkeit ist bei Ihnen gefallen! Sie sind keine bürgerliche Partei, und Sie sind keine Patrioten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, wir leben in einer schwierigen Zeit. Aber ich glaube, dass wir aus dem, was wir in der Vergangenheit geschaffen haben, auch den Mut nehmen können, es für die Zukunft gut zu machen. Wir haben in unserem Land eine Situation, die gut ist. Trotzdem haben wir Herausforderungen zu bewältigen. Dazu leistet der Bundeshaushalt einen Beitrag und diese Regierungskoalition ebenfalls. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

der, ich sage „Mörder“, nicht „Totschläger“ von Chemnitz –, dass er unerlaubt eingereist ist, mehrfach straffällig geworden ist und sein Asylantrag abgelehnt wurde. Das ist bei Ihnen im Übrigen nicht ein Einzelfall, sondern es ist die Regel, die Sie als Regierung zu verantworten haben. Sie, Frau Merkel, sind zum größten Sicherheitsrisiko in diesem Land geworden.

Aber es geht noch weiter: Die von der Regierung befeuerte Dieselhysterie und der unnötige Handelskonflikt mit den USA bedrohen unsere Automobilindustrie – eine gefährliche Entwicklung, wenn man bedenkt, welche Bedeutung dieser Industriezweig in unserem Land einnimmt. Arbeitsplätze sind bedroht, und Arbeitspendler, die sich ihren Diesel unter wirtschaftlich vernünftigen Aspekten zusammengespart haben, die sind nämlich letztlich die Dummen. Sie haben die Arbeitnehmer des Landes – an der Stelle auch an die SPD –, die unseren Wohlstand erwirtschaften und erarbeiten, längst aus den Augen verloren.

Fortsetzung auf nächster Seite

### Ein jedes Tötungsdelikt ist ein schwerer Angriff auf unsere Rechtsordnung

Dr. Alice Weidel, AfD:

## Haushaltspolitisch wurden doppelte Fehler begangen



Alice Weidel (\*1979)  
Landesliste Baden-Württemberg

**H**err Kauder, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiß gar nicht, ob Sie Oppositionspartei sind oder in der Bundesregierung sitzen. Das war mir bei Ihrer Rede nicht so ganz klar.

Apropos Bürgerlichkeit: Es ist

doch die CDU, die sich von der bürgerlichen Mitte so weit entfernt hat. Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

Zur SPD. Man merkt bei Ihnen regelrecht: Sie bewegen sich auf die Fünfprozenthürde zu. Auch bei Herrn Schulz, der jetzt ja im Übrigen gar nicht mehr da ist – schon lange sitzt er nicht mehr da; er ist bestimmt schon wieder auf dem Weg nach Brüssel –, merkt man, dass er offensichtlich schon lange nicht mehr mit Macron telefonieren durfte. Der arme Kerl!

Frau Nahles, Sie haben eine sehr interessante Rede abgeliefert, wo Sie auch die Demokratie beschwören. Wie kann es also sein, dass eine waschechte Demokratin, wie Sie vorgeben, es zu sein, eine Mitarbeiterin aus ihrem engeren Umfeld hat, Angela – da muss ich noch mal nachgucken –, Angela,

nicht Merkel, sondern Marquardt, die in einer Postille der SPD doch tatsächlich anregt, dass die SPD im Kampf gegen die AfD und gegen rechts mit der Antifa zusammengehen soll? Das ist wirklich eine Schande für die Demokratie. Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen!

Frau Merkel, ich gebe Ihnen recht: Mit aller Härte des Rechtsstaates müssen wir durchgreifen – gegen den Totschlag, gegen die Morde, die sich mittlerweile auf unseren Straßen abspielen. Wenn man in Deutschland zur falschen Zeit am falschen Ort ist, kann es einen ja erwischen. Zur Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit muss auch dazugehören, dass Yousif A., der mutmaßliche Iraker – nachträglich hat sich ja herausgestellt, dass alle seine Dokumente gefälscht waren; wir reden von dem Mör-

Das zeigt auch die ewige Euro-Reterei der Merkel-Regierung. Alle Parteien hier versuchen, uns weiterhin ernsthaft weiszumachen, Deutschland sei der größte Profiteur des Euro. Das ist nicht wahr, und das wissen Sie auch – wenn Sie etwas davon verstehen würden.

Tatsache ist nämlich: Die privaten Haushalte in Deutschland gehören zu den ärmsten in der Euro-Zone; das legt eine Vermögensstudie der EZB dar. Die Nullzinspolitik der EZB macht sie dabei von Tag zu Tag ärmer. Das Vermögen auf den Spardbüchern, den Pensionsfonds und der Garantiezins der Lebensversicherungen schmelzen dahin, während die Immobilienpreise, also Kauf- und Mietpreise, durch die Decke gehen. So viel zum Stichwort „Mietpreisbremse“. Sie haben diese Politik zu verantworten.

Dazu kommt nämlich noch: Die von SPD und Union vielbejubelten Gewinne der deutschen Exportindustrie darf der deutsche Bürger am Ende selber bezahlen; das sagen Sie ja nie dazu. Über das TARGET2-System muss die Deutsche Bundesbank nämlich maroden Schuldenstaaten Kredite gewähren, ohne eine realistische Aussicht, etwas von dem Geld jemals zurückzubekommen. Europas Dispo bei Deutschland steht mittlerweile kurz vor der Billion-Euro-Marke. Sie werden jetzt sagen: Was stören mich TARGET2-Forderungen der Bundesbank? Was stören mich die Verluste der deutschen Sparer? Gestern

sagen Sie noch, Herr Scholz, Sie wollen etwas für die Kinder tun. Was stört es Sie, dass Sie genau diese Kinder und die nachfolgenden Generationen um ihre Vermögensbildung bringen? – Was soll daran eigentlich noch soziale Politik sein?

Die niedrigen Zinsen der EZB haben dem Staat jede Menge Geld erspart. Dazu sprudeln die Steuereinnahmen. Alles prima. Leider hat die Regierung nicht nur an den Zinsausgaben gespart. Sie hat auch mächtig an den Investitionen in die Infrastruktur gespart; es wird gnadenlos von der Substanz gelebt. Verkehrswege sind ebenfalls in einem desolaten Zustand. Die Hälfte unserer Autobahnbrücken ist weit über 40 Jahre alt und gar nicht für den Schwerlastverkehr der heutigen Zeit ausgelegt.

Ausgeblutet ist im Übrigen auch die Bundeswehr: flügelahme Jets, fahrtaugliche Panzer, U-Boote im Trockendock. Vom NATO-Ziel „2 Prozent in den Wehretat“ sind wir weit entfernt. Dieses Land ist de facto nicht zu verteidigen mit der Bundeswehr, die wir gerade haben. Wir sind ein Land ohne Landesverteidigung, und das haben Sie auch zu verantworten.

Geradezu ein Entwicklungsland ist Deutschland in Sachen „digitale Infrastruktur“. Lächerliche – das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen – 2,3 Prozent der Anschlüsse in Deutschland sind Glasfaserleitungen. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 22,3 Prozent. Der Durchschnitt ist also

zehnmal höher als hierzulande. Litauen ist mit 71 Prozent im Übrigen an Europas Spitze und uns meilenweit voraus. Beim Ausbau des Mobilfunknetzes sieht es im Übrigen auch nicht besser aus; wir reden ja hier über den Haushalt. Hier liegt Deutschland nämlich in Europa auf Platz 32, weit abgeschlagen hinter Albanien.

Besserungen, was die öffentlichen Investitionen angeht, sind nicht in Sicht. Der Bundesfinanzminister plant sie sogar, entgegen seiner gestrigen Aussagen, bis 2022 von 37,9 Milliarden Euro auf 33,5 Milliarden Euro zurückzufahren. Es wird also noch weniger investiert. Das ist ein schwerer Fehler, der unser Land noch teuer zu stehen kommen wird.

Hier liegt auch das Hauptproblem Ihrer unsoliden Haushalts- und Finanzpolitik. Sie leben nur im Augenblick. Das mag Ihnen vielleicht Ihr Therapeut für ein fröhliches Dasein empfohlen haben. Diese Haltung taugt aber leider nicht dazu, ein Land in die Zukunft zu führen. Aus diesem Grund ist auch Ihre Erzählung von der schwarzen Null eben nur ein Märchen und keine tatsächliche Zustandsbeschreibung des Staatshaushaltes.

Für die Forderungen künftiger Rentner und Pensionisten müssten Rückstellungen in der Bilanz wie in jedem Unternehmen ausgewiesen und eingestellt werden; denn sie sind letztlich nichts anderes als in der Zukunft liegende Zahlungsverpflichtungen. – Ja, Kameralistik eben. Darum wird das auch nicht eingestellt. – Das bittere Erwachen kommt schon bald, nämlich dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ihre Ansprüche

gegen die Rentenkasse geltend machen. In der Zwischenzeit wird in Ihrer Rentenkommission herumdiskutiert, wie das der Finanzminister gestern dargelegt hat. Gehandelt wird seit Jahrzehnten nicht, obwohl Ihnen die demografische Entwicklung lange bekannt ist und durch die unregelmäßige Zuwanderung von Unqualifizierten auch noch verschärft wird.

Eine Generationenbilanzierung nimmt die Bundesregierung ebenfalls nicht vor. Rechnet man die demografische Entwicklung unseres Landes mit ein, dann müssten bis zu 3,8 Prozent des BIP zusätzlich gespart werden, um für die künftig ansteigenden Belastungen vorgesorgt zu haben. Das besagt, wohlgermerkt, der Tragfähigkeitsbericht des Finanzministeriums.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Merkel-Regierungen haben über Jahre haushaltspolitisch einen doppelten Fehler begangen. Zum einen wurde die tatsächliche Verschuldung immer wieder in die Höhe getrieben, und zum anderen wurde durch fehlende Investitionen in die Infrastruktur die Grundlage für zukünftige Einnahmen drastisch verschlechtert. Als wenn die marode Infrastruktur in unserem Land nicht schon schlimm genug wäre, hat Frau Merkel auch noch das Kunststück zustande gebracht, aus Deutschland das Land mit den höchsten Strompreisen in Europa zu machen. Sie sind nämlich fast doppelt so hoch wie in Frankreich – der völlig überstürzten und dop-

pelten Energiewende sei Dank. Die CDU hat damit dem Mittelstand und dem Handwerk, die sie vorgibt zu vertreten, den Dolchstoß versetzt; das sollte Ihnen klar sein. Dabei ist es aber an der Zeit, dem Mittelstand und den Geringverdienern endlich den Rücken zu stärken. Doch von Ihnen kommt dazu nichts. Vorschläge? Warum nicht 2 000 Euro pro Monat als steuerfreies Einkommen? Wieso lässt man Altersrenten nicht grundsätzlich steuerfrei? Warum nicht runter mit der Mehrwertsteuer? Warum kein Familiensplitting? Warum nicht weg mit dem Soli und, und, und? Davon kommt überhaupt nichts.

Aber die wohl fatalste Fehlleistung eines Regierungschefs dieser Republik erfolgte vor drei Jahren. Um bei der finanzpolitischen Ebene zu bleiben: Den deutschen Steuerzahler wird allein das „Wir schaffen das“ des Herbstes 2015 900 bis 1 500 Milliarden Euro kosten. Das ergeben Berechnungen des renommierten Ökonomen Bernd Raffelhüschen.

Obwohl deutsches Recht und europäische Regeln gebrochen wurden, obwohl das finanzielle und soziale Desaster immer stärker zutage tritt, gestehen Sie, liebe Frau Bundeskanzlerin, keinen Fehler ein. Ganz im Gegenteil: Unrecht soll zu Recht umgemünzt werden; Stichwort: globaler Migrationspakt. Unter dem Schlagwort „Spurwechsel“ will die Regierung auch noch ausreisepflichtigen Migranten ein Bleiberecht erteilen. Die Millionen, die in Afrika bereits auf ihren gepackten Koffern sitzen, werden das als zusätzliche Ermunterung und Einladung verstehen. Doch Sie wollen die Aktion auch noch allen Ernstes mit dem Fachkräftemangel verteidigen. Das ist wirklich nicht zu fassen.

Nehmen Sie also endlich das Zepher des Handelns in die Hand! Handeln Sie zum Wohle unseres Landes Deutschland!

### Die Regierung hat nicht nur an den Zinsausgaben gespart, sondern auch an Investitionen.



Während der OECD-Durchschnitt von Anschlüssen mit Glasfaserleitungen bei rund 22 Prozent liegt, sind diese in Deutschland, insbesondere in ländlichen Gebieten, eine Rarität.

© picture-alliance/dpa

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Carsten Schneider (SPD), Otto Fricke (FDP), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Erhard Grundl (Bündnis 90/Die Grünen), Achim Post (SPD), Johannes Kahrs (SPD), Monika Grütters (Staatsministerin für Kultur und Medien), Martin Erwin Renner (AfD), Martin Rabanus (SPD), Simone Barrientos (Die Linke), Margit Stumpp (Bündnis 90/Die Grünen), Patricia Lips (CDU/CSU) und Saskia Esken (SPD).

leicht  
erklärt!

# Demos in Chemnitz

## Rechts-Extreme gehen auf die Straße



Seit mehreren Wochen hört man in den Nachrichten immer wieder von Chemnitz.

Das ist eine Stadt im Bundes-Land Sachsen.

Bei den Nachrichten geht es vor allem um bestimmte Demos.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.



### Was ist in Chemnitz passiert?

Am 26. August gab es in Chemnitz einen Streit.

Mehrere Männer waren daran beteiligt.

Bei dem Streit kam es auch zu Gewalt-Taten.

3 Männer wurden dabei verletzt.

Und einer von ihnen ist später im Kranken-Haus an seinen Verletzungen gestorben.

Die Polizei hat kurze Zeit später 2 Verdächtige verhaftet.

Vielleicht haben sie die Tat begangen. Nach einem dritten sucht sie noch.



Der Verstorbene war ein Deutscher.

Und die Verdächtigen sind Asyl-Bewerber.

Sie kommen wahrscheinlich aus den Ländern Syrien und Irak.

Asyl-Bewerber bedeutet Folgendes:

Manchmal müssen Menschen ihr Heimat-Land verlassen.

Zum Beispiel, weil sie dort nicht sicher sind. Oder weil sie auf ein besseres Leben in einem anderen Land hoffen.

Viele von ihnen bitten in einem anderen Land um Asyl.

Das bedeutet:

Sie bitten um Schutz und Hilfe.

Damit eine Person in Deutschland Asyl bekommen kann, muss sie einen Antrag stellen. Und zwar bei einem Amt.

Sie bewirbt sich also um Asyl.

Irgendwann entscheidet das Amt über den Antrag.

Bis dahin nennt man die Person: Asyl-Bewerber.





Über Asyl-Bewerber wird seit einigen Jahren sehr viel gesprochen.

Denn: Seit dem Jahr 2015 sind viele Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen.

Über folgende Fragen sprechen die Menschen zum Beispiel, wenn es um Asyl geht:

- Wie viele Menschen aus anderen Ländern dürfen nach Deutschland kommen?
- Welche Rechte und welche Pflichten sollen Asyl-Bewerber haben?
- Was ist gut daran, wenn Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen?  
Und wo gibt es Schwierigkeiten?

Zu diesen Fragen gibt es sehr unterschiedliche Meinungen.

In den letzten Jahren wurde viel darüber gestritten.

### Demos in Chemnitz



Seitdem der junge Mann in Chemnitz verstorben ist, gab es dort mehrere Demos.

Demo bedeutet: Viele Leute gehen zusammen auf die Straße.

Sie sagen laut, was sie stört. Und was sie sich wünschen.

Das schreiben sie zum Beispiel auf große Plakate.

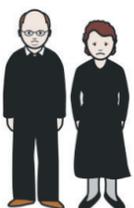
Oder sie schreiben es auf Zettel. Und die verteilen sie dann.

### Rechts-Extreme bei den Demos

Bei den Demos haben viele verschiedene Menschen mitgemacht.

Manche wollten zeigen, dass sie traurig über den Tod von diesem jungen Mann sind.

Manche wollten auch zeigen, dass sie die Regeln für Asyl-Bewerber nicht gut finden.



Aus einem bestimmten Grund wird aber so viel über die Demos gesprochen.

Denn: Bei den Demos haben bestimmte Menschen mitgemacht. Und zum Teil haben sie die Demos auch geplant.

Man nennt diese Menschen: Rechts-Extreme.

### Was sind Rechts-Extreme?

Als Rechts-Extreme bezeichnet man eine bestimmte Gruppe von Menschen.

Sie haben bestimmte Meinungen.

Zum Beispiel Folgende:

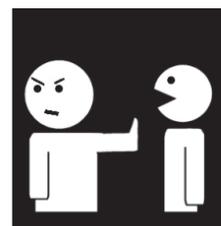
- Sie glauben, dass manche Menschen mehr wert sind als andere Menschen.
- Sie glauben, dass das eigene Land mehr wert ist als andere Länder.
- Sie hassen oft Menschen aus anderen Ländern, mit einer anderen Religion oder einer anderen Haut-Farbe.

Rechts-Extreme wollen ihr Land verändern.

Und zwar so, dass es zu ihren Meinungen passt.

Die Regeln und Gesetze von ihrem Land sind ihrer Meinung nach schlecht.

Darum wollen sie sie völlig ändern.



Viele Rechts-Extreme haben als Vorbild die National-Sozialisten.

Die National-Sozialisten waren eine politische Partei.

Ihr Chef war Adolf Hitler.

Sie regierten Deutschland vom Jahr 1933 bis zum Jahr 1945.

Das war eine furchtbare Zeit für Deutschland und für ganz Europa.

Die National-Sozialisten und ihre Helfer haben viele schreckliche Dinge getan.

Sie haben zum Beispiel den Zweiten Welt-Krieg begonnen.

Und sie haben in Deutschland viele Menschen verfolgt.

Denn sie glaubten: Diese Menschen gehören nicht zu Deutschland.

Zum Beispiel:

- Juden
- Sinti oder Roma  
Diese Menschen nannte man damals oft: Zigeuner.
- Menschen, die eine andere Meinung hatten  
als die National-Sozialisten

Sie haben sie in Gefängnisse geschickt. Oder in große Lager.

Und sie haben sehr, sehr viele von ihnen umgebracht. Und zwar viele Millionen.



## Was haben die Rechts-Extremen in Chemnitz gemacht?

Bei den Demos in Chemnitz haben die Rechts-Extremen viele Dinge getan.

Sie haben laut ihre Meinungen gesagt. Zum Beispiel, dass sie gegen Ausländer sind.

Sie haben auch Dinge gemacht, die typisch für die National-Sozialisten waren. Zum Beispiel den Hitler-Gruß.

Solche Dinge sind in Deutschland verboten. Denn sie widersprechen den Grund-Regeln in unserem Land.



Bei den Demos kam es auch zu Gewalt-Taten.

Über folgende Dinge wurde zum Beispiel berichtet:

- Ausländer wurden beschimpft.
- Ausländer wurden angegriffen.
- Polizisten wurden angegriffen.



Bei den Demos in Chemnitz haben die Rechts-Extremen ihre Meinung also sehr deutlich gezeigt. Auch mit Gewalt.

Und das beunruhigt viele Menschen.

Sie fragen sich: Wie viel Rechts-Extremismus gibt es in Deutschland?

## Gegen-Demos

Zu den Demos in Chemnitz gab es auch Gegen-Demos.

Das bedeutet:

Diese Demos haben sich gegen die Rechts-Extremen gewendet.

Denn die Teilnehmer haben eine ganz andere Meinung.

Bei den Demos ging es darum zum Beispiel um Folgendes:

- Frieden statt Gewalt
- Fremden-Hass ist schlecht.

Für viel Aufmerksamkeit sorgte auch ein Konzert gegen die Rechts-Extremen.

Dabei trat zum Beispiel die Band „Die toten Hosen“ auf.

Sehr viele Menschen haben das Konzert besucht.



## Viele Fragen

In Chemnitz ist also in den letzten Wochen sehr viel passiert.

Und über sehr viele Dinge wird noch gesprochen.

Hier ein paar Beispiele dafür.



### 1) Was ist genau passiert?

Man weiß noch immer nicht genau, was alles in Chemnitz passiert ist.

Die Polizei untersucht deswegen die Ereignisse.

Zum einen will sie herausfinden, wie genau der junge Mann gestorben ist.

Also der Mann, wegen dem die Demos angefangen haben.

Außerdem will sie herausfinden, welche Straf-Taten bei den Demos begangen wurden.





## 2) AfD

Viel gesprochen wird auch über eine Partei mit dem Namen AfD.

Das ist eine Abkürzung für: **A**lternative für **D**eutschland.

Der Grund dafür ist:

Mitglieder von der AfD haben bei einer Demo mitgemacht.

Bei dieser Demo haben auch 2 andere Gruppen mitgemacht.

Die eine heißt Pegida.

Die andere heißt Pro Chemnitz.

Diese beiden Gruppen gehören zum Teil zu den Rechts-Extremen.

Darum fragen nun viele Menschen: Hat die AfD die gleichen Meinungen wie die Rechts-Extremen?

Die AfD sagt über sich selbst: Sie hat mit Rechts-Extremen nichts zu tun.

## 3) Umgang mit Rechts-Extremen

Viele Menschen überlegen: Wie soll man mit Rechts-Extremen umgehen?

Wie kann man verhindern, dass sie ihre Meinungen verbreiten?

Und wie kann man verhindern, dass sie Gewalt gegen andere Menschen anwenden?



## 4) Änderungen beim Asyl

Eine weitere Frage lautet: Welche Änderungen sollte es bei den Regeln für Asyl-Bewerber geben?

Denn: Viele Menschen sind ja nicht zufrieden mit den Regeln.

Und es gibt einige Schwierigkeiten, weil viele Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind.

Viele Politiker wollen darum neue Regeln machen.



## Ähnliche Ereignisse in Köthen?

Am 8. September 2018 ist etwas Ähnliches wie in Chemnitz noch mal passiert.

Und zwar in Köthen.

Das ist eine Stadt im Bundes-Land Sachsen-Anhalt.

Mehrere Personen haben miteinander gestritten. Es kam wohl auch zu Gewalt.

Dabei ist ein junger Mann gestorben. Sein Herz hat aufgehört zu schlagen.

Die Polizei hat 2 Asyl-Bewerber verhaftet.

Am nächsten Tag gab es auch in Köthen eine Demo.

Auch bei dieser Demo haben viele Rechts-Extreme mitgemacht.

Das zeigt:

Ereignisse wie in Chemnitz können im Moment überall in Deutschland wieder passieren.



## Wie geht es weiter?

Es gibt also noch viele Dinge über die Ereignisse in Chemnitz, die unklar sind.

Und man muss überlegen, wie man so etwas in Zukunft verhindern kann.

Wahrscheinlich wird man noch viel davon hören.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa, Fotograf: Jan Woitas. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 38-39/2018  
Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Oktober 2018.